

Die SPD von 1984 bis 2017: Verlust der sozialen Basis  
und der Wandel von Wahlentscheidungen. Eine  
quantitative Analyse aus makrosoziologischer und  
sozialpsychologischer Perspektive.

**Dissertation**

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der  
Freien Universität Berlin

vorgelegt von  
Lars Schreiber

Berlin, 2022

Erstgutachter/in: Univ.-Prof. Dr. Thorsten Faas

Zweitgutachter/in: Univ.-Prof. Dr. Sascha Huber

Tag der Disputation: 22. Mai 2023

## **Inhalt**

1. Einleitung	6
1.1. Zwei Perspektiven auf das Wahlverhalten	6
1.2. Forschungsstand zur jüngeren Wahlgeschichte der SPD	11
1.2.1. Makrosoziologische Erklärungsansätze	11
1.2.2. Sozialpsychologische Erklärungsansätze	22
1.3. Struktur der Arbeit	47
2. Theoretischer Hintergrund zum Wahlverhalten in der langfristigen und kurzfristigen Betrachtung	49
2.1. Soziostrukturelle Eigenschaften und Cleavages zwischen Parteienwettbewerb und sozialem Wandel	49
2.2. Individuelle Einstellungen: Unmittelbare Determinanten der Wahlentscheidung?	61
2.3. Der Zusammenhang von lang- und kurzfristig wirksamen Variablen, individuellen und parteispezifischen Erklärungsfaktoren des Wahlverhaltens	70
2.3.1. Parteien, ihre Programme und Kandidaten als Kontext	70
2.3.2. Politik als „Kreislauf der Verantwortlichkeit“	77
3. Analysestrategie und Datenauswahl	81
4. Stabilität und Entwicklung von SPD-Parteiidentifikationen in soziodemografischen Gruppen	87
4.1. Parteiidentifikation als wichtigste langfristige Determinante des Wahlverhaltens	87
4.1.1. Ursprünge und Veränderlichkeit von Parteiidentifikation: Sozialstruktur, Sozialisation und politische Veränderungen	89
4.1.2. Politische Angebote als Kontextvariable	96
4.1.3. Operationalisierung: Langfristige Betrachtung von Parteiidentifikation und der Zusammenhang mit der Sozialstruktur	97
4.2. Ergebnisse: Die Entwicklung von SPD-Parteiidentifikationen seit 1984	106
4.2.1. Parteiidentifikation für die SPD und sozialstrukturelle Verteilung im Zeitverlauf	106

4.2.2. Der Wandel von SPD-Parteiidentifikation in sozialen Gruppen: Empirische Zusammenhänge von Sozialstruktur und der Stabilität von Parteibindungen	128
4.3. Zusammenfassung	142
5. Bedeutungswandel im klassischen Michigan-Modell? Die Entwicklung der unmittelbaren Determinanten der Wahlentscheidung für die SPD	148
5.1. Wie kurzfristig wandelbare Faktoren Wahlen entscheiden	150
5.1.1. Einstellungen zu Kandidaten und Themen als letztes Entscheidungskriterium von Wählern	150
5.1.2. Operationalisierung für die langfristige Betrachtung politischer Themenbewertungen und Kompetenzeinschätzungen	165
5.2. Ergebnisse: Entwicklung kurzfristig wirksamer Determinanten der SPD-Wahl	181
5.2.1. Die Bewertung von Kanzlerkandidaten von 1994 bis 2017	183
5.2.2. Die Bewertung der Sachfragenkompetenzen von Parteien	187
5.3. Der Zusammenhang von Parteiidentifikation, kurzfristigen Einstellungen und Wahlentscheidung	195
5.3.1. Wirkung von Parteiidentifikationen auf kurzfristige Einstellungsmuster: Die „gefärbte Brille“	196
5.3.2. Kanzlerwahl und Issue-Wählen nur für Ungebundene? Das Zusammenwirken von Parteiidentifikation und kurzfristigen Einstellungsmustern	201
5.3.3. Operationalisierung für den Zusammenhang von Parteiidentifikation, kurzfristigen Einstellungsvariablen und Wahlverhalten	207
5.4. Ergebnisse: Zusammenspiel und Wandel von Parteiidentifikation und kurzfristigen Determinanten des Wahlverhaltens	213
5.5. Zusammenfassung	231
6. Diskussion der Ergebnisse und Ausblick	235
Anhang	246
Literaturverzeichnis	258

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.1:	Übersicht der verwendeten Datensätze	84
Tabelle 4.2.2.1:	Anteile abgelegter SPD-Parteiidentifikation und neu angenommener Parteiidentifikationen, Westdeutschland (in %), 1985-1992	129
Tabelle 4.2.2.2:	Anteile abgelegter SPD-Parteiidentifikation und neu angenommener Parteiidentifikationen (in %), 1993-2017	131
Tabelle 4.2.2.3:	Durchschnittlicher Anteil neu angenommener Parteiidentifikationen mit t-Test, 1985-2017	132
Tabelle 4.2.2.4:	Stabilität von SPD-Parteiidentifikation nach Bildungsniveaus	133
Tabelle 4.2.2.5:	Stabilität von SPD-Parteiidentifikationen nach Erwerbsklassen	135
Tabelle 4.2.2.6:	Stabilität von SPD-Parteiidentifikationen nach politischem Interesse	137
Tabelle 4.2.2.7:	Wahrscheinlichkeit der Annahme von SPD-Parteiidentifikation nach Bildungsniveau	138
Tabelle 4.2.2.8:	Wahrscheinlichkeit der Annahme von SPD-Parteiidentifikation nach Erwerbsklassen	139
Tabelle 4.2.2.9:	Wahrscheinlichkeit der Annahme von SPD-Parteiidentifikation nach politischem Interesse	140
Tabelle 5.1.2.1:	Datensatzübersicht Wahlstudien 1994-2017	169
Tabelle 5.1.2.2:	Verfügbarkeit von kurzfristigen Einstellungsvariablen im Politbarometer, 1980-2017	174
Tabelle 5.2.1:	Wahlabsicht für andere Parteien im Bundestagswahljahr in %	182
Tabelle 5.2.1.1:	Differenz in der Bewertung von Kandidateneigenschaften, 1998-2017	187
Tabelle 5.4.1:	Korrelation von PI mit Kanzlerpräferenz, Bewertung der Kandidateneigenschaften, Parteienkompetenzeinschätzung für die SPD, 1994-2017	214
Tabelle 5.4.2:	Einflussrichtung der Kontrollvariablen in einem reinen PI-Modell (SPD)	218
Tabelle 5.4.3:	Anteil korrekt vorhergesagter Wahlabsichten (SPD), nach Modellvarianten	220

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.2.2.1: Entwicklung von Parteiidentifikationen in den alten Bundesländern	43
Abb. 1.2.2.2: Entwicklung von Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern	45
Abb. 2.2.1: Das sozialpsychologische Modell des Wahlverhaltens	63
Abb. 2.3.2.1: Kitschelts „Circuit of democratic accountability“	78
Abb. 4.2.1.1: Anteil Parteiidentifikationen in Westdeutschland	107
Abb. 4.2.1.2: Anteil Parteiidentifikationen in Ostdeutschland	108
Abb. 4.2.1.3: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Westdeutschland	111
Abb. 4.2.1.4: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Ostdeutschland	112
Abb. 4.2.1.5: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Westdeutschland, kumuliert	113
Abb. 4.2.1.6: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Ostdeutschland, kumuliert	114
Abb. 4.2.1.7: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Westdeutschland	116
Abb. 4.2.1.8: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Ostdeutschland	117
Abb. 4.2.1.9: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Westdeutschland, kumuliert	118
Abb. 4.2.1.10: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Ostdeutschland, kumuliert	119
Abb. 4.2.1.11: Anteil SPD-Parteiidentifikationen bei Arbeitern in Westdeutschland	121
Abb. 4.2.1.12: Anteil SPD-Parteiidentifikationen bei Arbeitern in Ostdeutschland	122
Abb. 4.2.1.13: Anteil SPD-Parteiidentifikationen in verschiedenen Berufsklassen, Westdeutschland kumuliert	123
Abb. 4.2.1.14: Entwicklung des Alford-Index in Westdeutschland	124
Abb. 4.2.1.15: Anteil SPD-Parteiidentifikationen in verschiedenen Berufsklassen, Ostdeutschland kumuliert	125
Abb. 4.2.1.16: Entwicklung des Alford-Index in Ostdeutschland	126
Abb. 5.2.1: Entwicklung der Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD und andere Parteien, 1994-2017	182
Abb. 5.2.1.1: Entwicklung der Kanzlerpräferenzen nach Partei, 1994-2017	184

Abb. 5.2.1.2:	Entwicklung der Bewertung von Kanzlerkandidaten, 1998-2017	186
Abb. 5.2.2.1:	Entwicklung der Bewertung von Themenkompetenzen, 1994-2017	189
Abb. 5.2.2.2:	Kompetenzeinschätzung von SPD, Union und anderen Parteien in verschiedenen Politikfeldern	192
Abb. 5.4.1:	Einfluss von SPD-Parteiidentifikation auf die Wahlabsicht, Average Marginal Effects, 1994-2017	217
Abb. 5.4.2:	Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf SPD-Wahlabsicht, Average Marginal Effects, 1998-2017	221
Abb. 5.4.3:	Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf SPD-Wahlabsicht in zwei Gruppen: Menschen mit/ohne Parteiidentifikation, Average Marginal Effects, 1998-2017	224
Abb. 5.4.4:	Wahlabsicht und Einstellungen zur SPD, Average Marginal Effects 1994- 2017	228

# 1. Einleitung

## 1.1. Zwei Perspektiven auf das Wahlverhalten

Wenn im Jahr 2020 außerhalb des tagespolitischen Geschehens über die SPD geschrieben wurde, klang das für die Partei in der Regel nicht besonders hoffnungsvoll. Mit „Immer verliert die SPD“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2020) wurden beispielsweise die Umfragewerte der Partei trotz erfolgreich bewerteter Regierungsarbeit in der Großen Koalition beschrieben. Zum 100-Tage-Jubiläum der Parteivorsitzenden Esken und Walter-Borjans wurde kommentiert: „Keinen kümmert’s“ (Der Tagesspiegel 2020), da diese laut Verfasser<sup>1</sup> im politischen Geschehen kaum eine Rolle spielten. Nur ein Jahr später, nachdem die SPD entgegen früherer Erwartungen bei der Bundestagswahl 2021 zur stärksten Fraktion wurde, lesen sich Analysen zur Lage der SPD dagegen wesentlich freundlicher: „Das Leben ist ins Willy-Brandt-Haus zurückgekehrt“ (Süddeutsche Zeitung 2021), was vor allem Kandidat Olaf Scholz und einer erfolgreichen Wahlkampagne zu verdanken sei. Scholz habe, heißt es beispielsweise, „seiner Partei zur Wiederauferstehung verholfen“ (DER SPIEGEL 2021). Verständlicherweise sind solche Medieneinschätzungen in der Regel mit einem kurzfristigen Blick versehen. Bei aller Bedeutung, die dem politischen Wettbewerb im Wahlkampf zukommt: Wirklich langfristige Perspektiven finden sich eher in der umfangreichen Forschung zur Entwicklung der deutschen und europäischen Sozialdemokratie. Darin richtet sich der Blick weniger auf den Erfolg aktueller Politikinitiativen oder den Einfluss des jeweiligen Spitzenpersonals auf Wahlergebnisse, sondern mehr darauf, was auf lange Zeit den Erfolg einer politischen Partei prägen kann. Die Untersuchung der Verbindungen von Bevölkerungsgruppen mit einer Partei steht dabei im Fokus der Forschung, denn solche Verbindungen sind geeignet, den Erfolg einer Partei zu begründen. Das Ergebnis ist für die SPD und andere sozialdemokratische Parteien in Europa in der Regel nicht besonders ermutigend. Zusammenfassend beschreiben etwa Benedetto/Hix/Mastorocco (2020: 20) das Narrativ vom Verlust der sozialdemokratischen Kernwählerschaft: „The story of the electoral performance of social democracy over the past century is the story of the rise and fall of a particular electoral coalition.“

Politische Ereignisse werden oft mit verschiedenen Erklärungsperspektiven betrachtet. Solche Ereignisse können auch andauernde gesellschaftlichen Entwicklungen sein. Dafür lassen sich nahezu beliebig viele Beispiele finden. Die Wahl eines Mannes wie Donald Trump zum

---

<sup>1</sup> In dieser Arbeit wird generell das generische Maskulinum verwendet. Es schließt alle Geschlechtszuordnungen ein. Ausnahmen gelten für Ausdrücke, die sich eindeutig auf eine bestimmte Person beziehen, beispielsweise „die Kanzlerin“.

Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 2016 ließ Beobachter vermuten, dies sei das Resultat einer schleichenden Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft, der Abkopplung der Arbeiterschicht von der Demokratischen Partei und einer Radikalisierung von Teilen der Republikaner gewesen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Stimmen, die diese Wahl einfach der mangelnden Beliebtheit seiner Gegenkandidaten Hillary Clinton zuschreiben. Noch kurzfristiger angelegt ist die Ansicht, dem Brief des ehemaligen FBI-Direktors James Comey an den US-Kongress elf Tage vor der Wahl, einen privaten Mailserver von Clinton betreffend, sei ausschlaggebend gewesen<sup>2</sup> (FiveThirtyEight 2017). Auch hier gibt es also Bewertungen, die lang- oder kurzfristige Sichtweisen annehmen. Beide Seiten schließen sich nicht aus – und enthalten sicherlich einen Teil der Wahrheit – sind aber in ihrer zeitlichen und thematischen Perspektive grundverschieden: Eine Argumentation betrachtet Bevölkerungsgruppen und tief verwurzelte Einstellungsmuster, die andere kurzfristige Bewertungen, die nur in sehr engen (aber entscheidenden) Zeitrahmen Relevanz haben. Die Brexit-Abstimmung ist ein weiteres Beispiel: Hier ließ sich im Grunde ein Konglomerat von Entwicklungen zusammenfassen. Dies reicht von „frustrierten Wählern“, die ihrem Unmut über ihren gesellschaftlichen Abstieg Luft machen wollten, über andauernde Migrationsfragen als saliente Sachfrage bis zu einem von verschiedenen (und wechselnden) Parteien, insbesondere der UKIP<sup>3</sup>, betonten und geförderten Euroskeptizismus, das schließlich zum Votum für einen EU-Austritt führte: „The narrow Brexit decision reflected a complex and cross-cutting mix of calculations, emotions and cues.“ Auch hier gab es länger bestehende Faktoren, wie Identitätsfragen, und wandelbarere Einflüsse, etwa wie viel Vertrauen den aktuellen Entscheidungsträgern entgegen gebracht wird (Clarke/Goodwin/Whiteley 2017: 5, 146).

Die Entwicklung der SPD, die als Ausgangspunkt für das Thema dieser Arbeit dient, unterscheidet sich insofern von beiden genannten Beispielen, als dass sie nicht mit einer einzelnen Wahl verbunden wird, sondern kontinuierlicher Natur ist. Sie wird ebenfalls regelmäßig mit Rückgriffen auf die Vergangenheit erklärt, kann aber auch, wie oben schon angeführt, als Abfolge einzelner Kandidaten, Sachfragenpositionen oder Wahlkämpfen gesehen werden. So wird etwa angeführt, dass sich die Partei von ihrer Stammwählerschaft entfernt habe, nach wie vor an den elektoralen Konsequenzen der Agenda 2010 leidet und durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Zersplitterung des „linken Lagers“ Stimmen an politische Konkurrenzparteien verloren (Arndt 2013; Helms 2007; Roßteutscher et al. 2016). Langfristig

---

<sup>2</sup> Der Artikel beschreibt den „Comey Letter“ als sichersten Faktor, nicht zwingend als den wichtigsten.

<sup>3</sup> UK Independence Party

angelegte Erklärungsmuster sind also auch in der Wahlforschung keine Seltenheit. Die andere Perspektive konzentriert sich entsprechend ihrer Logik stärker auf kurzfristige Entwicklungen, wobei auch diese im Rückblick in einem größeren zeitlichen Rahmen betrachtet werden können: So lässt sich eine Serie von Misserfolgen bei Wahlen, wie die SPD sie erlebt hat, auch mit einem andauernden Mangel an populären Kandidaten erklären sowie der Unfähigkeit, die eigene Sachkompetenz zu vermitteln (bspw. Klein/Rosar 2016: 107, Plischke 2014).

Kann man Wahlverhalten mit diesen beiden Perspektiven gut erklären? Falls ja, wie? Um sich dieser Frage zu nähern, muss man nur an die Ursprünge der Wahlforschung zurückkehren und kann konstatieren, dass dies, abgesehen von den kurz angerissenen Beispielen, schon lange praktiziert wird. Frühere Beispiele für diesen Ansatz sind zum einen die *Cleavage*-Theorie von Lipset/Rokkan (1967a), die Wähler entlang von fixen Konfliktlinien in gesellschaftliche, historisch bedingte Großgruppen einteilt und diese wiederum unter bestimmten Voraussetzungen Parteien zuordnet (Schoen 2014: 183). Zum anderen ist das sogenannte *Michigan-Modell* aus dem bis heute einflussreichen *The American Voter* (Campbell et al. 1960) zu nennen, in dem Wahlverhalten als kondensiertes Resultat von Sozialisation und verschiedenen politischen Erfahrungen am Ende eines auch zeitlich gedachten „funnel of causality“ (Campbell et al. 1960: 24) beschrieben wird: Dabei spielen sowohl lange bestehende Haltungen als auch kurzfristig wandelbare Einstellungen eine wichtige Rolle. Das erste Modell wird als *makrosoziologisch* bezeichnet, da der Ursprung von politischem Verhalten und Einstellungen in soziodemografischen Merkmalen von Großgruppen gesucht wird (Schoen 2014: 183–84). Die zweite dieser Argumentationslinien wird als *sozialpsychologisches Modell* bezeichnet, ganz generell basierend auf der Grundannahme, dass politisches Verhalten aus Einstellungen zu politischen Objekten resultiert (Schoen/Weins 2014: 243). Beiden ist jedoch gemein, dass insbesondere Wahlverhalten nicht als spontane Entscheidung oder als Folge einer kurzen Abwägung begriffen wird, sondern den Modellen zufolge seine Ursache wenigstens teilweise in der mehr oder weniger weit zurückliegenden Vergangenheit zu suchen ist – wobei betont werden muss, dass kurzfristige Erwägungen insbesondere im sozialpsychologischen Modell ebenfalls eine erhebliche Rolle spielen.

Die SPD und ihre Wahlgeschichte wurden als Beispiele nicht zufällig ausgewählt, sondern weil sie als Untersuchungsobjekte dieser Arbeit dienen. Anhand ihrer wird gezeigt, welche Einflussfaktoren für den lang- und kurzfristigen Erfolg einer Partei eine Rolle spielen. Was wirkt sich langfristig aus, was hat nur einen kurzfristigen Effekt? Wie wichtig sind Sachfragen und Kandidaten? Welche Folgen haben gesellschaftliche Wandlungsprozesse für die

Sozialdemokratie? Diese Fragen (und einige mehr) werden im Laufe der Arbeit behandelt. Dabei soll deutlich werden, dass es sinnvoll ist, sowohl die sozialpsychologische als auch die makrosoziologische Perspektive einzunehmen, um ein möglichst facettenreiches Bild von der Entwicklung der SPD zu erhalten. Während es bereits zahlreiche Literatur zu einzelnen Aspekten dieser Modelle auch im Hinblick auf die SPD oder die Sozialdemokratie allgemein gibt, so fehlt doch ein einheitlicher, strukturierter Blick über einen längeren Zeitraum, in dem nicht einzelne Fragestellungen dieser Modelle im Vordergrund stehen. Die zentrale Fragestellung ist also: Welche Erkenntnisse liefern das sozialpsychologische und das makrosoziologische Modell des Wahlverhaltens für die Entwicklung der SPD seit den 1980ern?

Im Anschluss an diese thematische Einführung zeige ich einen Überblick über den Forschungsstand zu den Wahlergebnissen und der Parteientwicklung der SPD im Zeitraum von 1983 bis heute. Dabei gehe ich sowohl auf Erkenntnisse aus wahlsoziologischer Sicht ein, die in der Tradition von Lipset und Rokkan stehen (s.o.), als auch auf die Perspektive des sozialpsychologischen Modells. Diese sind dabei keineswegs als konkurrierend zu betrachten, sondern ergänzen sich zu einem Gesamtbild, das zeigt, wie einerseits die politischen Einstellungen der Wähler, als auch andererseits die Wählerkoalition der SPD<sup>4</sup> im Wandel begriffen sind. Teilweise greife ich in diesem Kapitel auf Analysen zurück, die im Rahmen von Bundestagswahlen angefertigt wurden und einen auch aus forschungshistorischer Sicht interessanten Blick auf die Entwicklung der Partei vermitteln (Helms 2010; Kaase 1983; Mader 2014; Pulzer 1987; 1991; Rohrschneider/Jung 2012). Dazu kommt allgemeiner angelegte Forschung zur Entwicklung der SPD (Arndt 2013; Schmidt/Evans 2012) und zur Sozialdemokratie, die sich beispielsweise auf das sich wandelnde Verhältnis zur Arbeiterklasse (Arzheimer 2012; Müller/Klein 2012), auf den gesellschaftlichen Wertewandel und die Folgen der Wiedervereinigung (Arzheimer 2016b) oder den Wandel des Parteiensystems (Giebler et al. 2015) konzentriert. Schließlich werden auch Arbeiten berücksichtigt, die nicht ausschließlich den Fokus auf die Entwicklung der SPD legen, sondern allgemeiner betrachten, welche Rolle lang- und kurzfristig wirksame Variablen bei der Wahlentscheidung spielen (Clarke/Whitten 2013; Debus 2012; Elff 2009; Elff/Roßteutscher 2011). Diese Arbeiten zeigen allesamt einen Aspekt des Gesamtbilds, das die Entwicklung der SPD-Wahlergebnisse bildet. Sie bilden damit eine Grundlage für diese Arbeit, in der makrosoziologische und

---

<sup>4</sup> Damit ist die Zusammenstellung von Bevölkerungsgruppen gemeint, die zu einem überproportional großen Teil die SPD wählen.

sozialpsychologische Sichtweisen auf diese Entwicklung eingenommen und über einen langen Zeitraum verfolgt werden.

Nachdem die Problemstellung der Arbeit erläutert und der Forschungsstand zur Entwicklung der SPD überblickshaft dargestellt wurde, wird der weitere Aufbau dieser Arbeit skizziert. Im folgenden Abschnitt werden die theoretischen Hintergründe des sozialpsychologischen und makrosoziologischen Modells ausführlicher besprochen (Kapitel 2). Darauf folgt ein genereller Überblick über die Analysestrategie in den folgenden empirisch ausgerichteten Kapiteln, wobei hier auch die Datenauswahl erläutert wird (Kapitel 3). Der erste empirische Analyseteil behandelt die Entwicklung von Parteibindungen in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und bildet damit den makrosoziologischen Ansatz ab (Kapitel 4). Im zweiten Analyseteil werden auch kurzfristige Einstellungen zu Parteien und Kandidaten in den Fokus genommen, um die sozialpsychologische Perspektive auf das Wahlverhalten einzunehmen (Kapitel 5). Den Abschluss bildet eine Diskussion der Ergebnisse.

Alle Datenreihen in dieser Arbeit werden bis zum Jahr 2017 geführt, inklusive der Studien zur Bundestagswahl 2017. Das gilt auch für die Forschungsstände, die in diesem Kapitel beschrieben werden. Bundestagswahlen sind zentrale Ereignisse für die Wahlforschung und Deutschland und werden durch umfangreiche Studien begleitet. Zwar liegen zum Zeitpunkt des Verfassens bereits Umfragedaten zur Bundestagswahl 2021 vor, Forschungsliteratur ist aber noch kaum vorhanden. Um alle Kapitel dieser Arbeit auf einem einheitlichen zeitlichen Stand zu führen, wurde folglich 2017 als Ende der hier behandelten Datenreihen und des Literaturstands gewählt. Als Beginn der Daten- und Analysereihe wurde der Beginn der 1980er gewählt. Mit Beginn dieser Zeit gestaltet sich die Datenlage für empirische Wahlforschung so, dass Vergleiche zwischen den Bundestagswahlen besser werden und gleichzeitig makrosoziologische Trends erkennbar werden. Hier ist insbesondere die erste Erhebungswelle des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) im Jahr 1984 zu nennen. Das Politbarometer wurde sogar schon einige Jahre früher erstmals erhoben. Die Datenanalyse für das sozialpsychologische Modell beginnt mit der Bundestagswahl 1994: Ab hier machten einheitliche Studiendesigns durchgehende Analysen und Vergleiche bis zum Ende der Datenreihe praktisch möglich.

## 1.2. Forschungsstand zur jüngeren Wahlgeschichte der SPD

In den vergangenen Jahrzehnten durchlief die SPD eine nicht nur aus demoskopischer Sicht wechselvolle Geschichte. Im Jahr 1982 verlor die Partei infolge der „Wende“ des vorherigen Koalitionspartners, der FDP, die Kanzlerschaft Helmut Schmidts und konnte sie erst 1998 im inzwischen wiedervereinigten Deutschland für sieben Jahre mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler zurückgewinnen. Wie bereits im vorangegangenen Kapitel beschrieben, folgte darauf von 2005 bis 2017 eine Serie von Wahlniederlagen auf der Bundesebene, die eine Regierungsbeteiligung nur noch als kleinere Partei einer sogenannten Großen Koalition ermöglichten. Einzelne Erfolge wurden nach wie vor auf der Länderebene erzielt, doch auch hier ließ sich im Beobachtungszeitraum ein Trend zu rückläufigen Stimmanteilen feststellen<sup>5</sup>. Wieso es zu diesen Ergebnissen gekommen ist, wurde bereits von mehreren Perspektiven aus wissenschaftlich untersucht. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse lassen sich in eine makrosoziologische Sicht und eine sozialpsychologisch argumentierende Sicht teilen, weshalb dieses Kapitel den Erkenntnisstand dieser beiden Forschungslinien getrennt darstellen wird.

### 1.2.1. Makrosoziologische Erklärungsansätze

Makrosoziologische Wahlforschung stützt sich, etwas vereinfacht, auf die Annahme, dass soziale Großgruppen eine Präferenz für Parteien haben, die historischen Entwicklungen folgend ihre Interessen vertreten und an die Gruppe gebunden sind. Dem zugrunde liegt der sogenannte *Cleavage*-Ansatz (Lipset/Rokkan 1967b), wonach in den vergangenen Jahrhunderten gesellschaftliche Modernisierungsprozesse zu Großgruppenkonflikten führten. Diese wiederum wurden von Parteien aufgegriffen, was zur Ausformung der europäischen Parteiensysteme führte<sup>6</sup>. Die maximale politische Wirksamkeit dieser Konflikte ist dann gegeben, wenn stabile soziostrukturelle Merkmale sie ausformen, die Mitglieder der definierenden Großgruppen hohe kulturelle Kohärenz aufweisen und schließlich politische Parteien die Interessen der beteiligten Gruppen ins Parlament tragen. Sind diese Merkmale bei einer Konfliktlinie gegeben, spricht man von einem *Cleavage*. Parteien kommt dabei die Aufgabe zu, die Gruppenanliegen im politischen Diskurs aktuell zu halten und zu vertreten. So wird die Partei Teil der Konfliktlinie und von der „eigenen“ (und anderen) Gruppe auch als

---

<sup>5</sup> Wie am Ende von Kapitel 1.1 erklärt wird, beziehen sich die untersuchten Daten sowie die herangezogene Literatur auf die Zeit bis 2017.

<sup>6</sup> Die *Cleavage*-Theorie wird in Kapitel 2 genauer besprochen.

solcher angesehen. Die Angehörigen der an die politische Partei gebundenen Großgruppe erkennen durch diesen Mechanismus, dass ihre Interessen von der Partei vertreten werden und stimmen bei Wahlen für sie (Schoen 2014: 184–85; Weßels 2019: 189). Dieser Mechanismus ist simpel, für die Erklärung der Wahlgeschichte der SPD aus makrosoziologischer Sicht aber entscheidend.

Der Entstehung und dem Aufstieg der SPD liegt, der Cleavage-Theorie folgend, eine gesellschaftliche Konfliktlinie zwischen *Arbeitern* und *Kapitalgebern* zugrunde (siehe Kapitel 2.1.), wobei die SPD traditionell die Interessen und Rechte von abhängig beschäftigten Arbeitern vertritt – ihrer sogenannten Kernklientel (Schoen 2014: 191, 197). Dies wird auch als *sozio-ökonomisches Cleavage* bezeichnet (Elff/Roßteutscher 2016; Volkens/Merz 2015: 120–21). Aus dieser Grundannahme ergibt sich ein großer Teil des Vorgehens in Kapitel 4, wo die Bindung unterschiedlicher sozialer Gruppen an die SPD analysiert wird. Unterschiedlich starke Bindungen an die SPD zwischen den sozialen Schichten haben historisch das Wahlverhalten im Hinblick auf die Partei geprägt. Treten Veränderungen in den Bindungen an die Partei auf, kann das folglich erhebliche Konsequenzen für den Wahlerfolg haben.

Wenn sich die Zustimmungsrates einer Partei verändert, wie bei den Wahl-niederlagen bei den letzten Bundestagswahlen, kann das dieser Logik zufolge zwei mögliche Ursachen haben. Die erste Möglichkeit ist, dass sich die *Größe* ihrer sozialen Kerngruppe verändert. Es besteht aber auch, zweitens, die Option, dass die *Bindungskraft* zwischen einer Gruppe und einer Partei kleiner oder größer wird. Wird sie kleiner, wählen weniger Mitglieder einer Gruppe eine bestimmte Partei und wenden sich entweder anderen Parteien oder der Nichtwahl zu, und vice versa. Die soziologische Forschung zur Entwicklung der SPD konzentriert sich vor allem auf diese Determinante zur Erklärung des Wahlerfolgs der Partei, da die reine Messung der Kerngruppengröße recht leicht durchführbar ist. Demnach macht die traditionelle Stammwählerschaft der SPD, gewerkschaftsgebundene Arbeiter, nur noch etwa fünf Prozent der Bevölkerung aus. Sie ist also im Vergleich zu früheren Jahrzehnten als Wählerbasis längst nicht mehr ausreichend, um für sich genommen Wahlerfolge zu erzielen (Elff 2013; Elff/Roßteutscher 2016; Jun 2018: 41–42; Roßteutscher et al. 2016). Auch ohne die Beschränkung auf Gewerkschaftsmitglieder konstatieren Jung/Schroth/Wolf (2019: 40), dass Arbeiter „quantitativ im Elektorat keine bedeutende Rolle mehr“ spielen. Der Grund für das Zusammenschrumpfen einer ehemals großen Arbeiterschicht ist vor allem, dass in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als Folge von Automatisierung und Globalisierung der Bedarf an manueller Arbeit mit der Zeit erheblich abnahm. Der Ausbau von sozialen Sicherungssystemen

verwischte zudem die Klassenunterschiede (Elff/Roßteutscher 2011). Gemäß der klassischen Cleavage-Theorie wären drastische Verluste von einer Wahl zur anderen, wie bei der Bundestagswahl 2009, bei einem vollständig intakten sozio-ökonomischen Cleavage im Grunde unmöglich gewesen. Daher gehen einige Wahlforscher, aber auch Vertreter des linken SPD-Flügels oder des konservativen Teils der Union, davon aus, dass die relativ starken Verluste der SPD und der Union seit 2005 vielmehr Teil eines länger andauernden Trends der Angleichung beider Volksparteien sind (Elff 2013). Dies würde eine Auflösung des sozioökonomischen Cleavages durch die beteiligten Parteien bedeuten: Selbst wenn die zugrundeliegenden Gegensätze in der Gesellschaft noch vorhanden sind, wäre damit die politische Repräsentation und damit ein wesentliches Cleavage-Element geschwächt.

Ein anderer Aspekt, der für den Niedergang der elektoralen Bedeutung des klassischen Arbeit-Kapital-Cleavages spricht, ist die zuletzt immer schwächere Wahlbeteiligung der Arbeiter in Deutschland. Diese sind in früheren Zeiten der Sockel der SPD-Wählerschaft gewesen. Wie in vielen OECD-Staaten ist auch in Deutschland die Wahlbeteiligung bei nationalen Wahlen im Vergleich zu früheren Jahrzehnten stark zurückgegangen. In den 1970er und 1980er Jahren betrug die westdeutsche Wahlbeteiligung stets über 90 Prozent. Hierzu muss betont werden, dass die Forschung zur Wahlbeteiligung und zur politischen Partizipation allgemein zwar eng mit der Forschung zur *Wahlentscheidung* verbunden ist, aber auch zahlreiche eigene Untersuchungen zu diesem Thema mit anderer Akzentuierung existieren. Sie ist nicht der Fokus dieser Arbeit, soll aber an dieser Stelle nicht außen vor bleiben, denn in der Stärke der Verbindung zwischen Wählern und Parteien in einem Cleavage spielt sie eine wichtige Rolle. Dies wird sich in Kapitel 4 auch deutlich zeigen.

Die Wahlbeteiligung nahm in den Jahren 2013 und 2017 jeweils wieder etwas zu, liegt aber nach wie vor deutlich unter 80 Prozent und damit wesentlich niedriger als in früheren Jahrzehnten (Der Bundeswahlleiter 2017; Elff/Roßteutscher 2016). Dies gilt trotz intensiver Mobilisierungsversuche und, mit der AfD, einer neuen Partei im bisher schwach besetzten rechten Spektrum des Parteiensystems, was wiederum auch ihre Gegner stärker mobilisiert (Hobolt/Hoerner 2020: 237–41). Der Rückgang der Beteiligung ist dabei, wie gesagt, typisch für westliche Staaten, fällt in Deutschland aber aufgrund des hohen Ausgangsniveaus besonders stark aus. Elff/Roßteutscher (2016) vertreten dabei die Position, dass in Deutschland die Abschwächung der Verbindung von SPD und Arbeiterklasse *nicht* hauptsächlich zur Folge hat, dass einkommensschwache Arbeiter andere Parteien wählen. Stattdessen würden sie seit dem Ende des 20. Jahrhunderts verstärkt zur Nichtwahl neigen. Bei einer reinen Betrachtung der

*Wähler* lässt sich somit eine Abschwächung der Verbindung von Partei und Kerngruppe nicht im vollen Maße feststellen, denn *Nichtwähler* werden dabei nicht erfasst (Elff/Roßteutscher 2016). Die SPD erreichte 2013 zudem bei Ungelernten und Facharbeitern kaum höhere Stimmanteile als die Union, auch wenn dies nach wie vor ihre stärksten Wählergruppen sind<sup>7</sup>. Der Einfluss der Klassenlage auf das Wahlverhalten ist also nicht mehr so deutlich wie früher, derjenige auf die Wahlbeteiligung ist klar sichtbar. Die Entwicklung im Wahlverhalten verschiedener beruflicher Gruppen zwischen 1994 und 2013 zeigt dies deutlich. Während noch in den 1990er Jahren etwa die Hälfte aller Arbeiter, einfachen Dienstleister und Mitglieder der unteren Dienstklasse die SPD wählten, sank der Wähleranteil in diesen Gruppen insbesondere bei der Bundestagswahl 2009 dramatisch ab. In einer fast spiegelbildlichen Entwicklung stieg in diesen Gruppen dabei der Nichtwähleranteil. Der Befund ist dabei für Ost- wie Westdeutschland weitgehend identisch. Ein vergleichbarer Anstieg der Wahlenthaltung ist in den anderen Gruppen nicht feststellbar, ebenso hat die SPD dort keine derartig großen Verluste hinnehmen müssen – zum Teil konnte sie sogar zeitweise Zugewinne verbuchen. Das Ausgangsniveau war für die SPD in bessergestellten Berufsgruppen allerdings auch wesentlich niedriger (Elff/Roßteutscher 2016: 61). In Kapitel 4 wird darauf aufbauend untersucht, ob sich die im Vergleich zu früheren Jahren geringeren Wähleranteile der SPD ab den 2000ern in sozial schwächeren Gruppen, also etwa Arbeitern, einfachen Dienstleistern und Niedriggebildeten, auch für langfristig stabile Parteibindungen zeigt. Denkbar wäre auch, dass es sich um temporäre Abweichungen handelt und die Wähler dieser Schichten durch kurzfristige Einflüsse, etwa Kandidatenpopularität, von der Wahl der SPD abgewichen sind<sup>8</sup>.

Der Grund für diese Demobilisierung niedriger sozialer Schichten wird vor allem auf Seiten der linken Parteien gesehen (Elff 2009; Evans/Graaf: 392f.). Diesen obliegt die Aufgabe, die sozialen Konfliktlinien, denen sie entwachsen sind, regelmäßig politisch zu mobilisieren. Das kann geschehen, indem klassische Themen einer Partei fokussiert werden. Bei der SPD wären dies beispielsweise die Besteuerung von Vermögen und hohem Einkommen, der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und Arbeitszeitverkürzung. Auch traditionell politischen Lagern zugeordnete Organisationen, insbesondere die Kirche und Gewerkschaften, können diese Aufgabe erfüllen. Tun sie das nicht, gehen die auf dem Cleavage aufbauenden Verbindungen von sozialer Schicht und Partei mit der Zeit verloren (Elff/Roßteutscher 2016: 46). Die oft untersuchte Annahme, dass die Schwächung von Cleavages in erster Linie eine Folge von

---

<sup>7</sup> Das heißt nicht unbedingt, dass aus diesen Gruppen die meisten Stimmen kommen, aber *innerhalb* dieser Gruppen erzielt die SPD relativ gesehen ihr bestes Ergebnis (siehe Kapitel 4).

<sup>8</sup> In Kapitel 2 werden kurz- und langfristige Einflüsse auf das Wahlverhalten ausführlicher thematisiert.

gesellschaftlicher Individualisierung, zunehmendem Postmaterialismus<sup>9</sup>, sozialer Mobilität und ähnlichen Faktoren auf der individuellen Ebene ist, musste jedenfalls auf Basis der Forschung lange zurückgewiesen werden. Für die SPD zeigte sich erst ab 2009 deutlich eine Schwächung der Bindung ihrer traditionellen Kernwähler an die Partei. Gleichzeitig haben Wahlkämpfe, die ja in der Hand von Parteien liegen, in Deutschland keinen besonderen Bedeutungszuwachs erhalten (Debus 2012). Das wäre allerdings zu erwarten, wenn durch Cleavages festgelegte Parteibindungen und Wahlentscheidungen sich abschwächen. Auffällig ist jedoch, dass neuere Forschung zu dem Ergebnis kommt, dass nicht nur die numerische Bedeutung, sondern auch die Bindungskraft des sozialen Cleavage nachlässt. Das zeigt sich auch in dieser Arbeit empirisch: In den unteren sozialen Schichten ist der Anteil von SPD-Bindungen gesunken, was in Verbindung mit deren Verkleinerung dazu geführt hat, dass sie ihre dominante Rolle innerhalb der SPD-Anhängerschaft heute nicht mehr innehaben (siehe Kapitel 4).

Da es für die SPD seit den 1980ern zunehmend schwieriger wurde, auf Basis der kleiner werdenden Gruppe der gewerkschaftsgebundenen Arbeiter parlamentarische Mehrheiten zu erringen, befindet sich die Partei seither in einem Zielkonflikt. Einerseits war sie gezwungen, neue Wählergruppen für sich zu gewinnen. Andererseits besteht bei diesem Unterfangen stets die Gefahr, traditionelle Wähler zu verlieren und unsichere Gewinne etwa in der postmaterialistisch eingestellten „neuen Mitte“<sup>10</sup> damit zu konterkarieren (Schwander/Manow 2016: 117f.). Dieser Konflikt besteht im Wesentlichen, seit mit den Grünen eine neue linke Partei und klare Alternative zu den Unionsparteien parlamentarische Repräsentation erlangte (Kaase 1983: 161–62). Dazu kommt eine zunehmende Aufteilung der Arbeiter: Auf der einen Seite stehen gut gestellte, oft gewerkschaftlich organisierte und abgesicherte „insider“. Auf der anderen prekärer beschäftigte „outsider“, die politisch nicht leicht parallel zu bedienen sind (Schwander/Manow 2016: 119). Elff/Roßteutscher (2016) stellen in einer Analyse der Bundestagswahl 2013 fest, dass dieser Spagat der SPD letztlich nicht gut gelungen ist, trotz kurzfristiger Erfolge. Gewerkschaftsgebundene Arbeiter sind demnach nur noch schwach an die Partei gebunden, die sozioökonomische Konfliktlinie ist insbesondere bei jungen Menschen erodiert und ökonomisch schwache Menschen neigen zunehmend zur Wahlenthaltung, anstatt an die Partei gebunden zu werden. Die Autoren vermuten, dass dies bei der SPD schließlich auch die strategische Entscheidung beförderte, sich programmatisch und bei der Allokation

---

<sup>9</sup> Im Zuge der Werteforschung werden Materialismus und Postmaterialismus unterschieden. Postmaterialismus ist dabei die Abkehr von materieller und physischer Sicherheit als oberstem Ziel und die Befürwortung von Mitbestimmung und Freiheit als Werte an sich.

<sup>10</sup> Letztlich ist nicht klar, ob mit diesem Begriff aus dem Wahlkampf 1998 die ideologische Mitte, eine neue sozioökonomische Mittelschicht oder beides gemeint ist (Elff/Roßteutscher (2011).

ihrer Mobilisierungsressourcen nicht allzu sehr auf die Gruppen zu konzentrieren, die sich der Wahl vermeintlich ohnehin enthalten. So entsteht schließlich ein Zyklus der gegenseitigen Nichtbeachtung, bis andere Parteien diese Wähler versuchen anzusprechen. Ob dies in Deutschland bereits geschehen ist, lässt sich aber nicht eindeutig sagen: So zeigen Müller/Klein (2012), dass Die Linke, die aus ideologischer Sicht ebenfalls Arbeiter und untere Dienstklassen ansprechen sollte, nur ein schwach ausgeprägtes Klassenprofil aufweist. Das bedeutet, dass keine gesellschaftliche Schicht eine starke Präferenz für Die Linke aufweist, sie wird folglich aus allen Schichten ähnlich stark unterstützt. Der Grund dafür dürfte die Rolle von Die Linke als Nachfolgepartei der SED sein, welche in der DDR als Systempartei auch von der besser gestellten Schicht (also den Gewinnern des SED-Regimes) starke Unterstützung erfahren hat<sup>11</sup>. Arndt (2013: 117) gibt an, dass zwischen 1998, als 46 Prozent der SPD-Kerngruppe<sup>12</sup> der Partei ihre Stimme gaben, und 2009 (nur noch 20 Prozent) etwa zwölf Prozent ihrer Kernwählergruppe an Die Linke verloren hat. Diese Zahl dürfte allerdings im Vergleich zu der Gruppe, die in die Nichtwahl ging, eher klein sein. Die Strategie der SPD, die Mittelschicht zu gewinnen, ist allerdings nicht nachhaltig aufgegangen: Trotz anfänglichen Gewinnen in diesen Gruppen nahm die Popularität der SPD in den Dienstklassen und bei Selbstständigen spätestens ab der Bundestagswahl 2009, die für die SPD verheerende Verluste brachte, wieder ab (Arndt 2013: 117; Elff/Roßteutscher 2016). Der Kurs der „Neuen Mitte“ und die Entscheidung für die Große Koalition 2005 dürfte zudem hinreichend dazu beigetragen haben, dass sich Die Linke als gesamtdeutsche Partei und Vertretung von Teilen der Arbeiterklasse etablieren konnte (Elff/Roßteutscher 2011; Schwander/Manow 2016: 118). Gleichzeitig weist Arzheimer (2016a) auf eine relativ neue Entwicklung hin, in der europäische Parteien der „Extremen Rechten“ versuchen, die klassische Klientel sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien anzusprechen. Sie vermitteln dabei das Narrativ, dass Arbeiter mit Einwanderern um einfache Arbeit sowie um Sozialleistungen konkurrieren, um dem ihre eigene, meist fremdenfeindliche Agenda entgegenzustellen. Dadurch ist die Affinität der Arbeiter zu Parteien der extremen Rechten inzwischen größer als die des Kleinbürgertums, das traditionell deren Kernklientel bildet. Bei der Bundestagswahl 2017 wählten schließlich auch 18 Prozent der Arbeiter die AfD, was ein weit höherer Anteil ist als die Partei insgesamt erreichte (Jung/Schroth/Wolf 2019: 43). Eine häufige Vermutung für die Ursache ist, dass Arbeiter autoritärer und nationalistischer eingestellt sind als moderne sozialdemokratische Parteien, zudem sei die Annäherung an rechte

---

<sup>11</sup> Das ist letztlich schwer nachzuweisen, da in der DDR keine freien Wahlen stattfanden. Fest steht aber, dass die gesellschaftliche Elite der SED nahestehen musste, um überhaupt als solche existieren zu können.

<sup>12</sup> Darunter werden in dieser Studie gelernte und ungelernete Arbeiter sowie einfache, nicht-manuell arbeitende Angestellte verstanden.

Parteien eine Reaktion auf vermeintlich neoliberale Wirtschaftspolitik (Abou-Chadi/Mitteregger/Mudde 2021: 4–7). Gleichzeitig neigen hochqualifizierte Angestellte, die für linke Parteien seit den 1990ern eine wichtige Zielgruppe sind, zunehmend grünen Parteien zu (Arzheimer 2016a; Oesch/Rennwald 2018).

Für Europa ist die beschriebene Konkurrenzsituation zwischen sozialdemokratischen und extrem rechten Parteien nicht gut empirisch nachweisbar. So zeigen Abou-Chadi/Mitteregger/Mudde (2021), dass der Aufstieg rechtsradikaler Parteien in Europa in den 2000ern und 2010ern zwar mit großen Verlusten bei sozialdemokratischen Parteien einherging. Eine Kausalbeziehung dieser Phänomene anhand von Wählerwanderungen, Einstellungen von Arbeitern und dem soziodemografischen Profil rechter Parteien ist allerdings nicht plausibel. Sie zeigen darüber hinaus, dass Arbeiter mitnichten ein monolithischer Block sind – weiß, männlich und autoritär eingestellt – sondern vielmehr eine soziodemografisch vielfältige Gruppe mit einem breiten politischen Meinungsspektrum. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich dazu, dass auch wirtschaftlich starke Regionen und Städte in Deutschland zu AfD-Hochburgen werden konnten. Die Wählerschaft ist in allen sozialen Schichten zu finden, bei einer Konzentration auf mittelalten Männern in der unteren Einkommensmitte (Bergmann/Diermeier/Niehues 2018: 259–60; Faas/Klingelhöfer 2019: 921; Jung/Schroth/Wolf 2019: 43). Sozialdemokratische Parteien verloren seit den 2000ern weit mehr Wähler an progressive Parteien – etwa grüne und andere linke Parteien – als an die extreme Rechte. Sieht man den politischen Einstellungsraum als zweidimensional, mit einer wirtschaftspolitischen und einer kulturell-gesellschaftspolitischen Achse, seien Arbeiter demnach tatsächlich mehrheitlich progressiv eingestellt, ebenso wie die wachsende Gruppe gebildeter, soziokulturell Beschäftigter in Städten. Für letztere sei auch die kulturell-gesellschaftspolitische Achse im politischen Spektrum zunehmend die wichtigere (Abou-Chadi/Mitteregger/Mudde 2021: 7-15, 20).

Um nachzuvollziehen, wie es zu einer Schwächung des sozioökonomischen Cleavages und in der Folge zur Verringerung des Wählerzuspruchs für die SPD in vielen gesellschaftlichen Gruppen kam, ist ein Blick in die neuere Geschichte der Partei hilfreich. So beschreiben Schmidt/Evans (2012), dass die SPD eigentlich bereits Ende der 1980er in einer guten Position war, die Regierung wieder zu übernehmen. Sie war offener für den Dialog mit der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow und schien daher für den Moment besser aufgestellt in einer Zeit, in der an die deutsche Wiedervereinigung noch nicht wirklich gedacht wurde. Zudem wirkte

die Partei moderner als die Union und thematisch breiter gefasst als Die Grünen<sup>13</sup>. Der rasche Prozess der deutschen Einheit machte diese Position jedoch wieder zunichte, sodass sich erst im Laufe der 1990er für die SPD erneut die Gelegenheit bot, eine Bundestagswahl zu gewinnen. Zur Bundestagswahl 1998 trat sie mit der Strategie an, die „Neue Mitte“ gemäß des bereits in Großbritannien propagierten „Dritten Wegs“ der Sozialdemokratie (Arndt 2013) für sich gewinnen zu wollen. Dabei sollte der bisherige Weg der Klassenpolitik und Umverteilung verlassen werden zugunsten eines gesellschaftlich libertären Ansatzes und einer Hinwendung zur Gruppe der Angestellten. Der Slogan sollte Arbeiter, die sich Schutz vor einem zunehmend weltweiten Wettbewerb erhofften, ebenso ansprechen wie eine moderne, technologieorientierte Mittelklasse. Der Fokus der Partei lag dabei verstärkt auf letzterer Gruppe, die von einer „global civil society“ mit einer modernen Wissensökonomie überzeugt werden sollte. Schmidt/Evans (2012) sind der Ansicht, dass der Wahlerfolg der SPD in Wahrheit auf einem Missverständnis zwischen ihren Wählern und der Partei beruhte. Die zu großen Teilen unteren sozialen Schichten angehörenden Wähler suchten nämlich vor allem soziale Sicherheit und erhofften sich mehr Arbeitsplätze – Dinge, die von der regierenden Union nicht gewährleistet wurden. Schmidt/Evans (2012) gehen davon aus, dass der Wahlsieg 1998 vor allem eine Folge ökonomischer Kreisläufe und von Weltpolitik war. Diese ließen die SPD als Vertreter der Modernisierung *und* der sozialen Gerechtigkeit dastehen, was eine breite Wählergruppe ansprach. Letztlich konnte die SPD aber weder die selbst erhobenen noch die von Wählern projizierten Erwartungen erfüllen. Mit der Beteiligung an Militäreinsätzen im sich auflösenden Jugoslawien und in Afghanistan wurde die Idee der „civil society“ untergraben. Das Platzen der sogenannten Dotcom-Blase und die in Deutschland so noch verstärkte wirtschaftliche Krise führten darüber hinaus zu Einschränkungen des Sozialstaats. Außerdem schien die neoliberale Globalisierung unaufhaltsam. Der „Dritte Weg“ war somit eine Enttäuschung sowohl für die Wähler wie auch für weite Teile der Partei. Dieses zeigt sich auch in der Entfremdung des ehemaligen Vorsitzenden Lafontaine, der den wohlfahrtsstaatlich orientierten Teil der SPD repräsentierte, von Kanzler Schröder, welcher stärker die Wirtschaft im Fokus hatte und sich letztlich durchsetzte: Mit der Abschaffung der Vermögenssteuer, niedrigeren Unternehmenssteuern und einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Hartz-Reformen wurden insbesondere ab 2002 vor allem Maßnahmen erlassen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft steigern und Arbeitsplätze schaffen sollten. Diese fanden gute Resonanz bei neuen Wählerschichten, die Kernwählergruppe der SPD sahen

---

<sup>13</sup> Die Grünen fassten sich erst 1993 mit dem Bündnis 90 zu Bündnis 90/Die Grünen zusammen. Beide Ausdrücke werden hier synonym verwendet.

diese Reformen aber erwartungsgemäß kritisch (Arndt 2013). Schmidt/Evans (2012) werfen der SPD daher vor, in ihrer Regierungszeit von 1998 bis 2005 den Wohlfahrtsstaat aufgegeben zu haben und die Interessen der Arbeiterklasse in eine andauernde Repräsentationskrise gestürzt zu haben. Die darauffolgenden Wahlniederlagen seien demnach darauf zurückzuführen, dass die Unterstützung durch die Arbeiter in großen Teilen wegbrach, was von den im Zuge des „Dritten Wegs“ neu hinzugewonnenen Wählern nicht kompensiert werden konnte. Die *Agenda*-Politik, insbesondere die Hartz-Reformen, habe somit ihre Verlierer sowohl von der SPD entfremdet als auch von der Politik allgemein: Viele von ihnen wandten sich entweder anderen Parteien zu – vor allem der Linken, später auch der AfD (Jung/Schroth/Wolf 2019: 43) – oder der Wahlenthaltung. Ähnlich fällt die Analyse von Jung/Schroth/Wolf (2019: 43) aus. Schwander/Manow (2016: 118) weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dieser Trend langfristig auch eine politische Legitimationskrise auslöst. Die SPD befand sich durch die eigene Politik wie durch die wirtschaftlich schwierige Periode zu Beginn der 2000er, die relativ hohe Arbeitslosenzahlen bei schwachem Wachstum sah, in einem Dilemma. Mögliche Erfolge der eigenen, wirtschaftsfreundlichen Politik waren (noch) nicht sichtbar, die Folgen der restriktiveren Wohlfahrtsstaatspolitik allerdings schon – und zwar für eine größer gewordene Gruppe von Arbeitslosen. Die Zeit in der Großen Koalition ab 2005, in der ebenfalls kaum zum Wiederaufbau des Wohlfahrtsstaats beigetragen wurde, konsolidierte schließlich die Wählerverluste, zumal die Union mit einer Strategie der *asymmetrischen Demobilisierung*<sup>14</sup> erfolgreich bei potenziellen SPD-Wähler das Interesse an der Wahl 2009 verringerte (Arndt 2013).

*„Eventually, Social Democrats lose on all fronts: working-class voters feel they don't get the social protection they want, capital thinks it doesn't get enough working-class rollback, and middle-class voters are afraid they will be squished between the tax burden of the welfare state and political support for big corporations.“*

(Schmidt/Evans 2012: 269)

Schmidt/Evans (2012) fassen treffend zusammen, in welcher Position sich die SPD seit dem Ende der 2000er befindet. Die Zusammensetzung ihrer Wähler hat sich nachhaltig verändert, vor allem in dem Sinne, dass weniger Arbeiter und einfache Dienstleister als zuvor der Partei

---

<sup>14</sup> Darunter wird nach Arndt (2013) eine Strategie verstanden, die im gegnerischen politischen Lager die Wahlbeteiligung verringern soll, während der turnout für die eigene Partei weitgehend stabil bleibt. Das kann etwa durch die Fokussierung auf „langweilige“ Themen geschehen und durch die Vermeidung von Debatten um Themen, die eine Polarisierung des Parteiensystems zur Folge haben könnten.

ihre Stimme geben. Die Cleavage-Theorie von Lipset/Rokkan (1967b) prognostiziert auch nicht, dass soziale Gruppen unbegrenzt lange an eine Partei gebunden sind, dieser sozusagen „blind“ folgen und das Verhältnis von sozialer Großgruppe und Partei auf diese Weise zementiert ist. Viel mehr reagieren Wähler auf Signale von Parteien wie Koalitionsvereinbarungen, Policies und Mobilisierungsbestrebungen. Da die SPD seit dem Ende der 1990er vor allem auf die politische Mitte der Gesellschaft zielte, ist es nicht verwunderlich, dass infolgedessen Angestellte der mittleren und oberen Dienstklasse einen größeren Anteil der SPD-Wählerschaft einnahmen<sup>15</sup> (Elff/Roßteutscher 2011). Hierbei muss allerdings deutlich bleiben, dass solche kurzfristigen Entwicklungen nicht die Basis sind, auf die im makrosoziologischen Modell die Beziehung von sozialen Gruppen und Parteien gestellt werden. Relevanter ist aus Modellsicht eher das Verhältnis zur traditionellen Kernwählergruppe.

Schaut man sich die Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 auf Basis der Cleavage-Überlegungen an, wird deutlich, dass das Klassenprofil der SPD weitgehend erodiert ist. Arbeiter, Angestellte und Beamte gaben der Partei jeweils zwischen 21 und 23 Prozent ihrer Stimmen, also praktisch auf dem Niveau des Gesamtergebnisses. Alle drei Gruppen wählten, wie schon seit 2009, zu größeren Anteilen die Unionsparteien. Bei Gewerkschaftsmitgliedern waren immerhin noch 31 Prozent SPD-Wähler, was aber beispielsweise längst nicht an die Überproportionalität von Unionswählern unter Kirchgängern heranreicht (Weßels 2019: 199). Unter gegenseitiger Kontrolle ist nur noch Gewerkschaftsmitgliedschaft ein signifikanter, positiver Einfluss auf die Wahl der SPD (Weßels 2019: 203). Der SPD fehlt also ein „elektoraler Schwerpunkt“, weder in den Berufsgruppen noch über andere soziodemografische Merkmale hinweg (Jung/Schroth/Wolf 2019: 38–44). Diese Ergebnisse in den Berufsgruppen sprechen für eine Schwächung des sozioökonomischen Cleavages. Dazu passt auch, dass bei der Bundestagswahl 2017 entgegen aller historischer Erfahrung vor allem die *soziokulturelle* Dimension von Sachfragen eine hohe Salienz hatte und weniger die sozioökonomische Dimension (Faas/Klingelhöfer 2019: 922)<sup>16</sup>. Allerdings ist zumindest in Deutschland zuletzt keine weitere Schwächung sozialstruktureller Effekte auf die Wahlentscheidung feststellbar. So waren diese bei der Bundestagswahl 2017

---

<sup>15</sup> Diese Zugewinne sind mittlerweile allerdings in weiten Teilen wieder verloren gegangen, siehe Abb. 1.2.1.1

<sup>16</sup> Das Thema Sachfragensalienz liegt vor allem im sozialpsychologischen Modell des Wahlverhaltens begründet und wird daher in Kapitel 1.2. und 2.2. ausführlicher behandelt. Der Befund passt trotzdem an dieser Stelle gut zur Vermutung, dass das sozioökonomische Cleavage bei der Wahlentscheidung in Deutschland an Bedeutung verloren hat.

etwas stärker als 2009 und nur etwas geringer als 2013 – ein klarer Trend ist nicht zu sehen (Weßels 2019: 204–5).

Das Abwenden von gewerkschaftsgebundenen Arbeitern von der SPD ist zwar möglicherweise bereits längerfristig im Gange, hat sich aber insbesondere am Ende der 2000er erheblich gesteigert. Letzteres spricht gegen eine gesellschaftliche Verwandlung als alleinige Ursache für die elektoralen Verluste der SPD. Umstände wie eine erhöhte soziale Mobilität, Individualisierung und das Verschwinden sozialer Gegensätze führen zwar auf Dauer auch zu einer veränderten Zusammensetzung von Wählergruppen. Für schnelle Entwicklungen, wie bei der SPD in Deutschland, dürften aber hauptsächlich politische Faktoren verantwortlich sein, insbesondere die ideologische Verschiebung der SPD in ökonomischen Themenfeldern hin zur Mitte (Elff 2013; Evans/Graaf). Denkt man an den am Kapitelanfang skizzierten Mechanismus zurück, nach dem nur die sich ständig wiederholende Vertretung der eigenen Interessen eine soziale Großgruppe politisch an eine Partei gebunden hält, ist die Abwendung der Arbeiter von der SPD auch theoretisch plausibel.

Aus makrosoziologischer Sicht ist die SPD in einer schwierigen Situation. Ihre traditionellen Wähler, gewerkschaftsgebundene Arbeiter, sind als Gruppe zusammengeschrumpft und nicht mehr so stark wie früher an die Partei gebunden. Dasselbe gilt generell für die Arbeiter und einfachen Dienstleistungserbringer. Zwar ist die Gruppe der Geringverdiener groß wie eh und je, sie sieht sich aber programmatisch durch die SPD seit Ende der 2000er nicht mehr im selben Maße wie früher repräsentiert, was die Stärke der Verbindung zu dieser Gruppe verringert hat (Jun 2018: 41–42). Der Trend, sich aufgrund der kleineren Klassenbasis hin zu einer „catch-all“-Partei zu entwickeln, ist bei vielen sozialdemokratischen Parteien feststellbar (Evans/Graaf 2013). Gleichzeitig sieht die Partei keinen deutlich vergrößerten Zuspruch in der „Mittelschicht“. Das hat sich, folgt man den Schlussfolgerungen der zuvor genannten Studien, die SPD im Wesentlichen selbst zuzuschreiben. Zwar spielten einige externe Faktoren, wie die Demobilisierungsstrategie der Union und die Ausrichtung der Extremen Rechten auf Arbeiter, ebenfalls eine Rolle bei den Stimmenverlusten der SPD. Sie hat es jedoch auch versäumt, diesen Gruppen inhaltliche Angebote zu machen und diese so überzeugend zu präsentieren bzw. auf die Agenda zu heben, dass ein *class appeal* wiederhergestellt werden kann:

*„Politische Angebote und Appelle von Parteien treten nicht von außen zu dem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung hinzu, sie sind das Band, mit dem dieser Zusammenhang erst geknüpft wird.“ (Elff 2004: 207)*

Elff fasst damit indirekt auch den Weg zusammen, den die SPD gehen könnte, um wieder größere Resonanz in unteren sozioökonomischen Schichten zu finden, beziehungsweise um das soziale Cleavage wiederzubeleben. Dies kann demnach nur durch programmatische Fokussierung auf die wichtigen Themen ermöglicht werden, die sozial Schwächere ansprechen. Er geht davon aus, dass der Zusammenhang von Präferenz für sozialdemokratische Parteien und Sozialstruktur prinzipiell wiederherstellbar ist, wenn die Parteien ihre ursprüngliche Position wieder einnehmen und damit ihre ideologische „raison d’être“ erfüllen. Auch in der Mittelklasse können, so Evans/Graaf (2013), benachteiligte Gruppen identifiziert und angesprochen werden. Nicht nur manuelle Arbeiter können demnach Umverteilungsideen unterstützen; das relative Wachstum der Mittelklasse muss also nicht das Ende von klassenbasierten politischen Botschaften sein. Dagegen ist der SPD der Weg, mithilfe konsensueller Ziele – insbesondere der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit – eine breitere Wählerbasis anzusprechen bisher nicht langfristig gelungen, wohl auch weil Erfolge der Agenda-Politik erst sichtbar wurden, als die Partei nicht mehr den Kanzler stellte. Geht eine Partei diesen Weg, *muss* sie aber (schnell) Erfolg haben, sonst droht der Verlust an allen Seiten, sowohl bei der Stammklientel als auch bei neugewonnenen Wählern (Elff 2004).

Die Literatur zu makrosoziologischen Erklärungsmustern für die Wahl der SPD, das zeigt sich in diesem Überblick, konzentriert sich vor allem auf einzelne Aspekte des klassenbasierten Wählens: Insbesondere die Auswirkungen der Agenda-Politik stehen dabei im Fokus, teilweise auch das Verhältnis der traditionellen SPD-Wählerschaft zur extremen Rechten und zu anderen linken Parteien. Das Ziel dieser Arbeit ist es dagegen, einen einheitlichen Blick auf die soziodemografische Zusammensetzung der SPD-Anhänger über einen langen Zeitraum – seit den 1980ern – zu erhalten. Zusammen mit der sozialpsychologischen Perspektive, die im folgenden Teilkapitel zusammengefasst wird, entsteht so ein Gesamtbild, in dem verschiedene Faktoren aus zwei Dimensionen die Entwicklung der SPD umfassender beschreiben, als dies die genannten Einzelaspekte können.

### **1.2.2. Sozialpsychologische Erklärungsansätze**

Die sozialpsychologische Tradition der Wahlforschung beruht auf der Annahme, politisches Verhalten werde durch Einstellungen gesteuert oder wenigstens stark beeinflusst. Sie geht dabei auf das *Michigan-Modell* zurück (Campbell et al. 1960; Campbell/Gurin/Miller [1954] 1971;

Schoen/Weins 2014), welches in den 1950er-Jahren in den USA entwickelt wurde<sup>17</sup>. Zusammengefasst wurden dabei fünf Faktoren identifiziert, die sich auf das Wahlverhalten auswirken. Zunächst ist dies die Parteiidentifikation (PI), eine psychologische Bindung an eine Partei, welche sie als politischen Bezugspunkt erscheinen lässt und die politische Wahrnehmung im Sinne der Partei beeinflusst. Die Parteiidentifikation ist eine meistens stabile Einstellung, die dazu neigt, im Laufe des Lebens immer fester zu werden. Durch ihre Eigenschaft, die Sicht auf politische Ereignisse und Personen zu färben, wirkt sie sich auch auf die anderen, kurzfristig wirksamen Einstellungen aus. Die kurzfristig wirksamen Einstellungen sind zunächst die Bewertung von Kandidaten und die Meinung zu politischen Sachfragen. Dazu kommen die Bewertung der Parteien in Regierungsverantwortung und sogenannte gruppenbezogene Einstellungen, womit die Bewertung von Parteien im Hinblick auf deren Repräsentation von bestimmten Bevölkerungsgruppen (vor allem der eigenen) gemeint ist.<sup>18</sup>

Eine Betrachtung der längeren Entwicklung von sozialpsychologischen Wahlfaktoren für die SPD (oder eine andere Partei in Deutschland) – also etwa, welche Policy-Felder für die Partei besonders wichtig waren, ob die Wichtigkeit von Kandidaten zu- oder abgenommen hat und wie sich die Parteiidentifikation für die Sozialdemokraten gewandelt hat – ist für Deutschland die Ausnahme. Analysen zu *einzelnen* Bundestagswahlen existieren aber auch zu länger zurückreichenden Zeitpunkten. Nicht alle der genannten Variablen wurden dabei konsistent untersucht. Das Ziel dieses Abschnitts ist es, aus diesen Wahlanalysen heraus Trends zu identifizieren und einen Überblick zu den einzelnen Bundestagswahlen aus der Perspektive der sozialpsychologischen Wahlforschung zu schaffen.

Die Bundestagswahl 1983 war besonders gekennzeichnet durch den vorhergegangenen Koalitionsbruch des Koalitionspartners FDP, woraufhin Helmut Kohl zum Kanzler gewählt wurde und zur Legitimierung seiner Position Neuwahlen herbeiführte. Dies war möglich, indem Kohl im Bundestag die Vertrauensfrage stellte und dabei mithilfe seiner parlamentarischen Mehrheit absichtlich unterlag<sup>19</sup>. Hans-Jochen Vogel war der Spitzenkandidat der SPD in dieser Wahl, welche die neue schwarz-gelbe Koalition mit gemeinsam etwa 56 Prozent der Stimmen gewinnen konnte (Kaase 1983: 159–62). Diese sogenannte „Wende“ stellte für viele Wähler auch tatsächlich ein wichtiges Thema dar (Falter/Rattinger 1986). Allerdings ist aus

---

<sup>17</sup> In Kapitel 2 und 3 wird das Modell und seine Genese, insbesondere die teilweise unterschiedlichen Ansichten über die Parteiidentifikation, ausführlicher besprochen.

<sup>18</sup> Für eine Modellskizze siehe Kapitel 2.1.2. Insbesondere gruppenbezogene Einstellungen und die Bewertung der Regierungspartei(en) werden jedoch in den meisten Analysen und Modellen außen vor gelassen.

<sup>19</sup> Dieselbe Methode nutzte Gerhard Schröder 2005, ebenfalls um Neuwahlen zu erwirken.

sozialpsychologischer Sicht schwer auszumachen, an welcher Stelle im Modell solche koalitionsbezogenen Betrachtungen einzuordnen sind. Auch soziale und wirtschaftliche Themen spielten eine Rolle bei der Wahl, wobei sich sogenannte Valenzissues – also Kompetenzzuweisungen an die Parteien in der Erreichung von konsensuellen Zielen – gegenüber Positionsissues, wo inhaltliche Differenzen zwischen Parteien bestehen, als bedeutender erwiesen. Bei den Valenzissues, insbesondere der Wirtschaftskompetenz<sup>20</sup>, lag die SPD bei der Wahl hinter den Unionsparteien zurück, was zum Wahlerfolg Helmut Kohls beigetragen hat. Ihre Kompetenzbewertung ist gerade im Vergleich zur Wahl 1980 zurückgegangen (Falter/Rattinger 1986: 335; Kaase 1983: 161). Ein möglicher Grund dafür war die wirtschaftliche Stagnationsphase seit Mitte der 1970er. Die interventionistische Politik der SPD in dieser Zeit hat sich demnach aus Sicht der Wähler nicht bewährt, so dass die stärker marktwirtschaftlich orientierte Union für sich die besseren Argumente hatte. Dazu kam eine leichte wirtschaftliche Erholung kurz vor der Wahl (Kaase 1983: 162–64). Die Kandidaten wurden dagegen ähnlich bewertet und dürften daher kein entscheidender Faktor gewesen sein (Kaase 1983: 162). Insgesamt kommen die Autoren aber zu der Bewertung, dass keine großen Abweichungen von einer Wahl gemäß den Parteiidentifikationen vorlagen. Einzige Ausnahme stellen Die Grünen dar, welche zu dieser Zeit als sehr junge Partei nur wenige Wähler mit Parteibindung aufweisen konnten. Ihre Wahl wurde daher als einzige sehr stark von Kurzfristfaktoren bestimmt (Falter/Rattinger 1986: 331).

An diesem Ergebnis änderte sich bei der folgenden Bundestagswahl 1987 nur wenig. Bei leichten Zugewinnen der Opposition, wobei diese nur den Grünen zugutekamen, hielt die schwarz-gelbe Regierung ihre Mehrheit. Mit der Wahl wurde das damals neue Vierparteiensystem mit zwei Lagern endgültig konsolidiert, da Grünen inzwischen mit Leichtigkeit weiterhin ins Parlament eingezogen war und die FDP ihre Verluste infolge der „Wende“ wieder ausgleichen konnte (Forschungsgruppe Wahlen 1987: 253; Pulzer 1987: 152–53). Bemerkenswert war zudem der Rückgang der Wahlbeteiligung um 4,8 Prozentpunkte, was vor allem zulasten der Unionsparteien ging: In ihren Hochburgen fielen die Beteiligungsraten besonders niedrig aus. Der Wahlkampf wurde als wenig polarisierend und „farblos“ bezeichnet (Forschungsgruppe Wahlen 1987: 257). Trotz der fehlenden Polarisierung gab es einige Themen, die den Wahlkampf dominierten: Dies waren hauptsächlich die Kernkraftfrage, die sich kurz nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erstmals wirklich stellte, und als

---

<sup>20</sup> Valenzissues sind Themenfelder, in denen das Ziel weitgehend akzeptiert ist: relativ niedrige Inflation, Rentensicherung, Umweltschutz und Verringerung der Arbeitslosigkeit sind klassische Beispiele hierfür.

wichtigstes Thema überhaupt die Verringerung der in den vorherigen Jahren gestiegenen Arbeitslosenquote. Gewerkschaftsforderungen nach der 35-Stunden-Woche, Preisstabilität, Rentensicherung und Abrüstung waren weitere Wahlkampfthemen. In den Kompetenzeinschätzungen lag dabei die Regierung in den drei ökonomischen Themen (Rente, Inflation, Arbeitslosigkeit), die Opposition dagegen in den eher gesellschaftlichen Themen (Umweltschutz/Atomkraft, Abrüstung) vorn. Der Vorsprung der Union in der Arbeitslosenfrage war aber so gering, dass dies keinen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis gehabt haben dürfte (Forschungsgruppe Wahlen 1987: 279).

Auch die Kandidatenfrage war 1987 nicht wahlentscheidend. Johannes Rau, der SPD-Kandidat, und Helmut Kohl lagen in Umfragen vor der Wahl genau gleichauf. Gleichzeitig heißt das aber auch, dass die SPD nicht von einem starken Kandidatenbonus wie noch in den 1970ern profitiert hat. Ein „Kanzlerplebiszit“ war die Wahl insofern nicht (Forschungsgruppe Wahlen 1987: 276). Auf Basis dieser Betrachtungen liegt die Vermutung nahe, dass sogenannte kurzfristige Determinanten der Wahlentscheidung bei dieser Wahl nicht von herausragender Bedeutung waren<sup>21</sup>, wobei Sachthemen eher noch im Fokus standen als die Kandidatenfrage (Debus 2012). Allerdings scheinen langfristig stabile Faktoren im Laufe der 1980er insgesamt an Bedeutung verloren zu haben, insbesondere in der „Wählergruppe mit überdurchschnittlich gut entwickelten kognitiven Strukturen“, also bei Menschen, die sowohl hochgebildet als auch politisch stark interessiert sind<sup>22</sup> sowie für kleinere Parteien, bei denen die Kurzfristeffekte eine wachsende Rolle spielen (Dalton/Rohrschneider 1990: 317; Pappi/Shikano 2002).

Bei den hier beschriebenen Bundestagswahlen vor 1990, die rein westdeutsche Wahlen waren, handelte es sich also zusammenfassend um Wahlen, die stark von der Verteilung von Parteiidentifikationen geprägt waren. Insbesondere die Kandidaten spielten, anders als bei späteren Wahlen, keine wahlentscheidende Rolle, da die Kontrahenten in beiden Fällen ähnliche Popularitätswerte aufwiesen. In der Logik des sozialpsychologischen Modells lässt sich daraus ableiten, dass zu wenige Menschen an die SPD und das Oppositionslager gebunden waren, um die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP abzulösen und darüber hinaus

---

<sup>21</sup> Die Analysen der Forschungsgruppe Wahlen (1987) sind allerdings auf der Aggregatebene, so dass Schlussfolgerungen nur vorsichtig gezogen werden können. Zudem gehen die Autoren davon aus, dass diese Faktoren ohnehin nur von den Wählern in Betracht gezogen werden, die nicht durch sozialstrukturelle Verankerung auf eine Partei festgelegt sind. Da sie aber selbst feststellen, dass beispielsweise „nur“ 68 Prozent nicht-katholischer Gewerkschaftsmitglieder die SPD gewählt haben, muss davon ausgegangen werden, dass nicht-sozialstrukturelle Faktoren auch bei vermeintlich „verankerte“ Personen die Wahlentscheidung mitbeeinflussen.

<sup>22</sup> Die Autoren unterscheiden dabei allerdings nicht nach Parteien.

prägnante Kurzfristeffekte bei den Sachfragen, wenn überhaupt, den Regierungsparteien zugute kamen.

Ähnlich wie die die beiden vorhergehenden Bundestagswahlen war die für 1990 vorzeitig angesetzte Wahl<sup>23</sup> bei den Kurzfristfaktoren von Sachfragen dominiert (Debus 2012). Es war gleichzeitig die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl (Eckstein/Pappi 1994: 397). Das Thema Wiedervereinigung, insbesondere die Frage, wie die wirtschaftlich daniederliegenden neuen Länder neu aufgebaut werden können, war die eindeutig wichtigste Sachfrage im Wahlkampf (Küchler 1994: 426). Dabei wurde der Regierungskoalition aus Union und FDP wesentlich mehr Kompetenz zugesprochen als der Opposition – während der Union laut *Emnid* 68 Prozent höhere Kompetenz im Wiederaufbau zusprachen, kam die SPD hier nur auf 23 Prozent (Pulzer 1991: 149). Die Forschungsgruppe Wahlen kommt mit etwas anderer Methodik auf weniger divergierende Kompetenzzuweisungen, aber auch hier liegt die Regierungskoalition in dieser Frage mit 47 zu 27 Prozent klar vorne (Küchler 1994: 434). Küchler (1994: 447–48) geht dabei davon aus, dass dieses Thema ein Proxy für Wirtschaftskompetenz war, also Wähler in West wie Ost bewerteten, welche Partei ihren Wohlstand am ehesten sichern kann. Es gab aber auch noch andere Sachfragen, die im Wahlkampf eine Rolle spielten. Dazu zählten vor allem die Neuregelung des Asylrechts, die Vereinheitlichung des in Ost- und Westdeutschland zuvor unterschiedlichen Abtreibungsrechts und nach wie vor die Kernenergiefrage (Eckstein/Pappi 1994: 401). Bei den meisten Sachfragen (Ausnahme: Asylrecht) nahmen die Wähler zudem eher linke, also oppositionsnahe, Positionen ein (Eckstein/Pappi 1994: 416). Betrachtet man die Bewertung der Kandidaten und der Sachfragen auf der einen und das Wahlergebnis auf der anderen Seite als Gesamtbild, spricht einiges für die These, dass hier Valenzissues und Kompetenzeinschätzungen die bessere Erklärung für Wahlverhalten waren als die Betrachtung eines spatialen Modells.

Anders als teilweise in seinen ersten Regierungsjahren konnte Helmut Kohl sich bei dieser Wahl auf ein verbessertes Image stützen. Der Spitzenkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, litt darunter, dass seine Meinung zur Einheit und den Belangen der neuen Länder auf die Wähler indifferent bis ablehnend wirkte. Entsprechend wurde Kohl generell und speziell im Osten positiver gesehen als der SPD-Kandidat (Eckstein/Pappi 1994: 416–19). Dessen ursprüngliche

---

<sup>23</sup> Die Bundestagswahl 1990 wies die Besonderheit auf, dass die neuen und alten Bundesländer im Hinblick auf die Sperrklausel getrennt wurden. Das führte dazu, dass die PDS neu in den Bundestag einzog, obwohl sie bundesweit unter 5 % der Stimmen erhielt, in den neuen Bundesländern die Hürde aber übersprang (Pulzer 1991: 149-150).

Strategie aus der Zeit vor der Einheit, Stimmen der Grünen abzuziehen, war dabei sogar erfolgreich. Die mangelnde Reaktion auf die Einheit konnte damit allerdings nicht ausgeglichen werden: Während die SPD im Westen nur marginal Stimmen einbüßte und bei 35,7 Prozent landete, erzielte die Partei in den neuen Ländern nur 24,3 Prozent der Stimmen. Dies hatte sich schon bei den einzigen freien Volkskammerwahlen in der DDR im Jahr 1990 angedeutet, als die SPD noch schwächer abschnitt (Pulzer 1991: 146–53). Ohne Untersuchungen auf individueller Ebene ist es aber schwer, aus diesen Zahlen abzuleiten, was genau die Ursache für das schwache Ergebnis der SPD war. Letztlich ist nicht klar, ob eher der Vergleich von Lafontaine zu Kohl, die Kompetenzzuweisungen in der Einheits- und Wiederaufbaufrage oder doch Verteilungen von Parteibindungen das Wahlergebnis am stärksten geprägt haben. Hierfür wäre die Verwendung eines zusammenfassenden Modells für die Wahl nötig, wie dies in dieser Arbeit für spätere Wahlen vorgenommen wird.

Die Bundestagswahl 1994 stellte schließlich den (vorerst) letzten Wahlsieg der schwarz-gelben Koalition dar. Dabei war das Ergebnis nur scheinbar sehr ähnlich zu dem der vorherigen Wahl: Die bürgerliche Koalition mit Helmut Kohl als Kanzler erreichte erneut die Mehrheit, die Union blieb stärkste Kraft und weiterhin waren fünf Parteien im Parlament vertreten<sup>24</sup> (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 80). Die sozialpsychologische Analyse zeigt eine Rückkehr zu früheren Mustern bei der Bewertung von Sachfragen. Nachdem die Wiedervereinigung und die Positionen der Parteien zu diesem Thema die Wahl 1990 zumindest teilweise dominiert hatte, war vier Jahre später wieder die Arbeitslosigkeit das mit Abstand als am wichtigsten eingestufte Problem. Ihm folgten Kriminalität, Ausländer bzw. Asylfragen, Umweltschutz und der Wohnungsmarkt. Mit Ausnahme des „Ausländerproblems“ (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 78) handelte es sich hier sämtlich um Valenzissues, bei denen also das Ziel weitgehend konsensual ist. Es überrascht also nicht, dass spezifische Positionsfragen bei dieser Wahl die Entscheidung der Wähler nicht besonders gut erklären können – zumal die meisten Menschen mit der Identifikation von Parteipositionen in Themen-Dimensionen überfordert sind. Dagegen konnten performanzbasierte Sachfragen bei der Bundestagswahl 1994 in Nachwahlstudien einen recht großen Teil der Varianz im Wahlverhalten aufklären<sup>25</sup> (Roller 1998: 214; Schmitt 1998: 166).

---

<sup>24</sup> Die PDS erlangte nur aufgrund der Grundmandateklausel Sitze im Bundestag.

<sup>25</sup> Da diese Berechnungen ohne weitere Kontrollvariablen durchgeführt wurden, ist davon auszugehen, dass dies nicht der „wahre“ Einfluss von performanzbasierten Urteilen ist, sondern diese wiederum stark von Parteieinigungen, Kandidatenbewertungen und ähnlichen, der Wahlentscheidung vorgelagerten Variablen mit beeinflusst werden.

Die wirtschaftliche Lage wurde in der Zeit vor der Wahl als eher schlecht eingeschätzt, insbesondere in den neuen Bundesländern. Die Regierungsparteien wurden, verglichen mit 1990, in diesem Bereich als weniger kompetent wahrgenommen, so dass letztlich ein Patt zwischen Union und SPD in der Problemlösungsbewertung zustande kam. Der SPD wurde mehr Kompetenz in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zugeschrieben sowie in der Wohnungsproblematik und dem Thema Umwelt, der Union dagegen in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Asyl und Kriminalität (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 78–79). Letztlich war keine Partei dominant in den Issue-Bewertungen, was das recht knappe Wahlergebnis angesichts ebenfalls nah aneinander liegender PI-Verteilungen (siehe Abb. 1.2.2.1) auch nahelegt.

Die Kandidaten spielten im Wahlkampf 1994 eine wichtige Rolle. Die Präferenz für einen der Kandidaten war dabei womöglich eine wichtigere Determinante der Wahlentscheidung als Parteiidentifikation (Schmitt 1998: 166). Dem ist allerdings hinzuzufügen, dass Parteiidentifikation konzeptionell der Kandidatenpräferenz vorgelagert ist und folglich gegebenenfalls indirekte Effekte über letztere wirken lässt. Das kann in Querschnittsmodellen nicht gut abgebildet werden (Gabriel/Vetter 1998: 526). Für den wachsenden Einfluss von Kandidaten spricht, dass diesen schon in den 1990er Jahren ein immer größeres Medieninstrumentarium zur Verfügung stand, mit dessen Hilfe sie sich präsentieren konnten. Bei der Wahl 1994 schließlich lag der SPD-Kandidat Rudolf Scharping zunächst in Umfragen vor Helmut Kohl. Im Lauf des Wahljahres holte dieser aber erheblich auf und überholte seinen Kontrahenten schließlich. Kohl lag dabei letztlich auch in der Zuschreibung der meisten Führungseigenschaften wie Tatkraft, Glaubwürdigkeit und Verantwortungsbewusstsein vorn, während Scharping lediglich als ehrlicher galt<sup>26</sup> (Forschungsgruppe Wahlen 1998: 76–77; Gabriel/Vetter 1998: 520). Während dies bei ohnehin parteigebundenen Wählern wenig Einfluss hat, zeigt sich jedoch ein weit stärkerer Effekt einer Kandidatenpräferenz für Wähler ohne Parteibindung, vor allem wenn diese zudem keine *Partei* für kompetenter halten. Insbesondere der Union bzw. Helmut Kohl gelang es dabei stärker als der SPD, ungebundene Wähler mit einer Präferenz für ihren Kandidaten auch zur Wahl zu bewegen (Gabriel/Vetter 1998: 526–28).

Nach 16 Jahren Regierungszeit endete schließlich mit der Bundestagswahl 1998 die Kanzlerschaft Helmut Kohls in einem – aus Sicht der Union – historischen Wahldesaster.

---

<sup>26</sup> Gabriel/Vetter (1998: 524) zeigen in dem Zusammenhang, dass die Bewertung der persönlichen Eigenschaften sich auf die Kanzlerpräferenz auswirkt bzw. mit dieser zusammenhängt.

Während die SPD über neun Prozentpunkte und gut drei Millionen Stimmen hinzugewann, erzielte die CDU/CSU ihr schwächstes Ergebnis seit der ersten Bundestagswahl 1949<sup>27</sup>. Erstmals gelang es gleich fünf Parteien, die Sperrklausel zu überwinden (Forschungsgruppe Wahlen 2001: 17). Bemerkenswert war auch der starke Anstieg der Wahlbeteiligung, insbesondere in den neuen Bundesländern, wo sie 7,5 Prozentpunkte über dem Niveau vier Jahre zuvor lag. Dort zeigte sich auch ein besonders volatiles Wahlverhalten, mit starken Zugewinnen der SPD, die hauptsächlich von der höheren Beteiligung profitierte, und der PDS. Die Wahl zeigte, dass sich Wähler nach wie vor in großem Umfang mobilisieren lassen, wenn es aus ihrer Sicht etwas zu entscheiden gibt – etwa ob eine Regierung ausgetauscht werden soll (Forschungsgruppe Wahlen 2001: 17–19).

Der SPD-Wahlkampf mit Gerhard Schröder 1998 wurde herangezogen, um beispielhaft die generelle Personalisierung von Politik<sup>28</sup> zu zeigen (Brettschneider 2001: 387–88). So stellt Brettschneider (2001: 351f., 356f.) ihn in eine Reihe mit der US-Präsidentschaftswahl 1992 und der Unterhauswahl im Vereinigten Königreich 1997, in denen Bill Clinton und Tony Blair bereits mit stark personenzentrierten Plattformen erfolgreich waren. Die Gemeinsamkeiten sind auch in anderen Bereichen auffällig: Alle drei Wahlen beendeten eine lange, konservative Regierungszeit<sup>29</sup> und liefen auf ähnlich klingenden Slogans, nämlich mit Clinton als „New Democrat“, Blair als Vertreter von „New Labour“ und schließlich Schröder, der die „Neue Mitte“ ansprechen beziehungsweise repräsentieren sollte. Die SPD führte einen stark auf Schröder zugeschnittenen Wahlkampf, was zwar eine riskante Strategie war, angesichts der niedrigen Zustimmungswerte von Helmut Kohl aber aufging: Der Ministerpräsident von Niedersachsen galt als „Macher“ und Siegertyp. Kohl hatte zwar einen Vorsprung in der Einschätzung einiger persönlicher Eigenschaften wie Ehrlichkeit, Seriosität und Verantwortungsbewusstsein, die öffentliche wie mediale Grundstimmung war aber Schröder zugeneigt und direkte Vergleiche zeigten einen anhaltenden Popularitätsvorsprung für den SPD-Kandidaten (Conrad/Kleinfeld/Søe 1999: 130; Forschungsgruppe Wahlen 2001: 51–52).

Arbeitslosigkeit war das Thema, das vor der Wahl in Umfragen am häufigsten als wichtigstes Problem genannt wurde. Das gilt insbesondere für die neuen Bundesländer (91 Prozent), aber

---

<sup>27</sup> 1949 gab es allerdings noch keine bundesweite Sperrklausel und neun Parteien zogen in den Bundestag ein.

<sup>28</sup> Der Begriff bezieht sich Brettschneider (2001: 352) zufolge sowohl auf Wahlkampfführung, Medienberichterstattung als auch auf Wählerverhalten. Die These, dass der Einfluss der Kandidatenorientierungen auf das Wahlverhalten wächst, wird in Kapitel 2 und 5 ausführlicher besprochen.

<sup>29</sup> Von Ronald Reagan und George H. W. Bush in den USA sowie Margaret Thatcher und John Major im Vereinigten Königreich.

auch im Westen (83 Prozent) empfanden die meisten Wähler dieses Problem als eines der wichtigsten. Weniger präzise Themen waren Kriminalität, Renten, Steuern und die Ausländer- und Asylgesetzgebung. Selbst die generelle Frage nach wirtschaftlicher Kompetenz wurde als weniger wichtig angesehen im Vergleich zur spezielleren Frage nach dem Schaffen von Arbeitsplätzen. In beiden Bereichen galt die SPD als die kompetentere Partei. Dies war vermutlich eine Folge des aus Sicht der Wähler nicht gehaltenen Versprechens der Union, die ostdeutschen Länder könnten schnell eine wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung vollziehen (Conrad/Kleinfeld/Søe 1999: 126–27; Forschungsgruppe Wahlen 2001: 52–53).

Emmert, Jung und Roth (Forschungsgruppe Wahlen 2001: 53–54) prognostizieren nach dieser Wahl einen Bedeutungsverlust des Themas Wirtschaft, welches zuvor in aller Regel als wichtigstes Thema betrachtet wurde. Demnach werde es in höherem Maße als zuvor auch bei guter Wirtschaftslage immer Unzufriedene geben, was eine Folge einer Diversifizierung der Interessenlagen in Deutschland sei und abnehmende Parteibindungen die Haltung zu Parteien destabilisierten. Zudem führe die Globalisierung der Wirtschaft dazu, dass immer weniger „Binnenprobleme“ existieren. Die neue Berliner Republik müsse sich vielmehr in einem globalen Kontext behaupten, was den Einfluss der Bundesregierung auf Problemstellungen verringert. Dies ist in weiter abstrahierter Form auch für den Ansatz dieser Arbeit relevant: Die Salienz von Sachfragen ist erheblichen Schwankungen unterworfen, nur eine Handvoll Sachfragen werden entsprechend in Umfragen über lange Zeit behandelt und lassen sich folglich für eine Langzeitbetrachtung verwenden. Entsprechend ist die Herausforderung, einen Weg zu finden, wie sich Sachfragenkompetenz über einen langen Zeitraum vergleichen lässt. Einzelne Sachfragen könnten langfristig zu variabel in ihrer Salienz sein, um sie für Modelle über mehrere Wahlen heranzuziehen. Das Problem existiert für die Analysen einzelner Wahlen, wie sie hier skizziert werden, entsprechend nicht.

Die hier gezeigten Analysen legen nahe, dass sich Wahlen in den 1990ern im Hinblick auf die Gewichtung der Determinanten im Michigan-Modell deutlich von denen in den 1980ern unterscheiden. Während bei den Bundestagswahlen 1984 und 1988 vor allem die Verteilungen von Parteibindungen das Wahlergebnis prägten, rückten in den folgenden Wahlen die kurzfristig wirksamen Faktoren stärker in den Fokus. Wie bereits deutlich gemacht wurde, erfolgt diese Interpretation allerdings nur auf der Basis voneinander unabhängiger Untersuchungen einzelner Wahlen. Ob die Vermutung zutrifft, dass die kurzfristig wirksamen Variablen des Modells an Bedeutung gewinnen, kann besser mithilfe der hier vorgenommenen, stringenten Analyse mit kontinuierlichen Items überprüft werden (siehe Kapitel 5).

Die Bundestagswahl 2002 lieferte Anhaltspunkte sowohl für die These vom Bedeutungsverlust von Wirtschaftskompetenz als auch für den der Parteiidentifikation. Demgegenüber steht ein Trend hin zu zur zunehmend wichtigen Rolle von Wahlkämpfen und der Präsentationsstrategie von Parteien hinsichtlich ihrer Kandidaten und Wahlkampfthemen.

*„Gesellschaftliche Prozesse der Individualisierung sind dafür verantwortlich, dass die Wähler sich von traditionellen Sozialmilieus ablösen und dass die Bedeutung dauerhafter Faktoren für die Wahlentscheidung – vor allem die Bedeutung der Parteiidentifikation – abnimmt. Kurzfristige und variable Faktoren wie die Kandidaten- und Sachfragenorientierungen gewinnen demgegenüber an Bedeutung.“<sup>30</sup>*  
(Brettschneider/van Deth/Roller 2004: 9–10)

Die rot-grüne Regierung sah sich großen ökonomischen Schwierigkeiten gegenüber, dazu kam Gerhard Schröders zunächst nicht gehaltenes Versprechen von 1998, die Arbeitslosenquote in Deutschland merklich zu senken, da er sonst die Wiederwahl „nicht verdient hat“ (Brettschneider/van Deth/Roller 2004: 9). Trotzdem gelang der rot-grünen Koalition eine denkbar knappe Wiederwahl: Die SPD erreichte genau 6.027 Stimmen mehr als die Union, zudem fehlte der PDS ein gewonnenes Direktmandat, um über die Grundmandateklausel in den Bundestag einzuziehen.

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage war die Opposition daran interessiert, dieses Thema im Wahlkampf in den Vordergrund zu stellen. Sie galt als kompetenter in der Schaffung von Bedingungen für Wirtschaftswachstum und, anders als vier Jahre zuvor, in der Verringerung von Arbeitslosigkeit. Diese galt mit weitem Abstand als wichtigstes Problem und war gleichzeitig das Thema, in dem der Anteil der Wähler, der keiner Partei eine Lösung zutraute, am größten ausfiel. Das Thema hatte zudem den größten Einfluss auf die Einschätzung der *allgemeinen* Problemlösungskompetenz für „Probleme in der Bundesrepublik Deutschland“. In dieser lagen beide Parteien während des Wahlkampfes etwa gleichauf, erst kurz vor der Wahl konnte die SPD sich hier etwas absetzen. Die SPD wurde dagegen in den klassisch sozialdemokratischen Feldern wie Sozialpolitik, aber auch in der Schuldenbegrenzung als fähiger eingeschätzt (Dülmer 2005: 86–91).

---

<sup>30</sup> Inwiefern diese Beobachtung sich auch bei folgenden Wahlen und im größeren Kontext bestätigt ist eine der untersuchten Fragestellungen in Kapitel 5. Hier zeigt sich, dass die Parteibindung bei späteren Wahlen zum Teil wieder eine größere Rolle einnahm.

Obwohl es den Unionsparteien gelang, das Thema Wirtschaft salient zu halten, kamen mitten im Wahlkampf mit der Kontroverse um den Irakkrieg und der Überflutung weiter Landesteile in Ostdeutschland zwei neue Themen hinzu, die insbesondere Gerhard Schröder für sich nutzen konnte (Brettschneider/van Deth/Roller 2004: 9–10). Dieser demonstrierte in den Augen der Bürger Mitgefühl und ein erfolgreiches Krisenmanagement. Dülmer (2005: 90, 95) argumentiert in diesem Zusammenhang, dass diese Ereignisse die Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz sowohl von Schröder als auch der SPD hervorhoben: Auch in anderen Politikfeldern wie Wirtschaftsförderung und sozialer Gerechtigkeit wurde die SPD im Laufe des Wahljahres immer positiver bewertet, zudem konnte sich der Kanzler durch sein Auftreten von Edmund Stoiber absetzen beziehungsweise bei der Kompetenzwahrnehmung aufholen. Gerade der Kandidatenfaktor war bei dieser knappen Wahl vermutlich mit entscheidend beim Aufholen der SPD am Ende des Wahlkampfes, zudem nahm die sogenannte Personalisierung in der politischen Wahrnehmung insbesondere durch die Einführung der TV-Duelle in Deutschland ein neues Niveau an (Rosar/Ohr 2005: 103–4). Das zeigt sich auch an der Verteilung von Varianzaufklärung innerhalb der im sozialpsychologischen Modell entscheidenden Variablen. Dabei zeigt sich bei der Bundestagswahl 2002 ein stärkerer Einfluss der Kandidatenpräferenz als der Parteiidentifikation; insgesamt lassen sich durch ein kombiniertes Modell aus Kandidaten- und Parteikompetenzen sowie Parteiidentifikation etwa 78 Prozent der Varianz bei der Wahlabsicht erklären<sup>31</sup> (Dülmer 2005: 101).

Auf den ersten Blick ähneln das Ergebnis und der Wahlkampfverlauf der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 den Verhältnissen vier Jahre zuvor: Für die SPD begann der Wahlkampf aus einem großen Rückstand auf die Union heraus. Dieser hatte zu einer Reihe von Niederlagen in verschiedenen Landtagswahlen geführt, woraufhin Gerhard Schröder im Bundestag eine fingierte Vertrauensabstimmung nutzte, um Neuwahlen zu erzwingen (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 40). Wieder gelang der SPD im Wahlkampf, dieses Mal jedoch noch später als 2002, ein Stimmungsaufschwung (Schmitt-Beck 2009: 149). Damit kam ein knappes Wahlergebnis zustande. Beide Volksparteien verloren weiter Stimmenanteile, jedoch waren CDU/CSU nun trotz eines ebenfalls historisch schwachen Ergebnisses stärkste Kraft und eine Fortführung der rot-grünen Koalition durch die neuen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nicht mehr möglich. Letztlich war einzig die Große Koalition als Zweiparteienbündnis mehrheitsfähig (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 41f., 71).

---

<sup>31</sup> Die Autoren arbeiteten mit Daten des forsa.omninet-Panels anlässlich der Bundestagswahl 2002.

Dem Trend der vorangehenden Wahlen folgend, ist auch 2005 der Anteil von Wählern ohne strukturelle Bindung an eine Volkspartei weiter angestiegen: 25 Prozent der Westdeutschen und 32 Prozent der Ostdeutschen wiesen überhaupt keine Parteiidentifikation (mehr) auf, zudem gab ein Viertel derjenigen mit PI an, diese sei nur schwach oder mäßig (Gabriel/Keil/Thaidigsmann 2009: 271). Nur die engeren Kernklientele der Volksparteien zeigten nach wie vor einen hohen Anteil von Stimmen für „ihre“ Partei (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 43). Nur drei Viertel der Menschen mit SPD-PI wählten die Partei auch, und ein Drittel dieser Wähler entschied sich erst kurz vor der Wahl dazu (Schmitt-Beck 2009: 155). Die ungebundenen Wähler, nun in der Mehrheit, entschieden sich entsprechend anhand anderer Entscheidungskriterien, also etwa Issue-Positionen, Kandidatenorientierungen und Kompetenzeinschätzungen.

Die Unionsparteien profitierten während der verkürzten Legislaturperiode stark davon, dass die Regierung generell sehr kritisch gesehen wurde. Die Wahl fiel in eine Zeit, in der die Deutschen, insbesondere die Ostdeutschen (Kellermann/Rattinger 2007: 391), die Wirtschaftslage und die allgemeinen Zukunftsaussichten mehrheitlich als schlecht einschätzten (Kellermann/Rattinger 2007: 370–71). Der SPD wurde erst kurz vor der Wahl wieder etwas stärker zugetraut, neue Arbeitsplätze schaffen zu können, dieses Mal lag sie jedoch in diesem wichtigen Themenfeld – über 80 Prozent der Wähler hielten dies für das wichtigste Problem – weit hinter der Union (21 zu 41 Prozent). Allerdings gelang es der Partei, sich selbst zumindest rhetorisch einen sozialeren Anstrich zu geben und die Debatte im Wahlkampf auf die vermeintlich unsozialen Steuerpläne der Union zu lenken, welche unter anderem eine Mehrwertsteuererhöhung plante, sowie auf den vielzitierten „Professor [Kirchhof] aus Heidelberg“, der diese Pläne mitentworfen hatte (Kellermann/Rattinger 2007: 370–71; Schmitt-Beck 2009: 164–65). Infolgedessen galt die SPD immerhin nach wie vor als die klar sozialere der Volksparteien. Der späte Aufschwung der SPD im Wahlkampf war wohl die Folge von einerseits einer sich verbessernden Bewertung der Regierung und ihrer Reformen im Wahljahr und andererseits aufkommenden Zweifeln an der Regierungstauglichkeit der Union. Letztlich verloren beide Volksparteien im Vergleich zu 2002 in den Kompetenzbewertungen, die SPD allerdings stärker als die Union (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 57f., 62–65).

Gerhard Schröder war am Wahntag der beliebtere Kandidat, wie seine Partei holte er seinen Rückstand im Wahlkampf auf (Gabriel/Keil/Thaidigsmann 2009: 278; Schmitt-Beck 2009: 159), so dass er zwar in persönlichen wie politischen Bewertungsmaßstäben noch vor Angela

Merkel lag, aber nicht mehr so positiv gesehen wurde wie drei Jahre zuvor (Forschungsgruppe Wahlen 2009: 59–61). Trotzdem war Schröder als Kandidat ein Vorteil für die SPD, nicht zuletzt durch seine Anziehungskraft über die traditionelle Wählerschaft der SPD hinaus (Gabriel/Keil/Thaidigsmann 2009: 298–99). Hier zeigt sich sehr anschaulich, dass Kandidatenorientierungen einen großen Einfluss auf das Wahlverhalten haben können. Dass ein Vorsprung in der Kandidatenbewertung und -präferenz ein großer Vorteil für eine Partei ist, ist leicht nachvollziehbar. Wie sich der Einfluss von Kandidatenorientierungen über mehrere Bundestagswahlen entwickelt, bleibt bei der Analyse einer einzelnen Wahl aber offen. In Kapitel 5 wird diese Entwicklung genauer betrachtet.

So deutlich aus Sicht der SPD die Bundestagswahl 2009 als schwere Niederlage empfunden werden musste, so ambivalent war die Bewertung der Wahl aus Sicht der Wahlforschung, denn historischen (Negativ-)Rekorden etwa bei Wahlbeteiligung und Volatilität stand mit der schwarz-gelben Regierung ein wohlbekanntes Koalitionsmuster als Ergebnis gegenüber (Faas et al. 2013: 8). Für die SPD muss festgehalten werden, dass sie seit dieser Wahl auf Bundesebene über ein Jahrzehnt lang nahezu keine Aussicht mehr hatte, wieder stärkste Kraft zu werden oder auch nur in die Nähe davon zu kommen. Lediglich 23 Prozent der Wähler entschieden sich für die Partei mit Spitzenkandidat Frank-Walter Steinmeier, was einen Verlust von über 11 Prozentpunkten bedeutet. Gegenüber dem Wahlsieg 1998 hat die SPD damit, in Kombination mit der gesunkenen Wahlbeteiligung, über die Hälfte ihrer Wähler verloren; selbst im Vergleich zu 2005 waren es etwa sechs Millionen Stimmen weniger (Blumenstiel 2011: 71). Große Erfolge konnten dagegen die kleineren Bundestagsparteien erzielen: FDP (plus 4,8 Punkte), Linke (plus 3,2) und Grüne (plus 2,6) waren die Gewinner dieser Bundestagswahl (Blumenstiel 2011: 60–61).

Bei den Parteibindungen gab es zwei gravierende Probleme für die SPD, die sich bei dieser Wahl erstmals zeigten. Zum einen hatte die Union inzwischen sowohl mehr Menschen mit einer Parteiidentifikation für sich, und diese Bindungen waren im Durchschnitt stärker als bei der SPD. Zum anderen gelang es der SPD nicht mehr so gut, die an sie gebundenen Menschen zur Wahl zu bewegen. Das war bei den vorangegangenen Wahlen, die Popularitätsschübe während des Wahlkampfs gezeigt haben, noch anders (Schmitt-Beck 2011a: 157–59).

Blickt man auf die einzelnen Einstellungsdimensionen bei der Bundestagswahl 2009, fällt zunächst auf, dass der häufig beobachtete Popularitätsvorsprung für die amtierende Kanzlerin nun auf die Union übergegangen war – 2005 profitierte noch die SPD davon. Der Kanzler (oder

die Kanzlerin) hat in den Medien generell einen höheren Nachrichtenwert als die Aussagen der Oppositionsführer, vor allem durch seine exekutive Funktion und exponierte Stellung (Schmitt-Beck 2011b: 205). Die Parteien stellten im Wahlkampf 2009 ihre Kandidaten stark in den Vordergrund der Kampagnen, auch weil inhaltlich-sachliche Differenzen angesichts der gemeinsamen Regierungszeit schwieriger zu vermitteln waren (Krewel/Schmitt-Beck/Wolsing 2011: 55). Angela Merkel war nun die mit einigem Abstand am besten bewertete Kandidatin, die Bewertung von SPD-Rivale Frank-Walter Steinmeier steigerte sich erst im Laufe des Wahlkampfes etwas. Merkel stand dabei, anders als Steinmeier, auch wesentlich besser da als ihre Partei als Ganzes, wirkte also wohl am ehesten noch als Anzugspunkt für Stimmen von Wählern, die nicht ohnehin die Union präferieren (Schmitt-Beck 2011b: 207–8). Auch in der Kanzlerpräferenz lag Merkel kurz vor der Wahl etwa 20 Prozentpunkte vor Steinmeier, dazu galt sie als sympathischer, kompetenter und durchsetzungsstärker (Schmitt-Beck 2011b: 209; Weßels/Schoen/Gabriel 2013: 19–20).

Man hätte ohne Blick auf die Koalitionsverhältnisse erwarten können, dass die Bundestagswahl 2009 von inhaltlichen Auseinandersetzungen dominiert sein müsste. Die Finanzkrise von 2008, der eine globale Wirtschaftskrise folgte, und zwei Kandidaten ohne besonderes Polarisierungspotenzial boten dafür gute Bedingungen (Rudi 2011: 179). Dies war allerdings nicht der Fall. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens wurden die wesentlichen Folgen der Finanzkrise, Arbeitslosigkeit und Negativwachstum, von den Bürgern im Laufe des Wahljahres immer weniger als Problem empfunden, da sich Deutschland relativ schnell davon erholt hatte. Zweitens arbeiteten Union und SPD als Koalitionspartner gemeinsam gegen die Krise an. So gab es letztlich kein „herausstechendes und polarisierendes Wahlkampfthema“ (Weßels/Schoen/Gabriel 2013: 13f., 18f.). Rudi (2011: 187–88) zeigt, dass es auch bei dieser Wahl weniger polarisierende Positionen waren, die Wähler bewegt haben, sondern eher Kompetenzzuschreibungen an die Parteien in verschiedenen Politikfeldern. Die wichtigsten Themen waren dabei laut Umfragen Arbeitsmarkt- (37 Prozent hielten dies für das wichtigste Thema), Wirtschafts- (25 Prozent) und Sozialpolitik (14 Prozent) (Rudi 2011: 181). Unterschiede in der Messmethode im Vergleich zu früheren Wahlen machen einen Vergleich jedoch problematisch. Gleichwohl ist offenkundig, dass es kein dominierendes Thema gab, bei dem beispielsweise besondere Kompetenzzuschreibung ein großer Vorteil wäre. Die Union wurde in allen drei Bereichen als am kompetentesten eingeschätzt, das heißt auch im traditionell SPD-dominierten Bereich Sozialpolitik. Große Wählergruppen hielten in den jeweiligen Politikbereichen *keine* Partei für fähig, Probleme zu lösen – vermutlich auch ein Indikator für

die niedrige Wahlbeteiligung (Rudi 2011: 183). Ob und welche Sachfragenorientierungen eine Rolle bei der Wahlentscheidung spielen, hängt, wie in Kapitel 2 noch ausführlicher gezeigt wird, nicht nur von der Salienz eines Themas ab, sondern beispielsweise auch von wahrnehmbaren Unterschieden zwischen den Parteien. Sind die inhaltlichen Unterschiede nicht deutlich sichtbar, kann auch ein dominantes Thema wie die Finanzkrise nicht als Positionsisue wirken, sondern allenfalls in Form von Kompetenzzuschreibungen eine Rolle spielen. Ob die Bundestagswahl 2009 stärker als andere Wahlen von Sachfragen geprägt war, wird die Analyse in dieser Arbeit zeigen.

Parteibewertungen sind im Michigan-Modell neben der Issue-geleiteten Komponente auch als Einstellung zu Parteien als „managers of government“ enthalten (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 62). Häufig wird diese Komponente in der Modellanwendung nicht explizit berücksichtigt oder nur die Leistung von Regierungen als Ganzes abgefragt, obwohl retro- und prospektive Bewertungen aus empirischer Sicht einen vielfach bestätigten Einfluss auf die Wahlentscheidung haben können (Wagner/Weßels 2011: 165–66). Die hier beschriebenen Messungen für Bundestagswahlen ab 2009 sind aber ein Gegenbeispiel. Im Sinne des Vergleichs über mehrere Jahrzehnte kann diese Komponente des Michigan-Modell aber noch nicht in das Modell in dieser Arbeit (siehe Kapitel 5) integriert werden, dennoch sollen die Ergebnisse hier kurz umrissen werden.

Insgesamt wurde der Regierung kein gutes Zeugnis ausgestellt: Nur etwa ein Drittel der Wähler zeigte sich retrospektiv zufrieden mit der Regierung – weit weniger als bei späteren Wahlen. Dasselbe galt allerdings auch für die Oppositionsparteien. Die SPD wurde dabei im Durchschnitt etwa neutral bewertet und damit schlechter als die CDU, aber besser als die CSU. Ganz ähnlich wie bei den folgenden beiden Bundestagswahlen hatte die Bewertung der Regierung als Ganzes nur Einfluss auf die Wahl der Unionsparteien (und nicht auf die der SPD), wohingegen die Bewertung der einzelnen Parteien durchweg auch ihre Wahl beeinflusst. In der prospektiven Bewertung der Problemlösungskompetenz schnitten die Regierungsparteien dagegen besser ab als die Opposition (Angelova/König/Proksch 2016: 140–41; Wagner/Weßels 2011).

Die hier vorgestellten Wahlstudien deuten darauf hin, dass die Wahlen in den 2000ern vor allem davon geprägt waren, wie die Spitzenkandidaten bewertet wurden, wobei die Partei, welche den oder die Kanzler(in) stellte, im Vorteil war. Sie standen allerdings auch medial in einem stärkeren Fokus als zuvor. In dieser Arbeit wird der Einfluss der verschiedenen Determinanten

im Michigan-Modell während der 2000er ausführlich untersucht. Dabei wird besonders interessant zu sehen sein, welche Einflüsse bei der Wahlniederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009 entscheidend waren. Auch die in den Studien etwas nachrangig behandelte Rolle der PI wird dabei genauer betrachtet.

Die Regierungsparteien Union und FDP standen bei der Bundestagswahl 2013 stärker im medialen Fokus als die SPD in ihrer Oppositionsrolle. Allerdings unter völlig unterschiedlichen Vorzeichen: Angela Merkel und ihrer Partei gelang ein „Triumph“, der Koalitionspartner FDP erlebte dagegen mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag einen „Albtraum“ (Blumenstiel 2014). Mit 41,5 Prozent der Stimmen (+7,8 Punkte) erreichte die CDU/CSU ein Ergebnis wie in früheren Jahrzehnten, allerdings auch unter vermeintlichen Idealbedingungen: Die Kanzlerin war beliebt, die Arbeitslosigkeit gering und das Wirtschaftswachstum solide, der Koalitionspartner angezählt und der politischen Konkurrenz von der SPD gelang kein mitreißender Wahlkampf. Die SPD konnte, verglichen mit den früheren Verlusten, bescheiden hinzugewinnen und gewann 25,7 Prozent der Stimmen. (Blumenstiel 2014: 102–104, 109). Die bereits hohe Volatilität von 2009 wurde erneut übertroffen: Nie zuvor änderten sich die Ergebnisse der einzelnen Parteien derart stark (Blumenstiel 2014: 116).

Mit Blick auf die Determinanten im Michigan-Modell lässt sich festhalten, dass sich nach wie vor zwei Drittel der Wähler an eine Partei gebunden fühlen. Inzwischen hatte die Union einen klaren Vorsprung bei der Verteilung von Parteiidentifikationen. Sie konnte außerdem gut 70 Prozent ihrer Anhänger tatsächlich zur Wahl mobilisieren und lag damit etwas vor der SPD. Anders als 2009 entschieden sich weniger Anhänger der Volksparteien bei dieser Wahl für eine der kleineren Parteien, was sich besonders bei den Ergebnissen von Union und FDP zeigt. Die Union konnte zudem viele ungebundene Wähler gewinnen (Schäfer/Schmitt-Beck 2014: 210).

Neben der PI konnten aber auch erhebliche Unterschiede bezüglich der *Parteibewertung* festgestellt werden. Wagner (2014a) unterscheidet dabei die retrospektive und die prospektive Leistungsbewertung, wobei sich letztere auf die Erwartung künftiger Leistung im Sinne von Kompetenzeinschätzungen bezieht. Beide sind auf der Individualebene relevante Erklärungsfaktoren für das Wahlverhalten, wobei prospektive Leistungsvermutungen insbesondere für die Wahl von Oppositionsparteien große Bedeutung haben (Wagner 2014a: 249). Bei der retrospektiven Bewertung fällt auf, dass die Regierung als Ganzes wesentlich positiver abschnitt als die vorangegangene Große Koalition. Ein Einfluss dieser Bewertung auf das Wahlverhalten kam allerdings nur der Union zugute (Angelova/König/Proksch 2016). Die

Zufriedenheit mit Union und SPD als einzelne Parteien war ebenso stark angestiegen (Wagner 2014a: 241–42). In der prospektiven Kompetenzbewertung, gemessen mit der Frage, welche Partei man für fähig hält, wichtige Probleme zu lösen, lag die Union genau wie in der retrospektiven Bewertung vor der SPD, wenn auch etwas knapper (35 Prozent zu 30 Prozent). Interessant war in den Zusammenhang, dass etwa ein Drittel keiner Partei unabhängig vom Problem Lösungskompetenzen zuschrieb, was möglicherweise ein Fingerzeig für die mit 71,5 Prozent erneut niedrige Wahlbeteiligung ist (Blumenstiel 2014: 109; Wagner 2014a: 247–48).

Ähnlich wie sich das bereits bei früheren Wahlen zeigte, waren auch diesmal die sogenannten *Valenz*-Issues bei der Wahlentscheidung die wichtigeren Sachfragen gegenüber den *Positions*-Issues. In den Valenz-Issues hat sich dabei eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen: Erstmals seit der Wiedervereinigung wurde nicht mehr Arbeitsmarktpolitik (dieses Mal auf dem zweiten Platz) von den Wählern als wichtigste Sachfrage empfunden, sondern Sozialpolitik. Auch Finanz- und Wirtschaftspolitik spielten angesichts der europäischen Schuldenkrise eine Rolle (Plischke 2014: 255–56). Das hätte unter früheren Umständen eine sehr gute Nachricht für die SPD sein können, der traditionell die größte Kompetenz in diesem Bereich zugeschrieben wurde. Inzwischen hatte allerdings die Union diese Rolle, wenn auch knapp, übernommen. CDU und CSU hatten auch mit Abstand die stärkste Kompetenzzuschreibung in der Finanzpolitik, beim Arbeitsmarkt lagen sie mit der SPD etwa gleichauf<sup>32</sup> (Plischke 2014: 264).

Der bereits erwähnte Kandidatenvorteil für die Union machte sich in Umfragen sowohl in der Bewertung von Angela Merkel als auch in der Kanzlerpräferenz gegenüber Herausforderer Peer Steinbrück bemerkbar. Der SPD-Kandidat wurde zwar knapp positiv bewertet – also über dem Mittelpunkt der Skalierung – lag aber weit hinter Merkel und recht deutlich hinter der durchschnittlichen Bewertung seiner Partei, die in Nachwahlbefragungen ähnlich positiv gesehen wurde wie die Union. Als Anziehungspunkt für ungebundene Wähler und mobilisierender Faktor im Wahlkampf diente Steinbrück also nicht, ihm gelang auch keine mit Schröder und Steinmeier vergleichbare Aufholjagd in den Umfragen vor der Wahl. Letztlich lag Merkel in Umfragen je nach Erhebungsmethode 15–30 Punkte vor Steinbrück. Einzig in der Wirtschaftskompetenz, normalerweise nicht unbedingt das Kernthema der SPD, wurde Steinbrück im Durchschnitt besser bewertet als die Kanzlerin (Klein/Rosar 2016: 99–101).

---

<sup>32</sup> Auch wenn Arbeitsmarktpolitik nach wie vor ein wichtiges Thema war, wurde es bei dieser Wahl weniger als eine Frage des Abbaus von Arbeitslosigkeit empfunden, sondern zunehmend mit Themen wie gerechtem Lohn und prekärer Beschäftigung verbunden, so Plischke (2014: 255–56).

Dazu kam, dass die Bewertung der Kanzlerin einen starken Einfluss auf die Wahlwahrscheinlichkeit für die Union hatte: Da die Bewertung insgesamt sehr positiv ausfiel, hatte Merkel also einen großen Anteil am Ergebnis der Union. Einen vergleichbar starken Effekt auf die Wahl seiner Partei hatte Steinbrück – womöglich zum Glück für die SPD – nicht (Klein/Rosar 2016: 107; Wagner 2014b: 269–74). Die polemische Bewertung von Peer Steinbrück als schwacher Kandidat ist trotzdem zumindest teilweise ungerecht, denn Steinbrück war zum Zeitpunkt seiner Nominierung der beliebteste infrage kommende SPD-Politiker; seinen vorhersehbaren Schwierigkeiten in Bezug auf die Glaubwürdigkeit als sozialdemokratischer Kandidat wurde jedoch nicht ausreichend entgegengewirkt (Klein/Rosar 2016: 98).

Die Analysen zur Bundestagswahl 2013 auf Basis der verschiedenen Faktoren im Michigan-Modell liefern für diese Wahl ein recht umfassendes Bild. So zeigt sich nach wie vor die PI als dominanter Faktor. Retro- wie prospektive Leistungsbewertungen, die Einschätzung von Merkel und Steinbrück als Spitzenkandidaten spielten ebenfalls bei vielen Wählern eine große Rolle (Huber 2014: 313; Wagner 2014b: 275, 278). Huber (2014: 323) weist in diesem Zusammenhang aber auch zurecht darauf hin, dass mögliche Wechselbeziehungen, etwa zwischen PI und Parteienbewertung, ohne Panelbefragungen nur schwer zu einzuschätzen sind.

Mit der Bundestagswahl 2017 endet die Reihe der hier vorgestellten Wahlstudien. Die Wahl brachte große Veränderungen in der Parteienlandschaft: Die Regierungsparteien der Großen Koalition erzielten zusammen nur knapp über 50 Prozent der Stimmen, wobei die SPD mit knapp über 20 Prozent der Stimmen das schwächste Ergebnis in ihrer bundesdeutschen Geschichte einfuhr. Die Union verlor noch stärker – im Vergleich zu 2013 über acht Prozentpunkte – und kam auf knapp 33 Prozent der Stimmen. Insgesamt setzte sich der Trend zu hoher Volatilität weiter fort, außerdem erreichte mit der AfD erstmals seit 1961 eine Partei rechts der Union parlamentarische Repräsentation. Mit dem Wiedereinzug der FDP erhöhte sich die Parteienzahl im Bundestag von vier auf sechs. Im Anbetracht dieser Verschiebungen ist es bemerkenswert, dass nach dieser Wahl und einigen Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung die Große Koalition unter Kanzlerin Merkel fortgesetzt wurde (Faas/Klingelhöfer 2019: 914, 920; Korte 2019: 2).

Auch wenn Parteibindungen nicht mehr die Verbreitung und die Prägekraft haben wie noch in den 1970ern, so lag auch 2017 eine PI nach wie vor bei 76 Prozent der Wähler vor. In den neuen Bundesländern stieg der Anteil an Parteibindungen seit der Wiedervereinigung sogar etwas an.

Laut den Daten der *German Longitudinal Election Study*, die seit 2009 einheitliche Analysen zu Bundestagswahlen liefert, entfielen davon 30 Prozent auf die Union und 19 Prozent auf die SPD; zu den kleineren Parteien bekannten sich zwischen vier und acht Prozent. Dabei sind die Anteile seit 2013 mit Ausnahme von AfD und FDP weitgehend stabil geblieben. Bei der SPD zeigt sich, dass sie bei dieser Wahl ein erhebliches Mobilisierungsproblem hatte. In früheren Wahlkämpfen war es ihr noch gelungen, in den letzten Wochen gerade Menschen, die ihr nahestehen, zur Wahl zu motivieren. 2017 verharrte der Anteil an Menschen mit SPD-Bindung, die die Partei auch wählen wollten, in den letzten zwei Monaten konstant bei 60 Prozent. Auch Unentschlossene wandten sich nicht der SPD zu, sondern eher den kleineren Parteien. Insgesamt gelang es allen drei Parteien links der Mitte nicht gut, ihre Anhänger zu mobilisieren – eine Parteibindung für Union, FDP oder AfD erhöhte jeweils die Wahlwahrscheinlichkeit stärker (Schäfer/Staudt 2019). Trotzdem scheint die PI insgesamt der stärkste Einflussfaktor auf die Wahl der SPD gewesen zu sein (Gummer/Stroppe 2019: 292)

Bei der Nachbetrachtung der Bundestagswahl 2017 stand der sogenannte „Schulz-Effekt“ besonders im Fokus. Damit ist der rasche Aufstieg der SPD in Wahlumfragen im Februar 2017 gemeint, kurz nachdem sie den Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz zum Spitzenkandidaten nominiert hatte. Lange schien Parteichef Sigmar Gabriel, der jedoch parteiintern umstritten und insgesamt in der Bevölkerung nicht übermäßig beliebt war, als wahrscheinlicher Kandidat. Die Nominierung von Schulz war daher eine Überraschung (Bieber/Roßteutscher 2019: 26). Für kurze Zeit schien durch den Umfrageaufschwung denkbar, dass die SPD bei der Bundestagswahl die stärkste Fraktion werden kann. Dies war besonders bemerkenswert, da die Umfrageergebnisse der SPD (und der Union) zuvor jahrelang sehr stabil waren. Dieser Stimmungsaufschwung klang allerdings nach wenigen Wochen wieder ab. Am Ende sah sich Schulz in einer ähnlichen Situation wie vorherige SPD-Kandidaten, nämlich mit großem Rückstand auf die Kanzlerin in der Kandidatenpräferenz: 60 zu 30 Prozent laut Politbarometer. Genau wie seine beiden Vorgänger war auch bei Schulz der Effekt von Kandidatenpräferenzen nicht besonders ausgeprägt, er konnte also für die SPD kaum zusätzliche Wähleranteile gewinnen. Bei Angela Merkel sah dies ganz anders aus (Glinitzer/Jungmann 2019: 254, 259; Jung/Schroth/Wolf 2019: 28). Auch die individuelle Betrachtung des Kandidaten sah für die Partei nicht besonders hilfreich aus: Im Durchschnitt wurde Schulz eben noch positiv bewertet und damit auf einem Niveau wie der grüne Spitzenkandidat Cem Özdemir oder FDP-Parteichef Christian Lindner. Im Vergleich zur Amtsinhaberin wurde Schulz in allen Persönlichkeits- und Kompetenzbewertungen schlechter

gesehen und konnte sich auch hier nicht von Steinbrück und Steinmeier absetzen. Insbesondere im Lichte des „Schulz-Effekts“ fällt auf, dass letztlich die Kandidatenorientierungen sogar insgesamt eine kleinere Rolle bei dieser Wahl spielten als bei den vorherigen.

Die Gründe für das Entstehen und Abebben des Kandidateneffekts bei der SPD lagen sowohl bei Martin Schulz als auch bei seiner Kontrahentin. Schulz selbst war als Kandidat ursprünglich eher unbekannt und diente daher als Projektionsfläche für viele Veränderungswünsche. Das betrifft politische Ziele, aber auch den Politikstil, welche sich stark von Merkels und von anderen SPD-Politikern unterschied (Jun 2018: 21; Korte 2019: 9). Das vage Ansprechen von sozialer Gerechtigkeit ließ zusätzlich offen, was Schulz genau erreichen wollte. Dies führte dazu, dass die SPD zunächst eine politisch sehr diverse Gruppe anzog (Wuttke/Schoen 2019: 51–53). Da bei vielen Menschen in Deutschland nach zwölf Jahren von Merkels Kanzlerschaft eine gewisse Wechselstimmung festzustellen war und die Kanzlerin infolge der Flüchtlingsthematik (siehe unten) an Popularität eingebüßt hatte, war Potenzial für einen „Hype“ um einen neuen Kandidaten vorhanden (Korte 2019: 4–6, 9). Letztlich gelang es Schulz und der SPD aber nicht wirklich, das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ inhaltlich mit konkreten, kohärenten Forderungen zu unterfüttern, prominent gegen andere saliente Themen zu platzieren und die eigene Kompetenzwahrnehmung darin zu stärken. Nicht zuletzt schien das Thema angesichts der positiven Wirtschaftslage nicht optimal in den Wahlkampf zu passen (Jun 2018: 8–13). Hinzu kam ein Mangel an Koalitionsoptionen: Einzig eine Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke hätte rechnerisch zu einer Mehrheit führen können und entsprechenden politischen Willen erreichen können. Diese Option war aber bei den Wählern generell nicht sehr populär. Mit den für die SPD enttäuschenden Landtagswahlen im Saarland und Nordrhein-Westfalen ebte das Umfragehoch für die SPD endgültig ab (Jun 2018: 20–22; Jung/Schroth/Wolf 2019: 26–27).

Die lange bestehende Salienz der Flüchtlings- und Zuwanderungsthematik ließ einen großen Sachfrageneinfluss auf die Wahlentscheidung vermuten. Die Wähler nahmen weitgehend an, durch die Persistenz des Themas die Positionen der Parteien zu kennen, immerhin fand der größte Zustrom Geflüchteter bereits 2015 statt. Nach anfangs vermeintlicher Einigkeit bei den meisten Parteien bildeten sich auch durchaus Differenzen in den Policy-Präferenzen heraus – eine wichtige Voraussetzung für Issue-basiertes Wählen. Entsprechend wurde das Thema auch mit Abstand am häufigsten (43 Prozent in der GLES-Studie) als wichtigstes Problem genannt, vor Sozialpolitik (19 Prozent). Der Union wurde in der Zuwanderungsfrage mit Abstand die größte Kompetenz zugesprochen, sie schnitt auch aggregiert über alle Themen am besten ab.

Nur in der Sozialpolitik hatte die SPD einen kleinen Vorsprung vor den anderen Parteien. Diese Politikfelder wurden methodisch als Valenzfragen begriffen, wobei allerdings nicht unbedingt klar ist, was das konsensuelle Ziel ist. Kratz (2019: 238–39) zeigt darüber hinaus, wie Parteien und Wähler bei Positionsfragen stehen<sup>33</sup> und stellt dabei fest, dass sich seit 2009 weder die Positionen der Parteien noch die der Bürger substantiell geändert haben. Welchen Einfluss die verschiedenen Issues auf die Wahlentscheidung haben, hing stark von der jeweiligen Partei ab. Generell hatten sowohl Valenz- und Positionsfragen einen Einfluss, bei der SPD-Wahl beispielsweise waren aber vor allem die Bewertungen in Valenzfragen entscheidend, während für die Wahl der Union Positionsfragen das Erklärungsmodell dominierten. Bemerkenswert ist dabei, dass im Gegensatz zu allen vorherigen Wahlen die Valenz- und Positionsfragen insgesamt etwa gleich wichtig waren bei der Wahlentscheidung. Sonst waren stets Valenzfragen wichtiger (Kratz 2019: 243).

Ein abschließender Blick auf den Einfluss der Parteienbewertung offenbart, dass die SPD hier dasselbe Schicksal ereilte wie bereits die FDP vier Jahre zuvor und sie selbst bei der Wahl 2009. Denn obwohl die Arbeit der Bundesregierung gut bewertet wurde, profitierte die Partei davon nicht. Für die Wahl der SPD machte es keinen Unterschied, ob Wähler die Arbeit der Regierung gut oder schlecht fanden. Dagegen hatte diese Bewertung einen großen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit einer Unionswahl. Auch die Bewertung der *einzelnen* Parteileistungen hatte bei CDU/CSU viel größeren Einfluss als bei der SPD. Diese wurde zwar viel besser bewertet als in ihrer Oppositionszeit bis 2013, der Einfluss dieser Bewertung auf die Wahlentscheidung war aber nur schwach positiv. Von retrospektiven Leistungsbewertungen profitierte hier also fast ausschließlich die Union. Prospektive Bewertungen hatten dagegen keinen so starken Einfluss, mit Ausnahme der Oppositionsparteien im Parlament, also Die Linke und Bündnis90/Die Grünen (Gummer/Stroppe 2019).

Zusammenfassend zeigte die Bundestagswahl 2017 für die SPD, dass sie im Sinne des Michigan-Modells für Wahlerfolge auf die Wirkung der kurzfristig wandelbaren Faktoren angewiesen ist. Bei dieser Wahl fielen diese im Grunde vollständig aus – entweder die SPD bzw. ihre Positionen und ihr Kandidat wurden nicht besonders positiv bewertet, oder die

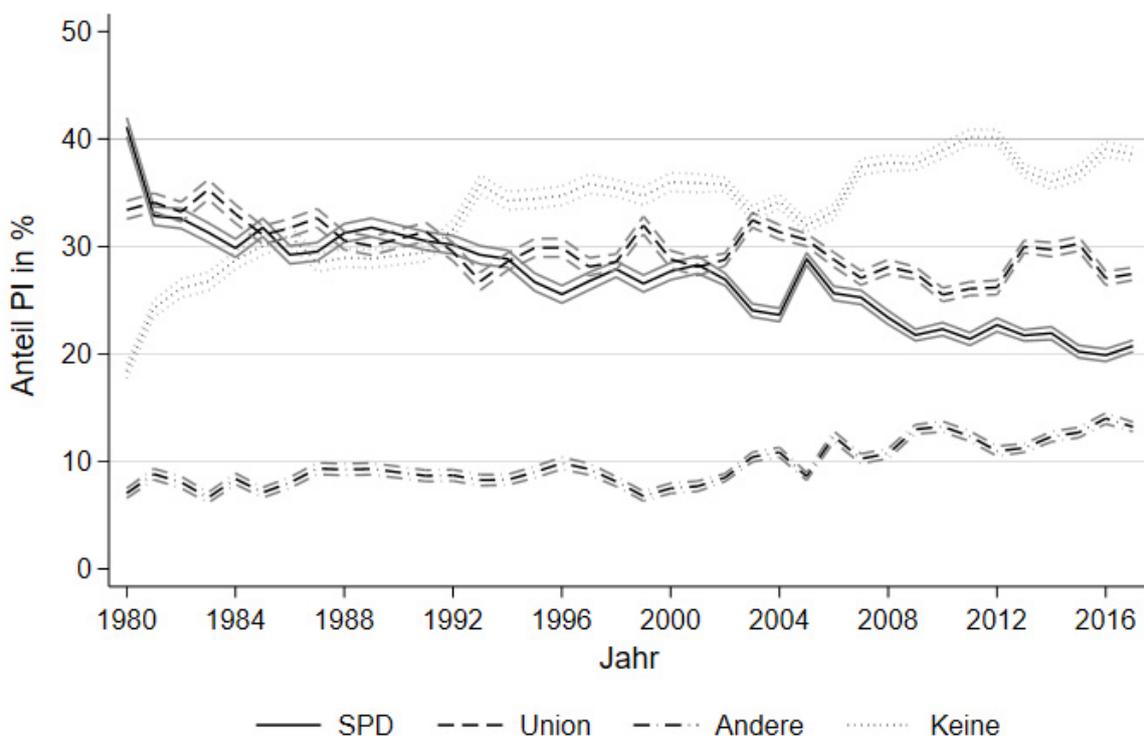
---

<sup>33</sup> Dies wurde operationalisiert als: 1) Mehr Sozialstaat und Steuern vs. Niedrigere Steuern, 2) Zuzug nach Deutschland erleichtern vs. Zuzug einschränken, 3) Bekämpfung des Klimawandels priorisieren vs. Wirtschaftswachstum priorisieren. Im Durchschnitt waren die Deutschen dabei zu 1) in einer Kompromissposition, 2) eher für die Einschränkung von Zuzug und 3) eher für Bekämpfung des Klimawandels.

Faktoren hatten keinen starken Einfluss auf die Wahlentscheidung. So blieben vor allem die Parteibindungen als dominanter Faktor bei den Wahlentscheidungen.

Die Rekonstruktion der Wahlanalysen von 1983 bis 2017 macht deutlich, wie unterschiedlich die Herangehensweisen dieser Analysen sowohl innerhalb eines Wahljahres, aber vor allem im Vergleich mit anderen Wahljahren ausfallen. Eine einheitliche Vorgehensweise, wie sie dieser Beitrag liefert, ist selbst innerhalb einer Schriftenreihe wie den GLES-Studien nicht vollkommen gegeben, auch wenn diese weitgehend kohärente Analysen und vor allem Daten liefern.

**Abb. 1.2.2.1: Entwicklung von Parteiidentifikationen in den alten Bundesländern**



Quelle: Eigene Darstellung aktualisiert nach Arzheimer (2012: 226). Daten: Politbarometer Gesamtkumulation. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$

Durch die Betrachtung der Bundestagswahlen als einzelne Wahlen konnten einige Erkenntnisse über die Entwicklung der SPD gewonnen werden. Die Situation am Ende der Beobachtungsreihe ist sicher nicht die Folge eines einzelnen Trends oder einer bestimmten politischen Entscheidung. Letztlich stellt sich die Entwicklung auch nicht als ungebrochener Abwärtstrend dar, sondern es gab durchaus Phasen, in denen die SPD einen Vorsprung in

Kompetenzfragen und Kandidatenbeliebtheit hatte. Nicht zuletzt zeigte die Bundestagswahl 2021, die hier im Forschungsstand noch nicht genauer betrachtet werden kann, dass ein Abwärtstrend für die SPD nicht alternativlos ist. Dabei finden derartige Entwicklungen immer im Kontext des politischen Systems statt – ein beliebter Kandidat zum Beispiel ist vor allem dann viel wert, wenn andere Kandidaten unbeliebt sind. Eine entscheidende Entwicklung hat jedoch die Parteiidentifikation, immerhin zentrale Größe im Michigan-Modell, genommen, nicht nur in Bezug auf die SPD, sondern in Deutschland generell.

In Abbildung 1.2.2.1 lässt sich eindeutig der Prozess des *dealignment*<sup>34</sup> in Westdeutschland ablesen, der etwa 1980 einsetzte und rund fünfzehn Jahre anhielt. In dieser Zeit ist der Anteil an Menschen ohne eine Parteibindung von circa 20 Prozent auf das Doppelte angewachsen. Der Prozess scheint anschließend aber weitgehend zum Stehen gekommen zu sein, seit Mitte der 1990er ist der Anteil ungebundener Wähler laut *Politbarometer* nicht substantiell weitergewachsen. Auch die Intensität der Bindungen ist laut Arzheimer (2012: 226–27) nicht mehr so stark wie einst. Schaut man auf die Ebene der Parteien, ist die Entwicklung etwas dynamischer: Insbesondere die Volksparteien Union und SPD haben an Identifizieren eingebüßt. Äußerten 1980 noch etwa 40 Prozent der Befragten eine Bindung an die SPD, so sind es 2017 nur noch knapp unter 20 Prozent. Dazu kommt noch, dass die Wahlabsicht zugunsten der SPD bei ihren Anhängern relativ drastisch abgefallen ist: Von jeweils rund 90 Prozent auf unter 80 Prozent im Westen und sogar nur etwa 50 Prozent in den neuen Bundesländern (Arzheimer 2012: 236–37) Diese Entwicklung vollzog sich weitgehend ohne dramatische Brüche, sondern eher kontinuierlich, auch wenn sich Phasen mit stärkerem Rückgang wie Mitte der 1990er und Mitte der 2000er festmachen lassen. Ähnlich, aber nicht ganz so prägnant verlief die Entwicklung bei der Union, wogegen Die Linke und Bündnis90/Die Grünen den Anteil an Bindungen im Untersuchungszeitraum erhöhen konnten.

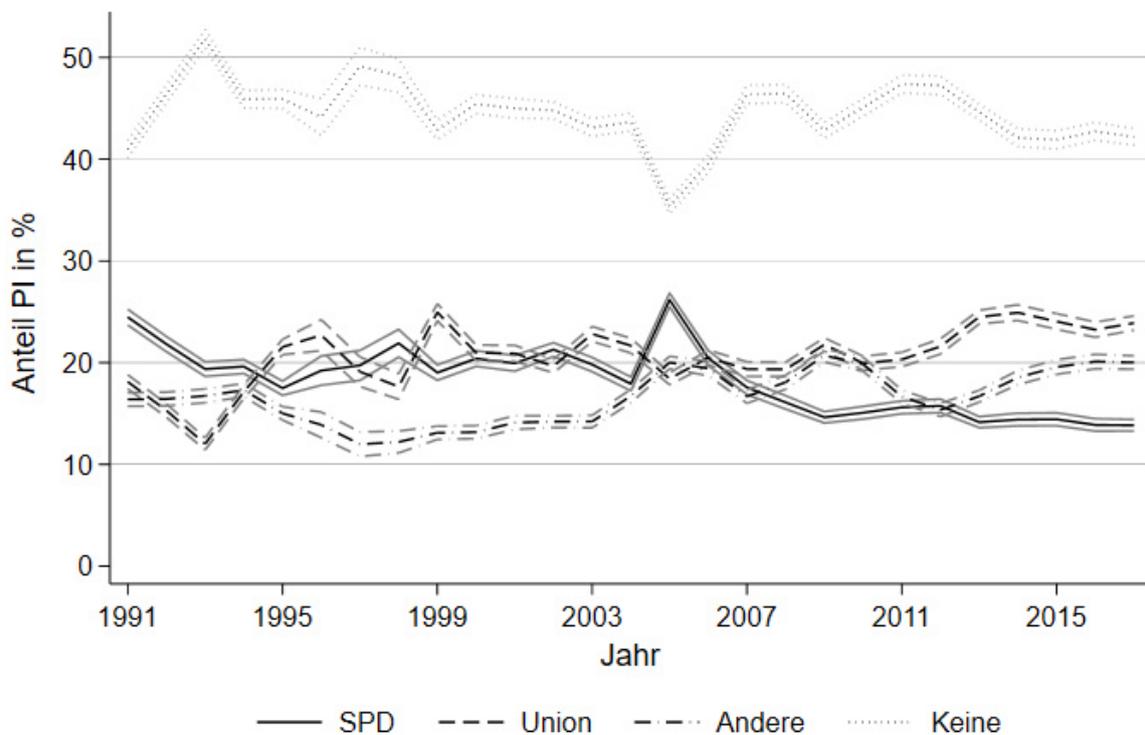
Aufgrund der historischen Entwicklung ist es sinnvoll, die neuen Bundesländer im Hinblick auf die Parteiidentifikation gesondert zu betrachten. So argumentiert Arzheimer (2012: 231), dass die Zwangsfusion von SPD und KPD sowie die Niederschlagung des Aufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR die Bindung der SPD-Kerngruppe an linke Parteien zerstört habe. Dazu kommt, dass die deutlich unterschiedliche Verteilung von PI in Ostdeutschland eine einfache

---

<sup>34</sup> Als *dealignment* wird generell die Auflösung sozialer Großgruppen und infolgedessen die damit vermittelte Auflösung der Bindung an Parteien durch Parteiidentifikationen verstanden. Der Begriff ist folglich einerseits in makrosoziologischen Kontexten verwendet wie bei Dalton (1984) Andererseits schafft die Parteiidentifikation die Verbindung zum Michigan-Modell, siehe Arzheimer (2012).

Zusammenlegung mit westdeutschen Daten verbietet – Interpretationen über die Wiedervereinigung hinweg wären dann kaum sinnvoll.

**Abb. 1.2.2.2: Entwicklung von Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern**



Quelle: Eigene Darstellung aktualisiert nach Arzheimer (2012: 232). Daten: Politbarometer Gesamtkumulation. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$

Nicht nur aufgrund der regional typischen Unterschiede verlief die Entwicklung im Osten etwas anders (Abbildung 1.2.2.2). Hier blieb das Niveau der Menschen mit Parteiidentifikation auf lange Sicht relativ stabil bei knapp unter 60 Prozent. Der Anteil an Identifizieren ist für die SPD seit der Wende von etwa 25 auf 15 Prozent gesunken, die Union bewegt sich hier stabil um 20 Prozent, wogegen Die Linke sich eher im Aufwärtstrend und auf ähnlichem Niveau wie die SPD bewegt.

*„Die [...] Analyseergebnisse zeigen, dass die wichtigste Einstellung des sozialpsychologischen Modells für das Wahlverhalten in Deutschland seit den 1970er Jahren langsam aber stetig an Bedeutung verloren hat.“ (Arzheimer 2012: 243)*

Was die Ursache für den Rückgang der Parteiidentifikation insbesondere für die SPD ist, lässt sich anhand dieser Grafiken nicht sagen. In Kapitel 1.2.1. wurde bereits erkennbar, dass in

dieser Zeit die Bindung der Arbeiterschaft als traditionelle Kernwählerschaft an die Partei stark nachgelassen hat, ebenso wie diese Gruppe generell kleiner geworden ist (Arzheimer 2012: 228). Konsequenzen, wie der Rückgang der Wahlbeteiligung, eine erhöhte Volatilität der Wahlergebnisse und ein ausdifferenziertes Parteiensystem, lassen sich eindeutig beobachten (Arzheimer 2012: 243). Dennoch zeigen gerade Wahlen wie diejenige 2013, dass Parteiidentifikation nach wie vor einen sehr großen Einfluss auf Wahlen haben kann.

Die Entwicklung der kurzfristigen Faktoren lässt sich anhand dieser Reihe von Wahlstudien zwar überblicksartig nachvollziehen. Es ist jedoch kaum möglich, über die Studien hinweg eine konsistente Methodik sicherzustellen. Dazu kommt, dass sich die meisten Studien auf eine einzelne Komponente des Michigan-Modells bei einer Wahl konzentrieren, also beispielsweise auf die Rolle von Kandidaten bei der Bundestagswahl 2013. Da bisweilen in diesen Studien auch multivariate Regressionsmodelle erstellt wurden um für den Einfluss anderer Variablen, etwa der PI, zu kontrollieren, lassen sich gewisse Trends ablesen. Eine einheitliche Herangehensweise zwischen den präsentierten Studien ergibt sich daraus allerdings noch nicht. Daher ist die Analyse der kurzfristig wirksamen Determinanten im Michigan-Modell in Kapitel 5 über den Untersuchungszeitraum hinweg im Hinblick auf den Forschungsstand von besonderem Interesse, und zwar sowohl was die Ausprägung der Determinanten angeht als auch der Blick auf die sich wandelnden Effektstärken.

### 1.3. Struktur der Arbeit

Zwei Sichtweisen der Wahlforschung auf die Wahlhistorie der SPD werden in dieser Arbeit präsentiert, in die aktuelle Forschung eingeordnet und angewendet. Davor soll in diesem Abschnitt die Struktur der Arbeit dargelegt werden. Im einleitenden Teil der Arbeit wurde zunächst die Problemstellung erläutert und gezeigt, wieso es sinnvoll ist, eine eher kurzfristig angelegte Erklärung des Wahlverhaltens mithilfe von Einstellungen gegenüber aktuellen politischen Objekten mit länger zurückreichenden, stabileren Faktoren zu ergänzen. Diese bieten als Erklärungsansatz die Möglichkeit, längerfristige Trends zu erklären, während kurzfristige Einstellungen bessere Erklärungen für konkrete, zum Teil rasch wechselnde Wahlergebnisse bieten. Ferner wurde erklärt, wieso die SPD mit ihrer wechselhaften Wahlgeschichte in einem sich stetig wandelnden Parteiensystem ein interessantes Untersuchungsobjekt für die Anwendung verschiedener Forschungstraditionen der Wahlforschung darstellt. Dazu wurde ein Überblick über die Forschung zur Wahl der SPD mithilfe der zwei Erklärungen geliefert, die die Parteien- und Wahlforschung zu dieser Entwicklung von den frühen 1980ern bis 2017 aufgestellt hat und die sich in soziologisch und sozialpsychologisch argumentierende Ansätze teilen lassen. Sie bilden gleichzeitig eine Basis für die Argumentation in dieser Arbeit, die beide Argumentationslinien berücksichtigen wird.

In Kapitel 2 wird einem ersten Schritt wird der Forschungsstand über lang- und kurzfristig orientierte Erklärungsmodelle des Wahlverhaltens allgemein dargestellt. Dabei wird unterschieden, ob eine Betrachtung von *Wählergruppen* her erfolgt, also sozialen Großgruppen und ihrer Verbindung zur SPD, oder ob am *individuellen* Wähler und seinen spezifischen Einstellungen und Bewertungen angesetzt wird. Die Wähler weisen Eigenschaften auf, die sich in kurzfristige Einstellungen zu den konkret zur Wahl stehenden Optionen und soziostrukturelle Eigenschaften, die in der Regel über längere Zeit bestehen, aufteilen. Die Wähler stehen dabei im Fokus dieser Arbeit. Aber auch Parteien verfügen über Attribute, die sich kurz- und langfristig ändern können. Kandidaten und Wahlkampfthemen ändern sich potenziell häufig, wohingegen beispielsweise das Parteiensystem eher einem langfristigen Wandel unterliegt. Diese Variablen werden hier als Kontext betrachtet und nicht selbst empirisch untersucht.

Diese Überlegungen greift Kitschelt's (2010) „Circuit of democratic accountability“ als zentrales Element eines kausalen Kreislaufs auf, in dem postuliert wird, welche Faktoren auf welche Weise das Wahlverhalten bei einer bestimmten Wahl beeinflusst – was sich dann auch in der darauffolgenden Wahlperiode auswirkt. Dabei spielen sowohl Eigenschaften der Wähler

als auch der Parteien und des Parteiensystems eine Rolle. Es sind darin also sowohl die lang- wie die kurzfristige Perspektive vertreten.

Im folgenden Kapitel 3 wird eine generelle Beschreibung der Analysestrategie vorgenommen. Dabei werden die zentralen Variablen beschrieben, die für die beiden Modelle des Wahlverhaltens verwendet werden. Darüber hinaus soll auf die Datenquellen eingegangen werden, aus denen die Variablen gezogen werden.

Im vierten Kapitel werden zunächst die wichtigsten theoretischen Aspekte der makrosoziologischen Betrachtungsweise auf die Wahl der SPD zusammengefasst und in Hypothesen übergeleitet. Das Ziel ist es dabei, die konzeptionellen Ursprünge von Parteiidentifikationen zu beschreiben, wobei der Fokus auf der Sozialstruktur liegt. Die Sozialisation und Veränderungen im politischen Angebot sind weitere Variablen, die als Prädiktoren für Bildung und Veränderung von Parteibindungen in Betracht kommen und daher besprochen werden. Im empirischen Ergebnisteil wird anschließend die Entwicklung von Parteiidentifikationen für die SPD im Zeitverlauf vor dem Hintergrund von soziostrukturellen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft dargestellt. Dies geschieht sowohl in grafischer Form als auch mit inferenzstatistischen Methoden, um signifikante Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und der Stabilität von Parteibindungen in verschiedenen Zeitabschnitten zu finden.

Kapitel 5 wendet sich daraufhin dem sozialpsychologischen Modell zur Erklärung der SPD-Wahl zu. Auch hier wird zunächst ausführlich auf die theoretischen Kernaspekte eingegangen: Da die Parteiidentifikation als zentrale Variable dieses Modells bereits im Vorkapitel eine große Rolle spielte, werden erst die kurzfristig wandelbaren Variablen als potenziell wahlentscheidende Variablen behandelt. Ihrer empirischen Entwicklung von den 1990ern bis 2017 wird ein eigener Ergebnisteil gewidmet. Zum Abschluss dieser zwei empirisch gestalteten Kapitel wird die Sicht des ganzen sozialpsychologischen Michigan-Modells auf die Wahl der SPD angenommen: Sowohl die PI als auch die kurzfristig wandelbaren Variablen werden als unabhängige Variablen in einem Modell zur Erklärung der SPD-Wahl verwendet. Dabei wird auch ein Fokus auf die sich wandelnden Effektstärken der einzelnen Variablen über mehrere Wahlen hinweg gelegt, um festzustellen, ob es hier systematische Veränderungen gibt. Das abschließende Kapitel fasst die Ergebnisse der Arbeit zusammen und diskutiert sie im Lichte des Forschungsstands.

## **2. Theoretischer Hintergrund zum Wahlverhalten in der langfristigen und kurzfristigen Betrachtung**

### **2.1. Soziostrukturelle Eigenschaften und Cleavages zwischen Parteienwettbewerb und sozialem Wandel**

*„We have seen [...] that impressive relationships of different variables with vote choice fade into substantive insignificance as one takes various long-term factors into account.” (Miller/Shanks 1996)*

Das Ziel dieser Arbeit ist, die Wahl der SPD über die vergangenen Jahrzehnte mithilfe des makrosoziologischen und des sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens zu erklären. In diesem Teilkapitel steht zunächst die theoretische Wirkung langfristig wirksamer Einflüsse auf das Wahlverhalten im Fokus. Diese konzentriert sich auf die Wirkung von sozialstrukturellen Faktoren, bei denen von einer generell hohen Stabilität und entsprechend dauerhafter Wirkung ausgegangen wird. Sozialstrukturelle Faktoren dienen sowohl für die Entstehung von Parteiensysteme als auch für Wahlverhalten als Erklärung. Im Gegensatz zu Einflüssen wie der Einstellung zu Kandidaten, die recht regelmäßig ausgetauscht werden, oder zu Themen, deren Präsenz und Salienz erheblichem Wandel unterliegen, ist die Sozialstruktur ein Faktor, der in der Regel keinem häufigen Wandel unterworfen ist: Individuelle Ausstattungsmerkmale wie Bildung, sozioökonomischer Status oder Arbeitsverhältnisse ändern sich bei vielen Menschen nie oder nur sehr langsam. Im Hinblick auf die Gesamtbevölkerung eines Landes ist dementsprechend davon auszugehen, dass sozialstrukturelle Verteilungen viele Jahre brauchen, um deutliche Veränderungen zu durchlaufen. Ansätze, das Wahlverhalten auf Basis langfristig stabiler Faktoren zu erklären, setzen daher häufig an dieser Stelle an (Kitschelt 2010). Das hat auch den Vorteil, dass Zweifel hinsichtlich der Kausalitätsrichtung praktisch ausgeschlossen sind: Während Befragte bei anderen Einstellungen möglicherweise zu nachträglichen Rationalisierungen ihres Wahlverhaltens oder ihrer Parteipräferenz neigen, ist dies bei soziostrukturellen Faktoren kaum der Fall. Gleichzeitig heißt dies aber auch, dass kurzfristige *Veränderungen* im Wahlverhalten andere, intermediäre Ursachen haben müssen (Elff 2004: 14; Hill 2017: 133; Miller/Shanks 1996: 497). Die Überlegung, dass diese stabilen Variablen mit dem Wahlverhalten in Verbindung stehen, ist eng mit dem sogenannten *Cleavage*-Ansatz verbunden, welcher folgend kurz umrissen wird.

Der makrosoziologische Cleavage-Ansatz in der Wahlforschung fußt auf der Arbeit von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (1967b), die in ihrem Aufsatz „Party Systems and Voter Alignments“ die Entstehungsgrundlagen der westeuropäischen Parteiensysteme untersuchen und zu dem Ergebnis kommen, dass genau vier historisch gewachsene Konfliktlinien für die Ausformung dieser Systeme verantwortlich sind. Sie entstammen mehreren Geschichtsepochen, nämlich der Reformationszeit, der französischen Revolution und der industriellen Revolution als Meilensteine der gesellschaftlichen Modernisierung. Jeder dieser Konflikte spaltete die sich modernisierenden Gesellschaften in verschiedene Großgruppen, welche unter bestimmten Umständen Bündnisse mit bestehenden oder aus diesen Konflikten hervortretenden Parteien eingingen. Diese Parteien standen schließlich im Zuge der einsetzenden Demokratisierung im 19. Jahrhundert bereit, die westeuropäischen Parteiensysteme zu bilden, wobei ihre Wählerbasis aus den jeweils verbündeten Großgruppen bestand (Schoen 2014: 180f.). Dabei waren exogene gesellschaftliche Faktoren<sup>35</sup> dafür verantwortlich, welche Parteien in welchen Ländern zu Bedeutung kamen.

Vier Konfliktlinien wurden dabei hauptsächlich identifiziert (Schoen 2014: 181):

- Das **Kirche-Staat-Cleavage** bildet den Konflikt um die Frage, wie stark der Einfluss religiöser Werte und inhaltlicher politischer Vorstellungen in einer Gesellschaft ausgeprägt sein soll. Demgegenüber stehen laizistische Vorstellungen von einer Trennung von Kirche und Staat. Aus diesem Cleavage, so die Autoren, sind beispielsweise christliche Parteien wie die deutsche Zentrumspartei in der Weimarer Republik hervorgegangen oder, als deren indirekter Nachfolger, die CDU in der Bundesrepublik.
- Das Cleavage aus **Zentrum** und **Peripherie** stellt die Auseinandersetzung zwischen nationalen Eliten und diversen Minderheiten dar, die sich in ihren Interessen von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden oder schlicht ihre Repräsentation sicherstellen möchten. Diese können etwa regional gebildet werden, aber auch religiös, sprachlich oder kulturell. Regionalparteien wie die CSU oder zu einem gewissen Grad auch Die Linke als traditionelle Vertreter bayrischer (CSU) bzw. ostdeutscher (Die Linke) Interessen sind Beispiele für Parteien, die diesem Cleavage entstammen.

---

<sup>35</sup> Denkbare Faktoren sind etwa der Umfang und der Organisationsgrad gesellschaftlicher Großgruppen, die bereits bestehende Parteienlandschaft, das politische System und persönliche Eigenarten von politischem Führungspersonal.

- Die Konfliktlinie **Stadt-Land** wurde im Zuge der industriellen Revolution bedeutsam. Sie spiegelt die unterschiedlichen Interessen von Unternehmern, die Produktion in industriellen Maßstäben in den Städten betreiben, und der Landbevölkerung wider. Die Landbesitzer sahen dabei ihren klassischen Herrschaftsanspruch durch die neue, wohlhabende Schicht gefährdet. Für Deutschland kann dieses Cleavage teilweise herangezogen werden, um die Entstehung wirtschaftsliberaler Parteien wie der FDP zu erklären.
- Das finale Cleavage, welches für diese Arbeit auch die größte Bedeutung hat, besteht zwischen **Arbeit** und **Kapital**. Es fußt ebenfalls in der industriellen Revolution und der damit entstehenden Selbstorganisation von abhängig Beschäftigten. Diese versuchen seither, ihre Interessen gegenüber ihren Arbeitgebern – den Kapitaleignern – durchzusetzen. Sozialistische und sozialdemokratische Parteien fußen, der Theorie zufolge, auf dieser Konfliktlinie.

Die Grundannahme der makrosoziologischen Theorie des Wahlverhaltens ist simpel: Es wird davon ausgegangen, dass verschiedene soziale Gruppen – welche in sich homogen sind – unterschiedliche politische Interessen und Präferenzen aufweisen. Aufgrund ihrer eigenen Genese setzen sich bestimmte Parteien dann unter Umständen für diese Interessen ein und gewinnen dadurch Wähler (Weßels 2019: 189). Cleavages haben nur dann Konsequenzen für ein Parteiensystem (in dem Sinne, dass eine Partei entsteht und zu parlamentarischer Repräsentation gelangt), wenn eine gesellschaftliche Großgruppe von der Obrigkeit legitimiert und nicht diskriminiert ist, mit politischen Rechten ausgestattet ist und genug politische Unterstützung bündeln kann, um parlamentarische Repräsentation zu erhalten – so denn ihre Meinungsführer nicht beschließen, ein Bündnis mit einer bereits bestehenden Partei einzugehen (Schoen 2014: 182). Da auf dem Weg zum Cleavage einige Unsicherheit vorherrscht und teilweise individuelle Entscheidungen beim möglichen Entstehungsprozess von Parteien eine Rolle spielen, ist nicht jedes mögliche Cleavage in jedem möglichen Land zu parlamentarischer Repräsentation gelangt.

Cleavages unterscheiden sich von bloßen politischen Konfliktlinien, die aus ihrer Natur heraus meistens eine begrenzte Dauer haben und keine langanhaltende Relevanz für das politische System innehaben. Sie sind auch nicht mit sozialstrukturellen Spaltungen gleichzusetzen. Kriesi (2010: 673) nennt drei Komponenten, die ein Cleavage klassischerweise ausmachen: „[...]interest orientations rooted in social structure, cultural/ideological orientations rooted in normative systems, and behavioral patterns expressed in organizational membership and

action“. Neben den auch von Weßels (2019) angesprochenen gemeinsamen Gruppeninteressen und normativ vorgegebenen ideologischen (oder kulturellen) Differenzen wird dabei also auch ausdrücklich eine organisatorische Komponente hervorgehoben. Das Cleavage wird folglich erst vollständig, wenn Mitglieder einer sozialen Gruppe neben gemeinsamen Einstellungen und sozialstrukturellen Gemeinsamkeiten auch formal organisiert sind und in diesem Rahmen politisch aktiv werden. Ferner ist ein politischer Akteur, beziehungsweise eine Partei nötig, welche die gemeinsamen Einstellungen und Werte kanalisieren kann. Im Kontext dieser Arbeit ist dabei die gewerkschaftliche Organisation von Arbeitern und anderen abhängig Beschäftigten die klassische organisatorische Ausformung des Arbeit-Kapital-Cleavages, auf dem das Fortbestehen der SPD für lange Zeit basierte.

Ein Gruppengefühl ist in der ursprünglichen Cleavage-Annahme hauptsächlich verantwortlich für die individuelle Wahlentscheidung. In der modernen Forschung wird darüber hinaus auch angeführt, dass Cleavages die kausal „näher“ an der Wahlentscheidung stehenden Motive, also politische Einstellungen, beeinflussen. Dies geschieht, indem sie persönliche Werthaltungen und die eigene Zuordnung im politischen Spektrum prägen (Raymond 2011: 127), wobei hier wie bereits erwähnt kein Determinismus vorliegt. Intermediäre Faktoren, insbesondere wechselnde politische Einstellungen, bergen viel Potenzial zu Veränderungen im Wahlverhalten. Dennoch liegt Cleavages nicht zuletzt der Umstand zugrunde, dass verschiedene soziale Gruppen schlicht unterschiedliche Interessen haben, deren Vertretung sich entsprechende Parteien verschrieben haben (Debus/Müller 2012).

Der angesprochenen historischen Linie folgend haben die Cleavages zwischen Arbeit und Kapital sowie zwischen Kirche und Staat im Wesentlichen in allen westeuropäischen Demokratien die Parteiensysteme ausgeformt, indem aus ihnen einerseits sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien und andererseits christdemokratische Parteien hervorgegangen sind (Clarke/Whitten 2013: 445–46; Elff/Roßteutscher 2016). Dies sind beispielsweise im Vereinigten Königreich die Labour Party, in Spanien die PSOE und in Deutschland die SPD, sowie auf der anderen Seite etwa die Tories (Vereinigtes Königreich), die Unionsparteien (Deutschland) oder die ÖVP in Österreich. Die heutige Relevanz besteht fort, da die entsprechenden Parteien nach wie vor bestimmte Gruppen traditionell repräsentieren und in ihnen eine Wählerbasis finden (Debus 2012; Weßels 2019: 198–99). Wenn in der neueren Forschung von neuen Konfliktlinien die Rede ist (bspw. van Elsas 2017: 77–78, Kriesi 2010), mit denen etwa das Aufkommen neuer Parteien wie Bündnis 90 / Die Grünen in Deutschland erklärt wird, sollte also genau untersucht werden, ob es sich hier um Cleavages im traditionellen

Sinne handelt. Die postulierten gesellschaftlichen Gruppen stehen in der Regel nicht in einer festen, kollektiven Verbindung mit einer Partei. Vielmehr sind diese Bündnisse aus Parteien und Wählergruppen häufig das Ergebnis individueller Entscheidungen, bei denen das Gruppengefühl keine besondere Rolle spielt (Schoen 2014: 208). Elff beklagt in seiner Diskussion zur Cleavage-Forschung, dass der Begriff in seiner langen Forschungsgeschichte längst keine einheitliche Verwendung mehr finde und die Gefahr bestehe, Cleavages mit schlichten ideologischen Meinungsverschiedenheiten oder unterschiedlichen sozialen Gruppen zu vertauschen:

*„All diesen Verwendungsweisen ist lediglich gemein, dass eine cleavage gleichbedeutend mit dem Vorhandensein eines Zusammenhangs zwischen politischem Verhalten, insbesondere Wahlverhalten, und irgendwelchen anderen Variablen besteht, wie Wertorientierungen, Ideologien, oder sozialen und demographischen Merkmalen.“*  
(Elff 2004)<sup>36</sup>

Neue Cleavages sind nicht unmöglich. Kriesi (2010: 675) kritisiert in dem Zusammenhang einen zu engen Fokus auf Klassenkategorien, die nicht in die heutige politische Umgebung passen und daher die Messungen bei der Suche nach neuen Cleavages behindern. Er verteidigt dabei das neue, sogenannte „GAL-TAN“-Cleavage zwischen libertär-universalistischen und traditionell-kommunitaristischen Werten. Dieses basiert nicht in erster Linie auf soziostrukturellen Differenzen, sondern eben auf unterschiedlichen Werten. Es wird herangezogen, um das Entstehen und die Persistenz grüner und rechtspopulistischer Parteien in Europa zu deuten (Kriesi 2010: 675–81). Hier wird deutlich, weshalb die Zuschreibung von Cleavages schwierig sein kann: Sind Gruppen nicht durch klare, soziostrukturelle Merkmale gekennzeichnet, erschwert sich die Messung und die Erklärung vermeintlicher, formaler Gruppenorganisation erheblich<sup>37</sup>.

Die Suche nach neuen Cleavages ist ein wichtiger Bestandteil der Diskussion um makrosoziologische Erklärungen des Wahlverhaltens, insbesondere im Hinblick auf den gesellschaftlichen Wandel weg von traditionellen Gruppenbindungen (Weßels 2019: 202). Sie

---

<sup>36</sup> Ideologien werden von Elff (2004: 81) als „verbalisierte Konzeption des normativ richtigen Aufbaus der Gesellschaft“ definiert, also als ein festgelegtes Ziel, aus dem konkrete Policies erst abgeleitet werden müssen.

<sup>37</sup> Auch wenn es nicht explizit so genannt wird, argumentiert Kriesi (2010: 677-79) hier bereits mit dem „Echokammer“-Effekt als organisatorische Ausformung des Cleavages. Das heißt, dass Menschen insbesondere infolge des Lebens in der modernen Stadtgesellschaft und durch ihre Medienauswahl vor allem auf Gleichgesinnte treffen, ähnlich wie in den sozialen Gruppen, die die Ausformung der ursprünglichen Cleavages begleiteten und innerhalb derer kohärente Einstellungen bei wenig Kontakt nach außen vorherrschten.

kann helfen zu verstehen, weshalb sich neu entstehende gesellschaftliche Gruppen auf bestimmte Weise im politischen Raum orientieren. Das Verhältnis der SPD zu Arbeitern ist für die vorliegende Arbeit (und für die Partei) aber von größerer Bedeutung, denn durch sie war lange Zeit die Wahl der SPD geprägt. Allerdings war die SPD auch vor der hier aufgestellten Beobachtungsreihe mit Beginn in den 1980ern keine *reine* Arbeiterpartei, sondern durchaus auch in anderen Bevölkerungsgruppen verankert. Die affektive Bindung anderer Gruppen ist, wenn es um die Erklärung der Entwicklung geht, nicht zu vernachlässigen.

Es ist wichtig, die historische Entwicklung der Cleavages im Blick zu behalten, um den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten zu verstehen. Die Cleavage-Theorie liefert nämlich nicht nur eine Erklärung für die Ausgestaltung moderner (europäischer) Parteiensysteme, sondern auch Hypothesen darüber, welche soziostrukturellen Faktoren beim individuellen Wähler Präferenzen zu welcher Partei befördern: Arbeiter neigen demzufolge zu sozialdemokratischen Parteien, regelmäßige Kirchgänger zu christdemokratischen. Die sozialen Großgruppen, die Lipset und Rokkan (1967b) beschreiben, existieren immer noch und die Frage, wie stark die Mitgliedschaft in diesen Gruppen das Wahlverhalten auf der individuellen Ebene determiniert, ist in den letzten Jahrzehnten in der Wissenschaft intensiv diskutiert worden. Dabei werden mehrere Argumente angebracht, die beide jeweils einen Rückgang der Bedeutung von Cleavages für das Wahlverhalten betonen (Elff 2004: 3). Dies wurde hauptsächlich durch die Beobachtung ausgelöst, dass Wahlergebnisse in den etablierten, westeuropäischen Demokratien immer volatiler werden (Blumenstiel 2011: 75; Forschungsgruppe Wahlen 2001: 18; García-Viñuela/Jurado/Riera 2018: 156; Korte 2019: 2; Raymond 2011: 126; Weßels/Schoen/Gabriel 2013: 15–16). Da Cleavages das Wahlverhalten in sozialen Gruppen erheblich prägen sollten, wäre ein volatileres Wahlverhalten die logische Folge von abgeschwächten Cleavages: Wenn weniger Menschen durch Gruppenverhalten festgelegte Wahlentscheidungen treffen, ist das Potenzial für Veränderungen in der Wählerschaft größer. Somit entsteht die Frage, ob die Rolle der sozialen Klasse bei der Wahlentscheidung inhärent unwichtiger wird oder ob politische und länderspezifische Faktoren für diese Entwicklungen verantwortlich sind. So wird mitunter argumentiert, dass Wahlverhalten nicht einfach eine abhängige Variable der Sozialstruktur ist, sondern nur durch das Zusammenspiel der Ansprechbarkeit bestimmter Gruppen mit politischen Appellen an jene zustande kommt. (Elff 2004: 15ff., 129).

Zum Bedeutungsrückgang von Cleavages wird angeführt, dass die „Kerngruppen“ der Parteiwählerschaften, wie die Großgruppen, die hinter der Entstehung von Parteien stehen, im

Zuge gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse erodieren und dabei sowohl an Mitgliedern als auch an Einfluss auf die individuelle Wahlentscheidung verlieren; dass also ein Bruch zwischen sozialen Gruppen und Parteien entstanden ist (Debus 2012). Dieser Prozess wird auch als „dealignment“ bezeichnet (Raymond 2011), wobei der Begriff durch die Integration von Parteiidentifikation in die Verbindung von Gruppe und Partei an der Schnittstelle zum sozialpsychologischen Michigan-Modell steht. Damit in Zusammenhang steht „new politics“ (Evans 1999), was die Tendenz beschreibt, die Wahlentscheidung auf individuellen Präferenzen basieren zu lassen und weniger auf einem Klassen-Cleavage. Das gilt insbesondere für Präferenzen für postmaterialistische und gesellschaftlich progressive Inhalte. Die möglichen Gründe für die Schwächung von Cleavages sind vielfältig: Regelmäßig angeführt werden die höhere soziale Mobilität infolge der auch in Deutschland erfolgten Bildungsexpansion und des Nachkriegs-Wirtschaftsbooms, die Ausbreitung postmaterieller Werte und der prozentuale Rückgang von Kirchgängern und Industriearbeitern (Dalton 1984; Debus 2012; Kriesi 2010: 674–75; Raymond 2011: 126). Wähler würden demzufolge eine Heterogenisierung der Lebensstile innerhalb sozialer Klassen erleben, wobei sich die sozialen Beziehungen, die ein Klassengefühl verstärken könnten, abschwächen. Das Stichwort „Individualisierung“ wird für diese Prozesse gerne benutzt und bedeutet konkret, dass es zu einer „Zunahme der Variation unterschiedlicher Verhaltensnormen“ (Debus 2012: 42) kommt, also beispielsweise Verhalten, das von dominanten Glaubens- und Wertesystemen abweicht und vorherrschende Handlungsregeln weniger eingehalten werden. Darüber hinaus ließen die Unterschiede zwischen den individuellen Lebenssituationen *zwischen* verschiedenen Klassen nach (Elff/Roßteutscher 2016).

Es ist unbestritten, dass in Deutschland die Größe der beschriebenen Kerngruppen abnimmt. Im sozioökonomischen Cleavage, das Arbeiter auf die eine und Selbstständige (bzw. Landwirte) auf die andere Seite stellt, waren nach Gründung der Bundesrepublik etwa 80 Prozent der deutschen Erwerbstätigen vertreten. Dabei machten Arbeiter, das historische Kernklientel der SPD, etwa 50 Prozent der Erwerbstätigen aus. Rund 30 Prozent entfielen auf Selbstständige, dagegen waren nur rund 20 Prozent der Erwerbstätigen Angestellte. Im Jahr 2000 war der Anteil der Arbeiter auf gut 30 Prozent gesunken, der der Selbstständigen sogar auf etwa 10 Prozent. Dagegen wuchs der Anteil der Angestellten auf knapp 50 Prozent, wobei Angestellte nicht trennscharf in eine gesellschaftliche Konfliktlinie passen. Die Wahlergebnisse in dieser Gruppe scheinen sich dabei eher an den jeweiligen politischen Trends anzupassen (Schoen 2014: 196, 200). Eine aktuellere Aufschlüsselung ist leider nicht mehr verfügbar, da

die statistische Trennung von Arbeitern und Angestellten seit 2005 in amtlichen Daten nicht mehr besteht (Statistisches Bundesamt 2018). Von einer Trendumkehr ist allerdings trotzdem eher nicht auszugehen; Roßteutscher et al. (2016) beschreiben beispielsweise, dass gewerkschaftsgebundene Arbeiter als Kernklientel der SPD nur noch gut fünf Prozent der Bevölkerung ausmachen. Das bedeutet, dass unabhängig von der Bindungskraft des sozioökonomischen Cleavages dessen absolute Bedeutung in der Bevölkerung abgenommen hat. Cleavageorientierte Wahlkampfappelle von Parteien reichen somit nur noch für kleinere Stimmenanteile bei Wahlen:

*„[...] selbst wenn alle Mitglieder der Cleavage-Gruppen im Einklang mit ihrer Gruppenzugehörigkeit votierten, stünde damit nur das Stimmverhalten des halben Elektorats fest, während das vor fünfzig Jahren noch für vier Fünftel des Elektorats galt.“ (Schoen 2014: 197)*

Während hier die Zahlen recht klar zeigen, dass in Deutschland das sozioökonomische und ebenso das religiös-konfessionelle (Schoen 2014: 212) Cleavage in absoluten Zahlen an Bedeutung verloren haben, lässt sich dies über die Bindungsstärke nicht zwingend sagen. Den Einfluss einer abnehmenden Bindungskraft zwischen Kerngruppen und Parteien, etwa durch Individualisierung und schwächere Prägung durch soziale Milieus, bezeichnen etwa Elff/Roßteutscher (2016: 46) zunächst als „marginal“. Was sich, wie bereits erwähnt, in Studien vor der Bundestagswahl 2009 nicht zeigt, ist eine Aufweichung der Parteibindung der Kerngruppen in dem Sinne, dass sie in höherem Maße für andere Parteien stimmen. Dies gilt auch für andere europäische Länder und ihre jeweiligen Cleavages (Elff 2008: 306, Debus 2012, Schoen 2014: 120). Danach erodierte jedoch die Verbindung von SPD und Arbeiterklasse erheblich, so dass inzwischen die soziale Stellung nur noch ein schwacher Prädiktor für die Wahlentscheidung ist. Das gilt für alle Parteien. Das sozioökonomische Cleavage ist Elff/Roßteutscher (2016: 64f.) zufolge in Deutschland eher zu einem Einflussfaktor auf die Wahlenthaltung geworden: Viele Mitglieder dieser Klasse werden nicht mehr mobilisiert, was die Autoren auch auf die mangelnde Betonung klassisch-sozialdemokratischer Anliegen von Seiten der SPD zurückführen. Damit widerlegen sie ihr früheres Ergebnis, wonach das soziale Cleavage auch in jüngerer Zeit noch relevant ist und sich die Wählergruppen – etwa der Linken und der Volksparteien – erheblich unterscheiden (Elff/Roßteutscher 2011). Ähnlich argumentiert auch Allen (2017), der darauf verweist, dass Bindung von Milieus und Parteien, etwa durch die Bildungsexpansion, hoher geografischer Mobilität und weniger Mitgliedschaften in Gewerkschaften und Kirchen abgenommen hat. Demzufolge geht die „alte

Linke“ (also das Arbeitermilieu) aufgrund der weggebrochenen sozialen Integration, die sonst das Wählgehen generell verstärkt, zum Teil nicht mehr zur Wahl oder entscheidet sich aus Unzufriedenheit mit den zentristischen Volksparteien für rechte Protestparteien. Müller/Klein (2012) kommen ebenfalls zu der Erkenntnis, dass das klassisch-sozioökonomische Cleavage in zukünftigen Elektoraten seine dominante Rolle einbüßen wird, da das Klassenprofil der großen Parteien flacher geworden ist. Sie sehen jedoch, in geringerem Umfang aufgrund mangelnder Innenorganisation, in den Unterschieden zwischen den Segmenten der Dienstklasse eine „neue“ Konfliktlinie im Kommen begriffen. Das religiös-konfessionelle Cleavage scheint dagegen bisher nicht an Bindungskraft eingebüßt zu haben (Elff/Roßteutscher 2016: 53ff.).

Die nachlassende Verbindung von Wähler-Kerngruppen zu ihrer Partei hat zur Folge, dass kurzfristige Wahlkampffaktoren wie Kandidatenbewertung sowie neue, postmoderne Issues an Bedeutung gewinnen (Raymond 2011: 126, Debus 2012). Das würde heißen, dass beispielsweise Arbeiter nicht mehr hauptsächlich sozialistische oder sozialdemokratische Parteien wählen, sondern sich zunehmend der Nichtwahl oder anderen Parteienfamilien zuwenden, wenn sie sich von bestimmten Attributen dieser Parteien angesprochen fühlen. Auf der anderen Seite nähme auch das Maß ab, mit dem die linken Parteien ihre Kernklientel zu vertreten gewillt sind, wobei sich ein programmatischer Wandel hin zu den Präferenzen einer „neuen Mittelschicht“ vollziehe (Debus 2012, Elff/Roßteutscher 2016).

Ob die Annahmen zur Stärke von Cleavages in dieser Einfachheit zutreffen, ist nicht leicht zu beantworten, weil dabei mehrere Prozesse ablaufen. Während sich Wählergruppen in Größe und Bindungsstärke verändern, vergeht Zeit. Die Parteien sind gegebenenfalls ebenfalls programmatischen und personellen Wandeln unterworfen oder bewegen sich in verschiedenen Koalitionskontexten. Wie die Kausalbeziehung zwischen Veränderung der Kernwählerschaft und Wandel der Parteien in diesem Fall genau aussieht, ist nicht leicht nachzuweisen; möglicherweise sind es auch sich gegenseitig verstärkende Prozesse. Es bleibt also offen, ob der Wandel politischer Parteien oder ein Abschwächen von Cleavages auf der Wählerebene für einen Rückgang der politischen Relevanz von Cleavages verantwortlich ist (Elff 2004: 3; 2009: 298).

Die These, dass Cleavages *generell* schwächer werden und die Rolle der Sozialstruktur durch Faktoren wie Werte und Lebensstile abgelöst würden, ist wohl empirisch nicht haltbar und auch theoretisch nicht plausibel. Betrachtet man Cleavages über Deutschland bzw. über Westeuropa hinaus, zeigt sich, dass längst nicht *überall* und nicht *immer* der Einfluss *aller* Konfliktlinien

nachlässt. Ein Gegenbeispiel sind jüngere Demokratien, die im Entwicklungsprozess der Cleavages an einem anderen Punkt stehen (Elff 2004: 3). Elff betont dabei die herausragende Rolle der Parteien und ihrer strategischen Entscheidungen dabei, Cleavages zu verstärken oder abzuschwächen. Unterschiede im Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlverhalten seien demnach nur sinnvoll zu begründen, wenn dieser Faktor mit einbezogen wird (Elff 2004: 4f.). Auch Debus/Müller (2012) betonen, dass aller Individualisierung zum Trotz die Gruppenzugehörigkeit (und Parteiidentifikation) eine entscheidende Variable bei der Erklärung von Wahlverhalten bleibt.

Auch Raymond (2011) kritisiert die Sicht, dass ein *dealignment* der Kerngruppen generell vorherrscht, dass also die Parteibindungen als Folge sozialer Spaltungen nicht mehr existieren. Ebenso wie Elff/Roßteutscher (2016) kommt er in einer Studie, die die USA, Großbritannien und Deutschland untersucht, zu dem Ergebnis, religiös-säkular geprägte Konfliktlinien seien aufgrund der traditionellen Neigungen religiöser Wähler besonders stabil. Das kommt konservativen Parteien zugute, deren Kernwählerschaft nicht so leicht zu anderen Parteien und insbesondere nicht in die Nichtwahl abwandert, auch wenn sie programmatisch nicht mehr so explizit angesprochen wird. Das Cleavage formt dabei laut Raymond (Raymond 2011: 130) sowohl die Parteiidentifikation als auch die Wahlentscheidung. Trotzdem muss festgehalten werden, dass wenigstens in Deutschland – anders als in den USA – die absolute Zahl der regelmäßigen Kirchgänger weit zurückgegangen ist (Raymond 2011: 132). Dieser Umstand ist für die Unionsparteien problematisch, wenn es ihnen nicht gelingt, andere Wählergruppen zu erschließen.

In Kapitel 4 wird die affektive Verbindung verschiedener sozialer Gruppen zur SPD im Zeitverlauf genauer untersucht. Der Fokus der Datenanalyse liegt also auf der Wählerseite. Es geht folglich vor allem darum zu identifizieren, in welchen gesellschaftlichen Bereichen die SPD verankert ist und wie sich diese Wählerbasis über die Jahrzehnte verwandelt hat. Dabei wird nicht nur die Gruppe der Arbeiter untersucht, sondern auch andere Berufsgruppen sowie nach anderen Kriterien aufgeteilte soziale Schichten.

Ein wichtiger Faktor bei der Bewertung von heutigen Cleavages ist auch, welche Rolle Parteien darin zukommt. Dabei spielen Wahlkämpfe eine zentrale Rolle: Hier haben Parteien die Möglichkeit, unter Bedingungen hoher Aufmerksamkeit ihr Profil herauszustellen. Dazu beschreibt Debus (2012) vier Attribute von Wahlkämpfen: Der Grad der Konzentration auf Kandidaten, die Fokussierung auf bestimmte Themen, Parteienkompetenzzuweisung bei

Valenz-Issues (siehe 2.2.) (Stokes 1963) und die Herausstellung programmatisch-ideologischer Unterschiede. Parteien haben also einen großen strategischen Spielraum, um langfristig bestehende Cleavages zu betonen und programmatisch ihre Kernwählerschaft anzusprechen. Damit ist es auch möglich, dass gleichzeitig kurzfristige Faktoren bei der Wahlentscheidung wichtiger werden *und* Cleavages an Bedeutung gewinnen, wenn Parteien im Wahlkampf ihre Kernwählerschaft gezielt ansprechen, also entsprechende Themen bedienen, die Verbindung zu gewissen Gruppen betonen oder ähnliche wahlkampfstrategische Entscheidungen treffen (Debus 2012). Hier besteht neben der bereits erwähnten Parteiidentifikation, die immer wieder in Verbindung mit Cleavages gebracht wird, ein weiterer Schnittpunkt zum Michigan-Modell, welches Wahlkämpfen eine zentrale Funktion zuschreibt (siehe Kapitel 2.2.). Da sich Wahlkämpfe in der Tat sehr unterschiedlich gestalten, untersucht Debus (2012: 46) die Vermutung, dass diese zumindest in Deutschland ein wichtiger Faktor bei der Gewichtung von Kandidaten, Ideologien und Sachthemen bei den Wählern sind. Anhand seiner Daten lässt sich allerdings weder ein Bedeutungszuwachs der Lösungskompetenz von Parteien bei Valenz-Issues noch der ideologischen Distanz zu Parteien oder der Kanzlerpräferenz feststellen. Dies wird dadurch bekräftigt, dass er bis 2009 keinen Rückgang der Bindung von Kerngruppen zu „ihren“ Parteien feststellen kann. Erst danach und damit viel später als die Wahlergebnisse in Deutschland volatiler wurden zeigt sich eine solche Veränderung. Zum gleichen Ergebnis kommt auch Evans (1999), der die bereits angesprochenen „new politics“ sogar als eine Art neues Cleavage sieht, aus dem in Deutschland die Grünen entstanden sind (vgl. Kriesi 2010). Dass dieser Umgang mit dem Cleavage-Begriff von anderen Autoren kritisch gesehen wird, wurde bereits erläutert. Ähnliche Befunde wurden auch in Großbritannien gemacht, wo erst „New Labour“ unter Tony Blair ein Aufbrechen des sozialstrukturell dominierten Wählens herbeiführte. Andere Staaten zeigen ebenfalls keine klaren Befunde gegen soziostrukturelles Wählen, sondern weisen zum Teil erst sich entwickelnde sozioökonomische „Cleavages“ auf (Schoen 2014: 210).

Die moderne Cleavageforschung steht also vor mehreren Herausforderungen. Zum einen wird der Begriff teilweise unscharf verwendet (Elff 2004). Dadurch ist nicht immer klar, ob beispielsweise voll ausgeformte Konfliktlinien, wie sie ursprünglich von Lipset/Rokkan (1967) beschrieben wurden, untersucht werden, oder ob, wie in dieser Arbeit, eher eine Untersuchung zum Zusammenhang bestimmter (gruppenbildender) Merkmale mit Wahlverhalten stattfindet. Darüber hinaus lässt sich nicht leicht feststellen, welche Mechanismen zu einem vermeintlichen Abschwächen (oder Erstarken) von Cleavages führen, dessen Bedeutung über die Größe der

am Cleavage beteiligten Gruppen hinausgeht. Hauptsächlich ist dabei die Frage von Bedeutung, ob die Relevanz eines gesellschaftlichen Konflikts von Parteien beeinflusst oder gar gesteuert werden kann, das heißt ob Parteien durch ihre inhaltliche oder personelle Aufstellung die Bindung von gesellschaftlichen Gruppen im Sinne eines *realignment* oder *dealignment* bedingen können.

Die hier zusammengetragenen Erkenntnisse über die Implikationen der Cleavage-Theorie bilden die theoretische Untermauerung für den makrosoziologischen Teil dieser Arbeit. Aus ihnen lassen sich Erwartungen ableiten, wie sich die Verankerung der SPD in verschiedenen sozialen Gruppen entwickelt (siehe Kapitel 4.1.1). Ein intaktes sozioökonomisches Cleavage ließe beispielsweise ein klares Klassenprofil für die SPD erwarten, während starke Abweichungen davon auf ein *dealignment* schließen lassen. Gleichzeitig liefern sie Hypothesen darüber, aus welchen Gründen sich soziale Gruppen der SPD zu- oder abwenden können und wie sie sich anschließend verhalten. Nicht zuletzt wird deutlich, welche elektoralen Konsequenzen sich für die Partei aus Verschiebungen in der Basis der Wählerschaft ergeben. Letztlich stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen die Mitgliedschaft in sozialen Gruppen, beziehungsweise soziale Konfliktlinien eine bedeutende Variable zur Erklärung von Wahlverhalten und Parteibindungen ist. Kapitel 4 ist der empirischen Herangehensweise an diese Fragestellungen gewidmet.

## 2.2. Individuelle Einstellungen: Unmittelbare Determinanten der Wahlentscheidung?

Politische Einstellungen als Erklärungsfaktor für Wahlverhalten heranzuziehen wirkt heute wie eine triviale Selbstverständlichkeit. Das geht bis zu dem Punkt, wo man Forschern vorwirft, mit Umfragen zur Haltung gegenüber Parteien oder Kandidaten letztlich nur Wahlverhalten auf eine andere Art und Weise zu messen. Denn ist es nicht logisch, dass Bürger wahrscheinlich eine Partei wählen, die sie positiv bewerten und deren Kandidaten sie sympathisch finden? Ganz so einfach ist es nicht, und selbst wenn, würde sich immer noch die Frage stellen, woher bestimmte Einstellungen im kausal vorgelagerten Sinne kommen.

Politische Einstellungen sind ein so umfangreicher Bereich, dass in diesem Kapitel unmöglich alle Aspekte angesprochen und umfassend dargestellt werden können. Daher soll vor allem die grundsätzliche Überlegung des sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens präsentiert und gezeigt werden, welche neueren Erkenntnisse zu den wahlrelevanten Einstellungen in der Forschung debattiert werden. Generell können Einstellungen (Ajzen 2005: 3) folgend als

*“an attitude is a disposition to respond favorably or unfavorably to an object, person, institution, or event”*

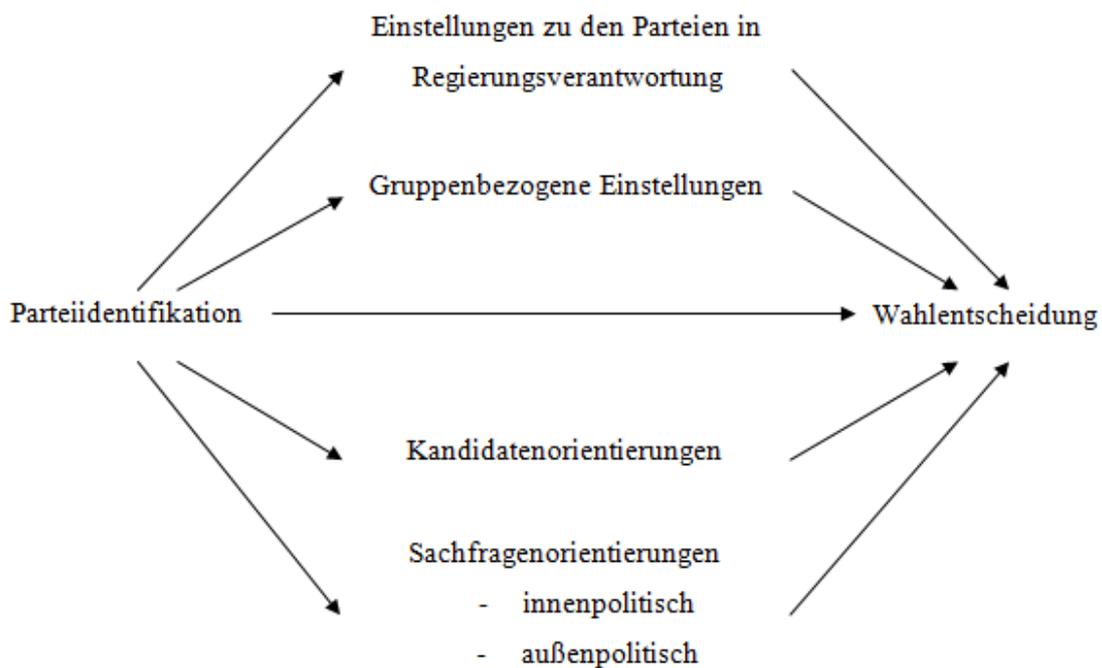
definiert werden. Damit sind zunächst einmal alle möglichen Einstellungen gemeint. Politische Einstellungen sind demnach Dispositionen, positiv oder negativ auf *politische* Objekte (Personen, Parteien etc.) zu reagieren. Die Vorstellung, dass politische Einstellungen sich, ganz im sozialpsychologischen Sinne, auf das Wahlverhalten auswirken, geht in der wissenschaftlichen Diskussion vornehmlich auf eine seit den 1950er Jahren aktive Forschergruppe an der University of Michigan in Ann Arbor zurück. Aus diesem Grund wird das sozialpsychologische Modell des Wahlverhaltens auch „Ann Arbor-Modell“ oder „Michigan-Modell“ genannt (Schoen/Weins 2014: 242). Der Ansatz wurde zunächst in „The Voter Decides“ (Campbell/Gurin/Miller [1954] 1971) auf die US-Präsidentschaftswahl 1952 angewendet und nach einiger Kritik in tiefer ausgearbeiteter Form nochmals im auch heute stark rezipierten „The American Voter“ dargestellt (Campbell et al. 1960). Das Modell wird auch über die USA hinaus in anderen Wahl- und Parteiensystemen erfolgreich zur Erklärung von Wahlentscheidungen angewendet. Die Ergebnisse im fünften Kapitel dieser Arbeit zeigen ebenso wie die in Abschnitt 1.2.2. vorgestellten Studien, dass sich Wahlverhalten in Deutschland auf diese Weise gut nachvollziehen lässt.

Zunächst wurden dabei Einstellungen zu drei politischen Objekten als zentrale Einflussgrößen auf die Wahlentscheidung in den Fokus genommen: die Haltung zu politischen Kandidaten und ihren Merkmalen, die Bewertung politischer Sachfragen (*Issues*) und die Identifikation mit einer Partei, kurz Parteiidentifikation genannt. Dass mehrere Einstellungen gleichzeitig das Wahlverhalten beeinflussen, ist wichtig. So lässt sich recht differenziert eine Wahrscheinlichkeit prognostizieren, mit der ein Individuum für eine Partei oder einen Kandidaten stimmen wird. Am höchsten ist diese Wahrscheinlichkeit, wenn alle drei Einstellungen kohärent sind, also beispielsweise ein Wähler sich mit einer Partei identifiziert, deren Kandidaten positiv bewertet und in Sachfragen die gleiche Position wie die Partei oder der Kandidat einnimmt. Gleichzeitig sinkt die Wahrscheinlichkeit und die Prognose wird weniger sicher, wenn eine Dissonanz zwischen diesen Faktoren vorliegt (Schoen/Weins 2014: 244f.). Damit entsteht ein Modell, in dem dieselben Determinanten durch variierende Ausprägungen unterschiedliche Ergebnisse erzielen können (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 393).

Um die psychologischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Einstellungen genauer herauszuarbeiten, wurde im „American Voter“ (Campbell et al. 1960: 24) der „funnel of causality“ in das Modell integriert. Dies ist eine Art Trichter, an dessen Mündungsende die Wahlentscheidung steht und der gefüllt ist mit kausal und zeitlich vorgelagerten Faktoren, die diese Entscheidung mit beeinflusst haben. Diese Faktoren können weit zurückreichen und etwa frühe Wahlkampf Erfahrungen in der politischen Sozialisation, aber auch Lebensereignisse beinhalten, so wie die Zeit an der Universität oder die Erfahrung von Arbeitslosigkeit. Zusätzlich wurde die ursprüngliche Determinantentrias ausdifferenziert und um weitere „elements of the world of politics“ (Campbell et al. 1960: 524) erweitert, nämlich gruppenbezogene Einstellungen sowie Einstellungen zur Regierungsfähigkeit von Parteien (Schoen/Weins 2014). Zwar sehen die Autoren kausal direkt vor der Entscheidung nach wie vor die zuvor beschriebenen Faktoren, also Einstellungen zu Parteien, Sachfragen und Kandidaten sowie gruppenbezogene Einstellungen. Diese liefern gute Vorhersagen des Wahlverhaltens, allerdings sind sie für sich genommen analytisch unbefriedigend: Die Frage, was wiederum diese Einstellungen bedingt, bleibt offen. Sie sind dem *funnel of causality* zufolge nicht zufällig in der einen oder anderen Weise ausgeprägt. Stattdessen speisen sich die unmittelbar wirksamen Einstellungen aus vergangenen Erfahrungen mit politischen Parteien, Kandidaten oder Systemen. Beispielsweise ist eine Wählerin denkbar, die aufgrund ihrer Präferenz für eine starke staatliche Intervention in die Einkommensverteilung in Deutschland

die Partei Die Linke wählt, welche sich für starke Umverteilung einsetzt. Diese Präferenz ist jedoch nicht einfach so vorhanden, sondern stammt möglicherweise aus der Sozialisation in der DDR (Arzheimer 2013). Für die unmittelbare Erklärung des Wahlverhaltens sind derartige, politisierte Lebenserfahrungen allerdings, so Campbell et al. (1960), nicht entscheidend, da sie in der Einstellungstrias quasi in kondensierter Form vorliegen<sup>38</sup> (Schoen/Weins 2014).

**Abb. 2.2.1: Das sozialpsychologische Modell des Wahlverhaltens**



Quelle: Schoen/Weins 2014: 253

Der Parteiidentifikation (kurz: PI), die im ursprünglichen Modell gleichrangig mit den anderen Variablen war, kommt nun eine hervorgehobene Rolle zu: Sie wird, im Gegensatz zu Einstellungen zu Kandidaten und Themen, als langfristig stabile Variable interpretiert, die durch die Summe aller Erfahrungen mit einer Partei ausgeformt wird. Da sie wie eine gefärbte Brille zudem die individuelle Sicht auf Kandidaten und Themen beeinflusst, ist sie sowohl zeitlich als auch kausal diesen kurzfristig wirkenden Einstellungen vorgelagert. Abbildung 2.2.1 zeigt die Interpretation der Parteiidentifikation im *American Voter* im Zusammenspiel mit den jetzt als kurzfristig wirksam angesehenen, anderen Determinanten des Wahlverhaltens

<sup>38</sup> Das heißt, in den unmittelbar wirksamen Einstellungen sind die dafür verantwortlichen Lebenserfahrungen gebündelt.

anschaulich<sup>39</sup>. Die PI gibt darin die Richtung der anderen Einflüsse zu einem gewissen Grad vor, der Wahlausgang kann aber durch die kurzfristig wandelbaren Faktoren ganz anders aussehen, als es die reine Verteilung von PI vermuten lassen würde (Campbell et al. 1960: 529–30).

Die PI verstärkt sich, wenn auch nicht zwangsläufig, selbst mit der Zeit, da neue Erfahrungen aus der Interpretationssicht der jeweiligen Partei bewertet werden. Parteiidentifikation bleibt wandelbar: Ein Blick in die US-Südstaaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt dies beispielhaft. Hier wandelten sich, vor allem durch veränderte politische Angebote, die Parteibindungen von Schwarzen und Weißen nahezu diametral (Miller/Shanks 1996). Der Theorie zufolge stabilisiert sie sich aber im Laufe des Lebens (Schoen/Weins 2014: 269). Durch diese Eigenschaften ist die PI für beide in dieser Arbeit untersuchten empirischen Konzepte von Bedeutung. Dabei wird es interessant sein zu sehen, welche Ursprünge die PI in Deutschland hat, wie sie sich möglicherweise ändern (oder verschwinden) kann und unter welchen Umständen sich die PI in Wahlverhalten umsetzt – oder nicht. Das Thema, insbesondere die Kritik an der theoretischen Ausformung der Parteiidentifikation (Fiorina 1981; Weinschenk 2010), wird in Kapitel vier noch ausführlicher behandelt.

*„[...]sets of „defectors“ can respond to the idiosyncratic forces of one election and yet revert to traditional or established party loyalties once those short-term, election-specific forces change.“ (Miller/Shanks 1996)*

Die Rolle von kurzfristig wirksamen Variablen soll an dieser Stelle nochmals betont werden. Wie der Ausschnitt aus *The New American Voter* (Miller/Shanks 1996) zusammenfassend betont, bedeutet die Ausprägung einer PI bei einem Wähler nicht, dass er oder sie zwangsläufig immer dieselbe Partei wählt, beziehungsweise deren Kandidaten unterstützt. Gleichzeitig muss ein Wähler, der bei einer einzelnen Wahl von seiner PI abweicht, seine Bindung an die Partei nicht aufgeben, sondern kann auch von einem ihn besonders ansprechenden Kandidaten angezogen worden sein, sich bei einem bestimmten, salienten Thema von einer anderen Partei angesprochen fühlen oder von der Regierungsperformanz einer anderen Partei überzeugt sein. Schon bei der nächsten Wahl könnte, unter entsprechenden Umständen, der Effekt der PI wieder überwiegen.

---

<sup>39</sup> Auch wenn diese Darstellung des Michigan-Modells intensiv rezipiert wird, ist die Abbildung im *American Voter* nicht direkt zu finden. Sie wird allerdings in Kapitel 19 der Studie recht detailliert beschrieben.

Der von den Miller/Shanks (1996) im Titel aufgegriffene (*New*) *American Voter* wird von den Autoren im Lichte neuer Methoden bewertet. Die Grundidee, dass Unterschiede zwischen den Kandidaten, die Wahrnehmung von politischen Problemen, die Bewertung der Parteienperformanz und Parteiidentifikation wesentliche Faktoren bei der Wahlentscheidung sind, wurde genau wie das Konzept des „funnel of causality“ trotz einiger methodischer Unterschiede auch bei dieser Neuevaluation aufrechterhalten. Insbesondere die Rolle, die unterschiedliche *Issue*-Positionen spielen, betonen die Autoren, wobei sie an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass diese Unterschiede durch Kontroversen zwischen Kandidaten erst in den Vordergrund treten. Dabei weisen sie auch auf einen weiteren wichtigen Aspekt der *Issue*-Forschung hin, nämlich auf den Unterschied zwischen sogenannten Valenz-Issues und Positions-Issues (Miller/Shanks 1996: 498ff.; Stokes 1963: 373).

Stokes' *Spatial Models of Party Competition* (1963) prägt erheblich die Art und Weise, wie politische Sachfragen und ihre Rolle bei der Wahlentscheidung untersucht werden. Darin wird die Einteilung von Sachfragen in Positions-Issues und Valenz-Issues etabliert. Positionsisues erfordern, dass man die Positionen von Wählern und Parteien sinnvoll auf einer (oder mehreren) Dimensionen abbilden kann und Wähler somit die Möglichkeit haben, der Partei ihre Stimme zu geben, die ihnen am nächsten steht – ähnlich wie man sich für den nächstgelegenen Laden oder das Getränk mit dem gewünschten Zuckergehalt entscheidet (Stokes 1963: 371). Typische Dimensionen sind beispielsweise der Grad der wirtschaftlichen Intervention durch den Staat, die Präferenz für viel oder wenig außenpolitisches Engagement oder eine Aufteilung in eine ökonomische und eine gesellschaftspolitische Dimension (bspw. Oesch/Rennwald 2018). Sie sind Stokes zufolge allerdings nicht für Sachfragen geeignet, die nicht sinnvoll in Dimensionen mit verschiedenen denkbaren Positionen gefasst werden können. Geht es beispielsweise um Korruption in der Regierung, finden sich keine Parteien, die gegen eine rechtschaffende Regierungsarbeit positionieren (Stokes 1963: 372).

Weitere Beispiele für solche Sachfragen sind die Vermeidung von Umweltschäden, wirtschaftlicher Erfolg, eine effiziente Gesundheitsversorgung oder innere Sicherheit. Keine Partei wird abstreiten, dass dies erstrebenswerte Ziele sind. Kontrovers ist lediglich, welche Partei oder welcher Kandidat den vermeintlich besseren Weg zur Erreichung des Ziels kennt, beziehungsweise welcher Weg dahin der beste ist. Falls die Sachfrage vergangenheitsbezogen ist, geht es darum, wem Verdienst oder Schuld zugeordnet werden (Sommer-Topcu 2015: 842; Stokes 1963: 373; Wagner/Weßels 2011: 173–76). Das bedeutet, dass es bei einem Valenzissue für die Wahlentscheidung entscheidend ist, welche Politiker ein Individuum für kompetenter

hält, eine Nation angesichts bestehender Probleme am besten zu managen. Die entscheidenden Variablen bei der Wahl sind demzufolge das Image der Kandidaten, antizipierte Leistungen und in der Regel auch Parteibindungen, da bei einer solchen Bewertung Heuristiken von großer Bedeutung sind (Clarke/Whitten 2013).

Bei Positionsisues, auch „spatale“ (also räumliche) Wahlmodelle genannt, geht es dagegen um divergierende Ziele, beispielsweise in der Migrationspolitik, der europäischen Integration, Steuerpolitik oder in kulturellen Fragen, etwa zu Abtreibung oder zur Familienpolitik. Parteien werden bei diesem Themenmodell auf verschiedenen Dimensionen eingeordnet und müssen, wenn sie ihren Stimmenanteil maximieren wollen, sich an einer möglichst wenig umkämpften Stelle mit viel Wählerpotenzial einordnen (Clarke/Whitten 2013; Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 188).

Ein weiterer, wichtiger Faktor bei der Einordnung von *Issues* ist die Salienz der Themen. Sie wird ebenfalls bereits bei Stokes (1963: 371–72) besprochen als Gewicht, das Sachfragen zukommt. Mit dem Begriff ist die Einordnung von Wichtigkeit und Aktualität der Sachfragen durch die Wählerschaft gemeint. Das führt dazu, dass auch Veränderungen in den Positionen von Parteien die Wahlergebnisse unterschiedlich ausfallen. Das Argument kann unabhängig davon gemacht werden, ob Positions- oder Valenzissues untersucht werden. Für diese Arbeit ist der Faktor Salienz bei der Untersuchung von Issue-Auswirkungen auf das Wahlverhalten sehr wichtig, denn im Zeitverlauf verändert sich das Gewicht von Sachfragen. Es ist daher plausibel, bei einer Langzeitbetrachtung nicht auf einzelne Themen zu blicken, sondern die Entscheidung über wichtige Themen beim Wähler (beziehungsweise bei den Befragten) zu belassen, wie in Kapitel 5 ausführlicher beschrieben wird.

Laut Clarke/Whitten (2013: 446ff.) ist die Anwendbarkeit der Valenzwahltheorie in Deutschland etwas schwieriger als in den USA, dem Vereinigten Königreich und Kanada, wo sie bisher hauptsächlich getestet wurde. Das liegt daran, dass in diesen Ländern die politische Verantwortlichkeit für bestimmte Outcomes als Folge des Mehrheitswahlsystems und entsprechend klareren Mehrheitsverhältnissen für den individuellen Wähler leichter zuzuordnen ist. Dies gilt insbesondere, wenn in Deutschland eine Große Koalition regiert. Anhand der Bundestagswahl 2009 zeigen die Autoren dennoch, dass das Modell die individuelle Wahlentscheidung besser erklären kann als eines, das die dimensionale Distanz der Wähler zu Parteien als Erklärungsgrundlage nutzt. Die Tatsache, dass verbundene Modelle aus Spatial- und Valenzwahl oft noch bessere Ergebnisse erzielen (Clarke/Whitten 2013: 449–

50; Kitschelt 2010) spricht allerdings dafür, dass entgegen der häufig durchscheinenden Konkurrenz zwischen diesen Modellen durchaus Potenzial zur Kombination beider Erklärungsmethoden besteht; es wird also nicht zwangsläufig dasselbe Phänomen besser oder schlechter gemessen, sondern verschiedene Aspekte. Williams (2015: 143) argumentiert beispielsweise, dass spatiale Modelle mit integrierten Valenzwettbewerb etwa in der Lage sind, den von Downs vorhergesagten, aber längst nicht universal nachweisbaren Parteiendrift zur Mitte (Jessee 2010) zu erklären.

Spatiale Modelle haben sich dagegen als recht erfolgreich darin erwiesen, die Bewegung von politischen Parteien zu erklären. Spatiale Modelle werden ebenfalls zur Erklärung von Wahlverhalten eingesetzt (Jessee 2009). So lässt sich in einer Gegenüberstellung der Policy-Positionen von Wählern und Kandidaten (in diesem Fall Bush/Kerry und McCain/Obama) zeigen, welche Rolle Parteianhängerschaft und die spatiale Entfernung spielen. Demnach können vor allem ungebundene und niedriger informierte Wähler von diesen Positions-Issues beeinflusst werden, während Menschen mit Parteibindung einen starken Bias hin zu „ihrem“ Kandidaten zeigen – wie vom Michigan-Modell vorhergesehen. Es wird dabei auch betont, dass eine zu große Entfernung von Kandidaten zu ihrer Kernwählerschaft diese entfremdet oder zu anderen Parteien in der Nähe ihres ideologischen Spektrums führt (Jessee 2009: 59f., 79f.; 2010).

Dass sich Parteien offenbar mehrerer Hebel zur Wählergewinnung bewusst sind, und damit zum Teil erfolgreich Wahlkämpfe führen, zeigt Somer-Topcu (2015) in ihrer Analyse von sogenannten „broad-appeal“-Strategien. Demnach mag eine ideologisch kohärente Strategie aus normativer Sicht wünschenswert sein, damit Wähler wissen, welche Ziele eine Partei wirklich verfolgt, in der Realität gelingt es aber Parteien gelegentlich, durch eine nicht-stringente Auswahl von Programmatik und Kandidaten verschiedene Wählergruppen anzusprechen.

Eine etwas andere Perspektive zum Zusammenspiel von Kandidaten und Parteien nehmen dagegen Wagner/Weßels (2012) ein. Sie untersuchen im Zusammenhang mit der bereits in Kapitel 1.2.2. angesprochenen Personalisierungshypothese, wie stark die Bewertung von Parteien und Kandidaten für die Wahlwahrscheinlichkeit in Deutschland interagieren. Dabei wird unterstellt, dass Individuen eine Partei und einen Kandidaten ähnlich bewerten, wenn diese ähnliche Eigenschaften haben; große Unterschiede zwischen Kandidat und Partei sollten hingegen zu recht unterschiedlichen Bewertungen führen. Dabei zeigt sich, dass die

individuelle Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei wesentlich höher ist, wenn die Bewertungen dieser beiden Objekte identisch sind oder nah aneinander liegen, wohingegen selbst eine sehr positive Bewertung nur eines der beiden politischen Objekte keinen starken Effekt hat. Das spricht insgesamt eher gegen eine Wahlkampfaufstellung, in der eine Partei einen von der eigenen Ideologie stark abweichenden Kandidaten wählt.

Die angesprochene Personalisierungshypothese ist seit einigen Jahrzehnten Gegenstand der Politik- und Kommunikationswissenschaften (Rosar/Ohr 2005). Die Grundannahme der Hypothese lautet, dass Personen in der Politik immer mehr an Bedeutung gewinnen, etwa für die Wahlentscheidung, weil sich Massenmedien in ihrer Berichterstattung vor allem auf Spitzenkandidaten, Parteivorsitzende, Regierungsmitglieder und ähnliches Führungspersonal konzentrieren. Die politischen Anführer dienen Wählern dabei als gedankliche Abkürzung, um die vermeintlich zunehmend komplexe politische Welt auf eine oder wenige Personen zu beschränken, die es zu bewerten gilt. Träfe diese Hypothese zu, hieße das für das klassische Ann-Arbor-Modell, dass sich das Gewicht weg von politischen Inhalten, Gruppenzugehörigkeit und Parteineigung und hin zur Kandidatenbewertung verschiebt. Mit dieser Hypothese verbunden ist zudem die Präsidentialisierungshypothese, der zufolge in eigentlich parlamentarischen Systemen die politischen Führungspersonen, also etwa Ministerpräsidenten oder Kanzler, zulasten der Parteien und Parlamente an Einfluss gewinnen – auch beim Wähler. Dies wird in der Regel kritisch gesehen, da das politische Mandat infolge des Wahlsystems hauptsächlich bei den Parteien liegt. Personen sind, dieser normativen Kritik folgend, nicht wirklich als Hauptentscheidungskriterium für Wähler geeignet, weil die zur Debatte stehenden programmatischen Inhalte in der Regel aus den Parteien und nicht von Einzelpersonen kommen. Demnach sollte aus normativer Sicht die Parteibewertung das eigentliche Hauptkriterium für Wähler sein. Die empirische Evidenz zu dieser Hypothese ist nicht eindeutig, klar scheint nur zu sein, dass Personalisierung in majoritären Systemen wie den USA eine wichtigere Rolle spielt (Wagner/Weßels 2012).

Häufig werden politische Einstellungen vor allem im Wahlkontext betrachtet. Dass sie sich aber auch in den Jahren zwischen den Wahlkämpfen verändern können, wird nicht immer berücksichtigt. Teilweise geschieht dies auch, weil Forscher annehmen, dass die starke Fokussierung der Öffentlichkeit auf Politik während der Wahlkämpfe jegliches Geschehen während der Legislaturperioden überlagert und die meisten schwankenden Wähler dann ohnehin zu ihren prädisponierten Parteien zurückkehren („homing“). Preißinger/Schoen (2016) weisen in diesem Kontext darauf hin, dass es aber durchaus Wähler gibt, die zwischen Wahlen

ihre Wahlabsicht fest ändern, etwa aufgrund neuer Parteien, neuen Führungsspitzen in bestimmten Parteien oder neuen inhaltlichen Positionen, mit denen sie nicht mehr oder besonders stark übereinstimmen. Diese Wähler werden dann oft gar nicht als Wechselwähler erfasst, weil häufig erst zu Beginn der Kampagnen und schließlich nach der Wahl nach der Wahlabsicht gefragt wird. Steht bei einem Wähler aber die Absicht schon vorher fest (und es ist nicht für dieselbe Partei wie bei der letzten Wahl), kann er bei dieser Messmethode nicht als Wechselwähler erfasst werden, obwohl er oder sie es eigentlich ist. Tatsächlich zeigen die Autoren, dass Inter-Kampagnen-Ereignisse keine unerhebliche Rolle bei der Wechselwahl spielen: Immerhin 14 Prozent der untersuchten Wähler in Deutschland (bei 40 Prozent Wechselwählern insgesamt) änderten dauerhaft ihre Wahlabsicht zwischen 2009 und 2013, aber außerhalb der Kampagnen, insbesondere als Folge von Einstellungswandel gegenüber Personen und Themen.

Für die empirische Untersuchung (siehe Kapitel 5) ergeben sich mehrere Implikationen aus dem Forschungsstand zum sozialpsychologischen Modell. Zunächst bietet bereits das ursprüngliche Modell einige interessante Untersuchungsansätze. So lässt sich angesichts eines großen Untersuchungszeitraums gut beispielhaft zeigen, wie die Effektstärken der Komponenten im Michigan-Modell variieren: Es ist zu erwarten, dass einige Wahlen stärker von Parteiloyalitäten, andere von starken kurzfristig wirksamen Faktoren wie Kandidatenbewertungen geprägt sind. Auch das Hinzufügen mehrerer Einstellungsdimensionen in ein Modell kann anschaulich zeigen, welchen Wert der sozialpsychologische Ansatz für die Erklärung von Wahlverhalten hat: Das Zusammenspiel von lang- und kurzfristig wirksamen Variablen sollte ihm zufolge das beste Erklärungspotenzial bieten.

Für die empirische Umsetzung des sozialpsychologischen Modells ist auch der „Konflikt“ zwischen spatialen Issuemodellen und dem Valenzwahlansatz von Bedeutung. Im direkten Vergleich erwiesen sich dabei Valenzissues als der etwas bessere Prädiktor, zumindest für die Erklärung von Wahlverhalten. Sie sind auch etwas besser geeignet für die langfristige Untersuchung des Effektes von Sachfragen, da spezielle Positionen, beziehungsweise ein Konflikt darüber, eher nicht über einen sehr langen Zeitraum bestehen bleiben. Dagegen ist beispielsweise die Frage, welche Partei kompetenter im Verbessern der Wirtschaftslage ist, zeitlich praktisch unbegrenzt. Entsprechend wird der Fokus in Kapitel 5 eher auf diesen Variablen liegen.

### **2.3. Der Zusammenhang von lang- und kurzfristig wirksamen Variablen, individuellen und parteispezifischen Erklärungsfaktoren des Wahlverhaltens**

Die im vorangegangenen Abschnitt vorgestellten Zusammenhänge von Sozialstruktur, Parteiidentifikation, kurzfristig wandelbaren Einstellungen und dem Wahlverhalten bilden den analytischen Kern dieser Arbeit. Sie existieren allerdings in einem politischen Raum, der gewisse Rahmenbedingungen liefert. Dazu gehören Parteien, ihre Beziehungen zueinander und das System, in dem sie miteinander konkurrieren. In diesem Abschnitt wird ein Blick auf den *Kontext* geworfen, in dem sich Wähler bewegen, wenn sie – aus welchen Beweggründen auch immer – ihre Stimmen abgeben. Abschließend wird knapp diskutiert, wie die genannten Modelle und der politische Kontext in eine Beziehung gebracht werden können und an welcher Stelle dabei diese Arbeit ansetzt.

#### **2.3.1. Parteien, ihre Programme und Kandidaten als Kontext**

*„Politische Angebote und Appelle von Parteien treten nicht von außen zu dem Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung hinzu, sie sind das Band, mit dem dieser Zusammenhang erst geknüpft wird“ (Elff 2004: 207)*

Zur Wahlentscheidung gehören nicht nur Wähler, sondern auch Parteien oder Kandidaten, die gewählt werden können. Die Parteienlandschaft ist dabei insbesondere in jüngerer Zeit einem stetigen Wandel unterworfen, in dem neue Parteien die Bühne betreten, andere wieder in der Bedeutungslosigkeit (oder der Auflösung) versinken oder mindestens programmatische und personelle Neuausrichtungen den Wähler zur Reevaluation zwingen. Ein und derselbe hypothetische Wähler mit konstanten Eigenschaften sähe sich beispielsweise zu verschiedenen Zeitpunkten in der Bundesrepublik Deutschland recht unterschiedlichen Konstellationen gegenüber. Welche Eigenschaften eines Parteiensystems und einzelnen Parteien dabei relevante Faktoren der Wahlentscheidung sind, ist ein vieldiskutierter Forschungszweig, der in diesem Abschnitt überblicksweise dargestellt wird.

Der erste und vielleicht offensichtlichste Aspekt des politischen Angebots ist die Anzahl und Ausrichtung der Parteien, die zur Wahl stehen. Das Parteiensystem bestimmt in erheblichem Maße, auf welche Weise Bürger die Regierung bei der Wahl „bestrafen“ oder „belohnen“ können oder welche Alternativen ihnen zur Verfügung stehen. Anderson (1995) führt dazu an, dass die klassische Annahme, eine schwache ökonomische Performanz führe zu abnehmender Unterstützung für die Regierung, ein konditionaler Effekt sei und unter anderem von der

effektiven Anzahl Parteien<sup>40</sup> abhängen. Wandelt sich ein Parteiensystem, sollten die Konsequenzen für Regierungsperformanz also unterschiedlich ausfallen, und zwar in dem Sinne, dass die Wahrscheinlichkeit für eine Wechselwahl steigt, wenn mehr Parteien zur Auswahl stehen. Mehr Parteien bedeuten mehr Möglichkeiten, Unzufriedenheit auszudrücken. Insbesondere der Vergleich von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht macht dies recht gut deutlich: Während etwa in den USA die beiden großen Parteien stets mit wenigstens etwa 40 Prozent Unterstützung rechnen können, ist in Vielparteiensystemen wie Deutschland ein solches Ergebnis in der Regel ein bemerkenswerter Erfolg. Sind mehr Parteien vorhanden, lässt sich auch Unzufriedenheit besser ausdrücken, weil die Wahrscheinlichkeit, dass eine für den Wähler geeignete Alternative vorhanden ist, mit jeder zusätzlichen Partei steigt. Tatsächlich kann Anderson (1995: 107ff.) an den Beispielen Großbritannien und Deutschland nachweisen, dass wirtschaftliche Faktoren bei der Wahl eine größere Rolle spielen, wenn das Parteiensystem mehr Parteien umfasst; gleiches gilt für Ereignisse wie Kriege, Skandale und ähnliches. Dabei ist die effektive Anzahl von Parteien *im Parlament* sogar noch etwas wichtiger als die reine Zahl bei der Wahl.

Der Hintergrund für den „programmatischen“ Teil dieser Überlegungen geht auf das Distanzmodell von Downs (1957) zurück, wonach Wähler zu politischen Positionen eine Meinung entwickeln und anschließend unter den Parteien deren Standpunkt zu diesen Themen ermitteln. Der Partei oder dem Kandidaten, die dem Wähler am nächsten steht (also die geringste Distanz aufweist), wird bei der Wahl die Stimme gegeben. Ein Alternativmodell, das sogenannte Richtungsmodell, geht dagegen davon aus, dass die Partei, die die Position des Wählers am *stärksten* vertritt, seine oder ihre Stimme bekommt (Schoen/Weins 2014). Beiden Modellen liegt jedoch zugrunde, dass die Position einer Partei zu verschiedenen Themenfeldern von großer Bedeutung ist: Die Partei, der es gelingt, die Interessen möglichst vieler Wähler zu vertreten, sollte demnach den größten Erfolg aus ihrer inhaltlichen Positionierung ziehen, sofern sie dabei keine allzu unglaubwürdigen Manöver vollzieht oder zu viele Wähler an ideologisch nahestehende Parteien verliert (Elff 2004: 52; Somer-Topcu 2015). Konsequenterweise weist Elff (2004: 140) in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich beide Modelle auf eine Nutzenfunktion mit einem einzigen Maximalpunkt reduzieren lassen, unabhängig davon, wie dieser ermittelt wird. Es wird allerdings vorausgesetzt, dass Wähler bei der Parteienbewertung keine Fehler machen, was zwar modelltheoretisch notwendig, aber

---

<sup>40</sup> Der Unterschied zwischen der „effektiven“ Anzahl Parteien und der einfachen Anzahl Parteien besteht darin, dass erstere nur die Parteien umfasst, die eine realistische Chance auf parlamentarische Repräsentation haben.

empirisch unglaubwürdig ist. Der Aufwand, der dafür nötig wäre, wird vermutlich von nahezu keinem Wähler vollzogen. Deswegen sind die Modelle jedoch nicht unbrauchbar, denn Wähler sind durchaus in der Lage, Parteien mithilfe von Heuristiken einzuschätzen, etwa durch „easy issues“ (Elff 2004: 80), die schon länger auf der Agenda stehen, eher symbolisch sind und unmittelbare Reaktionen hervorrufen.

Welche ideologische Bewegung Parteien vollziehen, sieht Williams (2015) als mit mehreren Faktoren zusammenhängend an. Zum einen sind dies die Strategien der ideologisch benachbarten Parteien, weiterhin die Bewegung innerhalb der eigenen Parteifamilie und schließlich generelle Trends im Parteiensystem. Außerdem spielen zusätzlich Faktoren außerhalb des Parteiensystems im engeren Sinne eine Rolle, etwa Bewegungen in der öffentlichen Meinung, Wahlergebnisse oder eine Umkehr von früheren Veränderungen. Innerhalb des Parteienspektrums hat dabei die Bewegung von Parteien der eigenen Parteifamilie den größten Einfluss – Parteien, die um dieselben Wähler konkurrieren, bewegen sich ideologisch tendenziell in dieselbe Richtung (Williams 2015). Am Beispiel der SPD hieße das also, dass sie stärker auf ideologische Verschiebungen etwa der Linken reagiert als auf Neuausrichtungen im bürgerlichen Lager. Größere Parteidistanz verringert den Einfluss auf die ideologische Ausrichtung.

Parteien müssen also eine Abwägung treffen: Entweder versuchen sie, neue Wählerschichten anzusprechen: Das kann nur gelingen, wenn sie sich programmatisch öffnen und ihre Position im Parteienspektrum verschieben. Das Risiko, dabei auf der einen Seite mehr frühere Wähler zu verlieren als neue zu gewinnen, besteht allerdings (Elff 2004). Oder sie betonen ihre traditionellen Inhalte in der Hoffnung, so die Kernwählerschaft stärker an sich zu binden und zu mobilisieren. Allerdings funktioniert dies nicht etwa wie in einem vorhersehbaren Mechanismus: So zeigt Hill (2017) in einer US-amerikanischen Studie, dass die Mobilisierung der eigenen Kernwähler zwar im untersuchten Fall den größeren Effekt hat. Er weist aber auch darauf hin, dass Charakteristika und der Kontext der Wahl von Bedeutung sind. Denkbar wäre etwa ein Szenario, in dem die Wahlbeteiligung ohnehin üblicherweise sehr hoch ist oder die eigenen Kernwähler verlässlich hohe Beteiligungsraten zeigen: Hier führt logischerweise nur die Überzeugung anderer Wähler zu größeren Stimmanteilen. In Deutschland ist die SPD ein gutes Beispiel dafür, welche Konsequenzen ein programmatischer Wandel haben kann. Arndt (2013) beschreibt dazu, dass zwar nicht-Kernwähler deren Agenda-Reformen gut aufgenommen haben, Kernwähler der SPD (hier definiert als manuelle Arbeiter und unteres Dienstsegment) sie aber kritisch sahen. Die Partei hat infolgedessen zwar zunächst Erfolg

gehabt, von 1998 bis 2009 aber einen großen Teil ihrer Stammklientel verloren, etwa an die dadurch erstarkte Die Linke. Der Wähleranteil in der Kerngruppe sank in diesem Zeitraum von 46 Prozent auf 20 Prozent. Dies folgt der von Evans (1999b: 329) erläuterten Logik, der zufolge in Verhältniswahlsystemen ein Orientieren zur Mitte hin die kleinen Parteien am ideologischen Rand stärkt. In Mehrheitswahlsystemen finde demnach aufgrund der hohen Eintrittshürden eher ein Absinken der Wahlbeteiligung in schwach repräsentierten Wählergruppen statt.

Die Rolle von politischen Angeboten für die Wähler, insbesondere den Zusammenhang von Sozialstruktur und Wahlverhalten, wird von Elff (2004) ausführlich beschrieben. Dabei bezieht er sich intensiv auf Sartoris (1969) ursprüngliche Annahme, dass Sozialstruktur auf Wahlverhalten, wie schon in Kapitel 2.1. beschrieben, nicht direkt, sondern vermittelt über die politischen Angebote an soziale Schichten wirken kann. Theoretisch sollten also linke Parteien besonders ansprechend für sozial schwache Schichten sein, weil sie sich generell für gesellschaftliche Gleichheit einsetzen. Davon profitieren logischerweise beispielsweise Geringverdiener, während „Reiche“ naiv betrachtet verlieren würden. Auf Lipset (1981) Bezug nehmend weist er aber auch darauf hin, dass das Interesse sozialer Schichten nicht ohne Weiteres als objektiv feststellbar gelten kann: Es gibt sowohl die Annahme, dass diese normativ gesehen ein Interesse an materiellem Ausgleich haben, als auch die empirische Perspektive, die die Wahlentscheidung mit dem Verfolgen der eigenen Interessen gleichsetzt. Ob Parteien mit einem bestimmten *class appeal*, also Wahlappell an soziale Schichten, und *class support*, wenn dieser Appell Erfolg hat, wirklich Repräsentanten der jeweiligen Klasse sind, ist also eine Frage der Perspektive (Elff 2004).

Die ideologische Ausrichtung von Parteien kann etwa anhand ihrer Wahlprogramme gemessen werden. Diese stellen eine Verbindlichkeit politischer Ziele einer Partei her und zeigen Wege auf, diese Ziele zu erreichen. Zudem bilden sie oft die Grundlage für den Wahlkampf und die mediale Kommunikation der Parteiziele. Auch wenn Parteien formal nicht gezwungen sind, sich an ihre Versprechen zu halten, so sorgen diese Zusammenhänge in der Regel dennoch für eine weitgehende Einhaltung der programmatischen Vorgaben. Kandidaten und Politiker, die sich nach der Wahl und womöglich in Regierungsbeteiligungen nicht mehr an ihre zuvor ausführlich verbreitete Programmatik halten, müssten mit elektoralen Konsequenzen bei zukünftigen Wahlen rechnen und würden wohl von der Öffentlichkeit und der eigenen Partei sanktioniert (Elff 2004).

All diesen Argumenten zu den Konsequenzen von programmatischen Verschiebungen liegt eine wichtige Annahme zugrunde, nämlich dass die Wähler es überhaupt wahrnehmen, wenn eine Partei sich inhaltlich bewegt – und in welche Richtung. Meyer/Wagner (2018) greifen dabei die häufig zu Rate gezogene Links-Rechts-Skala auf, die sie als „super-issue“ (Meyer/Wagner 2018: 1) bezeichnen, also als eine Art generelle Themen-Variable, die sowohl Wähler als auch Parteien als kognitive Abkürzung in der inhaltlichen Kommunikation nutzen. Die Autoren vertreten die Ansicht, dass dieses „super-issue“ zwei Teildimensionen hat. Die kulturelle Teildimension erfasst, ob Wähler oder Parteien sozialen Wandel befürworten oder ablehnen; die ökonomische Subdimension erfasst, ob Ungleichheit akzeptiert oder abgelehnt wird. Letztere wird dabei als wichtiger für die Einordnung der Parteien angesehen (Meyer/Wagner 2018: 6ff.). Es zeigt sich, dass die von Wählern wahrgenommene Links-Rechts-Position nicht etwa ein einfacher additiver Index aus den beiden Teildimensionen ist, sondern stark davon abhängt, welche Themen eine Partei erstens besonders betont und zweitens, welche Themen im Parteiensystem salient sind. Eine Partei könnte also beispielsweise ökonomisch weit links stehen, aber kulturell – etwa in der Migrationspolitik – konservative Positionen stark hervorheben. Ist dieses Thema dann auch zentraler Gegenstand der medialen Berichterstattung, wird die Partei unabhängig von ihrer ökonomischen Position nicht als linke Partei wahrgenommen. Gleichzeitig können rivalisierende Parteien, je nach strategischer Ausrichtung, moderate oder extremere Positionen ihrer Konkurrenten betonen, um bestimmte Wählergruppen von dieser Partei zu entfremden. Auf diese Weise erklären die Autoren auch, wie es kleinen Parteien gelingen kann, die Parteienlandschaft erheblich zu verändern, nämlich indem sie – gegebenenfalls unterstützt durch die Nachrichtenlage – bestimmte Themen, die eigentlich nicht zur Kernagenda etablierter Parteien gehören, stark hervorheben und somit im Parteiensystem salient halten (Meyer/Wagner 2018).

Schließlich soll an dieser Stelle ein letztes, wichtiges Attribut des politischen Angebots besprochen werden: Koalitionen. Das Verhältniswahlssystem, das auch in Deutschland verwendet wird, führt nur in Ausnahmefällen zu Situationen, in denen eine Partei allein eine parlamentarische Mehrheit erringt und die Regierung ohne Koalitionspartner bilden kann. In den meisten Fällen entsteht in den Wahlen eine Situation, die die Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehr Parteien erfordert (Müller/Debus 2016). Für Wähler führt dies zu einer erschwerten Wahlentscheidung: Sie können nicht sicher sein, ob die von ihnen gewählte Partei sich an einer Regierung beteiligt, die teilweise andere Ziele verfolgt als vom Wähler präferiert wird. Der maximale Nutzen der Wahlentscheidung ist damit nur recht schwer zu bestimmen,

da viele Faktoren Teil der Kalkulation die „beste“ Wahlentscheidung sind: Etwa die Wahrscheinlichkeit für verschiedene Koalitionen, die Distanz zu anderen Parteien oder die mögliche Anzahl im Parlament vertretener Parteien. Das ist auch für die Parteien problematisch, denn das Eingehen von Koalition ist eine weitere mögliche Quelle, Wähler zu entfremden, wenn diese die entsprechende Koalition ablehnen (Müller/Debus 2016). Koalitionssignale sind in diesem Zusammenhang folglich wichtig, weil sie Wählern in ausdifferenzierten Parteiensystemen einen Anhaltspunkt geben, welche Koalitionen sie durch ihre Stimme theoretisch unterstützen können. Damit können sie die individuelle Wahlabsicht und somit auch das Wahlergebnis beeinflussen, etwa indem sie Leihstimmen für kleinere, potenzielle Koalitionspartner bestärken (Debus/Müller 2012). Auch Umfrageergebnisse können Wähler in dem Sinne beeinflussen, dass sie sich entgegen ihrer ursprünglichen Präferenz zum Beispiel für eine „zweitbeste“ Partei entscheiden, deren Regierungseinzug sie für wahrscheinlicher halten (Debus/Müller 2012: 163). Diese Art „strategisches Wählen“ wird vor allem durch die Verfügbarkeit verlässlicher Umfragedaten und Koalitionsaussagen ermöglicht – ein Verhalten, das bei etwa fünf bis 15 Prozent der deutschen Wähler beobachtet werden kann, zum einen im Zusammenhang mit Parteien, die sich in Umfragen nahe an der Sperrklausel bewegen und zum anderen bei einem voraussichtlich engem Wahlausgang (Meffert/Gschwend 2011: 637–38).

Hinter der Reaktion auf Koalitionsoptionen steht das sogenannte Politische Lernen bei Bürgern (Debus/Müller 2012, Müller/Debus 2016). Demnach wirken die dominanten Muster der Koalitionsbildung mit der Zeit auf die Wähler ein, sie „lernen“ also, welche Koalitionen wahrscheinlicher sind als andere. Denn obwohl theoretisch jede Partei mit jeder koalieren könnte, treten einige Koalitionen wesentlich häufiger auf und werden von den Parteien im Vorhinein offen präferiert. Die Einstellungen der politischen Eliten werden im Zuge dessen auf die Wähler übertragen, was zur Folge hat, dass die Wähler oft im Zuge von Koalitionen ähnliche Präferenzen entwickeln wie sie von den Parteiführern vor der Wahl gezeigt wurden. Positive Koalitionsaussagen führen dabei auch zu einer höheren Akzeptanz einer Koalition, ausgeschlossene Koalitionen werden auch von Wählern kritischer gesehen. Darüber hinaus scheinen Wähler eher „kleine Gewinnkoalitionen“ (Debus/Müller 2012) zu präferieren, die aus der stärksten Parlamentsfraktion und einer inhaltlich recht nahestehenden Partei bestehen; zudem sind Koalitionen populärer, die vollständig aus bisherigen Oppositionsparteien oder bisherigen Regierungsparteien bestehen.

Ein weiteres „Problem“, das Wähler in koalitionsdominierten Systemen haben, ist die Zuschreibung von politischer Verantwortlichkeit für den Zustand des Landes, die Policy-

Ergebnisse und ähnliche retrospektive Bewertungen, die Wähler im Vorfeld von Wahlen zum Teil nutzen, um eine Meinung zu den Parteien zu entwickeln (Miller/Shanks 1996). In Koalitionsregierungen ist nicht unbedingt offensichtlich, wem die Schuld für Verfehlungen oder das Lob für Erfolge zukommen sollte, insbesondere wenn der Regierungschef und die für einzelne Policy-Entscheidungen zuständigen Minister nicht aus derselben Partei kommen. Wähler müssen sich also entscheiden, ob sie die Verantwortung einzelnen Ministern bzw. deren Partei, deren Ressorts beispielsweise bestimmte Reformen entwickelt haben, der Kanzlerpartei (am deutschen Beispiel) oder der Regierung insgesamt geben wollen. Dabei haben Angelova/König/Proksch (2016) ermittelt, dass Verantwortung – im positiven wie im negativen Sinne – der dominanten, also größeren Regierungspartei, welche auch den Regierungschef stellt, zukommt. Dies gilt jedenfalls für die Bereiche, die im Kabinett unter ihre Verantwortung fallen. Darüber hinaus zeigen die Autoren, dass der kleinere Koalitionspartner für diese Bereiche *ebenfalls* zur Rechenschaft gezogen wird – für die Politikergebnisse unter seiner Verantwortung allerdings interessanterweise nicht, so dass folglich niemand von der Politik des kleineren Partners profitiert oder politisch geschädigt wird. Es handelt sich bei der Untersuchung allerdings um eine Fallstudie über die CDU/CSU-FDP-Regierung von 2009-13, so dass generalisierende Rückschlüsse nur bedingt möglich sind.

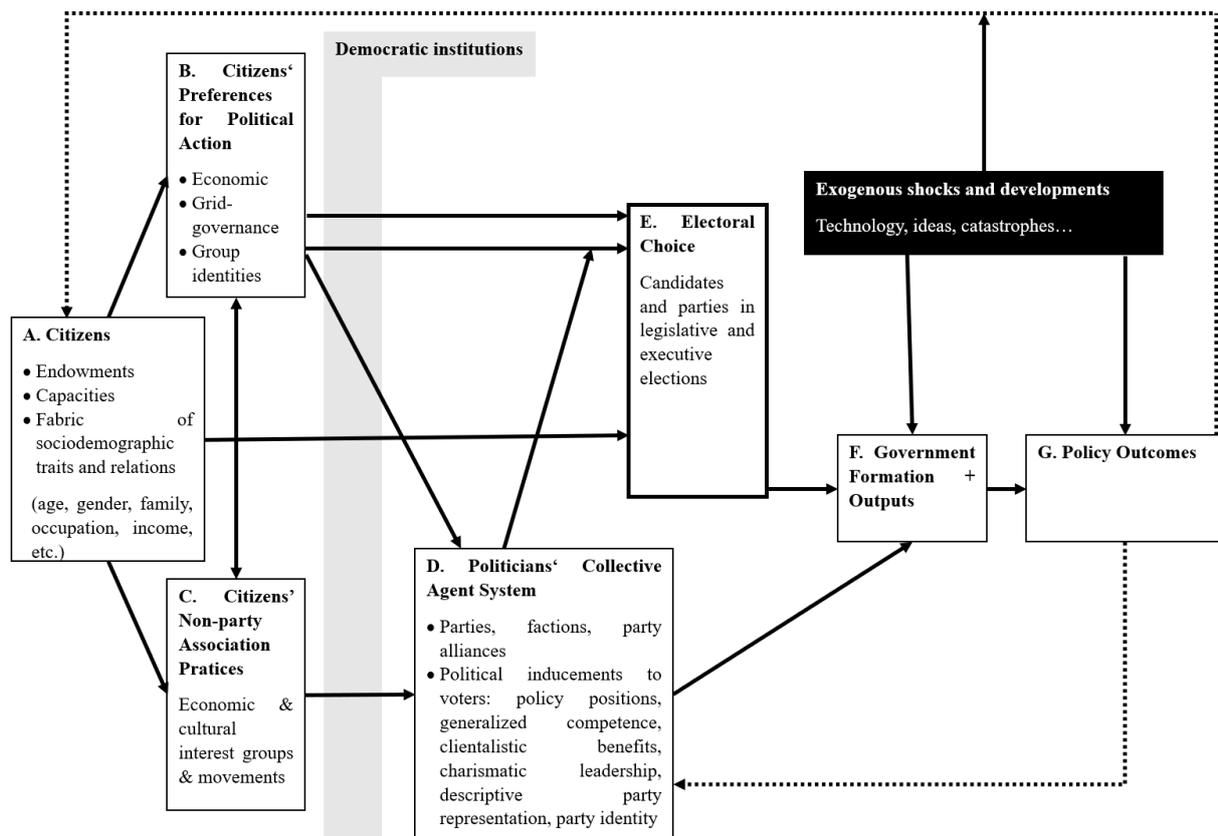
In diesem Kapitel wurden Faktoren vorgestellt, die den politischen Kontext für Wähler bei ihrer Wahlentscheidung darstellen. Auf einige dieser Faktoren haben die Parteien Einfluss, insbesondere auf die eigene ideologische Verortung, die programmatische Fokussierung und Kommunikation sowie auf die Kandidatenauswahl. Auch die Entscheidung, sich an Koalitionen zu beteiligen, spielt möglicherweise eine Rolle. Andere sind der Kontrolle einer einzelnen Partei weitgehend entzogen, beispielsweise die programmatische Entwicklung anderer Parteien und die Größe des Parteiensystems. Jedoch ist klar, dass das politische Angebot an die Wähler von erheblicher Bedeutung ist. Für das Beispiel Deutschland bedeutet dies: Parteien wie die SPD haben durchaus die Möglichkeit, durch strategische Entscheidungen Wähler zu gewinnen (und zu verlieren). Dafür müssen allerdings bestimmte Bedingungen vorherrschen. Ein programmatischer „Linksruck“ würde etwa nur dann möglicherweise Erfolg haben, wenn es gelingt, entsprechende Themen auch in der öffentlichen Debatte präsent zu halten; dazu passende Kandidaten können ebenfalls von großer Bedeutung sein. Darüber hinaus ist es allerdings in einem deutlich vergrößerten Parteiensystem – anstelle von drei Fraktionen wie vor 40 Jahren sind inzwischen sechs im Bundestag vertreten – schwieriger geworden, sich von einer Partei abzugrenzen ohne dabei anderen merklich näher zu kommen.

Der Einfluss der politischen Angebotsseite, zum Beispiel auf die Bindungen von sozialen Gruppen an bestimmte Parteien oder auf die Einschätzung der Problemlösungskompetenz sollte also nicht vergessen werden. Für den empirischen Analyseteil bilden sie daher den Kontext, der bei der Interpretation der Ergebnisse eine wichtige Rolle spielen kann. Wenn also etwa ein Rückgang von Parteibindungen an die SPD in bestimmten sozialen Gruppen beobachtet wird (siehe Kapitel 4), sollte die Ursache dafür zumindest auch bei der Partei und dem politischen Umfeld gesucht werden, nicht nur bei den Menschen selbst. Der Fokus dieser Arbeit liegt aber klar auf dem Wähler – Parteipositionen, Regierungsbeteiligungen und die Parteienzahl sind daher nicht in den empirischen Modellen dieser Arbeit enthalten.

### **2.3.2. Politik als „Kreislauf der Verantwortlichkeit“**

Der bisher präsentierte Forschungsstand macht klar, dass es nicht den einen entscheidenden Faktor zur Erklärung von Wahlverhalten gibt. Bei einzelnen Wahlen mag der Eindruck entstehen, ein besonders herausragender Kandidat, ein unpopuläres Reformpaket oder Streit zwischen Koalitionspartnern wären „entscheidend“ gewesen. Tatsächlich ist in der Regel davon auszugehen, dass diese einzelnen Variablen jeweils nur bei einem kleinen Teil der Wähler zu Veränderungen des Wahlverhaltens geführt haben. In diesem Kapitel konnte eine relativ große Anzahl von Einflussfaktoren identifiziert werden, die mit dem individuellen Wahlverhalten zusammenhängen: Auf Seite der Bürger sind dies zunächst soziostrukturelle Eigenschaften wie Einkommen, Geschlecht, Bildungsgrad und ähnliche, hauptsächlich langfristig stabile Variablen (Debus 2012; Elff 2004). Dazu kommen politische Einstellungen, die zum Teil ebenfalls recht stabil sein können, wie die Parteiidentifikation (Campbell et al. 1960: 120; Schultze 2012). Andere Einstellungen, wie die zu den relativ häufig wechselnden Kandidaten, Kompetenzzuweisungen oder die Meinung zu gerade saliente Themen, können dagegen Wähler mal der einen, mal der anderen Partei zuneigen lassen (Campbell et al. 1960: 46–59; Clarke/Whitten 2013; Miller/Shanks 1996; Schoen/Weins 2014). Schließlich haben die Eigenarten des landesspezifischen Parteienspektrums Einfluss auf den Kontext von Wahlen. Parteien können sich ideologisch bewegen; saliente Themen verändern die Sicht der Wähler auf Parteien und die schiere Anzahl an Auswahlmöglichkeiten verändert die Kalkulation, die Wähler bei der Wahlentscheidung treffen (Anderson 1995; Meyer/Wagner 2018; Williams 2015). Dies sind nur einige Beispiele für Faktoren auf mehreren Ebenen.

**Abb. 2.3.2.1: Kitschelt's „Circuit of democratic accountability“**



Quelle: Kitschelt 2010: 661; Darstellung leicht vereinfacht

Kitschelt (2010) wirft im Angesichts der vielfältigen Erklärungsmöglichkeiten der Wahlentscheidung die Frage auf, ob diese Überlegungen zu einem Gesamtbild passen. Er nutzt dazu das Bild des „giant animal“ (ebd.: 659), welches viele Forscher blind berühren, dabei aber nicht erkennen, welcher Natur eigentlich dieses „riesige Tier“ namens Partei- und Wahlforschung ist. Sein Vorschlag ist dabei, die Beziehungen von Verantwortlichkeiten zwischen Bürgern und Politikern als allgemeine Beschreibung des ungeheuer komplexen und ausdifferenzierten Forschungsstrangs zu sehen. Er beschreibt infolge dessen einen „circuit of democratic accountability“ (Kitschelt 2010: 661), in dessen Zentrum das Wahlverhalten steht, das aber gleichzeitig eine Vielzahl von Faktoren beinhaltet, die auf eher direkte oder eher indirekte Weise darauf einwirken.

Auch wenn es in einem Kreislauf keinen Anfang im engeren Sinne gibt, ist eine Beschreibung vom Bürger aus wohl am ehesten intuitiv. Seine Eigenschaften und individuellen Ausstattungen (A) bilden das Grundgerüst, aus dem sich ihre Präferenzen (B) für politische Maßnahmen und gegebenenfalls ihre Verbindungen mit ökonomischen oder kulturellen Interessengruppen (C) ableiten. Die Präferenzen sind dabei für die Wahlentscheidung ebenso wichtig wie

soziostrukturelle Merkmale. Gleichzeitig treffen Präferenzen wie strukturelle Merkmale auf ein bestimmtes politisches Angebot (D) und auf bestimmte demokratische Institutionen (wobei letztere im deutschen Beispiel weitgehend konstant sind). Außerdem formen die Präferenzen den Weg zum „Politicians‘ Collective Agent System“ – hier werden unter anderem konkrete Policy-Positionen, die Bewertung von Kompetenzen und Führungspersonen verortet. Die Wahlentscheidung hängt also nicht nur von den sozioökonomischen Eigenschaften, politischen Präferenzen und Positionen der Bürger ab, sondern auch davon, was das politische System ihnen anbietet (Elff 2004). In diesem Bereich lassen sich auch die in diesem Kapitel diskutierten Modelle einordnen – das makrosoziologische Modell beschreibt die Beziehung von soziostrukturellen Merkmalen zum Wahlverhalten, das Michigan-Modell legt den Fokus in letzter Instanz dagegen auf die Policy-Positionen und Kandidaten- und Parteibewertungen.

Ein Mensch, dessen Präferenzen womöglich im Parteisystem keine Entsprechung finden, dürfte beispielsweise weniger motiviert zum Wählen sein als Wähler, die sich von bestimmten Parteien repräsentiert fühlen. Das Angebot wiederum sieht Kitschelt als Funktion von Bürgerwünschen, politischen Rahmenregeln, internen Mechanismen und Parteienwettbewerb (Kitschelt 2010). Der Kreislauf endet logischerweise nicht bei der Wahl, sondern führt über zwei weitere Schritte zurück zum Bürger: Zunächst führt das Wahlergebnis in aller Regel zu einer Regierungsbildung, wobei etwa Koalitionsüberlegungen ein Faktor sind, der erheblich unterschiedliche Outputs entstehen lassen kann. Schließlich erlebt der Bürger die politischen Maßnahmen, die eine Regierung trifft und die sich unter Umständen auf seine individuelle Ausstattung mit Ressourcen auswirkt. Auf jeden Fall wird er in die Lage versetzt, das Regierungsgeschehen bewerten zu können und so seine Präferenzen und seinem Blick auf die Parteien einem „Update“ zu unterziehen.

Dieser Kreislauf bietet eine Menge analytisches Potenzial und wurde hier auch nicht in aller Vollständigkeit beschrieben. Ihn für Deutschland, beziehungsweise für die SPD komplett zu überprüfen sprengt auch den Fokus dieser Arbeit. Trotzdem bietet er eine Grundlage dafür, Ergebnisse von sozialpsychologischen und makrosoziologischen Ansätzen miteinander in Beziehung zu setzen. Einige der von Kitschelt postulierten Beziehungen zwischen Wählern, ihren Einstellungen, Parteien und Wahlverhalten finden sich in diesen Modellen wieder. Zudem zeigt er Wege auf, wie sich bestimmte Entwicklungen langfristig auswirken, etwa Wahlergebnisse, ideologische Veränderungen und Verschiebungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft. Im vorangegangenen Kapitel wurden viele bisherige Forschungsergebnisse präsentiert, die sich mit einzelnen Aspekten und Beziehungen in diesem Modell beschäftigen,

sodass ein ausführlicher Blick auf die Situation in Deutschland am Beispiel der SPD in jedem Fall lohnend ist.

### *Implikationen für die Forschungsfrage*

Dieses Kapitel hat einen ausführlichen Überblick der zwei Kerntheorien dieser Arbeit, das makrosoziologische und das sozialpsychologische Modell, geliefert und zum Abschluss den politischen Kontext sowie die Verbindungen der verschiedenen Elemente des politischen Geschehens aufgezeigt. Die Theorien werden in den folgenden Kapiteln zur konkreten Anwendung kommen. Dabei stehen einige wichtige Fragen im Raum:

- Wie entwickeln sich die zentralen Variablen der verwendeten Theorien im Hinblick auf die SPD? Das sind zum einen die Verbindungen von sozialen Gruppen mit der Partei, zum anderen die Einstellungen von Wählern zur Partei selbst und zu ihren politischen Inhalten und Kandidaten. Damit soll betrachtet werden, wie sich die grundsätzliche gesellschaftliche Verankerung der SPD über die Jahrzehnte entwickelt hat wie sich darüber hinaus kurzfristige Faktoren und politischer Wettbewerb auswirken.
- Sind die Theorien geeignet, die Entwicklung der Partei zu erklären? Wahlniederlagen sollten beispielsweise mit schwachen Kandidatenbewertungen oder einer niedrigen Wahlmotivation von an die Partei gebundenen Menschen einhergehen. Sinken die Bindungen an die Partei ab, ist angesichts des makrosoziologisch postulierten Zusammenspiels von Partei- und Gruppenverhalten von besonders deutlichen Veränderungen in bestimmten sozialen Gruppen auszugehen.

Das folgende Kapitel wird ausführlicher besprechen, wie die beiden Modelle operationalisiert werden und mit welchen Methoden die zentrale Frage, was diese Modelle zur Entwicklung der SPD an Erklärung beitragen können, behandelt wird. Daran schließen sich zwei Abschnitte an, die jeweils eines der Modelle deskriptiv und inferenzstatistisch zur Anwendung bringen.

### **3. Analysestrategie und Datenauswahl**

#### *Generelle Strategie und zentrale Variablen*

Das Ziel der ersten beiden Kapitel war es, zunächst im Sinne eines Forschungsstandes die Entwicklung der SPD aus verschiedenen Denkrichtungen der Wahlforschung nachzuzeichnen und anschließend einen weiter ausgerichteten Blick auf verschiedene Determinanten des Wahlverhaltens zu richten. Dabei hat sich gezeigt, dass sowohl der makrosoziologische Ansatz, der vor allem in relativ stabilen Merkmalen die entscheidenden Faktoren für das individuelle Wahlverhalten sucht, als auch der sozialpsychologische Ansatz mit einer Mischung aus lang- und kurzfristig wandelbaren Einflüssen auf die Wahl Erklärungspotenzial für die Entwicklung der SPD bieten. Aus dieser Erkenntnis folgt das weitere Vorgehen dieser Arbeit, in dem ab dem folgenden Kapitel nun auch eigenständige empirische Datenanalysen vorgenommen werden. Dabei liegt der Fokus zum einen in dieser Arbeit auf deskriptiven Analysen in der langen Sicht und zum anderen auf der Modellierung von Wahlverhalten und Parteibindungen. Eine der wichtigsten Motivationen ist dabei, den großen Datenfundus, der in Deutschland für die Wahlforschung erst seit etwa vierzig Jahren vorliegt, in einem größeren Bild anzusehen und dabei einen Überblick über die Entwicklungen beispielhaft für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Dieses Kapitel dient dazu, das generelle Vorgehen überblicksweise zu erläutern und dabei eine Beschreibung der verwendeten Datensätze zu liefern.

Das zunächst folgende Kapitel vier ist der Entwicklung der Parteiidentifikation gewidmet. Der Fokus liegt dabei im Zusammenhang der PI mit sozialstrukturellen Merkmalen. Die Kernthese des Kapitels ist, dass die gesellschaftlichen Veränderungen im traditionellen Kernmilieu sich auch auf die gesellschaftliche Verankerung der SPD ausgewirkt haben. Bereits in den vorangegangenen Kapiteln wurde deutlich, dass die Arbeiterschaft als ursprünglich wichtigste und größte Wählergruppe der SPD nicht nur zahlenmäßig erheblich an Bedeutung verloren hat, sondern dass auch die Bindungen dieser Wähler an die SPD längst nicht mehr im ursprünglichen Maße bestehen und inzwischen auf keinem höheren Niveau als die Bindung anderer Gesellschaftsschichten an die Partei liegen (Arzheimer 2012: 229). Bevor die eigentliche Analyse stattfindet, soll der theoretische Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Sozialstruktur beziehungsweise dessen Veränderung ausführlich dargelegt werden. Die Parteiidentifikation wird dabei als Indikator für die langfristige, affektive Verankerung einer Partei in der Gesellschaft herangezogen. Sie ist durch ihre explizit langfristig ausgerichtete Komponente noch besser als das Wahlverhalten geeignet, den Stand einer Partei in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten zu messen. In der

Operationalisierung sollen anschließend die verwendeten Variablen beschrieben und das methodische Vorgehen erläutert werden. Der sich anschließende Ergebnisteil wird sich in zwei Abschnitte gliedern, wobei zunächst ein großer deskriptiver Teil die Entwicklung von Parteiidentifikation und sozialstrukturellen Merkmalen untersucht wird. Im Anschluss sollen einzelne, aus den theoretischen Erkenntnissen zu Beginn des vierten Kapitels folgende Zusammenhänge von Parteiidentifikation und Sozialstruktur untersucht werden. Das Ziel ist dabei, Entwicklungen im Verhältnis der SPD zu ihrer traditionellen Wählerschaft wie zu neuen Wählergruppen aufzuzeigen und gegebenenfalls Faktoren zu identifizieren, die Zu- und Abgänge in der Gruppe von Menschen mit SPD-Parteibindung erklären können.

Die abhängige Variable ist in diesem Kapitel also die Parteiidentifikation mit der SPD. Sie lässt sich relativ einfach durch die Antwort auf die im deutschen Kontext übliche Itemformulierung *„Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“* und der Folgefrage nach der genauen Partei messen. Für die Darstellung des SPD-Anteils im Zeitverlauf ist dies ausreichend. Für die Betrachtung individueller Zusammenhänge muss jedoch beachtet werden, dass Parteiidentifikation nicht in einem bezugslosen Raum existiert, sondern sich unter sich wandelnden politischen Umständen entwickelt, sprich: Mit unterschiedlichen Konkurrenten, die sich verschieden aufstellen. Die Berücksichtigung anderer Parteien darf also nicht außer Acht gelassen werden, um die Ergebnisse einordnen zu können. Für die Sozialstruktur als weit gefasste unabhängige Variable bieten sich mehrere Indikatoren als Proxy an: In der Literatur wird häufig die soziale Erwerbsschicht herangezogen, also etwa die Unterscheidung von Arbeitern, Angestellten verschiedener Verantwortungsniveaus und Selbstständigen. Das ist gemäß der *Cleavage*-Theorie der Ursprung der gesellschaftlichen Konfliktlinie Arbeit-Kapitel, aus der die SPD entstand. Die Erwerbsschicht hat zudem den Vorteil, dass diese Variable selbst indirekt, wenn auch nicht präzise, die ungefähre Einkommens- und Bildungsschicht „mitmessen“. Zudem erhebt das *SOEP* sehr ausdifferenziert die berufliche Stellung. Soziale Indikatoren wie (Haushalts-)Einkommen und Bildung werden aber auch abgefragt und sind ebenso als Kontrollvariablen geeignet.

Das fünfte Kapitel befasst sich mit den Implikationen, die das sozialpsychologische Michigan-Modell für die Entwicklungen im Elektorat der SPD bereithält. Das Vorgehen ist dabei analog zu dem in Kapitel vier: So wird auch hier zunächst genauer auf die theoretischen Grundlagen eingegangen und auf dieser Basis Hypothesen formuliert, denen zufolge Einstellungen zu

Partei, Kandidaten und politischen Inhalten im Zusammenwirken mit Parteiidentifikationen die Entwicklung der Parteiwahl gut aufklären können. Neben der Operationalisierung der verwendeten Variablen aus zusammengefassten *Bundestagswahlstudien* von 1994 bis 2017 sowie Daten des Politbarometer ist die empirische Untersuchung auch hier zweigeteilt. In einem ersten, deskriptiven Blick werden dabei die laut dem Michigan-Modell kurzfristigen Determinanten des Wahlverhaltens, Kandidatenbewertung, Positionen zu politischen Inhalten und Kompetenzbewertungen von Parteien<sup>41</sup> in der Gesamtschau betrachtet. Im zweiten Schritt wird wieder ein tieferer Blick in einzelne Zusammenhänge geworfen: Das Ziel ist dabei, zu sehen, ob kurzfristige Faktoren für die SPD zunehmend an Gewicht gewonnen haben oder ob der bereits beobachtete Rückgang von Parteiidentifikationen gleichzeitig bedeutet, dass das Wählerpotenzial für die Partei grundsätzlich kleiner geworden ist.

Im Gegensatz zu Kapitel vier, wo die *Parteiidentifikation* als abhängige Variable gewählt ist, wird in Kapitel fünf die *Parteiwahlabsicht* als solche behandelt. Diese in den Bundestagswahlstudien direkt abgefragt. Parteiidentifikation ist in Kapitel fünf eine der *unabhängigen* Variablen neben den bereits angesprochenen Bewertungen von Parteien und deren Kompetenz sowie Haltungen zu Kandidaten und Inhalten. Dabei soll einerseits deskriptiv gezeigt werden, wie sich die Bewertungen für die SPD auch im Vergleich zu anderen Parteien verändern. Darüber hinaus wird mithilfe von Regressionsanalysen und Datenreihenvergleichen überprüft, inwiefern sich das Erklärungsgewicht von Parteiidentifikation über seine mengenmäßige Verteilung hinaus im Vergleich zu den kurzfristig wandelbaren Faktoren verändert hat.

### *Datenquellen*

Für die angestrebten Untersuchungen werden in diesem Zusammenhang einzig Sekundärdaten verwendet, also solche, die bereits bestehen und von verschiedenen Akteuren der Wahlforschung bereitgestellt werden. Dieses Vorgehen ist notwendig, denn der Rückgriff auf teilweise historische Entwicklungen wäre ohne diese Datenbasis, die gleichzeitig Mittel und Anreiz ist, nicht möglich – Vorgänge aus den 1990ern ließen sich mit aktuellen Befragungen nicht mehr verlässlich rekonstruieren. Die Daten sind dabei teilweise längsschnittlicher Natur

---

<sup>41</sup> Die Kompetenzbewertungen von Parteien sind eine gängige Operationalisierung der von Schoen/Weins (2014: 252) so übersetzten „Einstellungen zu den Parteien in Regierungsverantwortung“.

und teilweise Querschnittsdaten. Die Verwendung eines einzelnen Datensatzes wäre zwar aus mehreren Gründen, etwa der Kontinuität der Fragen und des Befragungsmodus<sup>42</sup>, wünschenswert. Da so aber nicht alle für diese Arbeit interessierenden Variablen zusammengetragen werden könnten, werden in diesem Rahmen drei Erhebungen verwendet:

**Tabelle 3.1: Übersicht der verwendeten Datensätze**

Name der Befragung	Zeitraum, Rhythmus	Fallzahl	Verwendete Variablen
Politbarometer <sup>1</sup>	1977-2017, monatlich	908-7.198	Polit. Einstellungen, Wahlabsicht
Bundestagswahlstudien <sup>2</sup>	1994-2017, nach Wahljahr	1633-2540	Polit. Einstellungen, Wahlabsicht, Soziodemografika
SOEP <sup>3</sup>	1984-2017	*	Sozialstruktur, Parteiidentifikation

<sup>1</sup>: Erhoben durch die Forschungsgruppe Wahlen

<sup>2</sup>: Erhoben durch GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und verschiedene Forschungsgruppen (vor 2009)

<sup>3</sup>: Erhoben durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung

\*: Durch das Panel-Design im SOEP werden möglichst jedes Jahr dieselben Probanden befragt, wobei regelmäßig neue Befragte in das Panel hinzugefügt werden. Die erste Welle enthielt 5.921 Haushalte.

Das Sozioökonomische Panel (*SOEP*), das *Politbarometer* sowie *Bundestagswahlstudien* der GLES und einige ihrer Vorgängerstudien.

Die Paneldaten des *SOEP*, das seit 1984 erhoben wird (DIW Berlin 2018a), bieten dabei, obwohl sie nicht genuin politikwissenschaftlich ausgerichtet sind, die reizvolle Möglichkeit, Entwicklungen auf der individuellen Ebene zu beobachten. Dabei können beispielsweise die Umstände von Übergängen in der Parteiidentifikation näher betrachtet werden. Diese Möglichkeit besteht auf der individuellen Ebene bei Querschnittsdaten nicht, denn in diesen Befragungen wurden in jeder Welle neue Teilnehmer ausgewählt. Untersuchungen von

<sup>42</sup> Bei lange laufenden Befragungsreihen ist auch das nicht unbedingt gegeben. So stellte etwa das Politbarometer 1988 seine Befragungsmethodologie vom persönlichen zum telefonischen Interview um, was sich unter Umständen auch in Form von Artefakten an den Ergebnissen zeigt.

Zusammenhängen und Einflussfaktoren mithilfe der Inferenzstatistik sind aber selbstverständlich trotzdem möglich. In diesem Kontext werden die *Bundestagwahlstudien* und das *Politbarometer* herangezogen. Sie werden seit 1994 (Falter et al. 2015) beziehungsweise 1977 (Forschungsgruppe Wahlen) erhoben. Diese Daten bieten zudem den Vorteil, sozialbeziehungsweise politikwissenschaftlich angelegt zu sein und enthalten damit wesentlich mehr Variablen, die für das Thema dieser Arbeit von Interesse sind. Das SOEP wird jährlich erhoben und das Politbarometer jeden Monat neu durchgeführt.

Die Grundgesamtheit dieser drei Datensätze ist jeweils die bei Bundestagswahlen wahlberechtigte bundesdeutsche Bevölkerung. Da die Wahl der SPD beziehungsweise die Bindung an die Partei eine der zentralen Variablen ist, wäre eine Einbeziehung von Gruppen außerhalb der Wahlbevölkerung nicht sinnvoll. Dabei tritt das für Deutschland spezielle Problem auf, dass diese Grundgesamtheit 1990 durch die Wiedervereinigung verändert wurde. Wie bereits an mehreren Stellen in dieser Arbeit deutlich wurde, ist das problematisch, denn die Bürger in den neuen Bundesländern unterscheiden sich bis heute systematisch von der ursprünglichen Grundgesamtheit, insbesondere auch im Hinblick auf die politischen Haltungen. Dabei steht auf der einen Seite ein Bevölkerungsteil, der das politische System der Bundesrepublik, das zum Zeitpunkt der Einheit aus vier Parteien bestand, erlebt hat. Auf der anderen Seite wurden viele Menschen im Einparteienstaat DDR, in dem die SPD nach der Einheit erst neu gegründet wurde, sozialisiert. Vergleiche auf der Aggregatebene zwischen der Zeit vor und nach der Deutschen Einheit sind daher nicht mehr sinnvoll, wenn die deutsche Bevölkerung einfach als eine Gruppe behandelt wird. Auch auf der Ebene des einzelnen Befragten liegen möglicherweise Differenzen in der Anwendung verschiedener politikwissenschaftlicher Konzepte. Ein Beispiel dafür ist die höhere Volatilität von Parteibindungen in Ostdeutschland, die unter Umständen darin begründet liegen könnte, dass die Messung dort nicht auf die gleiche Weise funktioniert wie im Westen. Daher spricht einiges dafür, eine getrennte Betrachtung dieser beiden Gruppen vorzunehmen, sofern dies im Hinblick auf die untersuchten Variablen sinnvoll ist, insbesondere bei aggregierten Betrachtungen. Bei Untersuchungen auf der individuellen Ebene, etwa bei Regressionen, kann die geografische Zuordnung dagegen einfach als Kontrollvariable dienen. In jedem Falle wird in den jeweiligen Datensätzen eine Variable verwendet, in der dichotomisiert der Wohnort als Ost- oder Westdeutschland codiert ist. Das weitergehende Problem der geografischen Mobilität von Personen kann damit allerdings nicht gelöst werden, sodass in der Regel lediglich der Einfluss

des aktuellen Wohnorts und nicht etwa der Lebenserfahrung verschiedener Gesellschaftssysteme berücksichtigt werden kann.

## **4. Stabilität und Entwicklung von SPD-Parteiidentifikationen in soziodemografischen Gruppen**

Nachdem nun der Forschungsstand zur Entwicklung der SPD sowie zu lang- und kurzfristigen Einflussfaktoren des Wahlverhaltens und die generelle Analysestrategie erläutert wurden, wird in diesem Kapitel konkret die Untersuchung der Parteiidentifikation als vielleicht wichtigster langfristiger Einflussfaktor auf das Wahlverhalten vorgenommen. Zunächst werden das Konzept der Parteiidentifikation, seine Implikationen für das Wahlverhalten und insbesondere seine Ursprünge erläutert. Während Kapitel 2.1. stärker die historischen Grundlagen des makrosoziologischen Modells beschrieben und mehrere Forschungszweige auf dieser Basis aufgezeigt hat, werden hier hauptsächlich die Mechanismen aufgezeigt, auf denen die Veränderlichkeit von Parteibindungen als gesellschaftliche Verankerung von Parteien und damit die folgenden Hypothesen aufbauen. Diese behandeln die Frage, wie sich im Lichte der sich wandelnden Gesellschaftsstrukturen in Deutschland das Verhältnis dieser Strukturen und der Parteiidentifikation mit der SPD entwickelt haben. Im ausführlichen Ergebnisteil werden diese Hypothesen überprüft.

### **4.1. Parteiidentifikation als wichtigste langfristige Determinante des Wahlverhaltens**

Die Idee, dass affektive, stabile Bindungen an eine politische Partei in Gesellschaften existieren und sich auf verschiedenen Wegen auf das Wahlverhalten auswirken, wird in der Politikwissenschaft unter dem Begriff *Parteiidentifikation* (PI) seit über sechzig Jahren intensiv erforscht. Dem Konzept wurde so große Bedeutung zugeschrieben, dass es etwa als „wichtigste Errungenschaft der Wahlforschung“ (Schickler/Palmquist/Green 2002, zitiert nach: Schultze 2012: 271) oder gar als der „heilige Gral“ der empirischen Wahlforschung bezeichnet wird (Ohr/Quandt 2012: 179). Entsprechend ist die Menge an Forschung zu dem Thema so groß, dass sich neuere Arbeiten zum Thema schon teilweise die Frage stellen, „warum noch eine Arbeit über Parteiidentifikation“ (Mayer 2017: 25) nötig ist, insbesondere dann, wenn die allgemeine Konzeption besprochen wird. Wie unter anderem im Kapitel 2.1.2. bereits beschrieben wurde, entstammt das Konzept dem *Michigan-Modell* (Campbell et al. 1960), das der Parteiidentifikation eine zentrale Rolle im sozialpsychologischen Modell des Wahlverhaltens zuerkennt: Demnach kumulieren sich in der Parteiidentifikation vergangene, für das Individuum als politisch empfundene Erfahrungen. Diese können ebenso aus dem

persönlichen Leben stammen wie aus den politisch-institutionellen Rahmenbedingungen. Sie zeigt sich in einem Zugehörigkeitsgefühl zu den Anhängern einer Partei, das einerseits direkt auf das Wahlverhalten wirkt und andererseits andere Determinanten der Wahl beeinflusst. Dies geschieht, indem die PI bei Wählern eine Sicht auf die Politik wie durch einen WahrnehmungsfILTER bewirkt: Idealerweise werden Kandidaten der „eigenen“ Partei besser bewertet und inhaltliche Standpunkte entsprechend der Sicht der Parteilinie aufgenommen (Arzheimer 2012: 223). Da sie zudem langfristig besteht und aus konzeptioneller Sicht immer stabiler werden sollte<sup>43</sup>, ist sie zeitlich und kausal den kurzfristig austauschbaren Variablen im Michigan-Modell, insbesondere also den aufgestellten Kandidaten und den salienten Themen, vorgelagert. Die Parteiidentifikation ist damit in der Regel bei Menschen, die sie aufweisen, die wichtigste Determinante des Wahlverhaltens. Durch ihre Persistenz und Selbststabilisierung kann sie zudem zu den langfristig wirksamen Erklärungsfaktoren der Wahl gezählt werden (Arzheimer/Schoen 2005: 630).

Sozioökonomische Faktoren sollen in diesem Kapitel als Erklärungsgrundlage für Veränderungen der Parteiidentifikation dienen. Die theoretische Argumentation ist für dieses Kapitel im makrosoziologischen Erklärungsansatz für das Wahlverhalten verankert. Dieses postuliert die Annahme, dass politische Parteien in der Gesellschaft durch die Bindung an sozialstrukturelle Gruppen verankert sind. Veränderungen in der Sozialstruktur einer Gesellschaft sollten also sowohl das Wahlverhalten als auch die Verteilung von Parteibindungen auf der Makroebene beeinflussen. Ein Beispiel für diese Prozesse bietet etwa das sogenannte „dealignment“ (Dalton/Rohrschneider 1990), demzufolge veränderte soziale Bedingungen – etwa anhaltende Prosperität und Bildungsexpansion, für eine erhöhte Volatilität im Wahlverhalten sorgen (Raymond 2011: 126). Dies lässt sich bereits seit Ende der 1970er beobachten. Die Literatur zum Dealignment deutet darauf hin, dass in dieser Situation die Verbindung von Cleavages (siehe Kapitel 2) und Parteiidentifikation ebenso geschwächt sein sollte wie die zum Wahlverhalten (Raymond 2011: 128).

---

<sup>43</sup> Das muss nicht immer der Fall sein, wie im folgenden Kapitel näher beschrieben wird.

#### 4.1.1. Ursprünge und Veränderlichkeit von Parteiidentifikation: Sozialstruktur, Sozialisation und politische Veränderungen

Die Parteiidentifikation<sup>44</sup> ist in ihrer konzeptionellen Anlage ein Teil des eigenen Selbstbildes. Das zeigt sich schon in der ursprünglichen Messung der „American Voter“-Studie mit dem Item *„Generally speaking, do you usually think of yourself as a Republican, a Democrat, an independent, or what?“*<sup>45</sup> (Schoen/Weins 2014: 245). Hier wird die Parteibindung also nicht etwa als eine Haltung zu einer Partei oder eine Bewertung oder gar als eine Wahlabsicht behandelt<sup>46</sup> (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 582) – Wahlverhalten und Parteiidentifikation können unter Umständen auseinanderlaufen, was sich empirisch auch immer wieder zeigt<sup>47</sup>. Stattdessen ist sie einfach eine Eigenschaft, ein Gefühl persönlicher Identifikation mit einer sekundären Gruppe, nämlich einer Partei und ihren Anhängern (Miller/Shanks 1996). Sie wird daher gelegentlich mit Religion verglichen in dem Sinne, dass sich viele Eigenschaften von Religion – Stabilität, Gruppengefühl und Prägung des Weltbildes etwa – auch bei der PI wiederfinden (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 582). Auch die Langfristigkeit wird in diesem Item gleich zweimal betont („generally speaking“, „usually“) (Schultze 2012: 274). Man spricht daher auch teilweise von einer Art psychologischer Mitgliedschaft (Converse 1969: 144 zitiert nach: Thaidigsmann 2012: 247). Ihre Wirkungen im Konzept des *Michigan-Modells* lassen sich so zusammenfassen:

*„Das Konzept ‚Parteiidentifikation‘ wurde von Campbell et al. (1954, 1960) als eine langfristig stabile, psychische Bindung an eine politische Partei in die wissenschaftliche Diskussion eingeführt. Sie weckt generell das Interesse an Politik. Zugleich wirkt sie gleichsam als politischer WahrnehmungsfILTER, weshalb Parteianhänger beispielsweise Programme und Spitzenpolitiker ihrer Identifikationspartei in der Regel positiver bewerten als solche konkurrierender Parteien. Schließlich prägt sie als „standing decision“ das Wahlverhalten ganz erheblich vor. Dank der relativen PI-Stabilität tragen die beschriebenen Wirkungen zur Stabilisierung anderer politischer Orientierungen sowie des Wahlverhaltens bei.“* (Arzheimer/Schoen 2005: 630)

Was aber ist die Grundlage für diese Art Bindung an eine Partei? Gemäß dem *Michigan-Modell*, das der Parteiidentifikation zugrunde liegt, muss die Ursache dafür am Anfang des sogenannten

---

<sup>44</sup> Die Begriffe Parteiidentifikation, Parteibindung und Parteineigung werden hier synonym verwendet.

<sup>45</sup> Für die Messung in Deutschland siehe Kapitel 3.

<sup>46</sup> Auch wenn sie stark miteinander korrelieren.

<sup>47</sup> Eine Abweichung im Wahlverhalten sollte aber die PI nicht unmittelbar destabilisieren.

Kausalitätstrichters der Wahlentscheidung liegen, also in der individuellen Vergangenheit und den Erlebnissen und Erfahrungen des Einzelnen. Dies sind vor allem sozialstrukturelle Prädispositionen und damit verbundene Gruppenbindungen und Werthaltungen, aber auch außerhalb der eigenen Lebensführung liegende Kontextfaktoren aus dem Feld der Gesellschaft, Politik und Institutionen (Schultze 2012: 273). Diese werden in der Parteiidentifikation aufgefangen, was zwar aus modelltechnischer Sicht reizvoll ist, weil damit ein schlankes Wahlmodell mit wenigen Variablen erstellt werden konnte – der individuelle Hintergrund der Parteinähe bleibt aber unklar. Dies führte in der Forschungsgeschichte dazu, dass die Erforschung der Bildung von PI zunächst nicht im Fokus stand. Die Annäherung an die Ursachen der Parteiidentifikation ist allerdings für die Erklärung der Beobachtung, dass Parteinähen wandelbar sind, sehr wichtig: Denn während die primäre Sozialisation nicht mehr wandelbar ist, nachdem sie im frühen Erwachsenenalter endet, ist manchmal die eigene soziale Stellung und das Umfeld im späteren Leben noch Wandeln unterworfen. Noch mehr gilt das selbstverständlich für den politischen Kontext, der sich nicht selten alle paar Jahre hinsichtlich der Akteure und Outputs ändert. So zeigt beispielsweise Weinschenk (2010: 488) im amerikanischen Kontext, dass Änderungen in der Regierungsbewertung sich auf die PI auswirken können. Dies steht im Einklang mit den ursprünglichen Annahmen ist, denen zufolge eine dauerhafte Unzufriedenheit die Parteinähe mit der Zeit auflösen kann.

Wie Miller/Shanks (1996) betonen, entsteht die Parteiidentifikation dem ursprünglichen Modell (Campbell et al. 1960) zufolge hauptsächlich in der Sozialisationsphase der späten Jugend und des frühen Erwachsenenalters und ist ab der Lebensphase zwischen 25 und 35 Jahren bei den meisten Menschen relativ stabil. Das liegt auch daran, dass die Parteiidentifikation als WahrnehmungsfILTER fungiert und, ähnlich wie etwa bei Religionen, eine Deutungshoheit der jeweiligen Partei vorsieht. Sie wirkt also als Entscheidungshilfe in politischen Fragen. Wähler mit Parteiidentifikation, so die Idee, können die Sicht der Partei auf Themen, Kandidaten und politische Vorgänge übernehmen, was wiederum ihre Bindung an die Partei verstärkt, da diese naturgemäß dann die aus Sicht der Wähler „richtigen“ Kandidaten und Positionen bereithalten.

Der Ursprung der Parteiidentifikation wird häufig zunächst in der Familie als ursprünglicher Ort der Sozialisation gesucht. Allerdings hat sich zumindest in den USA gezeigt, dass ein erheblicher Anteil – etwa vierzig Prozent – von Befragten die Parteiidentifikation ihrer Eltern nicht übernommen haben (Miller/Shanks 1996), demzufolge hat also die Zeit nach der frühen Jugend ebenfalls erheblichem Einfluss. Dass das Elternhaus die PI sozusagen „vererbt“, wurde bereits von Campbell et al. (1960) vermutet, insbesondere, wenn politisches Interesse und

entsprechender Gesprächsstoff bei den Eltern stark ausgeprägt sind. Während, wie gesagt, viele Kinder auch in Deutschland und insbesondere im Falle der Volksparteien tatsächlich zunächst die politischen Ansichten von zuhause übernehmen, sind hiermit allerdings auch einige Probleme verbunden. Zum einen liegt ein Messproblem vor: Parteiidentifikation der Eltern wird in vielen Studien nicht etwa erhoben, indem die Eltern gefragt werden – vielmehr geben die befragten Kinder die PI der Eltern an, was möglicherweise die Gefahr der falschen Zuschreibung birgt. Das zweite Problem ist, dass nicht alle Paare, falls die Eltern überhaupt zusammen bleiben, eine konsistente Parteiidentifikation aufweisen (Mayer 2017: 299–303). Empirisch zeigt sich, dass die Vererbung von Parteiidentifikation anhaltende, aber nicht unüberwindbare Effekte hat. So weisen Niemi/Jennings (1991) in einer amerikanischen Panelstudie nach, dass zwar bei Achtzehnjährigen ein relativ starker Zusammenhang zwischen der elterlichen und der PI der Heranwachsenden besteht ( $r=0,61$ ). Dieser Zusammenhang schwächt sich aber in den Folgejahren ab und bleibt auf niedrigerem Niveau (jeweils  $r=0,38$ ) bei Mittzwanzigern und Mittdreißigern, nachdem sie das Elternhaus größtenteils verlassen haben, bestehen. Sie belegen dabei, dass zwar Parteiidentifikationen, jedoch keine Issue-Positionen vererbt werden, wobei letztere bei Konformität mit der PI diese stabil halten und bei Gegenläufigkeit zur Destabilisierung und Neuorientierung führen (Niemi/Jennings 1991: 972–76):

*„Likewise, the inheritance of partisanship from one’s parents is not absolute [...] but is affected by evolving issue preferences, expected benefits, and transactions with the political environment throughout adulthood.“ (Niemi/Jennings 1991: 970)*

Die PI ist auch nach den genannten Altersstufen noch prinzipiell formbar und der politische Lebenszyklus muss mit dem sozialen hinsichtlich der „Reife“ nicht identisch sein. Die USA bieten einige gute Beispiele für derartige Veränderungen: In der Regierungszeit Franklin D. Roosevelts in den 1930ern erhöhte sich der Anteil von Amerikanern, die sich als Demokraten bezeichneten, schlagartig und verschaffte der Partei einen langanhaltenden Vorteil, der während Ronald Reagans Präsidentschaft in den 1980ern ähnlich rasch wieder ausgeglichen wurde. Seither halten sich die Parteibindungen in den USA in etwa die Waage. Innerhalb dieser Zeit gab es zudem erhebliche Verschiebungen innerhalb der Bevölkerung in den sogenannten Südstaaten, in der 30 Prozent der weißen, männlichen Bevölkerung ihre PI wechselten und sich den Republikanern zuwendeten. Gleichzeitig mobilisierten sich große Teile der schwarzen Bevölkerung für die Demokraten (Miller/Shanks 1996). Diese Beispiele sollen zeigen, dass vorliegende Parteiidentifikationen eben nicht starr sind, sondern unter dem Eindruck politischer

Veränderungen und Angebote auch in weiten Teilen der Bevölkerung Veränderungen in der PI auftreten können.

Tatsächlich ist die Einstufung der PI als „unmoved mover“, also als fest verankerter Faktor, der einseitig die Sicht auf die Politik beeinflusst, auch als zu unflexibel kritisiert worden (Fiorina 1981). Dem entgegen steht das Konzept der Parteieigung als laufende Summe („running tally“, u.a. Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 599) der politischen Erfahrungen, Bewertungen und Überlegungen von Individuen. Dieses hebt den Einfluss kurzfristiger Faktoren auf die Parteiidentifikation hervor (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 582, 599). Dementsprechend sei „[...]partisanship responsive to short-term political evaluations.“ (Weinschenk 2010: 477). Diese bedeutende Revision rückt die Parteiidentifikation weg von einem diffusen Hintergrund in bisweilen weit zurückliegenden Erfahrungen und hin zu einem engeren, politischen Verständnis (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 582). Einstellungen zu Kandidaten, Themen und die Bewertung von Parteien sind aus dieser Sicht weniger abhängig von der (bestehenden) Parteiidentifikation und beeinflussen sie in erheblichem Maße, was eine weit größere Flexibilität in der zuvor als sehr stabil rezipierten PI ermöglicht. Empirisch ist diese Sicht nachvollziehbar, denn die auf der Aggregatebene tatsächlich auf einem recht stabilen Sockel befindliche Verbreitung von Parteihängerschaften weist nur auf eine scheinbare Stabilität hin, die sich auf der Individualebene nicht unbedingt nachweisen lässt: So zeigen Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006: 585ff., 599) für Westdeutschland, dass weniger als fünf Prozent der in ihrer Studie untersuchten Bürger<sup>48</sup> im Untersuchungszeitraum von 1984 bis 2001 eine stabile PI zeigen, während eine Mehrheit wenigstens ab und zu ungebunden werden oder, zu geringerem Anteil, auch zu anderen Parteien wechselt. Allerdings ist, ganz im Einklang mit der Sicht der Michigan-Forscher, die PI dabei mit zunehmender Dauer immer weniger anfällig für Veränderungen. Außerdem betonen sie, dass Änderungen in der Parteibindung oft mit speziellen Veränderungen im Lebensumfeld verbunden sind, wie etwa Arbeitslosigkeitserfahrungen, aber auch mit kognitiver Mobilisierung<sup>49</sup>, bestimmten Soziodemografika oder laufenden Wahlkampagnen einhergehen. Nicht zuletzt ist aber auch diese neue Sicht nicht ohne Gegenkritik geblieben, die ihr vorwirft hauptsächlich auf Messfehlern fundiert zu sein (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 582–83). Aus diesen Überlegungen folgt ein zentraler Bestandteil der Untersuchungen in diesem Kapitel: Die Annahme, dass sich die Bindung an eine Partei nicht gleichförmig in verschiedenen sozialen

---

<sup>48</sup> Auf Basis von SOEP-Daten.

<sup>49</sup> Kognitive Mobilisierung ist laut Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006: 592–93) ein Index aus Bildung und politischem Interesse.

Gruppen verändert, ist eine logische Folge der angesprochenen PI-Veränderungen infolge bestimmter Lebenserfahrungen. Ebenso gehört dazu die Ansprache bestimmter Gruppen durch Parteien.

Das Verhältnis von Parteibindungen zu politischem Interesse kann aus mehreren Perspektiven betrachtet werden. Zum einen wird argumentiert, dass die PI politisches Interesse weckt: Sie motiviere dazu, sich über Politik zu informieren (Arzheimer/Schoen 2005: 630; Mayer 2017: 237). In dem Fall bildet eine Person also erst eine PI aus und beginnt dadurch, sich für Politik zu interessieren. Andererseits ist auch die umgekehrte Kausalitätsrichtung denkbar, also ein Einfluss von politischem Interesse auf die Parteiidentifikation. Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006: 592, 599) betonen, dass politische *Involvierung*, also formale Bildung und politisches Interesse, eindeutig ein PI-fördernder Faktor sei, wobei aber nicht zwingend eine stabile PI entstehe. Ein negativer Einfluss auf die PI-Ausbildung ist ebenfalls denkbar, etwa wenn besonders Interessierte (und damit Informierte) keinen Bedarf mehr nach der Orientierung haben, die die PI bietet. Dagegen spricht die These, dass gerade Menschen mit hohem Informationsniveau die PI brauchen, um die damit einhergehende Komplexität zu bewältigen. Dies entspricht auch am ehesten der bisherigen Evidenz (Schultze 2012: 278–79).

Für die Ausbildung und Veränderung von Parteiidentifikation können also mehrere Erklärungsfaktoren prägend sein. Häufig wird die Parteibindung aus dem Elternhaus übernommen. Eigene Issue-Positionen und eine sich wandelnde politische wie persönliche Umgebung prägen im Laufe der politischen Sozialisation zunehmend die eigene PI, wobei diese drei Faktoren durchaus gleichzeitig stattfinden und miteinander verbunden sein können. So lässt sich etwa leicht das Argument machen, dass Individuen im Laufe ihres Lebens sozioökonomische Veränderungen durchlaufen, wodurch sich ihre Lebenssituation bisweilen stark von der des Elternhauses unterscheiden kann. Solche Veränderungen sollten letztlich auch geeignet sein, die eigenen Einstellungen und Werthaltungen neu zu formen, insbesondere wenn auch auf Seiten der politischen Akteure Bewegung in das Angebot kommt – also Parteien ihre Strategie im Hinblick auf die Wählergruppen ändern (Kitschelt 2010). Auch wenn die Einstellungen der Eltern viele Menschen auch bei völlig gegenläufigen, eigenen Issue-Positionen noch weiter prägen, nimmt ihr Einfluss im Laufe des Lebens wenigstens teilweise ab.

Die klassische Cleavage-Annahme ist, dass die sozioökonomischen Umstände von Individuen in diesen ein Gruppenverhalten auslösen, welches auch die Wahlentscheidung –

beziehungsweise die Parteiidentifikation – betrifft. Nicht zuletzt liegt diesem Verhalten der Umstand zugrunde, dass eine soziale Gruppe aus den wenigstens teilweise ähnlichen Biografien ihrer Mitglieder heraus mit ähnlichen Ausstattungsmerkmalen versehen ist. Aus diesen folgen schließlich bestimmte Werthaltungen und Einordnungen in das politische Spektrum (Debus/Müller 2012; Raymond 2011). Es ist also auch möglich, dass die erhebliche Abhängigkeit des eigenen sozioökonomischen Status von dem der Eltern zur Vererbbarkeit von Parteibindungen beiträgt. Dieser kann dann, wenn keine Veränderung des Status stattfindet, den einzelnen Menschen in ein Cleavage mit entsprechend gruppengesteuerten Wahlverhalten einordnen.

Im Hinblick auf die historische Entwicklung der SPD-Parteiidentifikationen lassen sich aus diesen Ansätzen zur Untersuchung von Parteibindungen mehrere Hypothesen formulieren:

*H1: Die Verbreitung von Parteiidentifikationen für die SPD ist auf der Aggregatebene langsamen Veränderungen unterworfen.*

Diese Hypothese deckt sich mit bestehenden Beobachtungen, die sowohl in Deutschland wie in den USA, wo das Konzept *Partisanship* entworfen wurde, im Hinblick auf die Entwicklung von PI-Verteilungen gemacht wurden. Demzufolge lassen sich in aufeinanderfolgenden Querschnittsuntersuchungen selten dramatische Sprünge in der Verteilung von Parteibindungen zwischen den einzelnen Parteien und der „Unabhängigkeit“ feststellen. Unberührt davon, ob dies auch für die Individualebene gilt, existiert ein relativ stabiler Block in der Wählerschaft, der sich an die SPD gebunden fühlt und nur langsam größer oder kleiner wird. Vom ursprünglichen Michigan-Modell wie von neueren Untersuchungen, die dieses stützen, wird eine derartige Entwicklung auch vorhergesehen. Demzufolge sollten nur größere Verwerfungen im politischen System oder externe Schocks in großen Teilen der Wählerschaft zu einer Neuevaluation ihrer Parteineigungen führen.

*H2: Die Verbreitung von Parteiidentifikationen für die SPD entwickelt sich in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich.*

Die Annahme, dass sich Parteibindungen an die SPD nicht über alle Gruppen, beispielsweise verschiedene Erwerbskategorien oder kognitive Mobilisierungsstufen, parallel entwickelt, ist schon intuitiv plausibel. Hierunter fallen auch die wiederholten Annahmen, die SPD habe die Verbindung zu ihrer traditionellen Kernwählerschaft eingebüßt (Arndt 2013). Aus der Forschung ist bekannt, dass manche Gruppen stabilere Parteineigungen zeigen als andere:

Hochgebildete gehen beispielsweise weitaus seltener generell auf Distanz zum Parteiensystem, indem sie ihre PI ersatzlos ablegen. Ebenso sollten Gruppen, in denen ein größerer Anteil von langfristig stabil gebundenen Menschen existiert, stabilere Parteineigungen zeigen (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 591–93). Schließlich ist auch plausibel, dass die strategischen Entscheidungen der SPD, welche Gruppen sie beispielsweise in Wahlkämpfen besonders versucht anzusprechen, sich auf die Stabilität, beziehungsweise den Zugewinn oder Verlust von Parteiidentifikationen auswirken. So können etwa durch die Betonung sozioökonomischer Gegensätze klassische Cleavages betont werden, was auch eine Parteiidentifikation ebenso wie Wahlverhalten entlang solcher Linien befördert (Elff 2004: 129). Entsprechend sollte es signifikante Zusammenhänge zwischen bestimmten Gruppenzugehörigkeiten und der Häufigkeit von SPD-Identifikationen geben, was wiederum je nach Zeitpunkt verschieden ausfallen kann. Solche Entwicklungen auf der Angebotsseite der Politik (siehe Kapitel 4.1.2.) sind insbesondere geeignet, das Verhältnis von soziostrukturellen Gruppen in einer Parteihängerschaft zu verändern. Eine allmähliche Abkopplung der SPD von ihren Kernwählern, und damit eine Abschwächung des sozioökonomischen Cleavages, sollte an dieser Stelle also sichtbar werden. Dies setzt voraus, dass man gemäß der Cleavage-Theorie von einer gewissen soziodemografischen Homogenität innerhalb der Kernwählerschaft ausgeht.

*H3: Menschen, die ihre Bindung an die SPD ablegen, sind anschließend öfter unabhängig als anderen Parteien zugeneigt.*

Auch diese Hypothese basiert auf den Erkenntnissen, die schon von den ursprünglichen Autoren der „American Voter“-Studie und ihren Vorgängern gewonnen wurde. Demnach ist ein Verstärken oder Abschwächen einer Parteiidentifikation nicht ungewöhnlich, ein Wechsel der PI aber recht selten (Miller/Shanks 1996). Dies gilt insbesondere für Parteien des jeweils anderen politischen Lagers. Allerdings weisen Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006: 599) darauf hin, dass hier wohl wiederum eine gruppendifferenzierte Betrachtung nötig ist, denn vor allem Menschen mit geringem politischen Interesse sind es, die ihre PI ersatzlos ablegen (und anschließend eine geringere Wahrscheinlichkeit zur Wahlbeteiligung aufweisen), während Hochinteressierte mit größerer Wahrscheinlichkeit auch Lösungen bei anderen Parteien suchen. Wie diese Verteilung innerhalb (ehemaliger) SPD-Gebundener aussieht, muss in dem Zusammenhang noch betrachtet werden.

*H4: Die Wahrscheinlichkeit, zu verschiedenen Zeitpunkten eine SPD-PI abzulegen oder anzunehmen, hängt systematisch von sozioökonomischen Merkmalen ab.*

Die Überlegung schließt sich an H2 an. Wenn sich Menschen mit einer Bindung an die SPD im Aggregat von der Verteilung der Gesamtbevölkerung unterscheiden, beziehungsweise in einigen Gruppen über- oder unterrepräsentiert sind, sollte sich das auch auf der Individualebene zeigen. Mitglieder verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, etwa der Erwerbsklassen, unterscheiden sich sehr wahrscheinlich im Mittel etwa in Bezug auf ihren Bildungsstand, ihr Einkommen oder ihr politisches Interesse. Dies sollte sich auch auf politische Präferenzen auswirken und zu verschiedenen Zeitpunkten entweder eine Annäherung an die Partei oder eine Abgrenzung befördern.

#### **4.1.2. Politische Angebote als Kontextvariable**

Das politische Angebot, beziehungsweise Veränderungen in diesen, spielt eine nicht unwesentliche Rolle im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung<sup>50</sup>. Elff (2004: 183) schreibt dazu:

*„Festhalten lässt sich also, dass es einerseits mehr oder weniger deutliche Veränderungen in den Unterschieden zwischen den Klassen [...] hinsichtlich ihrer Unterstützung unterschiedlicher Partiefamilien gibt, und dass diese Veränderungen offenbar auf die veränderlichen politischen Angebote der Parteien zurückzuführen sind.“*

Möglicherweise sind die Faktoren Wahlkämpfe, Parteiprogramme (Downs [1957] 1986), Kandidatenangebot (Schoen 2007), Koalitionsmuster (Angelova/König/Proksch 2016; Müller/Debus 2016) und Parteienzahl (Anderson 1995) sogar der entscheidende Grund dafür, dass Wähler bei einzelnen Wahlen ihre Entscheidung mal stärker als „Kanzlerwahl“, mal als „Themenwahl“ und mal als „Parteiwahl“ begreifen. Politische Akteure haben die Möglichkeit, ihre Wahlkampagne auf unterschiedlichste Weise zu fokussieren und damit die Effektstärken bei der Wahlentscheidung mitzuprägen. Allein in Deutschland hat beispielsweise das Parteiensystem von den 1980ern bis 2017 einen Wandel von einem zweieinhalb-Parteien-

---

<sup>50</sup> Wie im vorangegangenen Kapitel erläutert wurde, besteht ein relativ starker Zusammenhang zwischen Wahlentscheidung und Parteiidentifikation, so dass der hier formulierte Zusammenhang zwischen Wahlentscheidung und Parteiangebot auch respektive *wahrscheinlich* für die PI gelten sollte (aber nicht unbedingt muss). Eine Untersuchung hierzu liegt allerdings nicht vor.

System hin zu einem Parlament mit sechs Fraktionen durchlaufen, was Wähler vor völlig neue Möglichkeiten der Differenzierung bei ihrer Wahlentscheidung stellt und wiederum die Parteien vor neue Herausforderungen in ihrer strategischen Ausrichtung. Dies wurde in Kapitel 2.2.2 bereits thematisiert.

Dementsprechend sollte die Entwicklung in der politischen Landschaft und der SPD an sich in einer Untersuchung der Entwicklung von SPD-Parteiidentifikation und ihrem Zusammenhang mit sozialstrukturellen Merkmalen als Kontext bei der Betrachtung der folgenden Ergebnisse dienen. Die politische Angebotsseite ist nicht im Fokus dieser Arbeit, da eine empirische Einbeziehung etwa von quantifizierten Parteiprogrammen<sup>51</sup> ein neues Forschungsfeld öffnen und außerhalb des hier vorliegenden Forschungskontextes liegen würde. Dazu gehören neben dem Angebot nicht zuletzt auch Kandidaten und Wahlkampfstrategien, die sich auch im Hinblick auf die Datenlage wesentlich schwieriger operationalisieren lassen. Eine eigene Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Parteiidentifikation unter statistischer Kontrolle der politischen Angebote findet daher nicht statt. Entsprechend werden an dieser Stelle auch keine empirisch zu prüfenden Hypothesen formuliert. Trotzdem liegen zumindest im Kontext der Bundestagswahlen Analysen vor (siehe Kapitel 1.2.2), die auch das politische Umfeld im Untersuchungszeitraum beleuchten. Erkenntnisse über Veränderungen im Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteiidentifikation werden demnach zwar nicht im inferenzstatistischen Sinne mit dem politischen Angebot verbunden, dieses kann als zeitliche Kontextvariable dennoch möglicherweise für Erklärungen der deskriptiven Ergebnisse herangezogen werden. Entsprechend werden Zeitabschnitte als Unterscheidungsmerkmale etwa für Effektstärken in der Modellierung genutzt, nicht jedoch Variablen im statistischen Sinn, die die politische Angebotsseite konkret zu quantifizieren versuchen.

#### **4.1.3. Operationalisierung: Langfristige Betrachtung von Parteiidentifikation und der Zusammenhang mit der Sozialstruktur**

*Datensatz: Das Sozioökonomische Panel*

Wie bereits in den vorherigen Kapiteln beschrieben, wird als Datengrundlage für die empirische Analyse das *Sozioökonomische Panel* (SOEP) herangezogen (DIW Berlin 2018a). Als

---

<sup>51</sup> Wie etwa durch das Corporate Manifesto Project

Panelstudie ist es das definierende Merkmal des SOEP, dass möglichst denselben Bürgern<sup>52</sup> Jahr für Jahr ein Kern von wiederkehrenden Items vorgelegt wird, sodass sich auf individueller Ebene langfristige Trends identifizieren lassen. Darüber hinaus hat das DIW bei der Erhebung des SOEP den Anspruch, eine Stichprobe zur Verfügung zu stellen, die insofern als repräsentativ für die deutsche Bevölkerung gelten kann als dass sie ermöglicht, einen sehr großen Teil dieser Grundgesamtheit abzudecken. Angesichts der typischen Kooperationsbereitschaft von Umfrageteilnehmern<sup>53</sup> und durch die Tatsache, dass sich mit der 1984 erstmalig gezogenen Stichprobe langfristig nicht die Gesamtbevölkerung abdecken lassen wird<sup>54</sup>, ist offensichtlich, dass neben der ursprünglichen Gruppe von Befragten regelmäßig neue Teilnehmer rekrutiert werden müssen. Nur so kann eine ausreichend große Fallzahl garantiert und das Panel mit neuen (und jüngeren) Teilnehmern aufgefüllt werden. Im SOEP war dies erstmalig 1990 der Fall<sup>55</sup>, auch (unter anderem) 2000 und 2010 wurden größere Samples hinzugefügt (DIW Berlin 2018b). Darüber hinaus können Einzelpersonen in vom DIW befragte Haushalte hinzugefügt werden, beispielsweise durch Einzug oder Geburt. Von den ursprünglich rund 12.000 Befragten der ersten Welle verblieben 2016 noch circa 3.000 Teilnehmer in der Befragung. Die Ausscheidungsrate ist also langfristig gesehen nicht zuletzt durch natürliche Ursachen hoch.

Aus diesen Gründen ist es auch nicht plausibel, von *einer* Fallzahl in einer Analyse des SOEP zu sprechen. Nach der Bereinigung der Daten um weitgehend inhaltslose Fälle, etwa Haushaltsangehörige und Kinder, die nicht befragt wurden, sowie ausgeschiedene Teilnehmer, die im Datensatz noch fortgeschrieben werden, verbleiben in dieser Analyse noch 90.543 einzelne Befragte, die an mindestens einer Welle teilgenommen haben. Je nachdem welche Zeiträume in den Blick genommen werden, wird die Fallzahl aber teilweise erheblich kleiner sein und entsprechend jeweils angegeben. Knapp 25 Prozent der Befragten haben an zehn oder mehr Wellen teilgenommen. Das ist angesichts des Umfangs der Fragebögen eine bemerkenswert hohe Zahl. Sie soll aber gleichzeitig auch klar machen, dass etwa eine Analyse auf der Individualebene über den gesamten Zeitraum mit 34 Wellen – abgesehen von

---

<sup>52</sup> Tatsächlich sind Haushalte die Einheit, die im SOEP angezielt werden. In diesen ergeben sich jedoch Personendaten für die Bewohner.

<sup>53</sup> In der Regel sind viele Menschen früher oder später nicht mehr gewillt, jedes Jahr die Zeit für die Teilnahme am SOEP – oder jeder anderen Umfrage – aufzubringen.

<sup>54</sup> Nach wenigen Jahren würde bereits das Problem auftreten, dass junge Menschen in der Stichprobe nicht mehr repräsentiert sind. Für Deutschland kommt der Spezialfall der Wiedervereinigung hinzu, der die Grundgesamtheit an sich vergrößerte.

<sup>55</sup> Dabei wurden gleichzeitig Befragte in den neuen Bundesländern in das Sample aufgenommen.

Repräsentativitätsfragen – nicht sinnvoll und praktikabel ist, da nur ein sehr kleiner Teil der Befragten sich in dieser Gruppe noch wiederfindet.

Ein großer Teil der im folgenden Abschnitt beschriebenen Variablen kann nur zwei Ausprägungen annehmen, es handelt sich also um „Dummy-Variablen“, die angeben, ob ein Merkmal vorliegt oder nicht. Beispiele dafür sind etwa die Parteiidentifikation für bestimmte Parteien oder die Mitgliedschaft in einer Erwerbsklasse. Dabei entstehen in der Regel Gruppen aus Dummy-Variablen. Um am Beispiel zu bleiben: Da sechs Erwerbsklassen in der Untersuchung gebildet werden, bestehen auch sechs Variablen. Eine Person kann dann in einem Jahr<sup>56</sup> nur in einer der Variablen die Ausprägung „1“ aufweisen, in allen weiteren Variablen dieser „Gruppe“ ist die Ausprägung dann „0“. Dies gilt jedoch nicht für alle Variablen. Liegen mehr als zwei Ausprägungen vor, so werden die Variablen so codiert, dass sich der Wertebereich zwecks besserer Vergleichbarkeit im Wertebereich zwischen 0 und 1 bewegt, wobei dann selbstverständlich Abstufungen möglich sind. Marginale Effektstärken sind dann als Sprung vom theoretischen Minimum zum Maximum zu verstehen.

Auch wenn das SOEP einen Repräsentativitätsanspruch hat und möglichst weite Teile der deutschen Bevölkerung abdecken soll, ist es nicht das Produkt einer reinen Zufallsstichprobe. Genau wie jede andere Befragung muss es damit umgehen, dass nicht alle möglichen Befragten das gleiche Interesse haben, sich zu beteiligen und jedes Jahr wieder von Interviewern besucht zu werden. Auch Nachfassen oder Nachjustierungen des Samples können das nicht befriedigend ausgleichen. Daher sind Nutzer des SOEP angehalten, die Daten gewichtet zu betrachten: Teilnehmer, die anhand ihrer sozioökonomischen Merkmale in der Stichprobe unterrepräsentiert sind, werden dabei stärker gewichtet als „typische Umfrageteilnehmer“, die eher häufig in der Stichprobe vertretene Merkmale aufweisen. Letztere werden daher beispielsweise „nur“ wie 0,5 Personen gezählt, erstere wie mehr als eine Person. Im Datensatz ist dieser Gewichtungsfaktor bereits als „Hochrechnungsfaktor“ enthalten und wird auch so verwendet.

---

<sup>56</sup> Im SOEP wird für jede Befragung einer Person ein einzelner „Fall“ angelegt. Wechselt sie also im Laufe der Jahre die berufliche Stellung, kann sie auch in verschiedenen Jahren verschiedenen Erwerbsklassen angehören.

## *Verwendete Variablen*

Die zentrale Variable in diesem Kapitel ist Parteiidentifikation. Sie wird im SOEP mit dem in Deutschland standardmäßig verwendeten Item „*Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?*“ abgefragt. Wird die Frage bejaht, folgt darauf die Frage nach der genauen Partei, wobei die im Bundestag vertretenen Parteien sowie einige rechtsextreme Parteien und zeitweise die Piratenpartei<sup>57</sup> als Möglichkeiten vorgegeben werden. Offene Antworten sind auch möglich. Schließlich kann auf einer fünfstufigen Skala angegeben werden, als wie stark die Bindung empfunden wird. Das Item unterscheidet sich recht stark von der in den USA ursprünglich verwendeten, weitaus kürzeren Frage (siehe Kapitel 4.1.1.). Dieses lässt sich schon wegen der Parteienvielfalt in Deutschland nicht gut übertragen. Der Fokus liegt hier etwas weniger auf der PI als Persönlichkeitseigenschaft als auf der Langzeitkomponente und der Möglichkeit, auch abweichend von der PI zu wählen.

Durch die Möglichkeit, im SOEP auch frei auf die Frage nach der PI zu antworten, kommt eine große Anzahl verschiedener Antworten zustande, insbesondere Parteikombinationen werden hier bisweilen genannt. Diese Antworten wurden als fehlende Werte codiert, da eine Zuordnung zu einer individuellen Partei nicht möglich ist und multiple Parteibindungen (Mayer/Schultze 2017) nicht Teil der hier einbezogenen Überlegungen sind. Die Summe der einzelnen Parteibindungen entspricht damit nicht ganz der Summe der Befragten, die angaben, eine PI aufzuweisen. Aus den einzelnen Angaben der Parteibindungen wurden jeweils Dummy-Variablen gebildet, so dass letztlich acht Parteiidentifikationen möglich sind: Für die SPD, Union, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, NPD/Republikaner/Rechte, AfD und Andere. Dabei ist es nicht möglich, mehr als eine PI gleichzeitig aufzuweisen. Auf dieser Basis kann sowohl die langfristige Entwicklung der PI für die SPD wie für andere Parteien betrachtet werden als auch auf der individuellen Ebene bestimmte Bevölkerungsgruppen und Biografien analysiert werden. Der Fokus liegt aber deutlich auf der Bindung an die SPD, sodass die anderen Parteiidentifikationen in der Regel zusammengefasst sind.

Um die Entwicklung der Parteiidentifikation in verschiedenen Gruppen untersuchen zu können, sind eine Reihe sozioökonomischer und politischer Merkmale bei den Befragten nötig, die im

---

<sup>57</sup> Da die Piratenpartei nur in einigen SOEP-Wellen als Antwort vorgegeben wurde, ist sie in dieser Untersuchung unter die Antwort „Andere“ codiert worden.

SOEP zur Verfügung stehen, nämlich die Erwerbsklasse, der Bildungsstand und das politische Interesse. Letztere bilden gemeinsam ein Konzept, das in der bisherigen Forschung als kognitive Mobilisierung bezeichnet wird – also eine Kombination aus kognitiven Fähigkeiten und der Bereitschaft, diese in politische Themen zu investieren<sup>58</sup>. Die individuelle Bildungskarriere wird im SOEP relativ detailliert abgefragt und muss aus praktischen Gesichtspunkten heraus auf eine Skala mit wenigen Stufen reduziert werden. Dadurch gehen zwar Informationen verloren, aber eine Unterscheidung nach neun teilweise sehr nah aneinander liegenden oder äquivalenten Bildungsstufen würde nur wenig inhaltlichen Nutzen mit sich bringen. Daher wurden die Bildungsabschlüsse in diesem Falle in Anlehnung an Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006) in drei Stufen gemäß dem CASMIN-Levelsystem eingeteilt: In der ersten Stufe wurden Menschen mit niedrigem sekundären Bildungsstand, also der neunjährigen Hauptschule, oder ohne Schulabschluss eingeordnet. Die zweite Stufe bilden Menschen mit höherer sekundärer Bildung, also mit abgeschlossener Realschule, Abitur und Absolventen anderer Schulen ohne Hochschulabschluss sowie Schüler und Studenten. Die dritte Stufe schließlich bilden Hochschulabsolventen, die also eine abgeschlossene tertiäre Bildung aufweisen. Da hierfür zwei verschiedene Variablen des SOEP, eine für die schulische und eine für die Hochschulbildung, verwendet wurden, sind die Ausprägungen der schulischen Bildung für Hochschulabsolventen auf den Wert „0“ gesetzt worden, so dass doppelte Zuordnungen ausgeschlossen sind.

Ein ähnliches Verfahren wurde auch für die Erwerbsklasse angewendet. Im Datensatz liegen hierfür, neben anderen Maßen, die Klassifikationen nach dem EGP-Schema vor, welche eine elfstufige Einteilung von Arbeitnehmern vornimmt. Diese wurde in Anlehnung an Elff/Roßteutscher (2016) in fünf Gruppen überführt: Arbeiter, einfache Dienstleister, Selbstständige sowie untere und obere Dienstklasse. Dazu kommt die Gruppe der Arbeitssuchenden. Diese zählt nicht zu den Erwerbsgruppen im SOEP und wird aus einer separaten Variable gebildet, da jedoch die Erwerbsklasse für den Zweck dieser Untersuchung ein annäherndes Maß für die soziale Stellung von Befragten ist, sollte die Erwerbslosigkeit als untere Stufe nicht ignoriert werden. Liegt Arbeitslosigkeit vor, werden die anderen Erwerbsgruppen automatisch mit der Ausprägung „0“, also nicht vorliegend, beschrieben, um

---

<sup>58</sup> Formale Bildung sagt freilich nur bedingt etwas über kognitive Fähigkeiten aus und ist in Deutschland relativ stark mit der sozialen Herkunft verbunden. Die nötigen Fähigkeiten, schulische und akademische Abschlüsse zu erwerben, sind daher als einigermaßen geeigneter Proxy zu kognitiver Kapazität zu verstehen.

Dopplungen zu vermeiden – Personen könnten sich etwa trotz Arbeitslosigkeit einer Erwerbsklasse zugehörig fühlen, etwa wenn sie ihr schon einmal angehört haben.

Das politische Interesse wird im SOEP auf einer vierstufigen Skala mit dem Item „*Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?*“ erhoben, wobei es jeweils zwei eher positive und zwei eher negative Antwortmöglichkeiten gibt. Die Skalierung wurde für diese Arbeit insofern umcodiert, als dass höhere Werte nun höheres Interesse anzeigen. Das politische Interesse wurde in der ersten Erhebungswelle 1984 nicht mit erhoben. Analysen, die diese Variable beinhalten, können folglich frühestens ab 1985 einsetzen. Zudem sollte klar sein, dass die Zeitreihe in den neuen Bundesländern nicht bereits 1984 beginnt, weil Befragungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nicht durchgeführt wurden. Die Parteiidentifikation wurde sogar erst ab 1992 in die Fragebögen aufgenommen, so dass dieses Jahr den Startpunkt für Befragte in den neuen Ländern markiert.

### *Aggregierte Entwicklung der SPD-Parteiidentifikation in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen*

Zur Darstellung der Entwicklung von Parteiidentifikationen für die SPD im Beobachtungszeitraum liegen nun alle relevanten Daten vor: Die Messung der PI an sich sowie die Einteilung in verschiedene gesellschaftliche Gruppen nach Erwerbsklasse, Bildungsgrad und politischem Interesse. So lässt sich darstellen, mit welcher Geschwindigkeit sich die Verteilung von Parteibindungen in der Bevölkerung verändert hat (*H1*) und ob dies in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich schnell geschehen ist (*H2*). Da es sich bei der Parteiidentifikation um eine Dummy-Variable handelt, die nur die Werte 1 für „SPD-PI liegt vor“ und 0 für „SPD-PI liegt nicht vor“ annehmen kann, bildet der gewichtete Mittelwert dieser Variable multipliziert mit 100 den prozentualen Anteil von Menschen ab, die sich an die SPD gebunden fühlen. Dieser Mittelwert lässt sich für jedes Jahr neu ermitteln, so dass prozentuale Anteile der SPD-Parteiidentifikation für jedes Jahr im betrachteten Zeitraum vorliegen. Derselbe Ablauf lässt sich auch für jede einzelne Personengruppe wiederholen, wodurch der Anteil der SPD-Bindungen für jedes Jahr beispielsweise für die Gruppe der Arbeiter, der Hochgebildeten oder der politisch wenig Interessierten vorliegt. Die Darstellung wird grafisch in Form von Zeitreihendiagrammen erfolgen. Dies ist anschaulicher als eine Tabellenform, außerdem lassen sich auf diese Weise größere Trends ebenso wie kurzfristige

Sprünge schneller erfassen. Die Verteilungen werden folgendermaßen gezeigt: Zunächst werden die Verteilungen von Parteiidentifikationen *allgemein* zusammen mit der Entwicklung von *SPD*-Identifikationen dargestellt. Anschließend wird für das politische Interesse und die Bildungsgruppen jeweils der Anteil von *SPD*-Bindungen in der Stichprobe betrachtet<sup>59</sup>. Dies geschieht sowohl für die Anteile in den einzelnen Gruppen als auch kumuliert, sodass die Verankerung der *SPD* relativ in sozialen Gruppen und absolut in der Bevölkerung sichtbar wird. Für die Berufsklassen wird dagegen zunächst die Gruppe der Arbeiter als klassische Kernwählergruppe der *SPD* einzeln betrachtet. Anschließend werden, ähnlich wie für die Bildungsgruppen und die vier Ausprägungen politischen Interesses, die *PI*-Anteile in einer kumulierten Grafik gezeigt. So entsteht ein Überblick über die Bedeutung der verschiedenen Berufsgruppen für die Parteibindungen an die *SPD*.

Veränderungen in den politischen Präferenzen der Mitglieder soziodemografischer Gruppen oder strategische Neuausrichtungen von Parteien können dazu führen, dass sich ursprünglich bestehende Verteilungsmuster innerhalb der Anhängerschaft von Parteien ändern. Dies kann dazu führen, dass klassische Cleavages innerhalb eines Elektorats stärker oder schwächer werden. Um mögliche Verschiebungen im Verhältnis der Zusammensetzung von *SPD*-Parteibindungen zwischen den Berufsgruppen zu verdeutlichen, wird an dieser Stelle für jedes Untersuchungsjahr der sogenannte *Alford-Index* berechnet. Dieses Maß wird verwendet, um die Stärke von Cleavages zu ermitteln. Hierfür existieren auch andere Maßzahlen, allerdings betont Lachat (2007: 2, 7), dass sich diese empirisch und theoretisch nicht sehr deutlich unterscheiden. Der *Alford-Index* wird als Differenz in der Unterstützung für linke Parteien zwischen Menschen mit körperlicher Arbeit und solchen mit nicht-körperlicher Arbeit definiert. Wählen beispielsweise 80 Prozent der körperlich Arbeitenden linke Parteien gegenüber 50 Prozent der nicht-körperlich Arbeitenden, dann beträgt der Index 30 Prozent (Lachat 2007: 5). In diesem Kapitel wird der Anteil von Parteiidentifikationen für die *SPD* bei Arbeitern auf der einen und bei Angehörigen der beiden Dienstklassen sowie die einfachen Dienstleister auf der anderen Seite herangezogen<sup>60</sup>.

---

<sup>59</sup> Für alle Graphen wird ein Konfidenzintervall mit  $p < 0.05$  angegeben.

<sup>60</sup> Da die Natur der Arbeit von Selbstständigen nicht klar ist, werden sie wie Arbeitslose bei der Berechnung nicht miteinbezogen.

### *Wahrscheinlichkeit von PI-Verlust, PI-Annahme und PI-Wechsel*

Die dritte Hypothese (*H3*) in diesem Abschnitt ist, dass Menschen eine SPD-Bindung mit höherer Wahrscheinlichkeit ersatzlos aufgeben, als sich einer anderen Partei zuzuwenden. Um dies zu überprüfen, muss eine abhängige Variable gebildet werden, die die Aufgabe einer SPD-PI als diskretes Ereignis codiert. Das heißt, in ihr haben Befragte für das Jahr die Ausprägung „1“ erhalten, in dem sie eine zuvor gehaltene SPD-PI wieder ablegten. Liegt eine SPD-Bindung vor, wird die Variable mit „0“ codiert, um den Anteil von Befragten, die ihre PI ablegten, feststellen zu können. Alle anderen Fälle werden als fehlender Wert angegeben. Das ermöglicht die Analyse von Gruppen, die in bestimmten Jahren ihre PI ablegten, ohne dass Gruppen mit einem früheren PI-Verlust ungewollt miteinbezogen werden. Gleichzeitig lassen sich so Merkmale bestimmen, die das Ereignis „PI-Verlust“ wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen, was zur Überprüfung der Hypothese *H4* nötig ist. Eine solche Variable zur Feststellung eines diskreten Ereignisses lässt auch zu, mithilfe von „Lagged“-Variablen<sup>61</sup> die Zeit nach (beziehungsweise vor) dem Ereignis darzustellen, um beispielsweise Wiederannäherung an die SPD oder Zuwendung zu anderen Parteien nach einer Übergangszeit beobachten zu können.

Als zweite Variable ist zudem ein ebenfalls dichotomer Indikator nötig, der anzeigt, ob eine Person eine Bindung an eine der anderen Parteien aufweist. Diese wird als „1“ codiert, während keine Bindung mit „0“ bezeichnet wird. Das ist leicht möglich, weil bereits Dummies (siehe oben) für alle anderen Parteien bestehen. Anschließend kann mit einer grafischen Zeitreihenübersicht gezeigt werden, wie groß der jeweilige Anteil von Menschen ist, die ihre SPD-Bindung ablegen und anschließend entweder eine Identifikation für eine andere Partei oder eben keinerlei Bindung aufwiesen. Um das Ergebnis auf Signifikanz zu testen, wird zusätzlich per t-Test bestimmt, ob die Befragten, die ihre SPD-PI ablegten, sich überzufällig häufig entweder einer anderen Partei oder keiner neuen Partei zuwendeten. Das ist dann der Fall, wenn sich diese Variable bei Befragten, die ihre SPD-Bindung ablegten, im Mittelwert signifikant von 0,5 unterscheidet. Um etwaige Unterschiede im Zeitraum festzustellen, wird dieser Test jeweils für den Zeitraum von 1984 bis 1992, von 1992 bis 1998, von 1998 bis 2005 und von 2005 bis zum Ende der Datenreihe vorgenommen<sup>62</sup>.

---

<sup>61</sup> „Lagged“, also verzögerte, Variablen geben in Panel-Datensätzen den Wert von Variablen zum Zeitpunkt  $t-1$  an (bzw.  $t \pm n$ ).

<sup>62</sup> Bis 1992 liegen nur westdeutsche Befragte vor. Die anderen Zeiträume kennzeichnen die Zeit vor und während der rot-grünen Bundesregierung sowie die Regierungszeit von Angela Merkel, in der die SPD entweder Juniorpartner in einer Großen Koalition oder in der Opposition war.

Um einen sinnvollen Gruppenvergleich anstellen zu können, werden für die Analyse zum einen Arbeiter als traditionelle Kernwählergruppe der SPD und zum anderen die zusammengefassten Mitglieder der anderen Berufsklassen herangezogen. Auch hier wird also eine dichotome Variable erstellt, in der Arbeiter die Ausprägung „1“ aufweisen und Mitglieder der anderen Erwerbsgruppen die Ausprägung „0“. Befragte, die in keiner der Berufsklassen gelistet sind – zum Beispiel Rentner – werden folglich als fehlender Wert codiert. Die Zuordnungen der Berufsklassen liegen bereits als einzelne Dummy-Variablen vor. Außerdem können die Mitglieder der drei Bildungsschichten verglichen werden. Auf diesem Weg soll gezeigt werden, ob die Entwicklung von SPD-Bindungen in verschiedenen sozialen Schichten statistisch signifikant unterschiedlich verlaufen ist.

Um statistisch signifikante Unterschiede zwischen sozialen Gruppen bezüglich der Stabilität und Neuannahme ihrer SPD-Parteiidentifikation zu verschiedenen Zeitpunkten zu suchen (*H4*), müssen notwendigerweise erneut inferenzstatistische Methoden angewendet werden. Da in diesem Fall die abhängige Variable, nämlich das Ablegen beziehungsweise Annehmen der SPD-PI dichotom codiert ist<sup>63</sup>, bietet sich eine logistische Regression als statistisches Verfahren an. Die sozialen Gruppen sortiert nach Bildungsgrad und Berufsklasse dienen dabei als unabhängige Variablen unter der üblichen Kontrolle von Alter und Geschlecht sowie hier einer Ost-West-Variable, um mögliche Fehlinterpretationen aufgrund der verschiedenen regionalen Sozialstrukturen auszuschließen. Die Bildungsgruppen werden in der bereits beschriebenen dreistufigen Skala operationalisiert, auch die Variable „Politisches Interesse“ weist dieselbe Codierung wie im Vergleich der PI-Niveaus im Zeitverlauf auf. Da die Berufsgruppen als nominalskalierte Variable dichotomisiert vorliegen, wird die Gruppe der „Oberen Dienstklasse“ als Referenzkategorie verwendet. Da diese Gruppe vermutlich den höchsten sozialen Status aufweist, lässt dies auf eine einheitliche Richtung der jeweiligen Regressionskoeffizienten für die anderen Gruppen hoffen. Politisches Interesse schließlich ist zwar keine soziale Kategorie im engeren Sinne und die Kausalrichtung im Zusammenhang mit PI ist nicht so eindeutig vorherzusagen. Sie wird aber aus Kontinuitätsgründen ebenfalls als unabhängige Variable verwendet. Die Operationalisierung der Kontrollvariablen ist für das Geschlecht (männlich=1) und das Alter trivial, für die Ost-West-Variable wurde der aktuelle Wohnort herangezogen und Bundesländer auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik mit „1“ codiert. Berlin ist dabei nach Ost und West getrennt.

---

<sup>63</sup> Für das Annehmen der SPD-PI wurden Befragte, die keine SPD-PI aufweisen, mit „0“ codiert, Befragte mit bereits bestehender SPD-PI als fehlender Wert und Befragte mit neu angenommener SPD-PI als „1“.

## 4.2. Ergebnisse: Die Entwicklung von SPD-Parteiidentifikationen seit 1984

### 4.2.1. Parteiidentifikation für die SPD und sozialstrukturelle Verteilung im Zeitverlauf

Im vorangegangenen Kapitel wurde zusammenfassend dargelegt, welche Ergebnisse der SOEP-Datenanalyse zur Parteiidentifikation aus theoretischer Sicht erwartet werden. Die erste Hypothese ist dabei, dass sich die Verteilung von Parteiidentifikationen auf der Aggregatebene nur langsam verändern sollte. Dies ist in der konzeptionellen Natur der Parteiidentifikation als stabiles Einstellungsmerkmal begründet sowie in der Annahme, dass soziostrukturelle Merkmale eine der treibenden Kräfte für die Ausbildung und Veränderung einer PI sind. Derartige Merkmale verändern sich individuell wie aggregiert in der Regel nur langsam. Wie bereits in Kapitel 3 begründet wurde, wird diese Analyse nach Ost- und Westdeutschland getrennt stattfinden, da sich die Verbreitung von Parteiidentifikationen in diesen beiden Populationen auf recht unterschiedlichem Niveau bewegt. Ein einfaches Hinzufügen ostdeutscher Befragter in das Sample würde einen reinen Effekt durch Veränderung der Grundgesamtheit anzeigen. Die Aufteilung orientiert sich an dem Wohnort der Befragten, eine DDR- beziehungsweise BRD-Sozialisation ist also nicht gleichzusetzen mit der Zuordnung als Ostdeutscher oder Westdeutscher.

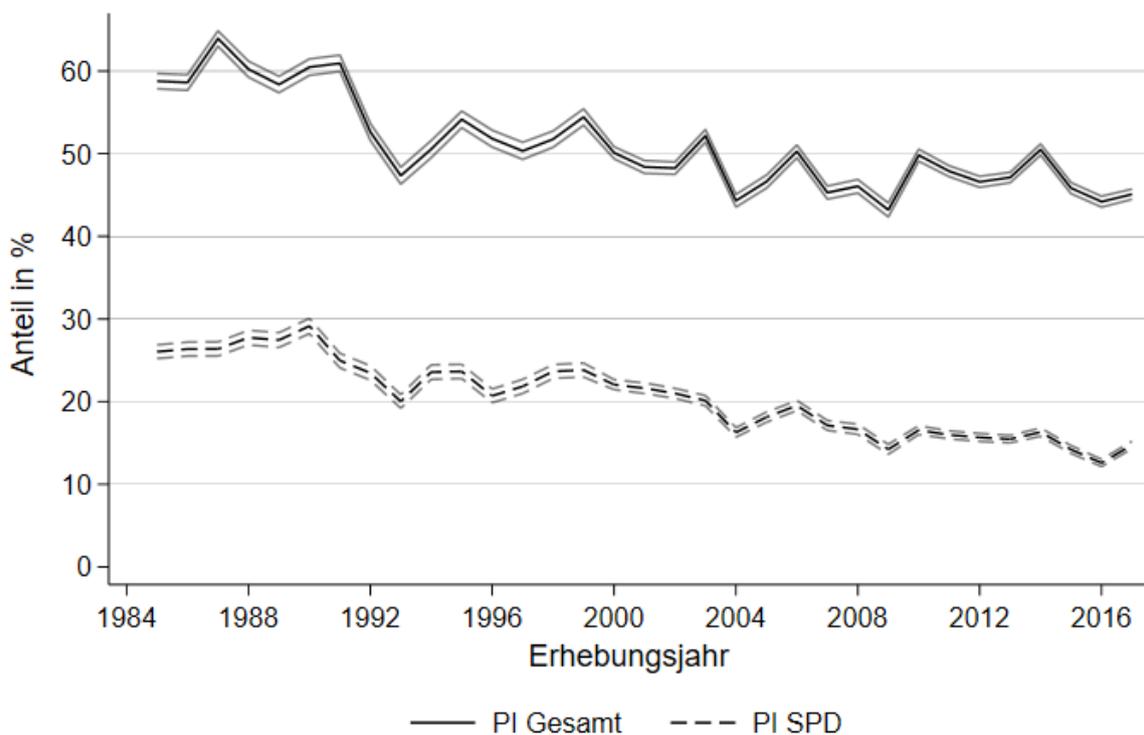
Um die Veränderung der mittleren Anzahl von Parteiidentifikation für die SPD in ein Verhältnis zur Gesamtpopulation zu setzen, soll zunächst gezeigt werden, wie sich der Anteil von Parteiidentifikationen *insgesamt* in Deutschland entwickelt hat. Denn wenn etwa eine Abnahme von Parteiidentifikationen für die SPD in einem Kontext allgemein abnehmender Bindungen an Parteien stattfände, wären die Ursachen womöglich einfach in gesellschaftlichen Individualisierungsprozessen zu suchen (Debus 2012). Ist eine Abnahme dagegen entgegen der Gesamtentwicklung festzustellen, spräche dies eher für Ursachen, die der Partei oder ihrer Wählerbasis inhärent sind.

#### *Parteiidentifikationen insgesamt*

Für Westdeutschland zeigt sich hierbei ein in der Gesamtschau rückläufiger Trend in der Verbreitung von Parteiidentifikationen. Lag der Anteil von Menschen mit Parteiidentifikation in den 1980ern noch bei teilweise über 60 Prozent, so bewegt er sich etwa seit Anfang der 2000er im Bereich zwischen 45 und 50 Prozent. Der einzige relativ „steile“ Bruch fand um 1990 statt, ansonsten verläuft die Entwicklung nur in kleinen Schritten. Insbesondere im

Kontext von Bundestagswahlen lassen sich immer wieder Mobilisierungsphasen messen. Sehr wahrscheinlich lag der Anteil von Menschen mit Parteiidentifikation vor Beginn dieser Beobachtungsreihe noch höher als die hier beobachteten 60 Prozent – die Feststellung, dass der *dealignment*-Prozess etwa von 1980 bis 2000 andauerte und seitdem in Deutschland keine messbare Fortsetzung stattgefunden hat, machte bereits Arzheimer (2012: 226). Ein bemerkenswerter Aspekt ist darüber hinaus, dass das generelle Niveau der PI-Verbreitung in den SOEP-Daten um etwa zehn Prozentpunkte unter dem liegt, das im Politbarometer angezeigt wird (siehe Kapitel 1.2.) (Ohr/Quandt 2012: 185–86). Eine Erklärung für diese erhebliche Differenz ist anhand der vorliegenden Daten zunächst nicht möglich – immerhin wurde dasselbe Item benutzt und die Gewichtung im SOEP sollte die Ergebnisse wenigstens ungefähr an eine Zufallsauswahl annähern. Der Trend ist unabhängig vom Niveau aber weitgehend identisch: Einem mehr oder weniger schnellen Abbau von Parteiidentifikationen in den Jahren bis etwa 2000 folgte eine Phase der relativen Stabilität, die bis zum Ende der Zeitreihe anhält.

**Abb. 4.2.1.1: Anteil Parteiidentifikationen in Westdeutschland**

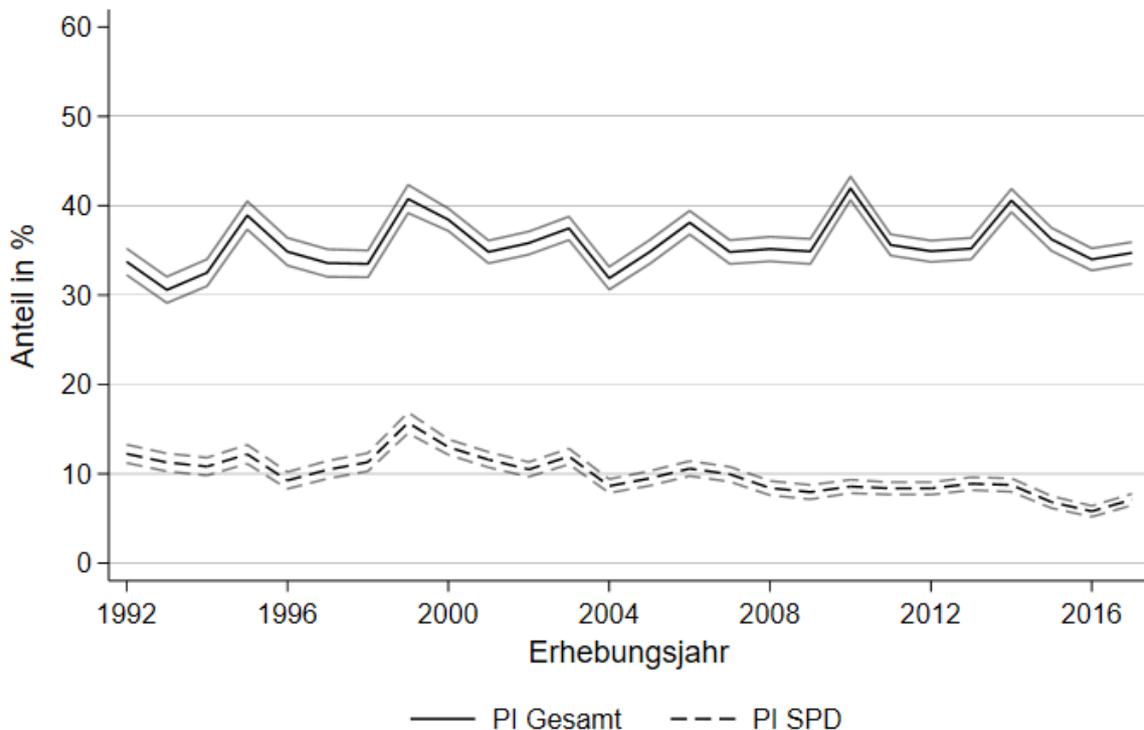


Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$

In den neuen Bundesländern ist die Entwicklung eine gänzlich andere. Entsprechend der Erwartungen, dass Parteibindungen nach der Wiedervereinigung nicht augenblicklich das

Westniveau annehmen (Roßteutscher et al. 2016) hatte laut den SOEP-Daten Anfang der 1990er nur etwa jeder dritte Bewohner der neuen Länder eine Parteiidentifikation. Dieser Ausgangslage schloss sich eine Phase an, in der die Verbreitung von Parteibindungen im Trend minimal zunahm. Seit Ende der 1990er zeigt sich eine weitgehend trendlose Fluktuation zwischen 35 und 40 Prozent Anteil an Menschen mit einer Parteiidentifikation.

**Abb. 4.2.1.2: Anteil Parteiidentifikationen in Ostdeutschland**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

Die Beobachtung, dass etwa seit Mitte der 2000er das Level der Parteiidentifikationen in etwa stabil ist, lässt sich also für alte wie neue Bundesländer machen, was auch mit der bisherigen Forschung übereinstimmt (Arzheimer 2012: 232). Auch hier lässt sich allerdings ein großer Unterschied zur PI-Verbreitung feststellen, der im Politbarometer gemacht wird – hier beträgt er sogar etwa zwanzig Punkte, ohne dass offensichtlich ist, was die Ursache für diese Differenz ist. Da der Gesamtanteil an Menschen mit PI in der SOEP-Datenbasis geringer ist als in den

Daten des Politbarometers, werden in der Folge auch die Niveaus in den weiteren Analysen geringer ausfallen<sup>64</sup>.

### *SPD-Parteiidentifikationen insgesamt*

Die Entwicklung der *SPD*-Parteiidentifikationen in Westdeutschland folgt zunächst einem ähnlichen Muster wie die Entwicklung der Parteibindungen insgesamt: Es gab um das Jahr 1990 herum einen bemerkenswerten Rückgang von knapp unter 30 Prozent auf etwas über 20 Prozent; dieser Rückgang zeigt sich auch in der Abbildung 4.2.1.1 für Westdeutschland und erklärt zumindest anteilig auch den Gesamtrückgang<sup>65</sup>, wobei diese Analogie eher dafür spricht, dass (ehemalige) *SPD*-Identifizierer sich an dieser Stelle keiner neuen Partei zugewendet haben. Danach gehen die Trends allerdings auseinander: Während der westdeutsche Trend bis zum Jahr 2000 weiter zurückgehende *PI*-Raten zeigt, ist das bei der *SPD* weniger der Fall, was möglicherweise auch mit ihrem Erfolg am Ende der 1990er korrespondiert. Danach blieben Parteibindungen generell eher stabil, allerdings war bei der *SPD* wiederum das Gegenteil der Fall: Von 2000 bis 2017 sank der Anteil von Menschen, die sich an die *SPD* gebunden fühlten, in Westdeutschland von knapp über 20 Prozent auf etwa 15 Prozent am Ende der Zeitreihe im Jahr 2017. Das ist keine dramatische Entwicklung mit großen Sprüngen, sie lief auch nicht monoton ab, aber in der Gesamtschau hat sich in den alten Bundesländern der Anteil von Menschen mit *SPD*-Bindung seit der Wiedervereinigung etwa halbiert. In derselben Zeit gingen die Parteiidentifikationen insgesamt etwa um ein Viertel zurück. Der relative Rückgang von Parteibindungen ist damit auch bei der *SPD* wesentlich größer als in der Summe der Parteibindungen.

Die unterschiedliche Entwicklung von Parteiidentifikationen insgesamt und Bindungen an die *SPD* ab dem Jahr 2000 wird in den neuen Bundesländern ebenfalls sehr deutlich. Hier entfiel nach der Wiedervereinigung noch etwa jede dritte Parteibindung an die *SPD*, mit einem Gesamtanteil von etwa zwölf Prozent. 2017 lag der Anteil der *SPD*-Bindungen im Osten noch bei rund acht Prozent, während die Parteineigungen insgesamt leicht zugenommen haben. Während die *SPD* in den 1990ern noch eher Bindungen hinzugewann – genau wie die

---

<sup>64</sup> Es ist nicht klar, ob dies ein Problem für die Analyse darstellt oder nicht. Problematisch wäre es dann, wenn der niedrigere Anteil systematische Ausfälle als Hintergrund hat, also nicht-zufällige Gruppen seltener eine *PI* angeben als in anderen Datensätzen. Dies ist nicht ohne weiteres nachzuweisen.

<sup>65</sup> *SPD*-Parteiidentifikationen sind logischerweise Teil der Gesamtidentifikationen.

Parteineigungen insgesamt zunehmen – drehte sich dieses Muster um die Jahrtausendwende um. Wie im Westen war der Rückgang der SPD-Identifikationen nicht abrupt und nicht monoton. Beispielsweise blieb das Niveau der SPD-Bindungen zwischen 2008 und 2013 stabil. Einen Aufschwung konnte die Partei aber nicht mehr erzeugen und Verluste in einigen der beobachteten Jahre dementsprechend nicht ausgeglichen werden.

Damit kann die erste Hypothese (*H1*) sowohl für West- als auch für Ostdeutschland bestätigt werden. Obwohl sich in der Gesamtansicht über 35 Jahre für den Westen bzw. 27 Jahre für den Osten der Anteil von SPD-Identifikationen erheblich verringert hat, war dies nicht die Folge von kurzfristigen Verwerfungen und abrupten Verlusten von Anhängern. Vielmehr hat ein insgesamt eher schleichender Prozess stattgefunden, in dem auch immer wieder stabile oder für die Partei erfolgreichere Phasen lagen, wobei aber eben die Verluste letztlich eindeutig überwogen. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich die Anhänger der SPD aggregiert erst etwa ab der Jahrtausendwende in Teilen von der Partei abwendeten.

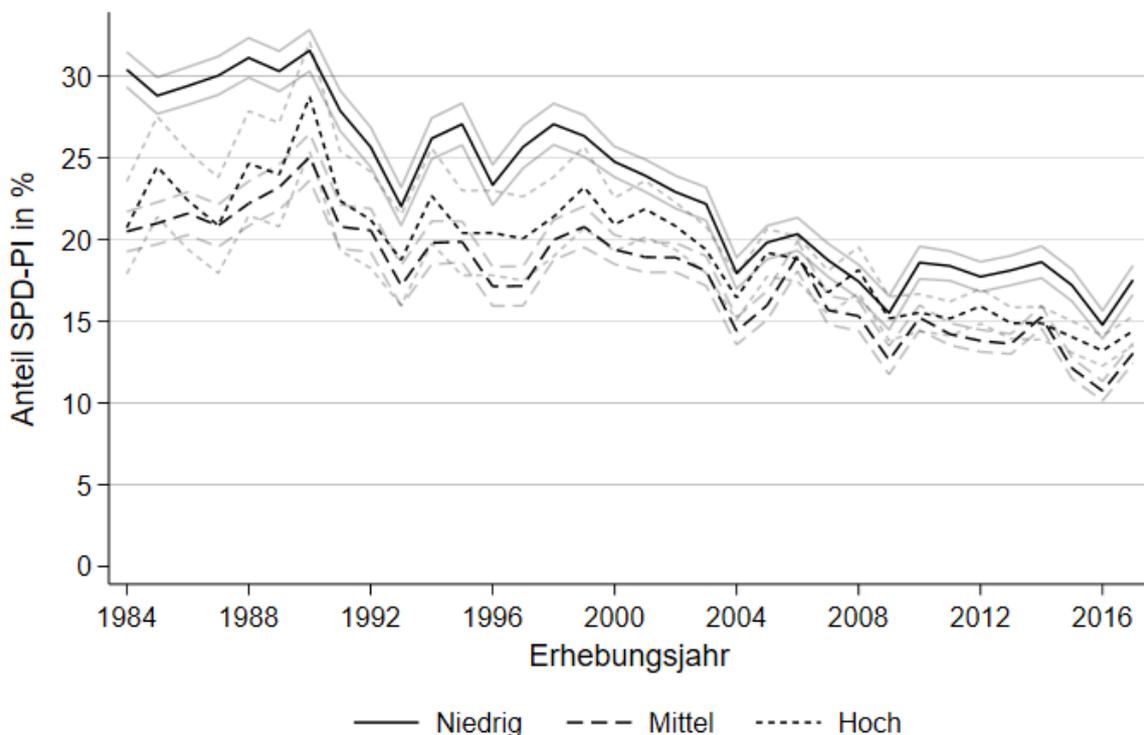
#### *SPD-Parteidentifikationen nach Bildungsschichten*

Auch die zweite Hypothese (*H2*) bewegt sich noch auf der Aggregatebene, allerdings werden hierbei Subgruppen betrachtet, die über Ost und West hinausgehen. Hier soll nun gezeigt werden, dass sich die Entwicklung der SPD-Parteidentifikation in verschiedenen sozioökonomischen Gruppen unterschiedlich entwickelt. Dafür wurden drei Kriterien ausgewählt: Berufliche Stellung, politisches Interesse und Bildungsgrad. Gerade im Hinblick darauf, dass die SPD zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Angebote an die gesellschaftlichen Schichten gemacht hat, sollten also auch Unterschiede in der Entwicklung der Parteidentifikation in verschiedenen Gruppen feststellbar sein (Elff 2004).

Betrachtet man zunächst die drei in Abschnitt 4.1.3. dargelegten Bildungsniveaus, fallen mehrere Beobachtungen in den Blick. So ist der Anteil an Menschen mit SPD-Identifikation am Beginn der westdeutschen Befragungsreihe 1984 unter den niedrig Gebildeten mit einigem Abstand am höchsten und lag etwa bei 30 Prozent. Diese Gruppe blieb auch über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg in nahezu jedem Jahr diejenige, in der die SPD den größten Anhängeranteil hatte. Darauf folgte in der Regel die Gruppe der Hochgebildeten, während die Mittelgruppe meistens den niedrigsten Anteil aufweist.

Entsprechend des generellen Trends in Westdeutschland wurden die Menschen mit SPD-Bindung anteilig weniger. Doch lief diese Veränderung in verschiedenen Bildungsgruppen unterschiedlich ab? In dieser ersten grafischen Analyse lässt sich das nicht genau zeigen, die drei Linien für die Bildungsgruppen verlaufen zum Teil fast parallel. Eine auffallende Veränderung ist aber der Abstand der Gruppen: Dieser wird tendenziell kleiner, was daran liegt, dass sich die niedriggebildete Gruppe den anderen zwei Gruppen annähert, in dem sie in der Summe in größerem Anteil ihre SPD-Bindungen ablegt. In dieser Gruppe sinkt der Anteil von SPD-Bindungen also schneller, vor allem in der Zeit vor 2005 und um die Wiedervereinigung. Sie zeigt dabei auch größere Ausschläge, Parteibindungen scheinen also in dieser Gruppe nicht so fest zu sein, beziehungsweise erscheint die Volatilität der Bindungen höher. Diese Beobachtung auf der Aggregatebene kann dafür allein noch kein Beleg sein, spricht aber für die bereits bekannte Beobachtung, dass mit höherer formaler Bildung die politischen Einstellungen stabiler sind (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 592).

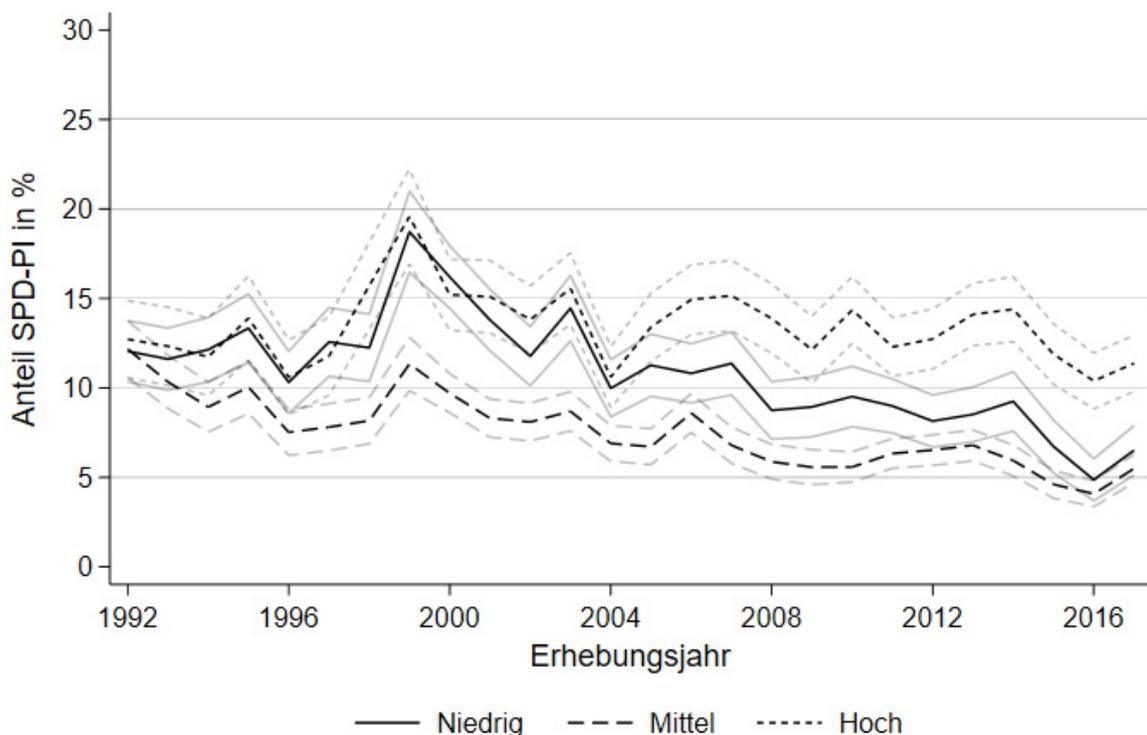
**Abb. 4.2.1.3: Anteile von SPD-Parteidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Westdeutschland**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

Interessanterweise gibt es in den neuen Bundesländern am Beginn der Beobachtungsreihe keinen nennenswerten Unterschied im Niveau der SPD-Parteidentifikationen zwischen den Bildungsniveaus: Alle drei stehen zunächst etwa bei 12 Prozent SPD-Bindungen (Abb. 4.2.1.4). In den Jahren nach der Wiedervereinigung steigt dabei der Anteil an Menschen mit einer solchen Bindung unter Niedrig- und Hochgebildeten nahezu parallel an auf knapp 20 Prozent, um dann ebenso gleichlaufend wieder auf das Ausgangsniveau abzufallen. Ab 2004 entwickeln sich die beiden Gruppen jedoch auseinander: Während in der Gruppe der Hochgebildeten relativ stabil zwischen 10 und 13 Prozent eine SPD-Neigung aufwiesen, fiel das Niveau bei den Niedriggebildeten unter 10 Prozent und liegt inzwischen bei nur noch 6 bis 8 Prozent. Damit ist es etwa dort angekommen, wo sich auch die mittel gebildete Gruppe nach einer allmählichen Abwärtsbewegung, die bereits 1992 begonnen hatte, befindet.

**Abb. 4.2.1.4: Anteile von SPD-Parteidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Ostdeutschland**

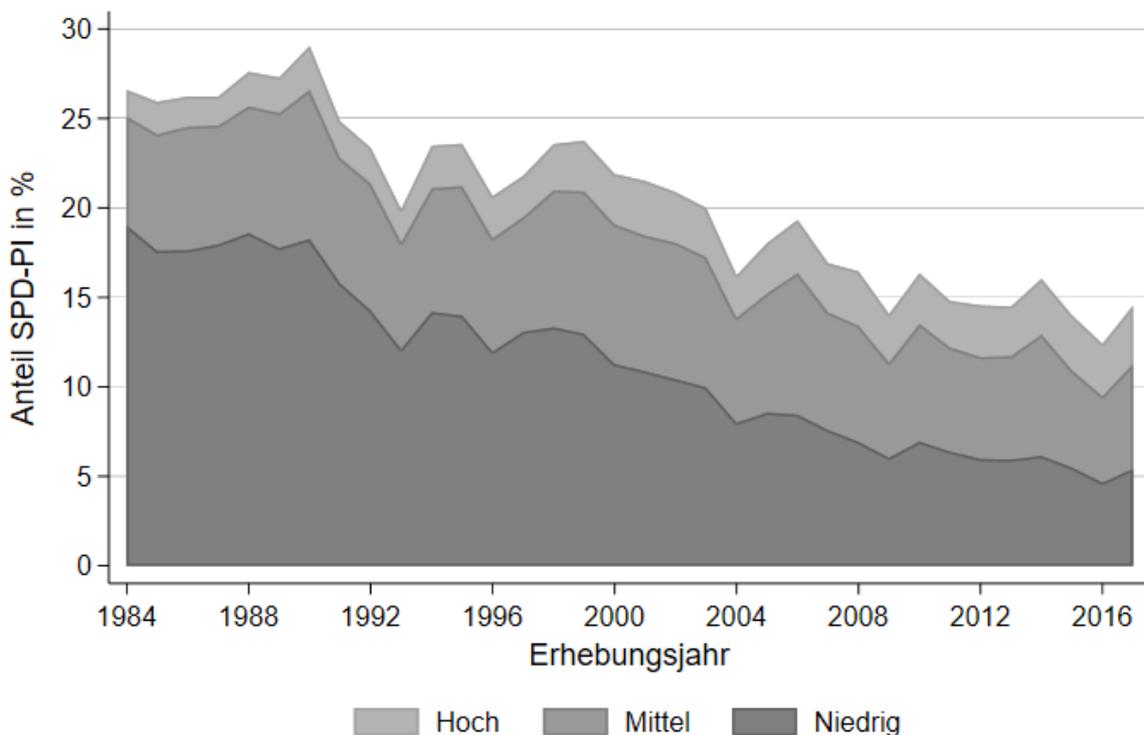


Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

Beide Zeitreihen weisen die Gemeinsamkeit auf, dass jeweils die Gruppe der Mittelgebildeten, also Menschen mit Abitur oder Realschulabschluss, aber ohne tertiäre Bildung, den niedrigsten Anteil an Menschen mit SPD-Bindung aufweist. Das überrascht möglicherweise auf den ersten

Blick, weil konventionell angenommen wird, dass der SPD die Gruppe der Mittelgebildeten, die beispielsweise als Facharbeiter oder einfache Angestellte arbeitet (siehe unten), näher ist als die der Hochgebildeten. Ein Blick auf die Abbildungen 4.2.1.5 und 4.2.1.6 relativieren diese vermeintliche Anomalie jedoch<sup>66</sup>.

**Abb. 4.2.1.5: Anteile von SPD-Parteidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Westdeutschland, kumuliert**



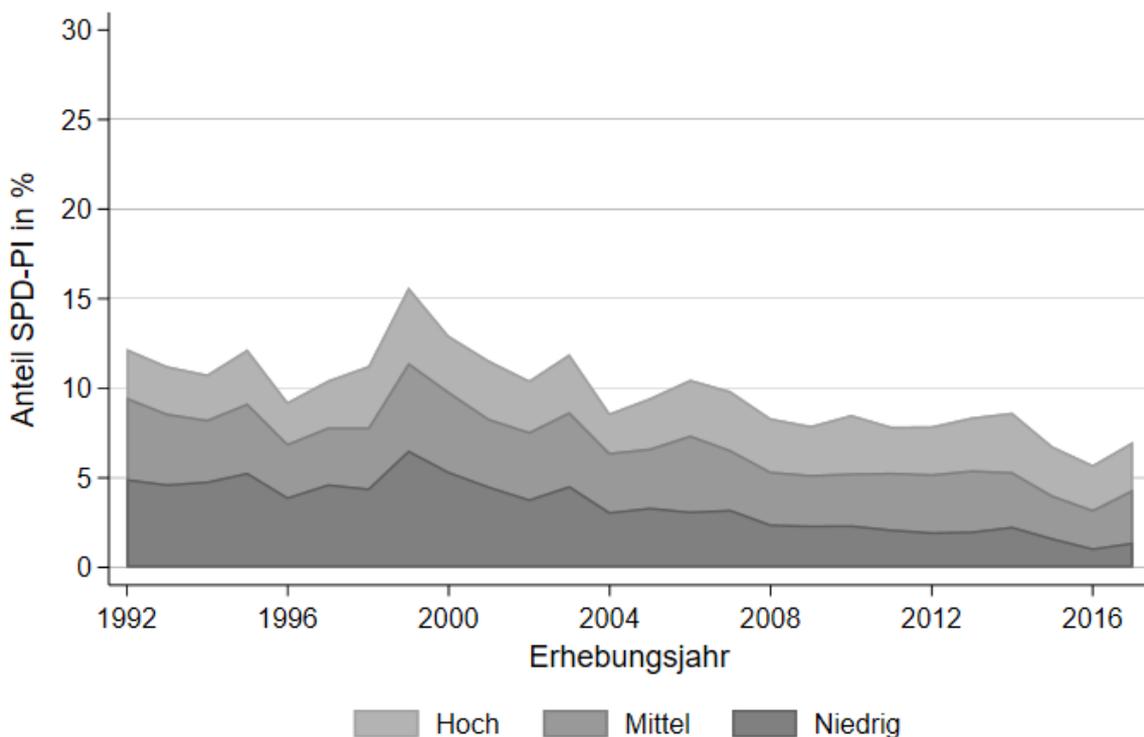
Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Sie zeigen, dass die Niedriggebildeten noch in den 1980ern mit weitem Abstand die größte Gruppe innerhalb der Menschen mit SPD-PI bildeten. Die in Abbildung 4.2.1.3 sichtbare Annäherung der Anteile an SPD-Bindungen in den drei Gruppen und die relative Verkleinerung der niedriggebildeten Gruppe lassen diese Struktur aber im Lauf der Zeit verschwinden: 2017 sind Niedriggebildete bei den SPD-Identifizierern nur noch eine Minderheit. Dagegen ist der absolute Anteil hochgebildeter Menschen mit SPD-Bindung sogar entgegen dem Trend eher größer geworden. Da zuvor sichtbar wurde, dass die SPD in dieser Gruppe relativ gesehen an Bindungen verloren hat, kann diese Beobachtung nur durch die Bildungsexpansion und einen

<sup>66</sup> Für grafische Darstellungen nur innerhalb der Gruppe mit PI siehe Anhang A4-1.

gewachsenen Anteil Hochgebildeter an der Bevölkerung erklärt werden. Tatsächlich weisen Hochgebildete relativ gesehen am seltensten eine SPD-PI auf – allerdings haben sie *insgesamt* häufiger eine Parteibindung. Bildungsabschlüsse „steigern“ also nicht per se die Wahrscheinlichkeit, eine SPD-Bindung aufzuweisen, sondern vor allem, überhaupt eine Parteiidentifikation auszubilden.

**Abb. 4.2.1.6: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in drei Bildungsgruppen in Ostdeutschland, kumuliert**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Für den Osten der Republik kann man dies allerdings nicht so leicht sagen. Hier haben alle drei Bildungsgruppen, vor allem am Ende der Beobachtungsreihe, eine ähnliche Wahrscheinlichkeit für eine SPD-Identifikation, nämlich 20 bis 25 Prozent<sup>67</sup>. Ein so klar nach Bildungsgraden geteiltes Muster der SPD-Bindungen ist aber nicht vorhanden, was dafür spricht, dass soziostrukturell geformte Parteibindungen in der „jungen Demokratie“ der Neuen Länder sich nicht in demselben Maße zeigen wie im alten Bundesgebiet. Abbildung 4.2.1.6 zeigt aber deutlich, dass auch in Ostdeutschland die Niedriggebildeten von einer vergleichsweise

<sup>67</sup> In den 1990ern war diese Wahrscheinlichkeit bei Niedriggebildeten zum Teil erheblich höher, siehe Anhang A4-2.

dominanten Position innerhalb der SPD-Gebundenen zu einer Minderheit geworden sind, hier sogar zur absolut gesehen kleinsten Gruppe. Auch hier ist das die Folge sowohl einer überproportional gesunkenen Wahrscheinlichkeit einer SPD-Bindung bei den Niedriggebildeten als auch dem relativen Schrumpfen dieser Gruppe in der Gesamtbevölkerung.

### *SPD-Parteiidentifikationen nach politischem Interesse*

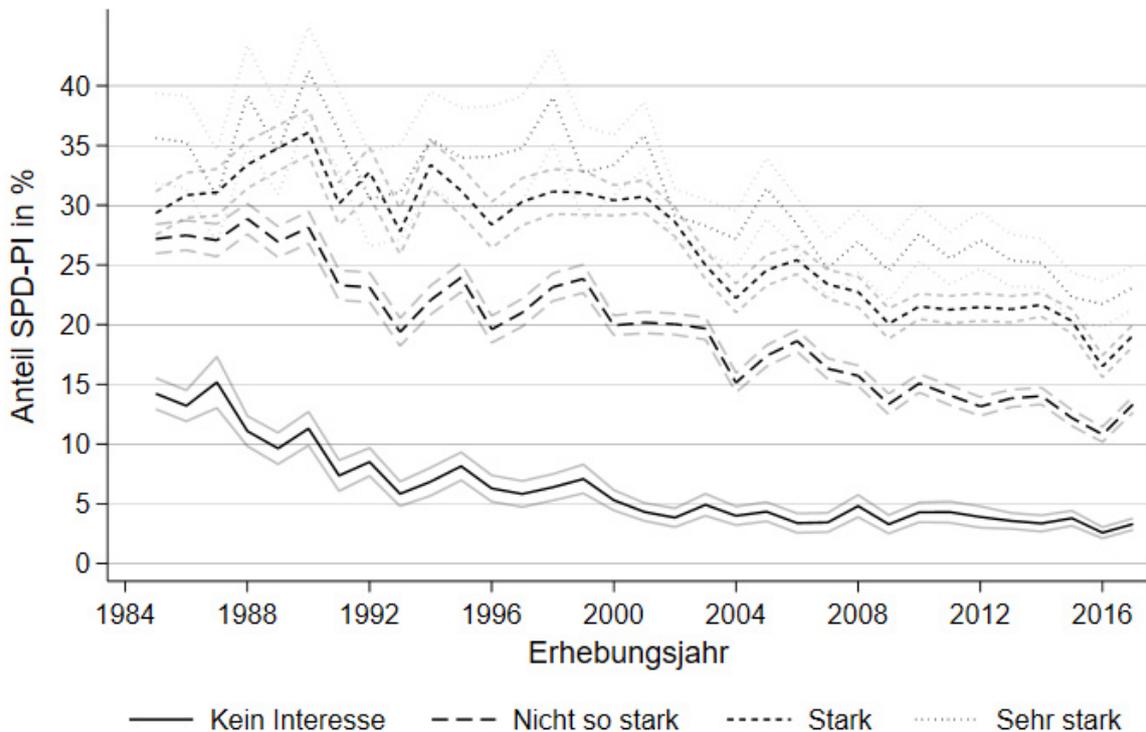
Die zweite Kategorie, die als Teil von *kognitiver Involvierung* verstanden werden kann und damit Auswirkungen auf die Entwicklung von Parteiidentifikationen haben sollte, ist das politische Interesse. Hier ist die Erwartung, dass hochinteressierte Gruppen politische Prozesse in höherem Maße wahrnehmen, besser informiert und dementsprechend auch eher bereit sind, Parteiidentifikationen auszubilden, aber auch wieder abzulegen. Niedriginteressierte sollten dementsprechend seltener Parteiidentifikationen aufweisen, sich aber weniger volatil zeigen.

Für die westdeutschen Bundesländer erfüllen sich diese Erwartungen nahezu musterhaft. Die Gruppe mit dem höchsten politischen Interesse weist auch den höchsten Anteil an SPD-Bindungen auf. Je geringer das politische Interesse ist, desto geringer fällt auch der Anteil von SPD-Bindungen aus. Das dürfte eben vor allem daran liegen, dass Menschen mit hohem politischem Interesse *generell* mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Parteiidentifikation aufweisen<sup>68</sup>. Mit höherem politischem Interesse ist zudem die Volatilität der PI höher, was sich leicht an den Ausschlägen der Kurven erkennen lässt. Dabei kann man allerdings nicht klar sagen, dass sich in der Gesamtschau unterschiedliche Entwicklungen vollziehen. Letztlich sinkt der Anteil von Menschen mit SPD-Bindung in jeder der vier Gruppen im Beobachtungszeitraum um 10 bis 15 Prozentpunkte. Lediglich die Zeiträume unterscheiden sich: Während die SPD im Gegensatz zu anderen Parteien in der Gruppe der politisch völlig Uninteressierten schon in den 1980ern an Rückhalt verliert, beginnt dieser Prozess bei stark bis sehr stark Interessierten erst um die Jahrtausendwende, dafür dann umso schneller.

---

<sup>68</sup> In beiden Populationen zeigt sich ein stark positiver, signifikanter Einfluss des politischen Interesses auf die Wahrscheinlichkeit, eine Parteiidentifikation aufzuweisen. Im Osten steigt die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von PI zwischen „Kein Interesse“ und „Interesse sehr stark“ um etwa den Faktor 30, im Westen etwa um den Faktor 27, wobei jeweils der gesamte Beobachtungszeitraum betrachtet wurde.

**Abb. 4.2.1.7: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Westdeutschland**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

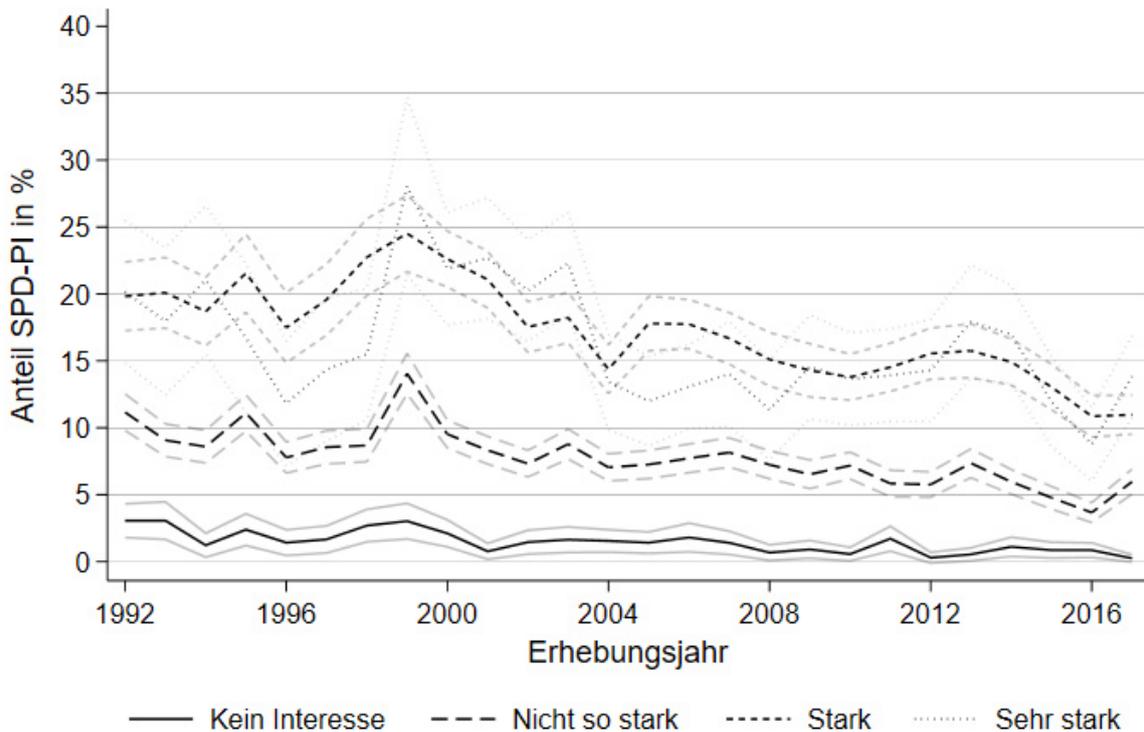
Mit einigen Einschränkungen gelten diese Beobachtungen auch für die ostdeutschen Länder. Auch hier haben höher Interessierte öfter eine Bindung an die SPD, ebenso ist die Volatilität bei sehr stark Interessierten eindeutig am höchsten. Allerdings ist die im Westen noch zu beobachtende Differenzierung zwischen „sehr stark“ und „stark“ Interessierten hier nicht mehr sichtbar und der generelle Rückgang der SPD-Bindungen ist – allerdings von wesentlich niedrigerem Niveau startend – auf etwa fünf bis zehn Prozentpunkte begrenzt. Das bedeutet auch, dass unter den politisch völlig uninteressierten Befragten quasi keine SPD-Bindungen mehr zu finden sind.

Beim Blick auf die absoluten Gruppengrößen beim politischen Interesse (Abb. 4.2.1.9.)<sup>69</sup> kann man in Westdeutschland gut erkennen, dass die Gruppe der sehr stark interessierten Menschen zwar hohe PI-Anteile aufweist, insgesamt aber eher klein ist. Bei ihr gibt es auch keine großen Veränderungen, was ihren absoluten Anteil an SPD-Bindungen angeht. Da ihre relative

<sup>69</sup> Um zu zeigen, wie die Bindungen an die SPD *relativ* zu anderen Parteien ausgeprägt waren, siehe Anhang A4-5,6.

Neigung zur SPD etwas zurückgegangen ist, kann man davon ausgehen, dass im Laufe der Zeit mehr Menschen ein großes politisches Interesse entwickelt haben.

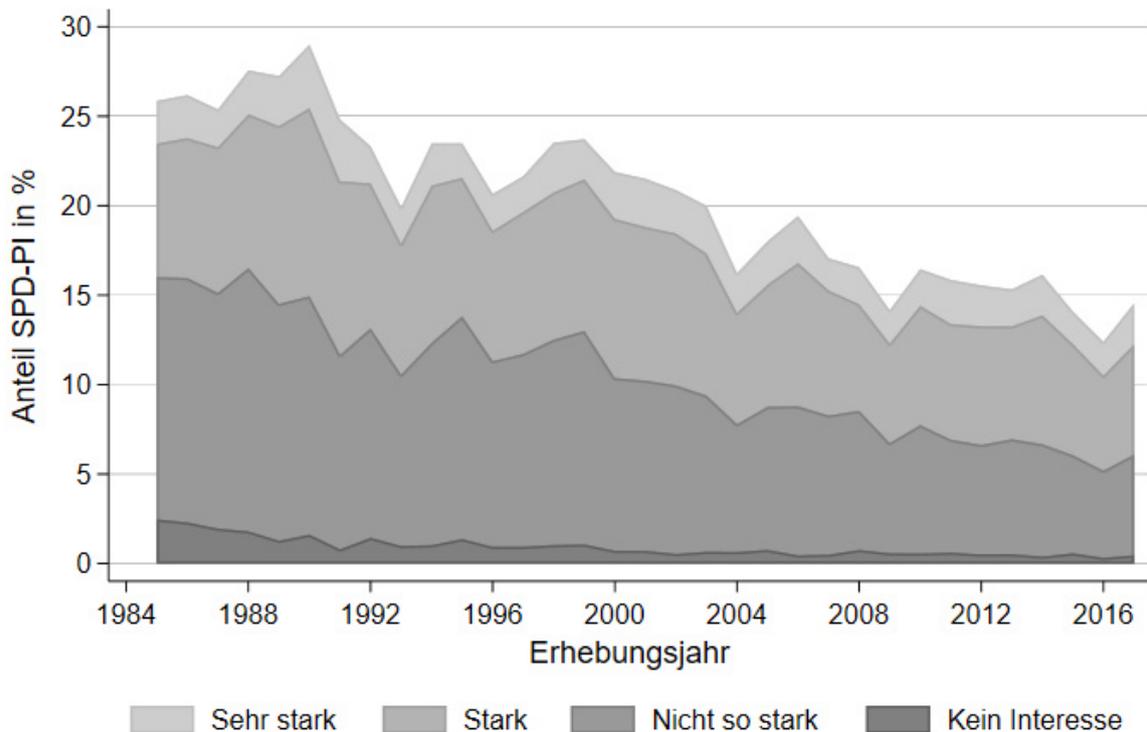
**Abb. 4.2.1.8: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Ostdeutschland**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

In den anderen Gruppen, vor allem bei den nur wenig politisch interessierten Menschen, ist dagegen ein Rückgang in den absoluten SPD-Identifikationen zu beobachten. Möglicherweise ist dies ein Effekt des bereits beschriebenen PI-Rückgangs bei Niedriggebildeten: In den Daten zeigt sich ein moderater, positiver Zusammenhang zwischen politischem Interesse und dem Bildungsniveau – eine seltenere SPD-Bindung bei Menschen mit niedriger Bildung sollte daher mit demselben Effekt bei gering Interessierten einhergehen.

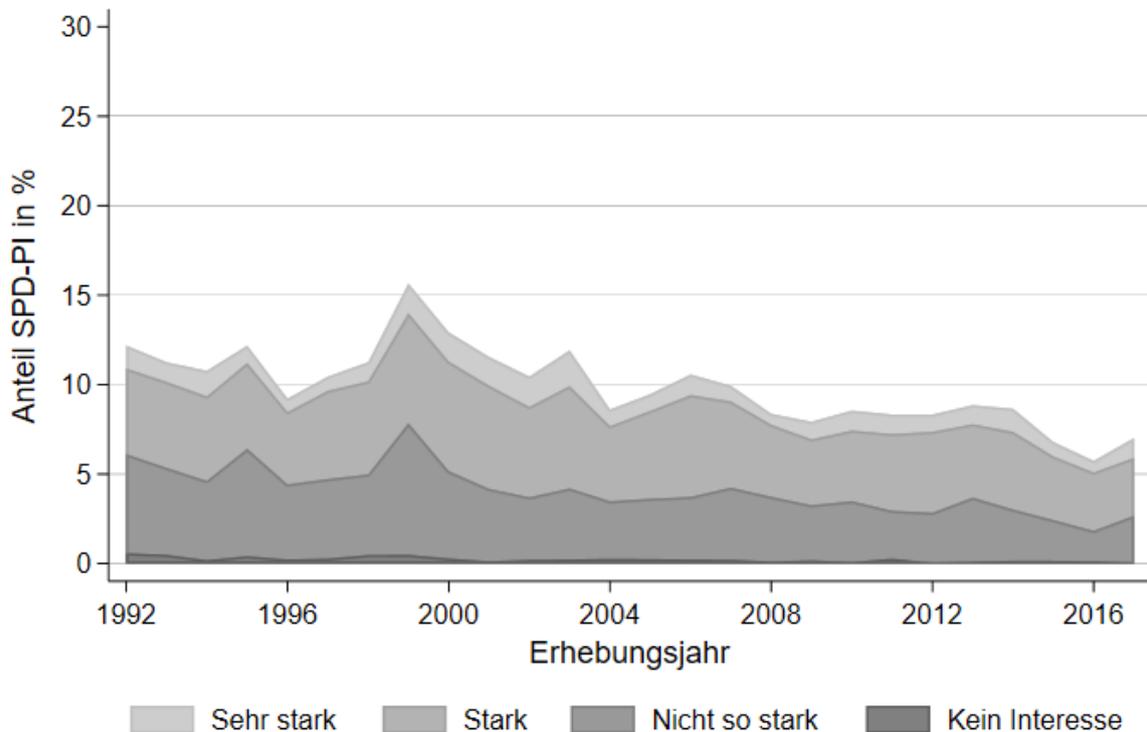
**Abb. 4.2.1.9: Anteile von SPD-Parteiidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Westdeutschland, kumuliert**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Für Ostdeutschland ist der Trend ähnlich: Der Gesamtrückgang von SPD-Bindungen ist hauptsächlich auf die Gruppe der „nicht so stark“ Interessierten zurückzuführen. So waren in den 1990ern noch etwa 6 bis 7 Prozent der Bürger in den neuen Ländern schwach interessiert und an die SPD gebunden. 2017 waren es dagegen eher 2 bis 3 Prozent. Das mag wie geringe Unterschiede anmuten, macht aber bei einem Gesamtbindungsanteil zwischen etwa sechs (2016) und 15 Prozent (1999) aber bereits die Hälfte des Rückgangs aus. Interessant ist darüber hinaus, dass es fast keine politisch Uninteressierten gibt, die sich mit der SPD identifizieren, obwohl diese Gruppe über die Zeit zwischen 12 und 20 Prozent der Ostdeutschen ausmacht (Abb. 4.2.1.10).

**Abb. 4.2.1.10: Anteile von SPD-Parteidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Ostdeutschland, kumuliert**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

#### *SPD-Parteidentifikationen nach Berufsklassen*

Die dritte Subgruppendifferenzierung nimmt die berufliche Stellung der Befragten in den Fokus. Die Berufsklasse ist dabei gleichzeitig ein Indikator für einen Teil des sozialen Umfelds als auch ein Variable, die für die wirtschaftliche Situation eine große Rolle spielt. Gemäß der makrosoziologischen Argumentation ist die soziale Stellung, insbesondere als Arbeiter, einer der wesentlichen Einflussfaktoren für das Wahlverhalten. Damit sollte sie auch für die Parteiidentifikation als eng mit dem Wahlverhalten verbundene Größe eine wichtige Rolle spielen.

Bevor die beschriebenen Subgruppen – Arbeiter, Angestellte der oberen sowie unteren Dienstklasse, einfache Dienstleister, Selbstständige und Arbeitslose – im Hinblick auf ihr Verhältnis zur SPD im Detail betrachtet werden, betrachten wir zunächst die Entwicklung der

Parteiidentifikationen nach Berufsklassen ohne parteispezifische Differenzierung<sup>70</sup>. Dabei vollzog sich die Entwicklung seit 1984 in einem weitgehend erwartbaren Muster. Die Mitglieder der „oberen Dienstklasse“, also beispielsweise leitende Angestellte, weisen den höchsten Anteil an Parteiidentifikationen auf. Dieser geht zwar im Beobachtungszeitraum von über 70 Prozent in den 1980ern auf unter 60 Prozent zurück, ist aber deutlich höher als die PI-Anteile der folgenden unteren Dienstklasse und der Selbstständigen. Am unteren Ende der Gruppeneinteilung stehen relativ konsistent Arbeiter und Erwerbslose, die 2017 nur noch einen PI-Anteil von jeweils etwa 34 Prozent aufwiesen, nachdem es in den 1980ern noch weit über 50 Prozent waren. Zwischen diesen Gruppen stehen Menschen mit einfachen Dienstleistungstätigkeiten, deren PI-Anteil von etwa 60 Prozent auf gut 40 Prozent zurückging. Dem bereits bekannten Forschungsstand entsprechend nahm in den 33 Jahren der Beobachtung die soziale Stratifizierung der Parteiidentifikation zu: Während vor der Deutschen Einheit alle Gruppen in der Verbreitung von Parteibindungen noch relativ nah beisammen lagen in der Verbreitung von Parteibindungen – zwischen höchstem und niedrigstem Wert liegen etwa 15 Prozentpunkte – wuchs diese Spreizung in den 2000ern erheblich an. Der Rückgang von Parteiidentifikationen war also in den „unteren“ sozialen Schichten größer als bei den Mitgliedern der oberen Dienstklasse. Zeitweise war die Differenz zwischen der Gruppe mit dem höchsten und dem niedrigsten PI-Anteil auf rund 30 Punkte angewachsen.

Insbesondere letzterer Trend findet sich in noch ausgeprägterer Form auch in den neuen Bundesländern wieder. Hier liegen die sechs Erwerbsgruppen 1992 noch innerhalb von 30 und 45 Prozent PI-Anteil. Inzwischen ist diese „Schere“ erheblich aufgegangen: Die Gruppe mit dem niedrigsten Anteil Parteigebundener liegt mit einigen Schwankungen etwa bei 25 Prozent Anteil, die mit dem höchsten bewegt sich um 60 Prozent. Die in Westdeutschland bereits festgestellten sozioökonomischen Muster greifen hier auf sehr ähnliche Art: Mitglieder der oberen Dienstklasse haben bei weitem den höchsten PI-Anteil, Untere Dienstklasse und Selbstständige bilden die mittleren Gruppen, während Arbeiter, Erwerbslose und in diesem Fall auch einfache Dienstleister verhältnismäßig wenige Parteibindungen zeigen.

Der große Unterschied zu Westdeutschland ist, dass hier keine generelle Tendenz der PI-Verbreitung erkennbar ist. Während in den alten Ländern alle Gruppen abnehmende Parteibindungen aufweisen – auch von 1992 aus gesehen – gilt dies in Ostdeutschland lediglich in recht geringem Ausmaß für die sozioökonomisch schwächeren Gruppen. Gerade in der

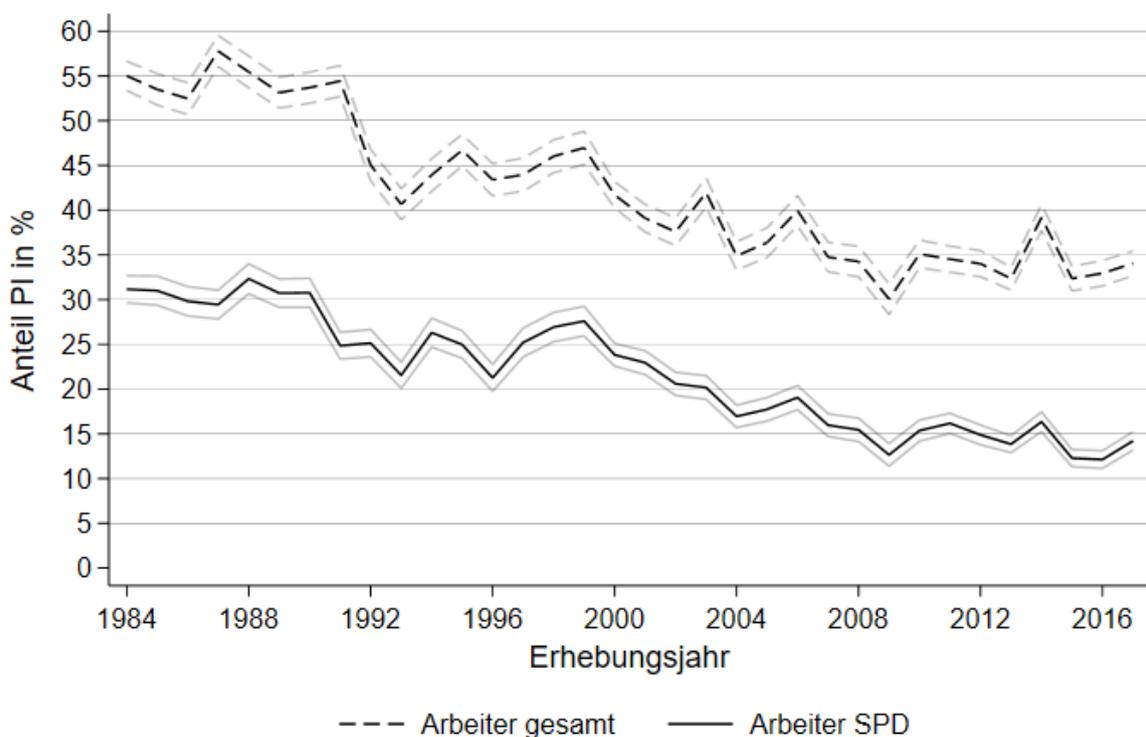
---

<sup>70</sup> Siehe Anhang A4-3 und A4-4

oberen Dienstklasse hat die Bindung an Parteien, möglicherweise als Folge der Gewöhnung an das Parteiensystem, sogar deutlich zugenommen.

Diese Darstellungen sind wichtig, um zu verstehen, was sinkende (oder steigende) Anteile von SPD-Bindungen in den einzelnen Berufsgruppen bedeuten. Sie bilden in diesem Sinne den Kontext für die folgenden Analysen. Sinkt beispielsweise der SPD-Anteil bei Arbeitern, ist das zwar für die Partei problematisch, andererseits schwächen sich Parteibindungen in dieser Gruppe generell ab, sodass andere Parteien von einer solchen Entwicklung ebenfalls nicht besonders profitieren dürften. Allerdings bedeutet ein Rückgang von SPD-Bindungen in solchen Gruppen, in denen die Partei traditionell stark verankert war, auch einen Rückgang der gesamten Parteibindungen, falls sich die Gruppe nicht anderen Parteien zuwenden sollte.

**Abb. 4.2.1.11: Anteil SPD-Parteidentifikationen bei Arbeitern in Westdeutschland**



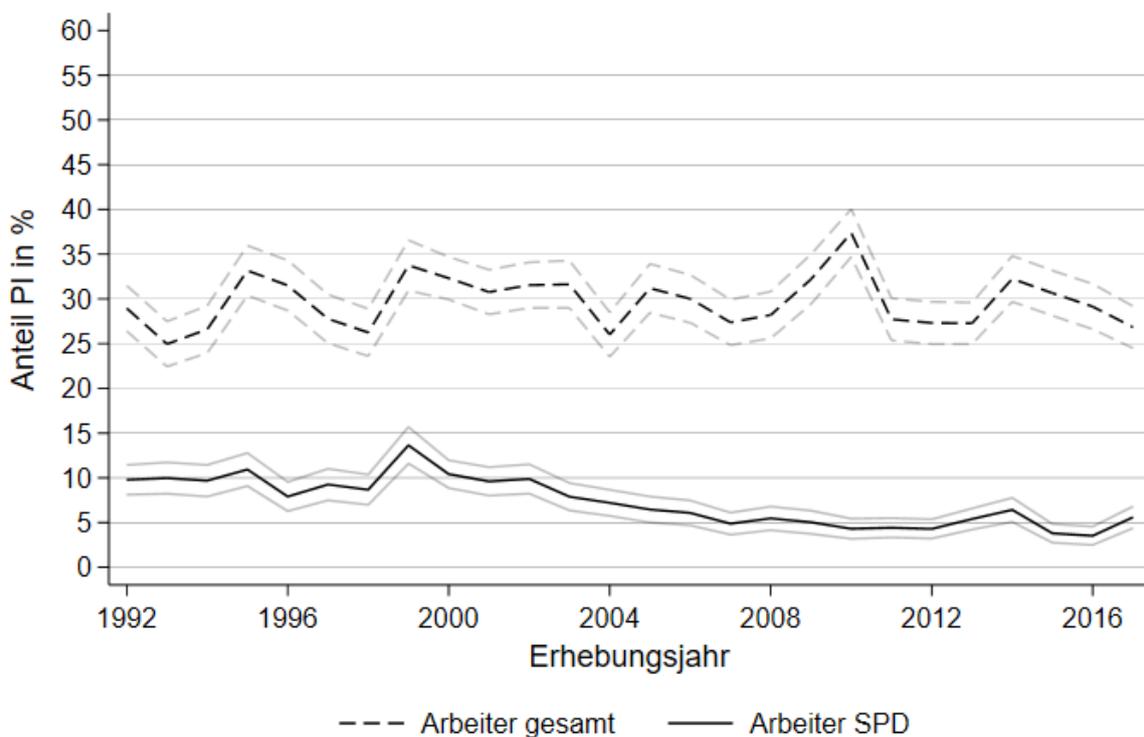
Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

Die Arbeitergruppe ist diejenige der hier betrachteten Berufsklassen, die traditionell am stärksten mit der SPD in Verbindung stehen. Sie galt lange als „Kernklientel“, also als verlässliche Wählerbasis der Partei. Deshalb soll sie und ihre Rolle als ursprünglich dominante Gruppe innerhalb der SPD-Anhängerschaft hier besonders viel Aufmerksamkeit erhalten. Es

geht dabei nicht nur um die Entwicklung von Parteibindungen innerhalb dieser Gruppe, sondern auch darum, wie sich diese auf die Zusammensetzung der Menschen mit SPD-Parteibindung auswirkt. In der Forschung (siehe Kapitel 1 und 2) wurde bereits gezeigt, dass diese Gruppe nicht nur zahlen- wie anteilmäßig kleiner wird, sondern auch ihre Bindung an die Sozialdemokraten an Stärke eingebüßt hat (Arzheimer 2016a; Elff/Roßteutscher 2016).

Die Daten für Westdeutschland (Abb. 4.2.1.11) zeigen, dass Mitte der 1980er noch etwa 30 Prozent der Arbeiter an die SPD gebunden waren. Nach zwei Phasen von deutlichen PI-Rückgängen um 1990 und mit Beginn der 2000er identifizierten sich 2004 nur noch etwa 18 Prozent der Arbeiter mit der SPD; seit 2009 sind es zwischen 11 und 16 Prozent. Unter westdeutschen Arbeitern ist also inzwischen nur noch etwa jeder Achte an die SPD gebunden, während es am Anfang der *SOEP*-Reihe noch beinahe jeder Dritte war. Diese Beobachtung deckt sich mit vorangegangenen Analysen, wo zum Teil der politische Kurs um die Jahrtausendwende mit Beschneidungen des Wohlfahrtsstaats und darauf folgenden Großen Koalitionen für eben jenes Abkoppeln der Arbeiter von der SPD verantwortlich gemacht wird (Arndt 2013; Elff/Roßteutscher 2011; 2016; Schmidt/Evans 2012).

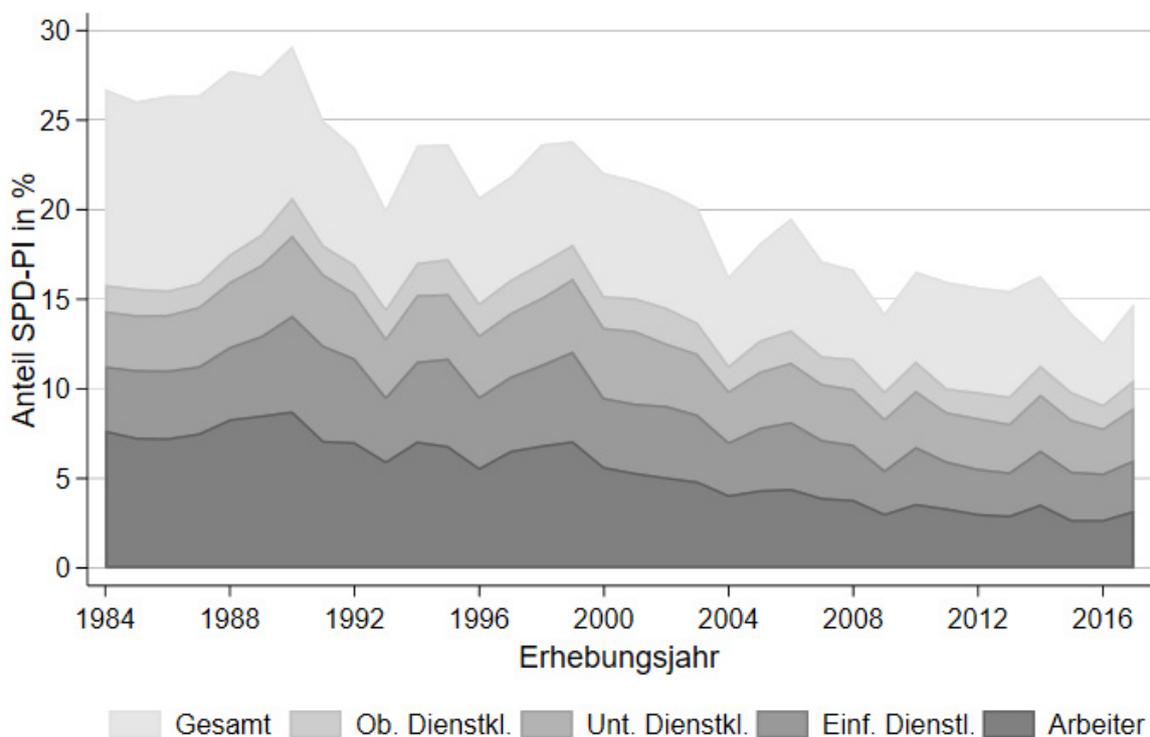
**Abb. 4.2.1.12: Anteil SPD-Parteidentifikationen bei Arbeitern in Ostdeutschland**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .

Ein ähnliches Bild kann in den neuen Bundesländern betrachtet werden. Hier kam es wie im Westen am Ende der 1990er zu einem Höhepunkt bei den SPD-Bindungen unter Arbeitern, wengleich auf wesentlich geringerem Niveau als in Westdeutschland. Parteibindungen waren allerdings auch generell bei westdeutschen Arbeitern in den 1990ern wesentlich weiter verbreitet als bei den ostdeutschen Pendanten. Tatsächlich entspricht der Anstieg 1999 um etwa fünf Punkte fast genau dem Anstieg der Parteidentifikationen *insgesamt* bei ostdeutschen Arbeitern in diesem Jahr. Darauf folgte wie im Westen eine spürbare Abkehr vieler Arbeiter von der SPD in den 2000ern, gefolgt von Schwankungen auf niedrigem Niveau.

**Abb. 4.2.1.13: Anteil SPD-Parteidentifikationen in verschiedenen Berufsklassen, Westdeutschland kumuliert**



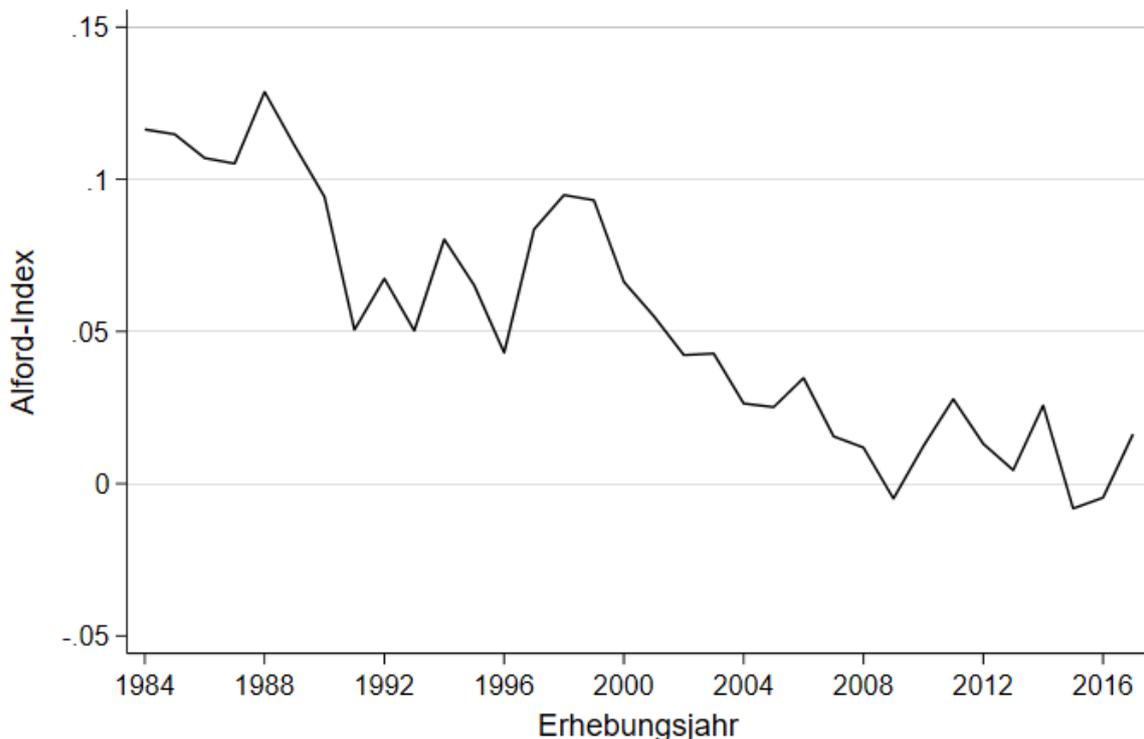
Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Ein Blick auf die anderen Erwerbsgruppen offenbart für Westdeutschland, dass sich ähnliche Entwicklungen wie bei den Arbeitern auch in jeder dieser Gruppen wiederfinden. Dabei gibt es in den 1980ern noch einige Unterschiede, insbesondere sind die sozioökonomisch schwächeren Gruppen zu höherem Anteil an die SPD gebunden. Das gilt, obwohl Parteidentifikationen generell in diesen Gruppen seltener sind<sup>71</sup> und zeigt sich vor allem bei den Erwerbslosen

<sup>71</sup> Siehe Anhang A4-3, 4

deutlich: 1988 gaben rund 40 Prozent an – und damit die große Mehrheit der Erwerbslosen mit PI – sich mit der SPD zu identifizieren. Bei den Erwerbslosen zeichnet sich daran anschließend auch die auffälligste Entwicklung ab mit zwei markanten Dealignment-Phasen um 1990 und nach der Jahrtausendwende. An deren Ende sah sich nur noch jeder zehnte Erwerbslose an die SPD gebunden.

**Abb. 4.2.1.14: Entwicklung des Alford-Index in Westdeutschland**



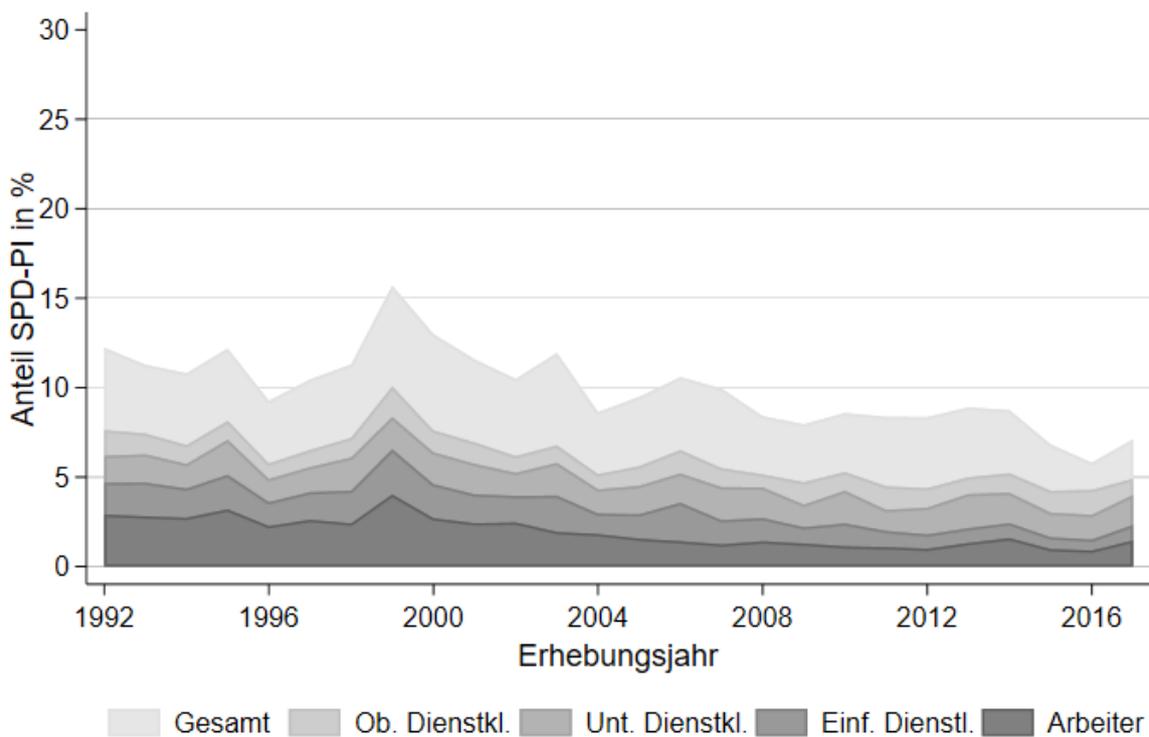
Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Die Anteile von SPD-Bindungen liefen in den anderen Erwerbsgruppen nahezu parallel. Interessanterweise liegen am Ende der Beobachtungsreihe alle Gruppen auf einem ähnlichen Anteil von SPD-Identifizierern, knapp unter 15 Prozent. Die sozialen Unterschiede in der PI-Prägung, die in den 1980ern noch erkennbar waren, sind offensichtlich geringer geworden. Das kann allerdings dadurch erklärt werden, dass Parteiidentifikationen in sozial schwächeren Gruppen generell stärker abgenommen haben<sup>72</sup>. Die SPD ist in diesen Gruppen relativ zu den anderen Parteien noch stärker verwurzelt. Dennoch muss festgehalten werden, dass die SPD in den sozial schwächeren Gruppen größere Einbußen hingenommen hat als bei bessergestellten Gruppen. Dies zeigt sich auch in der Entwicklung des Alford-Index für Westdeutschland:

<sup>72</sup> Das hat wiederum logischerweise damit zu tun, dass die Anteile der SPD-PI auch Teil der Gesamt-PI sind.

Während in den 1980ern die Bindung an die SPD bei Arbeitern etwa 12 Prozentpunkte höher lag als in anderen Erwerbsklassen, ist diese Differenz inzwischen vollständig aufgelöst (Abb. 4.2.1.14). Zusammen mit der relativen Verkleinerung der Arbeitergruppe führt der Auflösung der Gruppenunterschiede hinsichtlich ihrer SPD-PI dazu, dass die Arbeiter am Ende der Datenreihe keine dominante Position innerhalb der SPD-Gebundenen mehr innehaben (Abb. 4.2.1.13).

**Abb. 4.2.1.15: Anteil SPD-Parteidentifikationen in verschiedenen Berufsklassen, Ostdeutschland kumuliert**



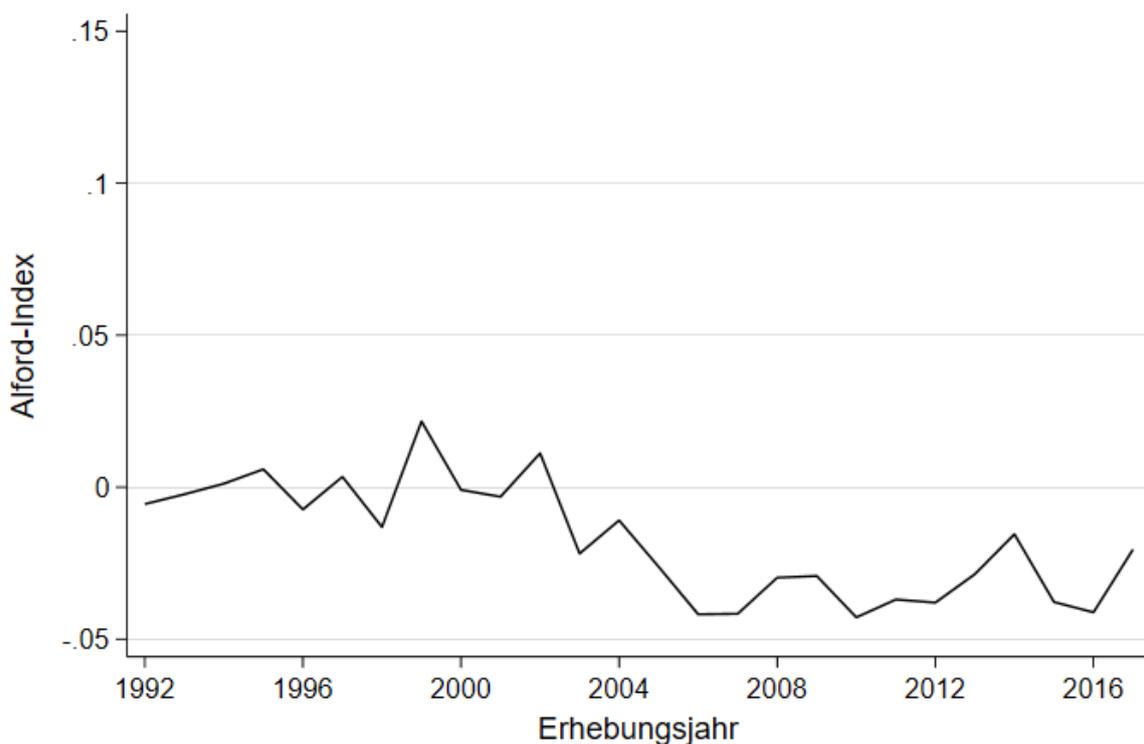
Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Da Parteiidentifikationen in Ostdeutschland außerhalb der Eliten generell nicht so verbreitet sind wie in den alten Bundesländern, liegt auch das Niveau der Bindungen an die SPD als westdeutsche Partei in allen Berufsklassen niedriger als im Westen. Sieht man von den Arbeitslosen ab, die in den neuen Ländern nie in dem Maße an die SPD gebunden waren wie in der alten Bundesrepublik, ähneln die Entwicklungen der SPD-PI stark derjenigen, die sich bei den Arbeitern schon zeigte. Auffällig ist, dass die generelle Zunahme von Parteiidentifikationen in den oberen Berufsklassen nicht der SPD zugutekommt. Bei den

Arbeitnehmern in der oberen Dienstklasse stagniert der PI-Anteil, in der unteren Dienstklasse nimmt er sogar über die Zeit eher ab.

Auch für die neuen Bundesländer wurde mithilfe des Alford-Index die Stärke des sozioökonomischen Cleavages im Zeitverlauf ermittelt (Abb. 4.2.1.16). Dabei zeigt sich, dass Arbeiter anders als in Westdeutschland nie auffällig häufig an die SPD gebunden waren. Dass Arbeiter Anfang der 1990er in Ostdeutschland die größte Gruppe innerhalb der SPD-Identifizierer stellen (Abb. 4.2.1.15), liegt folglich wohl an der Größe der Erwerbsklasse und weniger an der spezifischen Stärke der SPD in dieser Gruppe. Gleichwohl fällt auf, dass mit Beginn der 2000er die PI-Anteile für die SPD in nicht-manuellen Arbeitsbereichen sogar größer wurden als die Anteile bei den Arbeitern.

**Abb. 4.2.1.16: Entwicklung des Alford-Index in Ostdeutschland**



Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Eine Besonderheit stellt in beiden Landesteilen die Gruppe der Selbstständigen dar. Hier findet sich der in allen anderen Erwerbsklassen sichtbare Rückgang von SPD-Bindungen nicht wieder, stattdessen stagniert der Anteil dieser Bindungen mit wenigen Ausnahmen bei rund 10 Prozent (West), beziehungsweise 5 Prozent (Ost).

### *Schlussfolgerung*

Der Hypothese *H2* folgend wurde angenommen, dass die Anteile von SPD-Parteiidentifikationen nicht alle demselben, im vorigen Abschnitt festgestellten Abwärtstrend folgen. Stattdessen sollten verschiedene, nach soziostrukturellen Gesichtspunkten ausgewählte Subgruppen unterschiedliche Trendlinien zeigen, zum einen, weil die SPD zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich attraktive Angebote an unterschiedliche Gruppen machte. Zum anderen, weil für manche Gruppen etwa höhere Volatilität angenommen werden kann.

Entsprechend der Komplexität der Gruppenaufteilung lässt sich diese Hypothese nicht so eindeutig bejahen oder ablehnen. Einige generelle Trends sind jedoch feststellbar und sprechen eher für die Hypothese. So zeigt sich insbesondere in Westdeutschland, dass die Verankerung der SPD in den soziostrukturell schwächeren Gruppen – Niedriggebildete, Arbeiter, einfache Dienstleister – am stärksten abgenommen hat. In diesen Gruppen ist auch generell die Bindung an Parteien geringer geworden. Das hängt vermutlich hauptsächlich mit den nachlassenden Identifikationen mit der traditionell ihnen nahestehenden SPD zusammen. Diese Entwicklung sorgt dafür, dass die Partei inzwischen bei „bessergestellten“ Gruppen zum Teil stärker verwurzelt ist als in ihrer ursprünglichen Kernklientel, was sich insbesondere in den neuen Bundesländern manifestiert. In den alten Ländern haben sich die Gruppenunterschiede im Hinblick auf ihre Bindung an die SPD teilweise aufgelöst. Dagegen scheint das politische Interesse kein Faktor zu sein, bei dem sich speziell für die SPD Gruppenunterschiede zeigen, wengleich ihr Einfluss auf die generelle Verbreitung von Parteiidentifikationen deutlich wird: Politisch stark interessierte Menschen haben eine weit höhere Wahrscheinlichkeit, überhaupt Parteibindungen aufzubauen, entsprechend hat auch ein höherer Anteil von ihnen eine SPD-Bindung.

Zudem kann hinsichtlich der *zeitlichen* Entwicklung ein wesentlicher Unterschied festgestellt werden: Je niedriger der sozioökonomische Status der Befragten ist, desto deutlicher wird der Rückgang von SPD-Parteiidentifikationen im Zeitraum der rot-grünen Regierungszeit mit anschließender Großer Koalition von 1998 bis 2009. Dies gilt insbesondere für Arbeiter, Arbeitslose und niedrig Gebildete. Ein ähnlicher Effekt ist beispielsweise bei Mitgliedern der oberen Dienstklasse nicht in dem Ausmaß erkennbar. Der vielzitierte Einschnitt in die

Verbindung zwischen „einfachen Menschen“ und SPD etwa durch die Reformen von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat lässt sich also auch in den hier vorliegenden Daten sehen.

#### **4.2.2. Der Wandel von SPD-Parteiidentifikation in sozialen Gruppen: Empirische Zusammenhänge von Sozialstruktur und der Stabilität von Parteibindungen**

Während im vorangegangenen Kapitel der Fokus auf der reinen *Verteilung* von Parteiidentifikationen mit der SPD in verschiedenen sozialen Gruppen lag, wird nun stärker auf die individuelle Stabilität von Parteibindungen eingegangen. Darüber hinaus wird die Neuaufnahme von SPD-Bindungen betrachtet. Dabei spielen zeitliche Vergleiche eine Rolle, aber auch die Frage, welche soziostrukturellen Variablen einen *Effekt* auf die Stabilität und Annahme von PI haben. Der ursprünglichen Konzeption zufolge sollte die Parteiidentifikation eine recht stabile Größe sein und nur bei größeren politischen Umwälzungen oder erheblicher Unzufriedenheit mit dem Verhalten der „eigenen“ Partei und ihrer Vertreter verloren gehen. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Verlust der eigenen PI in der Regel nicht erfolgt, weil andere Parteien attraktiver erscheinen und dementsprechend eine Neuorientierung zu diesen stattfindet. Vielmehr sollte nach dem Ablegen der PI zumindest für einige Zeit entweder keine neue PI angenommen werden oder sogar die alte wieder angenommen werden.

Für die Zeit vor 1992 können hierfür nur die Daten aus Westdeutschland betrachtet werden (Tabelle 4.2.2.1). Hier lässt sich erkennen, was auch in früheren Studien bereits deutlich wurde (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 598–99): In jedem Jahr dieses Zeitraums legten zwischen etwa 14 und 24 Prozent der Menschen mit SPD-Bindung diese ab. Das ist im Hinblick auf die theoretische Annahme, dass Parteiidentifikationen individuell gesehen stabil sein sollten, recht viel. Der Mittelwert liegt hier bei 18,8 Prozent – der stabile Kern von Parteianhängern ist also womöglich deutlich kleiner als es das aggregierte Niveau vermuten lässt. Das gilt bereits in einer Periode, in der die SPD-Identifikationen noch im Aggregat auf hohem Niveau stabil waren. Deutlich herausstechend ist der Rückgang von SPD-Bindungen kurz nach der Wiedervereinigung, der in Kapitel 4.2.1. bereits deutlich erkennbar war.

Zusätzlich wird in Tabelle 4.2.2.1 gezeigt, wie viele der Menschen mit abgelegter SPD-PI sofort eine Bindung an eine andere Partei aufwiesen. Diesen Daten zufolge wendeten sich die Menschen zum größten Teil zunächst keiner neuen Partei zu: Zwischen 1985 und 1992 hatten

im Mittel lediglich 21,3 Prozent der Befragten, welche ihre SPD-PI abgelegt hatten, direkt eine neue Parteibindung.

**Tabelle 4.2.2.1: Anteile abgelegter SPD-Parteidentifikation und neu angenommener Parteidentifikationen, Westdeutschland (in %), 1985-1992**

Jahr	Anteil PI abgelegt	Davon neue PI
1985	22,0	17,3
1986	19,2	17,8
1987	19,1	33,5
1988	14,3	16,5
1989	17,6	20,4
1990	15,1	23,0
1991	23,7	23,4
1992	19,3	16,8
$\bar{x}$ <sup>73</sup>	18,8	21,3

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Da seit 1992 auch für ostdeutsche Befragte die Parteidentifikation im *SOEP* gemessen wurde, wird ab dem Folgejahr auch eine Messung von PI-Stabilität möglich (siehe Tabelle 4.2.2.2). Wie dies in der Forschung (Rattinger 1994) zuvor bereits erwartet wurde, sind die Parteibindungen an die SPD in den neuen Ländern zunächst nicht so stabil wie in Westdeutschland, wohl vor allem weil die Dauer und Stärke von Parteidentifikationen positiv korrelieren (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 594) und Ostdeutsche dem Parteiensystem noch nicht so lange ausgesetzt waren. Am Beginn der Messreihe legten jeweils rund 30 Prozent der Parteianhänger ihre Bindung ab. Dieser Anteil sank im Laufe der 1990er und frühen 2000er zunächst auf etwa 20 Prozent pro Jahr ab. Der Mittelwert über alle beobachteten Jahre hinweg liegt bei 24,4 Prozent. Langfristig bewegt sich die Quote der PI-Aussteiger auch weiterhin in diesem Bereich. Es gibt allerdings einige bemerkenswerte Ausschläge nach oben: Dies gilt insbesondere für die frühen 2000er, wo sich innerhalb von vier Jahren dreimal zwischen 28 und 37 Prozent der SPD-Gebundenen von der Partei abwandten. Dies ist möglicherweise als Reaktion auf die Agenda-Reformen in diesen Jahren zurückzuführen (Arndt 2013; Schmidt/Evans 2012). Ein kausaler Nachweis für einen Effekt, der von einer Policy-Bewertung

<sup>73</sup> Mittelwerte auf Individualebene, nicht auf Jahre bezogen. Fallzahl ist nicht konstant.

ausgeht, ist aber anhand der vorliegenden Daten nicht möglich. Auch während der zweiten und dritten Großen Koalition gab es jeweils mehrjährige Phasen, in denen überdurchschnittlich viele SPD-Identifizierer ihre Bindung aufgaben.

Für den alten Teil der Bundesrepublik setzt sich in den 1990ern weitgehend die Beobachtung fort, die auch vor der Wiedervereinigung schon zutraf. Jedes Jahr legt demzufolge ein Teil der Befragten mit SPD-Bindung ihre Parteiidentifikation ab, wobei dieser Anteil in den 1990ern in einem ähnlichen Bereich liegt wie in den 1980ern. Abweichungen davon – nach oben wie nach unten – bleiben auf einzelne Jahre beschränkt. Ab 2001 ändert sich dieses Bild ein wenig. Während Jahre, in denen 20 Prozent oder mehr ihre SPD-Bindung ablegten, vorher noch eine Ausnahmeerscheinung waren, sind sie in den 2000ern eher die Regel. Deutlich wird das etwa in den „Agenda-Jahren“ 2003 und 2004, als jeweils etwa jeder vierte SPD-Anhänger seine Identifikation mit der Partei aufgab. Natürlich werden diese Abgänge teilweise wieder ausgeglichen, was sich auch in Kapitel 4.2.1. bei der Betrachtung von Anteilen der SPD-PI im Westen zeigt. Dennoch fällt in diese Zeit generell ein spürbarer Rückgang von SPD-Bindungen in der Bevölkerung. In den letzten Jahren der zweiten Großen Koalition auf Bundesebene wiederholt sich dieses Muster. Die für die Partei elektoral verhältnismäßig erfolgreiche Zeit in der Opposition von 2009 bis 2013 ging dagegen auch mit einem geringeren Verlust von bestehenden Parteibindungen einher, allerdings eben nur so lange die SPD auf der Bundesebene in der Oppositionsrolle war. Mit dem Regierungseintritt als Juniorpartner in der dritten Großen Koalition 2013 wuchs der Anteil der „untreuen“ Identifizierer zumindest zeitweise wieder an.

In beiden Landesteilen sind die SPD-Bindungen also einigermaßen stabil, auch wenn durchschnittlich etwa zwischen 20 (Westen) und 25 (Osten) Prozent der SPD-Anhänger pro Jahr ihre PI verlieren. Man kann davon ausgehen, dass vor allem Menschen ohne eine längere PI-Biografie einen Großteil dieser Gruppe stellen, was allerdings im Umkehrschluss heißt, dass (SPD)-Identifikationen bei weitem nicht alle langfristig stabil sind. Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006: 597) gehen dabei davon aus, dass Parteibindungen, die nur kurz gehalten werden, von kurzfristigen Präferenzen beeinträchtigt sind. Gleichzeitig fallen mehrere Zeitabschnitte auf, in denen die Gruppe der PI-Ableger auffällig groß ist und zwar unabhängig vom Befragungsgebiet. Das gilt insbesondere für die Zeit der zweiten rot-grünen Regierung von 2002 bis 2005. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war 2004, als bundesweit 29,7 Prozent der Menschen mit SPD-Bindung ebenjene ablegten. Auch im Kontext der späteren Großen Koalitionen wiederholte sich dieses Muster in ähnlicher Form: Hierfür sind 2007 (26,8 Prozent) und 2015 (25,9 Prozent) besonders auffällige Beispiele.

**Tabelle 4.2.2.2: Anteile abgelegter SPD-Parteiidentifikation und neu angenommener Parteiidentifikationen (in %), 1993-2017**

Jahr	West		Ost	
	Anteil PI abgelegt	Davon neue PI	Anteil PI abgelegt	Davon neue PI
1993	25,7	16,6	29,6	18,1
1994	13,2	20,4	31,0	18,6
1995	17,0	24,6	22,8	18,9
1996	22,8	16,6	25,7	16,3
1997	16,5	17,4	21,2	13,1
1998	13,3	18,1	20,6	17,0
1999	18,6	20,4	19,1	32,6
2000	10,0	13,3	20,5	16,8
2001	20,8	13,3	29,3	15,3
2002	19,4	13,5	28,1	22,3
2003	22,5	24,9	17,9	25,8
2004	28,5	14,9	37,3	13,0
2005	15,7	17,2	19,0	20,7
2006	16,9	23,2	20,3	27,2
2007	26,5	20,0	27,5	8,4
2008	22,0	18,1	26,8	32,2
2009	25,5	23,1	26,2	19,4
2010	16,6	32,2	16,8	25,1
2011	18,6	23,0	21,2	19,5
2012	18,2	21,1	21,2	13,4
2013	17,8	28,7	17,7	20,9
2014	16,0	31,2	18,7	26,6
2015	25,3	17,9	30,0	25,1
2016	24,6	29,1	29,7	20,9
2017	14,9	22,9	13,3	31,9
$\bar{x}$	19,4	20,3	24,4	19,7

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

## Schlussfolgerung

Ähnlich wie vor der Wiedervereinigung lässt sich für Westdeutschland auch im Zeitraum nach der Einheit beobachten, dass abgelegte Parteiidentifikationen mit der SPD bei der großen Mehrheit nicht direkt ersetzt werden. Tatsächlich sinkt dieser Anteil im Vergleich zu den 1980ern zunächst noch weiter ab. Erst ab 2006 stieg der Anteil der Menschen, die sich anderen Parteien zuwendeten, relativ deutlich an. Für die neuen Bundesländer gilt dieser Befund ebenfalls, auch hier nahm nur etwa jeder Fünfte ehemalige SPD-Anhänger sofort eine neue Parteibindung an. Somit bleibt festzuhalten, dass Parteiidentifikationen über den ganzen Beobachtungszeitraum hinweg signifikant häufiger nur abgelegt als durch die Hinwendung zu anderen Parteien ersetzt werden (Tabelle 4.2.2.3). Die dritte Hypothese (*H3*), der zufolge Menschen nach Ablegen ihrer Parteibindung eher unabhängig als anderen Parteien zugewandt sind, kann somit für den untersuchten Zeitraum bestätigt werden.

**Tabelle 4.2.2.3: Durchschnittlicher Anteil neu angenommener Parteiidentifikationen mit t-Test, 1985-2017**

Zeitraum	West		Ost	
	$\bar{x}$ neue PI (%)	$t_{\bar{x}=0,5}$	$\bar{x}$ neue PI (%)	$t_{\bar{x}=0,5}$
1985-1992	21,3	-49,92*		
1993-1998	18,6	-46,77*	17,3	-26,24*
1999-2005	17,1	-61,98*	20,0	-28,30*
2006-2017	23,6	-52,70*	21,7	-25,39*
Gesamt	20,6	~ -110,00*	19,7 <sup>1</sup>	-45,54*

\*:  $p < 0,001$ . Gewichtung im t-Test nicht möglich, Testgröße daher auf Basis ungewichteter Daten.

<sup>1</sup> Mittelwert in Ostdeutschland nur für den Zeitraum ab 1993.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

## Stabilität und Neuannahme von SPD-Parteiidentifikationen nach sozialen Gruppen

Abschließend wird untersucht, wie sich die Stabilität von SPD-Bindungen in verschiedenen sozialen Gruppen während der zuvor bereits betrachteten vier Zeiträume unterscheidet. Dafür wurde eine Reihe logistischer Regressionen durchgeführt, die jeweils das Ablegen einer SPD-Parteiidentifikation als abhängige Variable nutzen. Je höher ein Koeffizient ausfällt, desto wahrscheinlicher ist bei höherer Ausprägung einer unabhängigen Variablen die Aufgabe der

PI. Wie zuvor gilt, dass sich die Ergebnisse für die Zeit vor 1993 nur auf Westdeutschland beziehen. Ab 1993 wurde der Wohnort als Kontrollvariable verwendet.

Generell sind die Modelle allesamt nicht besonders gut geeignet, um die Variation der Stabilität von Parteiidentifikation zu erklären: Die (Pseudo-)Variationsaufklärung liegt bestenfalls bei etwa vier Prozent (in Modellen, die politisches Interesse beinhalten) und in einigen der Modelle auch deutlich darunter. Offensichtlich ist die Stabilität von SPD-Bindungen durch soziostrukturelle Merkmale schwer zu erfassen.

**Tabelle 4.2.2.4: Stabilität von SPD-Parteiidentifikation nach Bildungsniveaus<sup>74</sup>**

	1985-1992	1993-1998	1999-2005	2006-2017
Bildungsniveau	-0,1010** (0,0509)	-0,1083** (0,0552)	-0,3039*** (0,0396)	-0,2541*** (0,0330)
Männlich	-0,0814*** (0,0310)	-0,1592*** (0,0369)	-0,1222*** (0,0276)	-0,1618*** (0,0237)
Alter	-0,0088** (0,0010)	-0,0119*** (0,0012)	-0,0097*** (0,0009)	-0,0081*** (0,0007)
Gebiet: Westen	<sup>1</sup>	-0,4483*** (0,0469)	-0,4039*** (0,0359)	-0,2517*** (0,0328)
Intercept	-0,8888*** (0,0523)	-0,2868** (0,0827)	-0,3644*** (0,0649)	-0,5750*** (0,0581)
<i>Pseudo-R</i> <sup>2</sup>	0,0032	0,01	0,0075	0,0051
<i>n</i>	28.612	17.855	32.473	45.307

Logit-Koeffizienten. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*:  $p < 0,001$  \*\*:  $p < 0,01$  \*:  $p < 0,05$

<sup>1</sup>: Alle Fälle Westdeutsche in diesem Zeitraum.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Dies ist nicht unbedingt anders zu erwarten gewesen, denn diese Merkmale sind kausal nicht besonders nahe an der PI-Stabilität, anders als beispielsweise die Bewertung von

<sup>74</sup> Die abhängige Variable ist hier das *Ablegen* von Parteibindungen – negative Koeffizienten weisen also auf höhere Stabilität hin (siehe Kapitel 4.1.3).

Parteienperformanz. Auch Schmitt-Beck/Weick/Bernhard (2006) können bei einer verwandten Untersuchung mit weitaus mehr unabhängigen Variablen keine sehr gute Varianzaufklärung erreichen. Dazu kommt, dass die Verwendung von dichotomen Variablen wie in Tabelle 4.2.2.4 nur geringe Varianz in den unabhängigen Variablen zulässt. Hier geht es dagegen eher darum, signifikante Gruppenunterschiede zu finden.

So sind in der Untersuchung der verschiedenen Bildungsgruppen Verschiedenheiten erkennbar (Tabelle 4.2.2.4). Es fällt auf, dass Bildung in der Zeit nach 1998 ein gewichtigerer Faktor in der Erklärung von PI-Stabilität war. Verringerte ein Hochschulabschluss im Vergleich zum Hauptschulabschluss<sup>75</sup> im Zeitraum von 1993 bis 1998 die Chance, die SPD-PI abzulegen, nur um 11 Prozent, so erhöhte sich dieser Unterschied in der Folgezeit auf 26 beziehungsweise 22 Prozent. Das heißt nicht, dass Bildung eine kausale Ursache für PI-Stabilität ist. Festhalten kann man allerdings, dass Menschen mit höherem Bildungsniveau signifikant seltener ihre SPD-PI ablegten.

Nimmt man die Erwerbsklassen in den Blick, so finden sich sowohl zwischen den sozialen Gruppen als auch im zeitlichen Vergleich innerhalb der einzelnen Gruppen bemerkenswerte Unterschiede. Zunächst fällt auf, dass alle Koeffizienten positive Werte aufweisen<sup>76</sup>. In allen Gruppen und während jedes Zeitraums war also die Wahrscheinlichkeit für Mitglieder der Oberen Dienstklasse – der Referenzkategorie – für eine stabil bleibende SPD-Identifikation am größten. Die untere Dienstklasse weist dabei keine großen Unterschiede zur oberen auf. Die Chance für einen PI-Verlust ist bei den drei „unteren“ sozialen Gruppen und bei Selbstständigen generell am größten. Dabei gibt es auch einige zeitliche Variationen. So war in der Vorwendezeit die Arbeitergruppe diejenige mit den instabilsten Parteiidentifikationen. Im Vergleich zur Referenzkategorie lag die Chance für eine PI-Aufgabe unter Konstanthaltung von Geschlecht und Alter um 72 Prozent höher. Zwischen 1993 und 1998 sank dieser Unterschied auf nur noch 34 Prozent, was allerdings auch an einer höheren Abwanderungsquote in der Referenzgruppe liegen kann und nicht per se eine Stabilisierung von PI bei Arbeitern bedeuten muss. In der Zeit der SPD-Regierungsbeteiligungen am 1998 stieg der Unterschied wieder an. Ein ähnlicher Trend mit geringeren Unterschieden zur Referenzgruppe zeigt sich auch bei den einfachen Dienstleistern, mit Einschränkung auch bei den Arbeitslosen, wobei hier der Unterschied zur oberen Dienstklasse zwischen 1998 und 2005 am größten war.

---

<sup>75</sup> Oder kein Abschluss

<sup>76</sup> Einige Werte sind allerdings statistisch nicht signifikant von null verschieden.

Dieses Ergebnis ist bemerkenswert, denn es widerspricht der Vorstellung, dass Arbeiter in der Vergangenheit besonders stark an die SPD gebunden waren. Zwar bildeten Arbeiter bis in die 2000er die absolut gesehen größte Gruppe innerhalb der SPD-Identifizierer (siehe Kapitel 4.2.1), aber schon lange vorher hielten andere Gruppen wesentlich stabilere Bindungen an die Partei.

**Tabelle 4.2.2.5: Stabilität von SPD-Parteidentifikationen nach Erwerbsklassen**

	1985-1992	1993-1998	1999-2005	2006-2017
Untere	0,1788	0,0290	0,0191	0,0997*
Dienstklasse	(0,0953)	(0,0879)	(0,0738)	(0,0673)
Einfache	0,2587**	0,0552	0,1756**	0,2380***
Dienstleister	(0,0939)	(0,0865)	(0,0589)	(0,0477)
Arbeiter	0,5472***	0,2980***	0,4075***	0,3285***
	(0,0846)	(0,0779)	(0,0543)	(0,0456)
Selbstständige	0,5337***	0,4743**	0,3865***	0,3535***
	(0,1444)	(0,137)	(0,1002)	(0,0844)
Arbeitslose	0,3588**	0,2346*	0,4305***	0,3064***
	(0,1092)	(0,0984)	(0,0737)	(0,0673)
Männlich	-0,1086**	-0,1941***	-0,1604***	-0,1569***
	(0,0413)	(0,0016)	(0,0340)	(0,0290)
Alter	-0,0114***	-0,0162***	-0,0118***	-0,0083***
	(0,0015)	(0,0016)	(0,0012)	(0,001)
Gebiet:	1	-0,4608***	-0,3737***	-0,2387***
Westen		(0,0509)	(0,0407)	(0,071)
Intercept	-1,1964***	-0,2964**	-0,5986***	-0,8728***
	(0,1067)	(0,1117)	(0,0842)	(0,0375)
<i>Pseudo-R</i> <sup>2</sup>	0,0081	0,0145	0,0118	0,0062
<i>n</i>	18.021	14.577	24.627	33.962

Logit-Koeffizienten. Standardfehler in Klammern. Referenzkategorie: Obere Dienstklasse.

\*\*\*:  $p < 0,001$  \*\*:  $p < 0,01$  \*:  $p < 0,05$

<sup>1</sup>: Alle Fälle Westdeutsche in diesem Zeitraum.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Politisches Interesse ist innerhalb der hier verwendeten, abhängigen Variablen der „beste“ Prädiktor für die Stabilität von SPD-Parteiidentifikationen, was sich mit Blick auf die Koeffizienten und deren Standardfehler (Tabelle 4.2.2.6) im Vergleich zu den vorherigen Modellen zeigt. Diese Beobachtung legt nahe, dass politische Einstellungen – wie das Interesse an Politik – kausal näher an der abhängigen Variablen liegen als soziostrukturelle Merkmale. Dabei gilt generell, dass das Interesse an Politik ebenso wie Bildung (s.o.) die Parteiloyalität fördert.

Auch hier zeigen sich kleine, aber sichtbare Unterschiede im Einfluss des Interesses über den Beobachtungszeitraum: Zwischen 1993 und 2005 reduzierte ein hohes politisches Interesse im Vergleich zu niedrigem die Chance für eine PI-Aufgabe um rund 87 Prozent, vorher beziehungsweise nachher etwas weniger (rund 82 Prozent). Diese Unterschiede sind allerdings gerade im Vergleich zu den anderen unabhängigen Variablen wesentlich geringer, was auch intuitiv Sinn ergibt: Anders als bei sozialen Schichten dürfte es für Parteien schwieriger sein, bestimmte Ausprägungen von politischem Interesse gezielt anzusprechen. Das Ergebnis ist im Vergleich zu den *aggregierten* Gruppenunterschieden im vorangegangenen Kapitel auffällig, denn dort wirkten eher Gruppen mit hohem politischem Interesse weniger stabil in den Parteibindungen. Das muss jedoch kein Widerspruch sein, denn der Blick auf Aggregatdaten verrät über das Verhalten des Einzelnen nichts. Vermeintlich stabile aggregierte Parteibindungen in einer sozialen Gruppe kommen beispielsweise auch zustande, wenn große Teile jedes Jahr die PI ablegen, solange ähnlich viele Menschen sie neu anlegen.

Innerhalb der Kontrollvariablen scheint das Geschlecht die geringste Rolle zu spielen, was sich gerade im letzten Modell zeigt. Hier ist es im Gegensatz zu den ersten zwei Modellen teilweise insignifikant, was wohl eine Folge der positiven Korrelation von männlichem Geschlecht und politischem Interesse ist ( $r=0,2$ ). Alter ist dagegen in allen Modellen ein die PI stabilisierender Faktor. Ein Grund könnte sein, dass Ältere auch bereits länger bestehende und damit festere Parteibindungen aufweisen. Der Faktor Wohnort ist ebenfalls durchgehend ein relevanter Einfluss. Dabei wird deutlich, dass dies vor allem in den Jahren unmittelbar nach der Deutschen Einheit der Fall ist – möglicherweise verschwindet diese Ost-West-Differenz langfristig gesehen.

**Tabelle 4.2.2.6: Stabilität von SPD-Parteiidentifikationen nach politischem Interesse**

	1985-1992	1993-1998	1999-2005	2006-2017
Politisches Interesse	-1,7737*** (0,0671)	-2,0249*** (0,0843)	-2,0472*** (0,0621)	-1,6512*** (0,0514)
Männlich	0,1064** (0,0329)	0,0338 (0,0384)	0,0765** (0,0287)	-0,0036 (0,0245)
Alter	-0,007*** (0,001)	-0,0095*** (-0,0012)	-0,0054*** (0,0009)	-0,0046*** (0,0007)
Gebiet: Westen	<sup>1</sup>	-0,482*** (0,0384)	-0,4217*** (0,0361)	-0,2491*** (0,0329)
Intercept	-0,365*** (0,0538)	0,38*** (0,08)	0,2050** (0,0626)	-0,1182* (0,0551)
<i>Mc Fadden's Pseudo-R<sup>2</sup></i>	0,033	0,0441	0,0417	0,0282
<i>n</i>	24.665	17.824	32.432	45.262

Logit-Koeffizienten. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*:  $p < 0,001$  \*\*:  $p < 0,01$  \*:  $p < 0,05$

<sup>1</sup>: Alle Fälle Westdeutsche in diesem Zeitraum.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Auch die Einflüsse auf die (Neu-)Annahme von SPD-Parteiidentifikationen sollen als Gegenstück zur PI-Stabilität überblicksweise betrachtet werden (Tabellen 4.2.2.7-4.2.2.9). Dabei wird beim Bildungsniveau deutlich, dass höhere Bildung die Wahrscheinlichkeit für eine neu ausgebildete Parteibindung eher verringert. Dies könnte jedoch auch daran liegen, dass höhere Bildung ein stabilisierender Faktor in der Dynamik von Parteiidentifikationen ist – mit hoher Bildung wird also sowohl seltener die PI abgelegt wie angenommen. Unterschiede zwischen den Zeiträumen lassen sich nicht offenkundig feststellen.

Im Hinblick auf die Erwerbsklassen sind die Unterschiede sowohl zwischen den Klassen als auch zwischen den Zeiträumen deutlicher. Gerade für die Arbeiter, Arbeitslosen und einfachen Dienstleister wird gut deutlich, dass sich diese in den späteren Beobachtungszeiträumen nicht mehr so stark von der Referenzkategorie unterscheiden wie noch am Anfang der Reihe. Dort war es für sie noch deutlich wahrscheinlicher, eine neue Parteiidentifikation anzunehmen. Dass diese Gruppen aber nach wie vor mit erhöhter Wahrscheinlichkeit ihre PI ablegen erklärt, wieso bei ihnen der Anteil an Parteibindungen (an die SPD) seit einiger Zeit zurückgeht. Interessant

ist zudem, dass Selbstständige hier eine niedrigere Wahrscheinlichkeit für eine Neuannahme von SPD-Bindungen zeigen, während die „Reihenfolge“ der Erwerbsgruppen in allen anderen Regressionen weitgehend stabil bleibt. Sie sind offenbar die Gruppe, die am wenigsten geneigt ist, sich an die SPD zu binden, und zwar über den gesamten Zeitraum hinweg.

**Tabelle 4.2.2.7: Wahrscheinlichkeit der Annahme von SPD-Parteidentifikation nach Bildungsniveau**

	1985-1992	1993-1998	1999-2005	2006-2017
Bildungsniveau	-0,2111*** (0,0446)	-0,239*** (0,0507)	-0,2052*** (0,0379)	-0,2029*** (0,0309)
Männlich	0,1967** (0,0283)	0,2448*** (0,0336)	0,0765** (0,0264)	0,0419 (0,0224)
Alter	-0,0016 (-0,0008)	0,0071*** (0,001)	0,0062*** (0,0008)	0,0133*** (0,0007)
Gebiet: Westen	<sup>1</sup>	0,4398*** (0,041)	0,293*** (0,0326)	0,4508*** (0,0299)
Intercept	-2,4807*** (0,0437)	-3,5289*** (0,0665)	-3,456*** (0,0536)	-4,3018*** (0,0496)
<i>Pseudo-R</i> <sup>2</sup>	0,0018	0,0093	0,0045	0,0104
<i>n</i>	72.156	69.563	126.009	243.415

Logit-Koeffizienten. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*:  $p < 0,001$  \*\*:  $p < 0,01$  \*:  $p < 0,05$

<sup>1</sup>: Alle Fälle Westdeutsche in diesem Zeitraum.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Das politische Interesse als Stratifizierungsfaktor hat durchgehend einen positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer PI-Annahme für die SPD. Die zeitlichen Unterschiede sind nicht sehr deutlich. Lediglich zwischen 1993 und 1998 ist der Unterschied zwischen den drei Gruppen etwas höher als im Rest der Zeit.

**Tabelle 4.2.2.8: Wahrscheinlichkeit der Annahme von SPD-Parteidentifikation nach Erwerbsklassen**

	1985-1992	1993-1998	1999-2005	2006-2017
Untere Dienstklasse	0,3592*** (0,0847)	0,2025* (0,0833)	0,162** (0,0578)	0,1431** (0,0629)
Einfache Dienstleister	0,476*** (0,0825)	0,2629** (0,0815)	0,2201*** (0,058)	0,1339** (0,0462)
Arbeiter	0,5467*** (0,0745)	0,2754*** (0,0735)	0,2117*** (0,0529)	0,1357** (0,0431)
Selbstständige	-0,3767** (0,1257)	-0,622*** (0,1362)	-0,47*** (0,0969)	-0,3591*** (0,0774)
Arbeitslose	0,6309*** (0,0933)	0,2729*** (0,0907)	0,1893** (0,0705)	-0,0188 (0,0629)
Männlich	0,1807*** (0,0368)	0,2245*** (0,0406)	0,0688* (0,0329)	0,0252 (0,0275)
Alter	0,0011 (0,0013)	0,0097*** (0,0013)	0,0096*** (0,0011)	0,0154*** (0,0009)
Gebiet: Westen	<sup>1</sup>	0,5214*** (0,0448)	0,3901*** (0,0371)	0,5342*** (0,0343)
Intercept	-3,0391*** (0,0938)	-3,9294*** (0,1018)	-3,8571*** (0,0793)	-4,6167*** (0,0683)
<i>Pseudo-R<sup>2</sup></i>	0,0064	0,0124		
<i>n</i>	49.722	55.334		

Logit-Koeffizienten. Standardfehler in Klammern. Referenzkategorie: Obere Dienstklasse.

\*\*\*:  $p < 0,001$  \*\*:  $p < 0,01$  \*:  $p < 0,05$

<sup>1</sup>: Alle Fälle Westdeutsche in diesem Zeitraum.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

Schließlich kann bei der Betrachtung des Achsenabschnitts in allen Modellen ein klarer Trend aufgezeigt werden: Mit fortschreitender Zeit verringert sich die „Basiswahrscheinlichkeit“, dass Menschen eine SPD-Identifikation annehmen, denn der Intercept-Koeffizient wird in allen Modellen stetig negativer. Das geschieht zudem, ohne dass die Logit-Koeffizienten positiver

würden. Die Kontrollvariablen zeigen nur wenige Auffälligkeiten. Am markantesten ist vielleicht der Gruppenunterschied zwischen Ost- und Westdeutschen, denn Westdeutsche haben eine etwa 64 Prozent höhere Chance, eine SPD-Bindung anzunehmen. Auch der sinkende Einfluss des Geschlechts zum Ende der Beobachtungen hin fällt auf. Ähnlich wie bei der PI-Stabilität könnte der Einfluss des Geschlechts in den Modellen ohne politisches Interesse durch die Korrelation des Interesses mit dem Geschlecht zusammenhängen.

**Tabelle 4.2.2.9: Wahrscheinlichkeit der Annahme von SPD-Parteidentifikation nach politischem Interesse**

	1985-1992	1993-1998	1999-2005	2006-2017
Politisches Interesse	0,7109*** (0,0526)	1,2072*** (0,0635)	0,9874*** (0,0491)	0,97*** (0,0415)
Männlich	0,0834** (0,0296)	0,0916** (0,0346)	-0,0526 (0,0272)	-0,0756** (0,023)
Alter	-0,0021* (0,0009)	0,0054*** (0,001)	0,0044*** (0,0008)	0,0112*** (0,0007)
Gebiet: Westen	<sup>1</sup>	0,4974*** (0,0406)	0,3114*** (0,0324)	0,4435*** (0,0299)
Intercept	-2,7392*** (0,0438)	-3,979*** (0,0632)	-3,8384 (0,0506)	-4,6729*** (0,0469)
<i>Mc Fadden's Pseudo-R<sup>2</sup></i>	0,0059	0,0207	0,0121	0,0173
<i>n</i>	69.815	69.360	125.669	242.823

Logit-Koeffizienten. Standardfehler in Klammern.

\*\*\*:  $p < 0,001$  \*\*:  $p < 0,01$  \*:  $p < 0,05$

<sup>1</sup>: Alle Fälle Westdeutsche in diesem Zeitraum.

Daten: Sozio-oekonomisches Panel.

### *Schlussfolgerung*

Das Ziel dieses Abschnitts war es, Unterschiede in der PI-Stabilität zwischen den untersuchten sozialen Gruppen in vorher festgelegten Zeitrahmen zu finden. Gleiches gilt für die Wahrscheinlichkeit, eine SPD-Bindung anzunehmen. Dabei gab es insgesamt mehrere

Auffälligkeiten. So zeigt sich bei der Betrachtung der Bildungsgruppen, dass ab 1998 der stabilisierende Einfluss hoher Bildung im Vergleich zu niedriger Bildung zugenommen hat. Das korrespondiert auch mit den Beobachtungen aus Kapitel 4.2.1., wo deutlich wurde, dass im Aggregat etwa ab dem Jahr 2000 niedriggebildete Befragte einen deutlichen Rückgang im Anteil von SPD-Bindungen aufweisen, gerade im Vergleich mit den höhergebildeten Gruppen. Dagegen gibt es bei den Erwerbsklassen ein weniger klares Bild: Hier zeigen Arbeiter im Vergleich zur oberen Dienstklasse eine erhöhte Instabilität zwischen 1998 und 2005<sup>77</sup>. Ähnlich wie bei den Arbeitern sah die Entwicklung bei den anderen „unteren“ Erwerbsklassen aus. Bei Selbstständigen hingegen ist die PI-Stabilität ab 1998 sogar relativ gesehen stärker geworden. Mitglieder der unteren Dienstklasse zeigen eine ähnliche Stabilität wie die der oberen. Im Hinblick auf die Neuannahmen von Parteiidentifikationen wurde deutlich, dass diese im Laufe der Zeit generell unwahrscheinlicher geworden sind und gleichzeitig der Unterschied in der Wahrscheinlichkeit für eine Neuannahme zwischen den oberen und unteren Erwerbsklassen geringer wurde.

Die Stabilität von Parteiidentifikation und die Wahrscheinlichkeit eine neue PI anzunehmen unterscheiden sich je nach Zeitabschnitt also durchaus zwischen den sozialen Gruppen. Gerade in der Zeit ab 1998 nahm dabei die soziale Stratifizierung in der Stabilität erheblich zu; Mitglieder der oberen und unteren Dienstklasse legten also deutlich seltener ihre SPD-PI ab als Arbeiter, Arbeitslose und einfache Dienstleister, die auch im Mittel über das deutlich geringere Bildungsniveau verfügen. Gleichzeitig sank bei generell abnehmendem Niveau die Gruppendifferenz bei der Annahme neuer Bindungen. Diese Beobachtungen sprechen für Hypothese 4 (*H4*), es gibt zeitliche Unterschiede in Stabilität und Neuannahme von SPD-Parteiidentifikationen ebenso wie Verschiedenheiten zwischen den Gruppen.

---

<sup>77</sup> Vor 1993 ist zwar der Koeffizient noch größer, die Grundgesamtheit aber nur westdeutsch, weshalb ein Vergleich nur bedingt möglich ist.

### 4.3. Zusammenfassung

Die Parteiidentifikation ist nach wie vor eine der zentralen Determinanten des Wahlverhaltens. Sie wird in der Forschung als eine Art Persönlichkeitsmerkmal rezipiert, das ähnlich einer Religion die Welt in Mitglieder der eigenen Gruppe und Außenstehende gliedert. Dabei erfüllt sie zusätzlich die Funktion eines Wahrnehmungsfilters, der eine Deutungshoheit – nämlich die der jeweiligen Partei – für die verschiedenen Elemente des politischen Geschehens mitliefert. Die PI ist folglich gleichzeitig identitätsstiftend und eine Entscheidungshilfe im politischen Leben, insbesondere bei der Bewertung von Kandidaten und Themen und demnach auch bei Wahlen. Im *Michigan-Modell* (Campbell et al. 1960) nimmt sie genau diese Rolle an: Zeitlich wie kausal der Wahlentscheidung und der Einstellung zu Parteien, Themen und Kandidaten vorgelagert, hat sie die wohl zentralste Position dieses Konzepts. Hinzu kommt die postulierte Stabilität der PI, die durch ihre Wirkung auf andere politische Einstellungen sich selbst verstärken sollte. Die Herkunft der PI und wodurch sie ausgeformt und beeinflusst wird, steht allerdings weniger im Fokus als ihre Wirkung.

Am Beispiel der SPD sollte in diesem Kapitel nun gezeigt werden, wie sozialstrukturelle Faktoren im Zeitverlauf die Bindung an die SPD beeinflussen können. Die Überlegung, die eigene soziale (Groß-)Gruppe, welche ja teilweise auch durch soziostrukturelle Faktoren geprägt ist, als Determinante für die PI zu verwenden, entspricht dabei eher makrosoziologischen Ansätzen der Wahlforschung (Lipset/Rokkan 1967a). Demzufolge lösen jene Faktoren ein Gruppenverhalten aus und führen zu konsistenten Wahlentscheidungen. Die Grundidee im Vorgehen in diesem Kapitel ist, dass es soziostrukturelle Variablen sind, die einen Teil des metaphorischen „Kausalitätstrichters“ im Michigan-Modell bilden, welcher zu Parteibindungen und schließlich zum Wahlverhalten führt (Raymond 2011). Die beiden Modelle werden in dem Sinne zusammengeführt, der Fokus liegt allerdings klar auf dem Einfluss der Sozialstruktur und damit auf makrosoziologischen Überlegungen.

Empirisch gesehen ist die ursprünglich angenommene PI-Stabilität relativ fragwürdig: So ist in Deutschland nur ein kleiner Teil der Bevölkerung wirklich über lange Zeit konstant an eine Partei gebunden (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 598). Die Frage, was die Stabilität, aber auch die Neuannahme der PI beeinflusst, ist also umso drängender. Eine Herangehensweise an diese Problem ist die Umdeutung der Parteibindungen zu einer kumulierten Erfahrungssumme (Fiorina 1981), wonach also eine Identifikation mit einer Partei nur eine Ansammlung positiver Erfahrungen mit dieser ist. Fest steht jedenfalls, dass es über die Primärsozialisation hinaus weitere Faktoren geben muss, die zur Verstärkung oder Abschwächung von Parteibindungen

beitragen. Diese sollten, zumindest auf der Aggregatebene, neben gesellschaftlichen Kontextfaktoren, vor allem im Verhalten der Parteien begründet liegen (Elff 2004), denn diese haben allein die Möglichkeit, durch Variation ihres Angebots verschiedene soziale Gruppen anzusprechen.

In diesem Kapitel wurde der Einfluss von Bildungsniveau, Erwerbsklasse und politischem Interesse auf die Stabilität und Neuausbildung von SPD-Bindungen untersucht. Da durch die Verwendung von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (DIW Berlin 2018a) ein relativ langer Beobachtungszeitraum möglich ist, sollten Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen, welche durch die Variablenauswahl bestimmt sind, sichtbar werden. Hierfür wurden vier Zeiträume ausgewählt, nämlich zunächst die Jahre bis 1992, als nur Westdeutsche zu ihrer Parteibindung befragt wurden; anschließend die Zeit bis zur SPD-Kanzlerschaft 1998, darauf eben jene Periode bis 2005 und abschließend der von Opposition oder Großen Koalitionen geprägte Zeitraum bis 2017, wo die Datenreihe endet. Der Vorteil des SOEP besteht darin, dass durch die Panelstruktur tatsächliche Veränderungen der Parteiidentifikation auf der Individualebene in Relation zu soziostrukturellen Merkmalen gesetzt werden können.

Das politische Angebot, welches als ein möglicher Treiber von veränderten soziostrukturellen Einflüssen auf die PI angedeutet wurde, wird hierbei über die Zeiträume hinaus nicht quantifiziert und daher nur als Kontext der Ergebnisse betrachtet. Wahlkämpfe, die ideologische Ausrichtung und einzelne Kandidatenprofile haben sicherlich einen gewissen Einfluss auf die politischen Einstellungen von Bürgern. Sie lassen sich allerdings unter Berücksichtigung der verwendeten Datenbasis nicht so einfach in die Modelle integrieren und sind zudem außerhalb des hier im Fokus stehenden Forschungsfeldes. Bei der Interpretation der Ergebnisse können Rückgriffe auf die historische Entwicklung von Parteiensystem und Parteiangeboten dennoch nützlich sein.

Die vier Hypothesen richten sich sowohl auf die allgemeine Entwicklung von Parteiidentifikationen anhand ihrer theoretischen Grundlagen als auch auf die spezielle Unterscheidung der Entwicklung zwischen den ausgewählten sozialen Gruppen und den Zeiträumen. So wird zunächst, der generellen Stabilitätshypothese der Parteibindungen folgend, angenommen, dass sich die Parteiidentifikation mit der SPD im Aggregat nur langsam verändert (*H1*). Zweitens wird unterstellt, dass es in der aggregierten PI-Entwicklung Unterschiede zwischen den untersuchten sozialen Gruppen gibt (*H2*). Dies sollte der Fall sein, weil zum einen verschiedene soziale Gruppen historische Bindungen an bestimmte Parteien

haben und zum anderen, weil das sich wandelnde Angebot der Partei in manchen Gruppen zu mehr Zustimmung oder Ablehnung führen sollte. Beide Hypothesen wurden dabei getrennt nach Ost- und Westdeutschland überprüft.

Während sich diese beiden Annahmen auf die gemittelten PI-Anteile insgesamt und in Gruppen beziehen, ist darüber hinaus auch die individuelle Stabilität von Parteibindungen sowie deren Neuannahme untersucht worden. Dabei geht die erste Hypothese davon aus, dass gemäß den Annahmen des *Michigan*-Modells abgelegte Parteibindungen zum größeren Teil nicht direkt durch Identifikationen mit anderen Parteien ersetzt wurden, sondern solche Befragte zumindest unmittelbar nach Ablegen der PI unabhängig bleiben (*H3*). Als zweites wurde genauer in die differenzierten sozialen Gruppen geschaut mit der Annahme, dass sich die Stabilität und Neuannahme von SPD-Parteidentifikationen je nach Gruppe und zwischen den oben genannten Zeiträumen unterscheidet (*H4*). Hier wurden mögliche aggregierte Ost-West-Differenzen als Kontrollvariable eingefügt, um die Niveauunterschiede bei der Parteibindung ohne Verzerrung zu integrieren.

In der Gesamtschau der PI-Entwicklung für die SPD in West- wie in Ostdeutschland wird deutlich, dass der Anteil an Menschen mit einer Bindung an die Partei bis zum Ende der Reihe im Jahr 2017 erheblich abgenommen hat – im Westen etwa um knapp die Hälfte, im Osten etwa um ein Drittel<sup>78</sup>. Dies war die Folge eines nicht völlig stetigen, aber insgesamt nur durch wenige große Veränderungen markierten Rückgangs des Anteils der Befragten, die eine SPD-Bindung aufwiesen. Dabei war diese Entwicklung in Westdeutschland bis in die 1990er Teil eines generellen *Dealignment*-Trends, während in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung keine derartige Entwicklung festzustellen war. Die erste Vermutung (*H1*) kann somit bestätigt werden, denn der Rückgang von SPD-Bindungen war zumindest ein über viele Jahre verteilter Prozess, auch wenn es einzelne Phasen mit prägnanterem PI-Rückgang ebenso wie Phasen der Konsolidierung gab.

In den einzelnen sozialen Gruppen verlief die Entwicklung differenzierter. Während man sagen kann, dass die SPD in den 1980ern noch relativ gesehen starken Zuspruch bei den sozialstrukturell schwächeren Gruppen erfuhr, änderte sich dies bis 2017 erheblich. Dies gilt sowohl für den Westen als auch besonders prägnant für die neuen Bundesländer. Inzwischen unterscheiden sich die meisten sozialen Gruppen nicht mehr besonders hinsichtlich ihrer

---

<sup>78</sup> Die Beobachtungsreihen sind allerdings auch unterschiedlich lang. In den alten Bundesländern beginnt sie 1984, in den neuen 1992.

Bindungshäufigkeit an die SPD. Dies gilt unabhängig davon, ob nach Erwerbsklasse oder Bildungsniveau<sup>79</sup> differenziert wird. Diese „Annäherung“ der sozialen Schichten ist vor allem eine Folge der PI-Entwicklung zwischen 1999 und 2009. In dieser Zeit, welche die SPD über ein Jahrzehnt an drei Bundesregierungen beteiligt war, verloren im Aggregat insbesondere große Teile der Arbeiter, Erwerbslosen und einfachen Dienstleister ihre Bindung an die SPD, während dies für die oberen sozialen Gruppen nicht in dem Ausmaß galt. In Zahlen ausgedrückt: Von 1984 bis 2017 sank in Westdeutschland der Anteil der Arbeiter mit SPD-Bindung von 31 auf 14 Prozent. In der oberen Dienstklasse sank der Anteil dagegen „nur“ von 26 auf ebenfalls 14 Prozent. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Bildungsniveaus. 1984 identifizierten sich noch gut 30 Prozent der Niedriggebildeten in Westdeutschland mit der SPD, 2017 nur noch etwa 17,5 Prozent. Bei den Menschen mit Hochschulabschluss sank der Anteil von gut 20 auf etwas über 14 Prozent. Die Beobachtungen in den neuen Bundesländern bestätigen trotz des späteren Startzeitpunkts diese Trends (siehe Kapitel 4.2.2). Insgesamt sprechen die Eindrücke aus den aggregierten PI-Anteilen der sozialen Gruppen also für die Annahme von Hypothese 2.

Der zweite Teil der Analyse befasst sich zunächst mit dem Verhalten von Menschen, die ihre Bindung an die SPD ablegen. Den Ausführungen von Miller/Shanks (1996) folgend ist die Annahme, dass eine Abschwächung oder gar Aufgabe von PI nicht ungewöhnlich, jedoch eine Neuausrichtung zu anderen Parteien unwahrscheinlich ist (*H3*). Das liegt den Autoren zufolge daran, dass die PI als Teil des eigenen Selbstbilds eher nicht durch Eintritt in eine neue Gruppe von Parteianhängern beendet wird, sondern vor allem durch Entfernung von der eigenen Gruppe. Entsprechend wurde analysiert, wie groß in jedem Jahr der Anteil von Menschen ist, die ihre PI ablegen und wie viele in dieser Gruppe sofort eine neue Parteiidentifikation angeben. Damit lässt sich also nicht nur zeigen, wie stark die SPD an andere Parteien, beziehungsweise an Unabhängige, verliert, sondern auch in welchen Zeiträumen sich hohe Raten von PI-Verlusten konzentrieren.

Aus empirischer Sicht kann diese Hypothese bestätigt werden. Zu jedem Beobachtungszeitpunkt war die Zahl derjenigen, die ohne Zeitverzögerung eine neue PI annehmen, wesentlich geringer als die Menge an Befragten, die ihre Parteibindung ersatzlos aufgaben. Nur etwa jeder Fünfte, der die SPD-PI aufgab, sah sich direkt im Anschluss an eine neue Partei gebunden. Dabei gab es zeitliche Differenzen: Während die 1990er geprägt waren

---

<sup>79</sup> Für politisches Interesse lässt sich der Zusammenhang nicht so offensichtlich feststellen, allerdings ist Interesse auch kein sozialstrukturelles Merkmal im engeren Sinne.

von im Vergleich geringen PI-Verlusten, erhöhte sich ab 1999 in der Gesamtschau der Anteil von Menschen, die ihre PI aufgaben. Ab 2006 gilt das auch für den Anteil derjenigen, die direkt eine neue PI annahmen. Beim Ost-West-Vergleich zeigt sich eine im Mittel instabilere PI bei Menschen in den neuen Bundesländern, wie das etwa von Rattinger (1994) auch erwartet wurde und theoretisch plausibel ist: Menschen in Ostdeutschland waren noch nicht so lange dem westdeutschen Parteiensystem ausgesetzt und konnten demnach auch nicht so stabile Parteibindungen aufbauen.

Abschließend wurde untersucht, ob es in der Stabilität von Parteibindungen wie in der Neuannahme von PI signifikante Unterschiede zwischen den zuvor erwähnten sozialen Gruppen und Zeiträumen gab (*H4*). Dies wurde mithilfe von logistischen Regressionsmodellen erreicht, die jeweils die Neuannahme und das Ablegen von SPD-Bindungen als zu erklärende Variable verwendeten. Der bereits in Kapitel 4.2.1 im Aggregat beobachtete Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und SPD-Bindungen sowie ihrer Stabilität konnte dabei auch auf individueller Ebene beobachtet werden. Insbesondere die Zeit nach 1999 ist hier von einem generell starken Rückgang der SPD-Identifikationen geprägt, vor allem in den sozial schwächeren Gruppen, also Niedriggebildeten und Mitgliedern der niedrigqualifizierten Erwerbsgruppen. Auch die Tatsache, dass bereits in den 1980ern in Westdeutschland die soziale Stratifikation in der Stabilität zwischen den Erwerbsgruppen bereits sehr groß war, fällt auf. In der Neuannahme von Parteiidentifikationen fand dagegen eher eine Annäherung der Gruppen statt: Während es für Arbeiter bis in die 1990er wesentlich wahrscheinlicher war, dass sie eine SPD-PI annehmen, nähert sich dieses Niveau in späteren Jahren den „oberen“ Erwerbsklassen an. Auffällig ist auch, dass generell die Annahme von SPD-Bindungen unwahrscheinlicher wurde. Die Hypothese (*H4*), dass es Unterschiede in der PI-Stabilität sowie Wahrscheinlichkeit der Neuannahme von SPD-Bindungen zwischen sozialen Gruppen und in verschiedenen Zeiträumen gab, ist folglich mit großer Wahrscheinlichkeit zutreffend.

Neue und alte Bundesländer wurden in diesem Abschnitt getrennt betrachtet. Das war zum einen aufgrund der fehlenden Daten in Ostdeutschland vor 1992 nötig, zum anderen zeigen sich strukturell große Unterschiede zwischen den beiden Regionen, welche sonst nicht sichtbar gewesen wären. Der Vergleich macht deutlich, dass Arbeiter und Niedriggebildete in Westdeutschland noch bis weit in die 1990er überproportional stark der SPD zugeneigt waren und zu weit höheren Anteilen der SPD zuneigten als andere Gruppen. Die Auflösung der Klassenstruktur in der Parteianhängerschaft vollzog sich final erst mit Beginn der 2000er. Dieses Muster ist für die neuen Bundesländer nicht so deutlich. Hier existierte von vornherein

keine deutliche Klassenstruktur innerhalb der SPD-Identifizierer. Das gilt sowohl für Berufsklassen als auch für Bildung, wo fast durchgehend Hochgebildete entsprechend ihrer generell höheren PI-Affinität die höchsten Anteile an SPD-Parteibindungen aufwiesen. Die westdeutsche Entwicklung, bei der sich Arbeiter von der Partei entfernten, fand in geringerem Ausmaß trotzdem statt und führte dazu, dass Arbeiter in den neuen Bundesländern eher unterproportional an die SPD gebunden sind.

Die SPD-Parteibindungen in Westdeutschland sind erwiesen sich insgesamt als stabiler als solche in Ostdeutschland. Das war anhand der Konzeption der Parteiidentifikation auch zu erwarten, da in den neuen Bundesländern nicht mit lange bestehenden – und damit stabileren – Parteibindungen zu rechnen ist. Entsprechend ist es auch nicht überraschend, dass im Zeitverlauf die Stabilitätsunterschiede abnehmen. Eine bemerkenswerte Beobachtung ist darüber hinaus die anhaltend geringere Neigung von Bewohnern der neuen Bundesländer, eine SPD-Bindung aufzunehmen. Die Beobachtung besteht auch unter Kontrolle für Bildung, Erwerbsklasse oder politisches Interesse. Anhand der hier gemachten Analyse lässt sich über die Ursache dafür nur spekulieren.

Die Beobachtungen in diesem Kapitel ergeben folgendes Gesamtbild: Die Parteiidentifikationen mit der SPD waren im Aggregat relativ stabil. Die Abnahme im Beobachtungszeitraum zeigt aber, dass sie über einen längeren Zeitraum erheblichen Veränderungen unterworfen werden kann. Dabei unterschieden sich verschiedene soziale Gruppen erheblich in der Entwicklung: Besonders sozial schwächere Gruppen wandten sich häufiger von der Partei ab. Zudem bestehen erhebliche regionale Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Auf der individuellen Ebene ist die scheinbare Stabilität der Aggregatebene dagegen zweifelhafter. Große Anteile der Menschen mit SPD-Identifikation lösten diese in jedem Beobachtungsjahr auf (während gleichzeitig neue entstanden), wobei auch hier große Differenzen zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Zeitpunkten bestehen.

## **5. Bedeutungswandel im klassischen Michigan-Modell? Die Entwicklung der unmittelbaren Determinanten der Wahlentscheidung für die SPD**

Die Frage, nach welchen Kriterien Wähler ihre Entscheidung treffen, steht im Mittelpunkt des sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens (siehe auch Kapitel 2.2). Im Unterschied zu soziologischen Erklärungsansätzen, die das persönliche Umfeld (Lazarsfeld/Berelson/Gaudet [1944] 1968) oder die soziale Lage (Lipset/Rokkan 1967b) als entscheidende Einflussfaktoren sehen, werden hierbei die individuellen Einstellungen als Triebfeder für politisches Handeln, insbesondere Wahlverhalten, identifiziert. Diese haben den theoretischen Vorteil, wesentlich volatiler als demografische Eigenschaften zu sein, womit sie wechselndes Wahlverhalten, so der Ansatz, besser erklären können (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 28). Das ist der Grund dafür, weshalb heute regelmäßig Wahlumfragen die Popularität von Kandidaten oder die Sachfragenkompetenz von Parteien abfragen und die Wahlchancen einer Partei auf solche Größen zurückführen (Schoen/Weins 2014: 242). Der sozialpsychologische Ansatz geht auf eine Forschergruppe der *University of Michigan* in Ann Arbor, Michigan zurück und wird dementsprechend auch als Michigan-beziehungsweise Ann Arbor-Modell bezeichnet. Die bis heute rezipierte Ausführung des Modells stammt aus dem Werk „The American Voter“ (Campbell et al. 1960), das auf einigen Vorgängerwerken mit ähnlichem Ansatz aufbaut. Die Basis der Modellerstellung waren Wählerbefragungen im Umfeld der US-Präsidentenwahlen 1952 und 1956. Erklärtes Ziel des Modells ist es dabei auch, Wahlanalysen auf eine theoretisch generalisierende Basis zu stellen, bei der die Determinanten im Wesentlichen identisch bleiben und lediglich in ihrer Ausprägung variieren (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 393).

Die Variablen, die dem Michigan-Modell zufolge das Wahlverhalten beeinflussen, sind inhärent wandelbarer als die Erklärungsfaktoren in den soziologischen Modellen. Während die sozioökonomische Situation und das soziale Umfeld von erwachsenen Individuen in der Regel nur langsamen Änderungen unterworfen sind, können sich Einstellungen zu führenden Politikern, Parteien und Themen sehr viel schneller ändern. Das liegt allein schon daran, dass Kandidaten und (saliente) Themen relativ häufig ausgetauscht werden und somit die Menschen gezwungen sind, Neubewertungen vorzunehmen. Aktuelle Nachrichtenlagen können zudem diese Faktoren beeinflussen, weshalb gerade Kandidaten- und Themenbewertungen als „kurzfristig variabel und beeinflussbar“ (Schoen/Weins 2014: 251) gelten. Dabei betonen die Autoren der Michigan-Studien wiederholt, dass sie trotz vermeintlich großer Nähe der

Erklärungsfaktoren zur Wahlentscheidung kein perfektes Modell erzeugen können und unpolitische Faktoren im Leben der Wähler (oder Nichtwähler), die bisweilen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben, außen vor bleiben müssen: Das kann etwa eine terminliche Verhinderung am Wahltag sein oder eine Beeinflussung der Entscheidung durch Arbeitgeber, Verwandte oder Partner (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 22–23). Entsprechend spielen solche Faktoren auch für die hier verwendeten Modelle keine Rolle.

In diesem Kapitel werden mit den Einstellungen zu Kandidaten und Sachfragen zwei der kurzfristig wandelbaren Faktoren zunächst im Mittelpunkt stehen. Dabei soll gezeigt werden, wie Menschen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten bestimmte Themen und Kandidaten bewertet haben und welche Kompetenzen sie der SPD und den anderen Parteien dabei zugeschrieben haben. Dafür wird als erstes der theoretische Hintergrund der Überlegung, dass diese Faktoren (mit) wahlentscheidend sind, genauer aufgezeigt (Kapitel 5.1.1). Anschließend wird gezeigt, auf welche Weise diese Variablen in den vorliegenden Forschungsdaten operationalisiert werden können (Kapitel 5.1.2). Im ersten Ergebnisteil (Kapitel 5.2) werden daraufhin deskriptiv die Entwicklungen der kurzfristig wandelbaren Variablen im sozialpsychologischen Modell mit besonderem Fokus auf die SPD betrachtet. Dem zweiten Schritt wird das Michigan-Modell in seiner Gesamtheit zugrunde gelegt: Die Parteiidentifikation, welche schon im vorhergehenden Kapitel behandelt wurde, spielt dabei wie bereits aufgezeigt eine wichtige Rolle (Kapitel 5.3). Welche Implikationen sie für das Wahlverhalten hat und welche Konsequenz eine zunehmende Ungebundenheit haben sollte, gerade im Hinblick auf die Entwicklung der SPD, wird dabei als erstes in den Blick genommen. Eine Abnahme von Parteibindungen, insbesondere an die SPD, wurde bereits in Kapitel 4 festgestellt. Den zweiten Teil bildet die empirische Analyse, in der mögliche Bedeutungsverschiebungen der Faktoren im Michigan-Modell des Wahlverhaltens im Zeitverlauf behandelt werden.

## **5.1. Wie kurzfristig wandelbare Faktoren Wahlen entscheiden**

In diesem Abschnitt stehen die kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens im Michigan-Modell im Fokus. Da die Hintergründe und zum Teil die Wirkung von Parteiidentifikation bereits in Kapitel 4 ausführlich thematisiert wurde, erfolgt die Zusammenführung von PI und kurzfristig wandelbaren Faktoren erst in Abschnitt 5.3, wo auch der Effekt der PI auf diese Faktoren besprochen wird.

Die theoretischen Hintergründe des Michigan-Modells, die bereits in Kapitel 2 behandelt wurden, werden hier aufgegriffen und das Entstehen und die Wirkungsweise der kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens genauer betrachtet. Wie in Kapitel 4 leiten sich daraus abschließend Hypothesen ab. Diese betreffen die (deskriptive) Entwicklung dieser Variablen sowie ihren Effekt auf das Wahlverhalten.

### **5.1.1. Einstellungen zu Kandidaten und Themen als letztes Entscheidungskriterium von Wählern**

Einstellungen zu politischen Akteuren und Themen sind die Triebfeder von Wahlverhalten. Diese Erkenntnis ist die Kernaussage des sozialpsychologischen Wahlmodells. Dabei wurden von den Autoren des Modells sechs Arten von politischen Einstellungen identifiziert, die gemeinsam die individuelle Wahlentscheidung determinieren: Zum einen die im vorangestellten Kapitel 4 behandelte Parteiidentifikation, welche als – zumindest theoretisch – recht stabiler Faktor eine Art Filter für die Wahrnehmung und eine Meinungsrichtlinie bildet und damit auch die weiteren Faktoren beeinflusst. Diese weiteren Faktoren sind, zum anderen, innen- und außenpolitische Sachfragenorientierungen, Kandidatenorientierungen, Einstellungen zu Parteien in Regierungsverantwortung und gruppenbezogene Einstellungen<sup>80</sup>, wobei gerade letztere möglicherweise auch ein eher langfristiger Faktor sind (Weisberg/McAdams 2009: 534–35). Sie stehen am Ende des metaphorischen „Kausalitätstrichters“ (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 23; Schultze 2012: 272), sind also im Modell letztlich ausschlaggebend für die Wahlentscheidung, die ihnen kausal unmittelbar folgt. Wann genau diese Einstellungen entstanden sind, also erst in der Kampagne oder bereits in den Vorjahren (Preißinger/Schoen 2016), ist für das Modell zunächst nicht so bedeutend.

---

<sup>80</sup> Gemeint ist die Wahrnehmung, dass eine Partei die eigene soziale Gruppe – beispielsweise ethnisch, sozial, religiös – besonders vertritt und die Gruppe diese Partei folglich unterstützt.

Das bedeutet auch, dass vermeintlich objektivere Faktoren, wie sozialstrukturelle Merkmale, dem Modell zufolge lediglich vermittelnd auf die Wahlentscheidung einwirken. Der bereits in „The Voter Decides“ (Campbell/Gurin/Miller [1954] 1971) formulierte Gedanke ist dabei, dass diese kurzfristig wandelbaren Faktoren zusammengefasst mit der PI eine Wahrscheinlichkeit ergeben, mit der ein Wähler sich für eine bestimmte Partei entscheidet. Je mehr Faktoren dabei gleichgerichtet sind, also positiv gegenüber jener Partei ausfallen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der entsprechenden Wahl. Gegenläufige Faktoren, also etwa eine PI für die eine Partei und eine Kandidatenpräferenz bei der anderen Partei, machen dagegen die Vorhersage unsicherer (Campbell et al. 1960; Schoen/Weins 2014: 244–45).

Die kurzfristigen Faktoren spielen also neben der Parteiidentifikation eine gewichtige Rolle bei der Wahlentscheidung. Das gilt insbesondere, wenn gar keine PI vorliegt, wie das inzwischen bei einem großen Teil von Wählern in Deutschland der Fall ist (siehe Kapitel 4). Die These, dass gesellschaftliche Individualisierung und die Auflösung sozialer Milieus den Einfluss von kurzfristig wandelbaren Einstellungen bei der Wahlentscheidung ansteigen lassen, wurde entsprechend bereits untersucht. Debus‘ (2012) Ergebnisse deuten allerdings nicht darauf hin, dass die Einschätzung von Kandidatenkompetenz und Problemlösungseinschätzungen in Deutschland an Bedeutung gewonnen haben. Dennoch betont auch er, dass diese Faktoren wichtig sind, lediglich ein Bedeutungszuwachs ist fraglich. In den USA ist beispielsweise sogar eher ein gegenläufiger Trend zu erkennen. Dort führt eine zunehmende Polarisierung des Parteiensystems in den letzten Jahrzehnten zu einem Einflussverlust bei den Kurzfristfaktoren, weil die meisten Menschen mehr oder weniger von vornherein festgelegt sind und nur schwer von Themen oder Kandidaten überzeugt werden können (Weisberg/McAdams 2009: 536–37).

### *Kandidatenorientierungen*

Insbesondere in jüngerer Zeit wurde der Bedeutung von (Spitzen-)Kandidaten für die Wahlentscheidung eine immer größere Bedeutung zugemessen. Im Fokus der Debatte um die sogenannte *Personalisierung* von Politik steht dabei die Frage, ob Personen in der Politik generell und bei der Wahlentscheidung an Bedeutung gewonnen haben (Rosar/Ohr 2005: 103–4). Die Gegenthese ist dabei, dass dies vor allem ein mediales Phänomen und eine der Medienlogik entstammende Beobachtung ist und sich für die Wählerinnen und Wähler selbst nicht nachweisen lässt (Wagner/Weßels 2012: 72). In diesem Abschnitt werden nachfolgend

die Wirkmechanismen beschrieben, die der Kandidatenorientierung ihre Rolle im sozialpsychologischen Wahlmodell verleihen.

Den Kandidaten wurde im Michigan-Modell bereits grundsätzlich eine mit politischen Sachfragen vergleichbare Rolle eingeräumt. Das ist aufgrund der Tatsache, dass es für US-Präsidentenwahlen entwickelt wurde, auch nicht verwunderlich, denn die Kandidaten stehen dabei völlig selbstverständlich im Fokus. Der forschungsgeschichtliche Hintergrund der Kandidatenorientierung im amerikanischen Kontext lässt dabei zunächst die Frage aufkommen, ob eine einfache Übertragung des Konzepts auf andere politische Systeme überhaupt so leicht möglich ist: Schließlich stehen in den USA die Kandidaten für die Präsidentschaft direkt zur Wahl<sup>81</sup>, während in Deutschland und vielen europäischen Demokratien Parteilisten gewählt werden. Dies führt zu einer relativ starken Abhängigkeit des Kandidatenerfolgs von der Parteipopularität. Weitere institutionelle Unterschiede sind etwa der schwache Parteiorganisationsgrad in den USA, das für ein majoritäres System typische Zweiparteiensystem sowie die strikte Trennung der Wahlvorgänge für Kongress und Präsidentenamt (Brettschneider 2001: 353; Gabriel/Vetter 1998: 507): All diese Faktoren sprechen eher dafür, dass der Personeneffekt in Deutschland nicht so stark werden kann wie in den USA. Die Kandidaten, vor allem jene für das Amt des jeweiligen Regierungschefs, stehen allerdings auch in parlamentarischen Demokratien bei Wahlen oft im Vordergrund (Schoen/Weins 2014: 295). Die Wahlkämpfe werden dabei nicht selten zu persönlichen „Duellen“<sup>82</sup> der Kandidaten erklärt. Dies gilt auch für Deutschland, wo die Parteien gerne ihre Spitzenkandidaten in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen stellen und wo, auch verglichen mit Regierungschefs in anderen Ländern, das Kanzleramt verfassungsgemäß eine exponierte Stellung im politischen System hat. Folglich wurden Bundestagswahlen in Deutschland schon in den 1960ern als „Kanzlerwahl“ tituliert und die Medienberichterstattung stark auf die Kandidaten konzentriert. Gerade letzteres hat mit dem Naturell von Fernsehberichterstattung zu tun, die sich wegen der leichteren Präsentation von Personen im Vergleich zu möglicherweise komplexen inhaltlichen Zusammenhängen vor allem auf die Kandidaten konzentriert (Brettschneider 2001: 353; Gabriel/Keil/Thaidigsmann 2009: 267–68; Gabriel/Vetter 1998: 506, 509; Schmitt 1998: 166).

Kandidatenorientierungen werden, wie von den Autoren des „American Voter“ beschrieben, zunächst stark von eventuell vorhandenen Parteibindungen beeinflusst. Wähler sehen also die

---

<sup>81</sup> Vermittelt über das sogenannte Wahlmännersystem.

<sup>82</sup> Inzwischen werden auch bei Landtagswahlen bisweilen „TV-Duelle“ ausgetragen.

Kandidaten der eigenen Partei zunächst meistens positiv (und Gegenkandidaten negativ), bevor die Wahlkampagne diese Meinung weiter formen kann. Dabei kann sich ein Kandidat eher als unabhängige Größe präsentieren um gegebenenfalls Wähler außerhalb der eigenen Basis zu rekrutieren (Somer-Topcu 2015) oder versuchen, durch sein Auftreten eben als typischer Vertreter seiner Partei und ihrer Ziele wahrgenommen zu werden. In letzterem Fall sollte die Korrelation zwischen PI und Kandidatenpräferenz dann stark bleiben oder sogar noch zunehmen. Je nach Polarisierung der Wähler und Wahlkampfverlauf fällt der Effekt solcher Versuche stärker oder schwächer aus (Schoen 2007: 325, 336).

Spitzenkandidaten haben aus mehreren Gründen eine wichtige Funktion bei der Herausbildung von Wahlentscheidungen. Nicht nur haben Wähler natürlicherweise ein Interesse daran, über das exekutive Führungspersonal entscheiden zu dürfen. Kandidaten dienen darüber hinaus der Erklärung von „häufig abstrakten und komplexen“ Sachfragen (Rosar/Ohr 2005: 103), welche durch die Kandidaten vereinfacht werden und auf eine Person reduziert werden können. Das gilt insbesondere, wenn die Kandidaten als charismatisch und vertrauenswürdig gelten. Zudem steht das Spitzenpersonal nicht zuletzt durch die Kampagnenfokussierung repräsentativ für eine Partei: Wird ein Kandidat also als kompetent empfunden, dient dies bisweilen als gedankliche Abkürzung, um die Problemlösungsfähigkeit einer ganzen Partei einzuschätzen. In diesem Sinne kann die Wahlentscheidung nach Kandidaten auch, ähnlich wie bei inhaltlichen Themen, eine Valenzwahl sein (Clarke/Whitten 2013: 446–47).

In Umfragen wird nicht nur die generelle Präferenz von Wählern erhoben, sondern häufig auch die Einschätzungen zu verschiedenen Charaktereigenschaften. Das mag auf den ersten Blick oberflächlich erscheinen oder, im Vergleich zu Sachfragen, nach unpolitischen und demokratietheoretisch fragwürdigen Entscheidungsprozessen klingen (Gabriel/Vetter 1998: 506). Empirisch ist allerdings nachgewiesen, dass derartige Urteile eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Entscheidungsfindung von Wählern spielen, was bei genauerer Betrachtung auch durchaus Sinn ergibt: Denn während die inhaltlichen Streitthemen des Wahljahres unter Umständen nur kurzlebig sind, werden Kandidaten für einen Zeitraum gewählt, über den die zukünftigen Problemfelder noch nicht abzusehen sind. Welchem Kandidaten Wähler bei noch unbekanntem, zukünftigen Issuefragen ihr Vertrauen geben, kann also mitunter eine Charakterfrage sein, denn der Charakter dürfte auch über längere Zeit stabil bleiben. In diesem Sinne vergeben Wähler eine Art generalisiertes Mandat, da sie nicht über spezielle Politikoptionen entscheiden, sondern eben über personelle Fragen. Die Frage, wem Wähler „mehr vertrauen“, ist also keine hohle Phrase. Sie beschreibt Verhalten, das vermutlich

fast jeder aus dem eigenen sozialen Kontext kennt und das sich entsprechend auch auf die politische Welt überträgt (Gabriel/Vetter 1998: 506; Rosar/Ohr 2005: 103; Schoen/Weins 2014: 293). Dies zeigt sich beispielsweise in den Ergebnissen von Laustsen/Bor (2017: 104–6), welche darauf hindeuten, dass entgegen der Lehrmeinung Wählern charakterliche Wärme bei Kandidaten manchmal wichtiger sein kann als Kompetenz. Das zeige sich den Autoren zufolge auch exemplarisch in einigen Wahlergebnissen, etwa bei den US-Präsidentenwahlen 2000 und 2016.

Welche Eigenschaften bei politischen Kandidaten wichtig sind, ist ein wichtiger Teil der Forschungstradition im sozialpsychologischen Wahlmodell. Dabei ist wichtig zu erwähnen, dass es bei Wählern kein wirklich objektives Bild der Kandidaten geben kann, und zwar aus mehreren Gründen. Zum einen ist dies eine Frage des Wahrnehmens: Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby (2008: 31–32) verwenden hierfür das Bild der Platonschen Höhlenmenschen, die oft nur „flackernde Schatten“ der Politik wahrnehmen. Niemand kann realistischere alle politischen Geschehen folgen, somit ist die Wahrnehmungsschranke ein nicht unwesentlicher Faktor in der politischen Meinungsbildung. Zum anderen weisen die Autoren aber auch darauf hin, dass selbst sensorisch identisch wahrgenommene Eindrücke unterschiedlich interpretiert werden können: „What one voter sees as decisiveness in a candidate, another voter sees as rashness.“ (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 31) Dabei herrscht keine Einheitlichkeit in der Frage, welche Dimensionen das Image eines Kandidaten definieren (Laustsen/Bor 2017). Das Spektrum von Operationalisierungen beginnt mit einfachen Dichotomien, die lediglich „Kompetenz“ und „Ehrlichkeit“ umfassen. Darin sind sowohl die inhaltliche Fähigkeit, das Amt zu bekleiden enthalten als auch eine charakterliche Eignung. Es sind aber auch erweiterte Modelle denkbar, so dass komplexere Sets von zusätzlichen Eigenschaften wie Integrität, Verlässlichkeit, Führungsstärke, Empathie oder Charisma entstehen. Der empirische Nutzen solch vielschichtiger Beschreibungen ist allerdings zweifelhaft, denn zwischen diesen Eigenschaften herrscht in der Regel eine starke Korrelation: Befragte, die einen Kandidaten generell gut oder schlecht finden, antworten mutmaßlich relativ konsistent im Hinblick auf die ihm zugeschriebenen Eigenschaften. Der spezifische Kontext zeigt allerdings, dass die Wahrnehmung einzelner Charakterzüge durchaus raschem Wandel unterworfen werden kann, etwa die Entscheidungsstärke in Zeiten außenpolitischer Krisen, wie es in George W. Bushs Präsidentschaft messbar war (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 45f., 56f.).

Der Grund dafür, dass Spitzenkandidaten im Gegensatz zu Parteiidentifikation als „kurzfristig wandelbarer Faktor“ eingestuft werden, liegt darin, dass die Bewertung von Kandidaten aus konzeptioneller Sicht wesentlich volatiler ist als die von Parteien. Als meistens schon lange bestehende Organisationen hat der Großteil der Wähler ein weitgehend verfestigtes und von der Vergangenheit geprägtes Bild von den Parteien. Kandidaten dagegen sind häufig zum Beginn von Kampagnen vielen Menschen weitgehend unbekannt und werden oft von Wahl zu Wahl ausgetauscht, so sie nicht ihr Amt verteidigen oder vorher bereits sehr präzente Figuren im politischen Geschehen waren. Und auch wenn Parteien das Image „ihrer“ Kandidaten von Beginn an prägen – vor allem für Menschen mit entsprechender Parteibindung – können die persönlichen Charakteristika, Leistungen und Verfehlungen im Amt bei Kandidaten den Blick von Wählern auf die politische Welt sehr viel rascher beeinflussen als die Partei als Organisation. Umgekehrt sind Personen in der Politik durchaus in der Lage, das Image einer Partei unter Umständen über viele Jahrzehnte mitzuprägen. Das klassische Beispiel für diese Prägung ist die Präsidentschaft von Franklin D. Roosevelt, dessen „New Deal“-Politik der Demokratischen Partei ein lange währendes Image als Partei der „kleinen Leute“ einbrachte (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 34, 50-52).

Wie bereits angedeutet findet bereits seit längerem eine Debatte statt, ob die Rolle von Kandidaten im Hinblick auf das klassische Michigan-Modell umgedeutet werden sollte, nicht nur im Sinne von Personalisierung, sondern generell unter Berücksichtigung aller Teilvariablen des Modells. Dies basiert auf der Beobachtung, dass in vielen westlichen Demokratien, möglicherweise infolge von gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen, Bildungsexpansion und zunehmender Verbreitung politischer Informationen, die Bedeutung von Parteiidentifikation im Vergleich zu kurzfristigen Determinanten des Wahlverhaltens abnimmt. Das zeigt sich auch in der Verbreitung von PI, die in Deutschland und anderen Ländern zwar noch bei einer Mehrheit vorliegt, aber längst nicht mehr so weit verbreitet ist wie in den 1970ern und zuvor. Falls das nicht bedeutet, dass das sozialpsychologische Modell schlicht an Erklärungskraft verliert, was prinzipiell auch möglich wäre, besteht also die Möglichkeit für einen Bedeutungszuwachs von Themen- und Kandidatenorientierungen. Insbesondere Issue-Wahlen wird dabei häufig als normativ wünschenswert betrachtet und stärker betrachtet, wobei kein spezifischer Grund besteht, dass eine Dominanz dessen gegenüber Kandidatenwahlen – oder anderen kurzfristigen Faktoren – vorliegen sollte (Gabriel/Vetter 1998: 508–10).

## *Bewertung politischer Sachthemen*

Der Grundgedanke von Demokratie ist genau genommen nicht so sehr, dass das Volk seine Anführer bestimmt, sondern vielmehr, dass es über die politische Gestaltung in seinem Land verfügt. Die Umsetzung politischer Forderungen ist in der Regel das, wofür Parteien gewählt werden möchten und nur wenn das Elektorat sich in der Wahlentscheidung von diesen Positionen leiten lässt, kann die Wahl als kollektiver Auftrag zur Umsetzung von *Policies* betrachtet werden. Insofern sind individuelle Einstellungen zu den sogenannten „issues“, also politischen Sachfragen<sup>83</sup>, sowohl empirisch als auch normativ ein wichtiger Faktor auf dem Weg zur Wahlentscheidung. Die im Kern stehende Idee ist, dass Wähler wahrscheinlicher für eine Partei stimmen, je näher diese an den eigenen Positionen steht (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 161; Schoen/Weins 2014: 284). Diese Vorstellung von einem „spatialen“ Modell, in dem Wähler ihre Positionen im Issue-Raum mit denen der Parteien vergleichen, geht ebenso wie die später beschriebene Valenzwahl auf Stokes (1963) zurück. Demnach betrachten Wähler also, wie weit sie thematisch von den zur Wahl stehenden Kandidaten oder Parteien stehen und entscheiden sich dann für die am nächsten stehende Alternative (Jessee 2009: 59f., 75f.). Tatsächlich zeigt sich dies auch empirisch: So legen die Ergebnisse von Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby (2008: 66–67) in ihrer Neuauflage der *American Voter*-Studie nahe, dass bei ihren Befragten die Wahlwahrscheinlichkeit für eine Partei nahezu perfekt monoton ansteigt, je besser sie eine Partei im Feld der politischen Inhalte bewerten.

Hierin liegt jedoch bereits ein wichtiger Unterschied: Nähe zu Policy-Positionen und Zustimmung zu einer Partei in Sachfragen in diesen ist nicht dasselbe. Nicht nur unterscheidet sich die Messung: In ersterem Fall muss die individuelle Position von Befragten und die wahrgenommene Parteiposition ermittelt werden, was in ähnlich wie die Kandidatenbewertungen mehrdimensional erfolgen kann (denn es gibt mehrere Politikfelder), falls nicht beispielsweise eine Links-Rechts-Heuristik als „Super-Issue“ (Meyer/Wagner 2018: 1) verwendet wird. In letzterem Fall wird dagegen ohne weitere Einordnungen ermittelt, welcher Partei der Befragte aus welchen Gründen auch immer die „beste“ Politik zutraut. Darüber hinaus gibt es auch einen wichtigen inhaltlichen Unterschied, denn während die inhaltliche Nähe zu einer Partei ein spatiales Wahlmodell aufgreift, wo eben vor allem Positionen verglichen werden, können in die Zustimmung zu einer Partei auch weitergehende Überlegungen vom Wähler einfließen. Das kann etwa der Glaube daran sein, dass eine Partei

---

<sup>83</sup> Im Michigan-Modell ist sowohl von *issues* als auch von *policy* die Rede

glaubwürdig ihre Ziele vertritt oder die Fähigkeit hat, diese umzusetzen. Dabei tritt die inhaltliche Nähe bisweilen in den Hintergrund. Diese zwei manchmal als konkurrierend eingeordneten Betrachtungsweisen des Issue-Wählens werden in der Forschung, wie bereits in Kapitel 2 beschrieben, als Valenzwahl (Stokes 1963), also Kompetenzeinschätzung von Parteien, und Spatialwahl, also Wahl nach Parteiendistanz, bezeichnet, worauf in der Folge noch weiter eingegangen werden soll (Clarke/Whitten 2013: 446–47).

Auf die Unterschiede in der Klassifikation von Issues soll noch weiter eingegangen werden, denn diese hängen entscheidend damit zusammen, wie Einstellungen zu Policy-Fragen auf die Wahlentscheidung aus theoretischer Sicht wirken. Zunächst hat die Issue-Bewertung eine temporale Komponente: Sie können retrospektiv und prospektiv betrachtet werden. Gehen Wähler retrospektiv an Sachthemen heran, bewerten sie Parteien anhand ihrer Leistung in der Zeit *vor* der Wahl. Die Wahl kann dann also als Abrechnung mit den Parteien begriffen werden, positiv wie negativ. Bei der prospektiven Herangehensweise müssen Wähler versuchen, die zukünftige Leistung von Parteien abzuschätzen. Beide Ansätze haben ihre Berechtigung – während es wesentlich leichter ist, eine Bilanz des Erlebten zu ziehen und gegebenenfalls Auswirkungen auf das eigene Leben zu bewerten, kann auf der anderen Seite auch argumentiert werden, dass erwartete Ergebnisse der Zukunft eigentlich der wichtigere Aspekt bei Wahlen sind. Die Vergangenheit lässt sich schließlich auch durch eine „Denkzettel-Wahl“ nicht mehr ändern (Schoen/Weins 2014: 286). Dass die Wähler dies tendenziell ähnlich sehen, zeigen Studien, die eine leichte Dominanz der prospektiven Kompetenzbewertung von Parteien bei der Wahlentscheidung anzeigen (García-Viñuela/Jurado/Riera 2018: 164–65; Wagner/Weßels 2011: 165f, 173-176). Beide Blickrichtungen werden entsprechend in Wahlstudien regelmäßig betrachtet (Huber 2014; Wagner 2014a; Wagner/Weßels 2011).

Der vorangestellte Absatz deutet bereits an, dass die pro- und retrospektiven Leistungsbewertungen eher im Feld von Valenzissues zu suchen sind. Sie sollen daher noch genauer beschrieben werden. Generell handelt es sich bei Valenzissues um Themen, bei denen das Ziel gesellschaftlich weitgehend unstrittig ist und als erstrebenswert gilt, also beispielsweise sichere Renten, eine saubere Umwelt oder soziale Gerechtigkeit. Lediglich der Weg zu diesen Zielen (oder die genaue Definition des Ziels) ist zwischen den Parteien umstritten. Das führt dazu, dass solche Themen letztlich nur durch Fragen der Kompetenz eine elektorale Bedeutung bekommen, in dem Sinne, dass Wähler eben die Partei mit höherer Wahrscheinlichkeit wählen, der sie eine optimale Zielerreichung am ehesten zutrauen (Clarke/Whitten 2013: 446–47; Debus 2012; Somer-Topcu 2015: 842).

*Spatial Voting* wird häufig als Gegenmodell zur Valenzwahl aufgeführt. Es lässt sich im Wesentlichen als Distanzmodell beschreiben, in dem jeder Wähler in einem Kontinuum von Themen schaut, welche Partei ihm insgesamt am nächsten steht:

„Each person evaluates the distances from his or her own point to the points for the various candidates, and selects (i.e., votes for) the candidate whose point is closest.“  
(Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 188)

Dieses Modell ist ideengeschichtlich vom *Rational Choice*-Ansatz geleitet, denn ihm liegt die Überlegung zugrunde, dass die kürzeste Distanz des Wählers zu Parteien oder Kandidaten gleichzeitig den höchsten Nutzen für ihn generiert. Empirisch gesehen liefert es in der Regel gute Ergebnisse, allerdings lässt sich die Variation von Wahlverhalten in den meisten Studien mit Valenzmodellen besser aufklären (siehe Kapitel 2). Auch die Autoren des *American Voter Revisited* geben an, dass sich die Implikationen des Distanzmodells empirisch nicht sehr gut halten lassen, etwa weil das Modell den Willen zur vollständigen Informationsbeschaffung bei Wählern voraussetzt<sup>84</sup>. Valenzissues passen zudem nicht gut in ein solches Distanzmodell, allerdings lässt sich auch argumentieren, dass diese Issues häufig Positionsfragen nach sich ziehen – eben nach dem besten Weg, ein allgemein anerkanntes Ziel zu erreichen (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 195, 198f.). Dies drückt sich mindestens implizit auch in den Michigan-Studien aus, in denen Äußerungen pro oder contra eine Partei nur in groben Themenfeldern eingeordnet werden und weniger mit spezifischen Sachfragen befasst sind (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 37ff.). Wähler orientieren sich demnach entsprechend auch stark an Politikfeldern, die von Parteien bereits im Sinne eines „issue-ownership“ besetzt und damit „leichter“ zu bewerten sind (Dejaeghere/van Erkel 2017; Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 58–59; Schmitt 1998: 166).

Wie genau können Issue-Einstellungen die Wahlentscheidung beeinflussen? Tatsache ist, dass entgegen der normativ wünschenswert erscheinenden Vorstellung, Wähler würden vor allem über die politischen Ideen abstimmen, das sogenannte Issue-Wählen nur bei einem relativ kleinen Teil der Wähler die Wahlentscheidung dominiert. Für Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby (2008: 163–64) liegt das an den Hürden, die politische Sachfragen im Gegensatz etwa zu

---

<sup>84</sup> Andererseits wäre es, von theoretischen Implikationen abgesehen, rein methodisch gesehen auch möglich, anstelle von vermeintlich objektiven Parteipositionen die individuell wahrgenommene Position von Parteien relativ zu Wählern zu messen, um diesem Problem zu entgehen. Das entspräche zudem der sozialpsychologischen Argumentation, dass allein das wahrgenommene Bild von Politik Einfluss politisches Verhalten hat.

Kandidaten überwinden müssen, um relevant zu werden<sup>85</sup>. Das erste ist die Wahrnehmungshürde: Wenn Wählern ein Thema gar nicht bewusst ist, kann es auch keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung nehmen. Hier zeigt sich erneut, dass allein subjektive Maßstäbe für die Einstellungen im sozialpsychologischen Modell gelten. Wie wichtig ein Thema objektiv sein mag, spielt in dieser Herangehensweise keine Rolle, allein das Bild in den Köpfen der Wähler ist entscheidend. Wie wichtig die Bewusstmachung ist, lässt sich beispielsweise daran erkennen, mit welcher Hingabe Parteien oder Aktivisten „ihre“ Themen an die Öffentlichkeit tragen, eben um es in der Gedankenwelt der Bürger als wichtige Frage zu verankern. Selbst hohe Aufmerksamkeit von Medien und Eliten für ein Thema garantiert keine Salienz auf der individuellen Ebene (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 15–16). Die zweite Hürde besteht darin, dass ein Wähler bei einem Thema eine *eigene* Präferenz haben muss – ist es ihr oder ihm egal, welchen Ausgang eine politische Debatte nimmt, kann auch keine Implikation für die Wahlentscheidung gewonnen werden. Da viele Themen den Einzelnen im Alltag nicht betreffen, fehlt tatsächlich häufig die Motivation, sich überhaupt mit ihnen zu befassen und somit auch die Grundlage für eine Meinungsbildung. Schließlich müssen die Wähler drittens überzeugt sein, dass eine Partei oder ein Kandidat besser geeignet ist, die eigene Präferenz herbeizuführen. Auch dies ist nicht völlig unproblematisch, etwa weil manche Themen nie in Wahlkämpfen salient werden oder die Parteien keine unterscheidbaren Positionen aufweisen. Das kann etwa der Fall sein, wenn die Parteien bei einem Thema extreme Positionen meiden oder ihre Vertreter unterschiedliche Signale aussenden (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 178–79). Hier sollte auch beachtet werden, dass Wähler die Issue-Bewertung nicht als unbeschriebenes Blatt angehen. Tatsächlich ist gut denkbar, dass langfristige Parteiloyalitäten eine Färbung von Themenpositionierungen im Sinne der „eigenen“ Partei bewirken (Schoen/Weins 2014: 288). Insbesondere das Thema Salienz ist auch für die Analysen in dieser Arbeit von großer Bedeutung. Durch den langen Untersuchungszeitraum ist zu erwarten, dass einzelne Themengebieten mal mehr und mal weniger Gewicht bei Wahlen haben. Es ist also wichtig, die Entwicklung der Salienzen von Themen im Blick zu behalten, wenn etwa Kompetenzeinschätzungen von Parteien in einzelnen Themenfeldern im Zeitverlauf betrachtet werden.

Die drei genannten Bedingungen wirken nicht unbedingt wie hohe Hürden und die Autoren bemerken selbst auch, dass sie „so offensichtlich sind, dass sie trivial [klingen]“ (Lewis-

---

<sup>85</sup> Dabei beziehen sie sich auf konzeptuell, aber nicht im Wortlaut identische Hürden, die auch Campbell et al. (1960: 169–71) formulieren.

Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 163)<sup>86</sup>. Und tatsächlich können die meisten Befragten in ihrer Studie zu vielen – allerdings vorgegebenen – Themen sowohl eine eigene Position angeben als auch den Parteien eine solche zuordnen. Dabei kann zwar nicht ausgeschlossen werden, dass tatsächlich keine eigene Position vorliegt und die Fragen nur aus Kooperationsbereitschaft beantwortet wurden, was aber im Grunde für alle Befragungen gilt. Gewisse Tendenzen darin, welche Themen eher bewertet werden können, sind trotzdem erkennbar: Insbesondere langlebige oder im Wahlkampf hochgradig saliente Themen sind für die Wähler relativ einfach zu bewerten. In diesen Fällen sind Wähler mit einem Thema durch regelmäßige, starke Exposition vertraut und die Parteipositionen wurden ihnen ebenfalls klar gemacht – was wie erwähnt aber auch nur dann einen Effekt auf das Wahlverhalten hat, wenn sich die Parteipositionen auch für den Wähler wahrnehmbar unterscheiden und es der einzelnen Wähler für ein wichtiges Thema hält. Schließlich kann festgestellt werden, dass der Faktor Bildung eine wichtige Rolle bei der Themenwahrnehmung spielt: Wähler sind mit umso mehr Themen vertraut, je höher ihr formales Bildungsniveau ist. Gleiches gilt für die subjektive Unterscheidbarkeit der Parteien; auch hier zeigen Hochgebildete eher, dass sie je nach Wahlsieger unterschiedliche Ergebnisse zu verschiedenen Themen erwarten (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 168-172, 178f.).

Dennoch sind die Autoren skeptisch, was das Potenzial von Sachfragen als Entscheidungskriterium angeht. Zu den drei Hürden kommt hinzu, dass einzelne Themen stets in Konkurrenz zu einer Vielzahl weiterer Sachfragen stehen. Der Einfluss eines singulären Themas auf einen ganzen Wahlausgang ist folglich in aller Regel eher gering. Noch weiter begrenzt wird dies durch die bisweilen inhärent mit Themen verbundenen Kandidaten, welchen Kompetenz oder Haltung in einem Thema zugeschrieben werden kann – dies erschwert die Feststellung von inhaltlichen Fragen als eigenständiger Einflussfaktor (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 162). Außerdem „überwindet“ eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen die oben genannten Hürden nicht. Nur etwa die Hälfte der Menschen kann überhaupt Issue-basiert wählen, ist sich also über Themen bewusst, hat eine nicht-neutrale Haltung dazu und kann auch die Parteien auf unterschiedlichen Positionen einordnen. Aber selbst diese Hälfte wählt dann nicht automatisch auf der Grundlage von Sachfragen, nämlich dann nicht, wenn für sie eben die Kandidaten, Partei- oder Gruppenloyalitäten das entscheidende Kriterium sind. Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby (2008: 181–85) sehen entsprechend die Ableitung von

---

<sup>86</sup> Sie weisen aber darüber hinaus auch darauf hin, dass dies lediglich notwendige und nicht hinreichende Bedingungen sind.

„Mandaten“ für bestimmte politische Inhalte als Folge von Wahlen, wie sie Politiker gelegentlich für sich reklamieren, eher kritisch.

Aus Sicht der internationalen Übertragbarkeit aus dem US-Kontext heraus sind Issue-Einstellungen unproblematischer als Kandidatenorientierungen, denn ihre Rolle hängt weniger von politischen System ab als die der Kandidierenden. Lediglich die Tatsache, dass die europäischen Mehrparteiensysteme eine eindimensionale Skalierung der Parteienfavorisierung in Issue-Fragen nicht zulassen<sup>87</sup>, bildet den Unterschied zu den prägenden Studien von US-Präsidentenwahlen, was aber konzeptionell zu keiner anderen Interpretation führt (Schoen/Weins 2014: 285). Sachfragen werden dementsprechend auch in diesem Kapitel relativ ähnlich behandelt wie bei Campbell et al. (1960): Entscheidend ist, ob eine Partei bei Sachfragen favorisiert wird und, im nächsten Schritt, wie groß der Einfluss dieser Tatsache auf der Wahlentscheidung ist. Ob der Fokus von Items eher spatial ist oder auf Valenz abzielt und ob Themen pro- oder retrospektiv begriffen werden, ist dabei aus theoretischer Sicht interessant, denn die Wirkungsweise von Sachfragen auf die Wahlentscheidung unterscheidet sich dann unter Umständen. Für die Messung und die Operationalisierung (siehe Kapitel 5.1.2) ergibt sich, dass ein getrennter Blick auf verschiedene Themen lohnt, da sich Salienz und die Art der Themenbewertung durchaus unterscheiden können. Aus diesem Grund ist auch die Einbeziehung einer Kompetenzbewertung, die Themensalienz beinhaltet, sinnvoll. Sie vereinfacht den Blick auf den Einfluss von verschiedenen Sachthemen erheblich und ermöglicht es, auch ohne eine Vielzahl von abgefragten Themengebieten im finalen Schritt Modelle zur Erklärung von Wahlverhalten aufzustellen.

### *Einstellungen zur Regierungsfähigkeit von Parteien und gruppenbezogene Einstellungen*

Im Michigan-Modell werden neben Orientierungen zu Kandidaten und Sachfragen auch sogenannte gruppenbezogene Einstellungen und Bewertungen der Regierungsfähigkeit von Parteien (orig. „parties as managers of government“ (Campbell et al. 1960: 132; Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 62)) als kurzfristig wandelbare Determinanten des Wahlverhaltens

---

<sup>87</sup> In den USA werden in der Regel die vollständige Neigung zur Demokratischen und Republikanischen Partei als jeweilige Pole der Skala betrachtet, oder alternativ die jeweilige Zustimmung oder Ablehnung einer Partei. Dieses Vorgehen findet sich bereits bei Campbell et al. (1960: 44).

genannt. Diese haben aus konzeptioneller Sicht alle gemein, dass sie von einer PI beeinflusst werden, selbst aber kausal näher an der Wahlentscheidung stehen.

Nahezu alle Menschen sind Mitglieder einer oder mehrerer Gruppen, die auch außerhalb der Parteienwelt einen politischen Einfluss haben können. Diese Gruppen finden sich in den selteneren Fällen aus politischen Gründen zusammen, sondern haben entweder einen anderen, gegebenenfalls unpolitischen Zweck oder werden schlicht als demografische Einheit verstanden, ohne dass es eine organisatorische Bindung gibt. Beispiele sind etwa Gewerkschaften, religiöse oder ethnische Gruppen. Diese Gruppen zeigen oft ein für sie spezifisches politisches Verhalten, insbesondere beim Wahlverhalten. Der Grund dafür ist auf den ersten Blick gar nicht so leicht zu finden: Eine Gruppe besteht schließlich aus der Summe ihrer individuellen Mitglieder, weshalb gerade bei unorganisierten Gruppen nicht direkt klar ist, wie sie im Umkehrschluss ihre Mitglieder politisch beeinflussen soll. Die dominierende Idee zur Lösung dieses Problems ist das Bild einer psychologischen Gruppenrealität – gefühlte Nähe zu einer Gruppe gibt ihr eine eigene Existenz, die dann das Handeln prägen kann. Drückt eine Gruppe beziehungsweise Menschen, die als Vertreter der Gruppe gesehen werden, eine parteipolitische Position aus, wird dies entsprechend als Äußerung der Gruppe *an sich* interpretiert. Die Gruppe dient dabei als Referenz und kann sowohl als positive als auch als negative Einstellungstriebfeder dienen, je nachdem welches Bild ein Individuum von der Gruppe hat. Signale, die von einer Gruppe ausgehen, können also bei Menschen, die die Gruppe negativ sehen, auch den gegenteiligen Effekt haben. Für Mitglieder können Äußerungen von Vertretern „ihrer“ Gruppe auch als Verhaltensnorm empfunden werden: Jemand wählt eine Partei oder einen Kandidaten, einfach weil er oder sie davon ausgeht, dass dies von allen anderen Mitgliedern der Gruppe ebenfalls gemacht wird (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 305–6; Schoen/Weins 2014: 252). Wichtig zu beachten ist dabei auch, dass Gruppeneffekte nicht mit dem Einfluss sozioökonomischer Lebenslagen verwechselt werden. Würde eine Gruppe, beispielsweise Arbeiter, hypothetisch nur deshalb ein kohärentes Wahlverhalten zeigen, weil sie im Mittel wenig Einkommen hat, wäre das kein inhärenter Gruppeneinfluss. Zumindest in den Gruppen, die in den USA definiert wurden<sup>88</sup> bleibt der Gruppeneffekt jedoch auch unter Kontrolle der Lebenssituation erhalten (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 309–11).

---

<sup>88</sup> Dies sind neben Gewerkschaften vor allem ethnische und religiöse Gruppen.

*„The fundamental argument [...] is that the group shapes the politics of its members because they psychologically identify with it.“ (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 320)*

Die Bewertung der Regierungsfähigkeit von Parteien ist anders als gruppenbezogene Einstellungen etwas stärker empirisch untersucht, denn zumindest die Leistungsbewertung der jeweils aktuellen Regierung wird relativ häufig in Umfragen erhoben. In der ursprünglichen Codierung der Michigan-Gruppe gehört hierzu jedoch mehr, nämlich auch die *potenzielle* Regierungsfähigkeit, Bewertungen der Parteiführungen als Kollektiv und Äußerungen zu Korruption (Campbell et al. 1960: 50; Schoen/Weins 2014: 252). Insofern ist es relativ selten möglich, der konzeptionellen Anlage dieser Variablen folgend die Regierungsfähigkeit von Parteien empirisch nachzuverfolgen. Generell verlieren Parteien in der Regel an öffentlicher Zustimmung und an Vertrauen in ihre Effizienz und Ehrlichkeit, wenn sie lange Zeit die Regierung stellen und dementsprechend stärkerem Handlungsdruck ausgesetzt sind als Oppositionsparteien. Unabhängig davon ist die wahrgenommene Regierungskompetenz von Parteien, beziehungsweise das Image, das Parteien in diesem Bereich haben, nicht selten auch das Ergebnis von langfristig existierenden Haltungen und einer Art Klischee. In den USA gilt die Demokratische Partei beispielsweise eher als weniger kosteneffiziente Regierungspartei, ähnlich wie auch in anderen Ländern linken Parteien das Bild anhängt, sie hätten vor allem die Ausgaben des Staates im Blick und weniger eine wirtschaftliche Regierungsführung (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 40–41).

Obwohl sie auf den ersten Blick als gleichberechtigte Faktoren im sozialpsychologischen Modell erscheinen, werden die stärker parteiorientierten Einstellungsmerkmale – sowohl gruppenbezogene Einstellungen als auch die Bewertung der Regierungsfähigkeit – im Modell in vielen Studien nur am Rande oder überhaupt nicht behandelt (Schoen/Weins 2014: 256). Weisberg/McAdams (2009: 535) sind sogar darüber hinausgehend der Meinung, dass die gruppenbezogenen Einstellungen aufgrund ihrer sehr stabilen Koalitionen von Gruppen und Parteien in den USA sowie der Stabilität der Gruppenmitgliedschaft eher ein langfristig wirksamer Faktor sind. Weil sich dieses von den ursprünglichen Autoren wohl nicht gewollte Missverhältnis in der Rezeption auch in der Ausgestaltung vieler Studien wiederfindet, muss auch hier in der empirischen Untersuchung dieser Aspekt des Modells zurückstehen. Das liegt vor allem daran, dass entsprechende Items in den verwendeten Datensätzen fehlen. Auch in Werken in der Tradition des Michigan-Modells werden diese Variablen zwar in die Wahlverhaltensmodelle integriert, wo sie auch eine wichtige Rolle spielen, die theoretische Ausgestaltung fällt jedoch wesentlich knapper aus.

## *Hypothesenbildung*

Die einzelnen, kurzfristig wirksamen und wandelbaren Faktoren des Michigan-Modells wurden in den vorangestellten Abschnitten in ihrer theoretischen Wirksamkeit beschrieben. Teilweise wurde dabei auch auf die empirische Evidenz dieser Modellbestandteile eingegangen. Aus beidem lassen sich schließlich drei Erwartungen ableiten, die für die Entwicklung dieser Faktoren in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf die Verbindung zur SPD, gelten sollten.

Zunächst haben die Ergebnisse einen deskriptiven Anspruch. Es wird also gezeigt, wie sich die kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens in Deutschland entwickelt haben. Mit dieser Beschreibung sind zwei Erwartungen verbunden:

*H1: Kandidaten- und Themenorientierungen sind deutlich volatiler als Parteibindungen.*

Die erste Hypothese greift auf die Ergebnisse aus Kapitel 4 zurück. Dort wurde deutlich, dass im Aggregat Parteibindungen nur langsamen Veränderungen unterworfen sind. Für die kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens ist eine solche Stabilität nicht zu erwarten: Wechselnde Kandidaten und thematische Schwerpunkte sollten größere Volatilität in den Bewertungen hervorrufen, sowohl was das Ausmaß der Schwankungen angeht als auch im Hinblick auf „Richtungswechsel“.

*H2: Innerhalb der Kandidaten- und Themenorientierungen lassen sich zwischen den Teildimensionen klare Unterschiede erkennen.*

Die zweite Hypothese bezieht sich auf Teildimensionen von Kandidaten- und Themenorientierungen. Hier wird in der bisherigen Forschung davon ausgegangen, dass beispielsweise Kandidaten differenziert nach Charaktereigenschaften bewertet werden, wobei zwar große Korrelation herrscht, aber auch Ausschläge für einzelne Eigenschaften auftreten. Bei den Issues wird sogar bereits im *American Voter* zwischen außen- und innenpolitischen Inhalten unterschieden. Auch die Diskussion um Positions- und Valenzissues legt nahe, dass mehrere Themenfelder parallel existieren und unterschiedlichen Entwicklungen unterworfen sind.

*H3: Die individuelle SPD-Kandidatenbewertung und die Bewertung der SPD-Themenkompetenz sind positiv mit der Wahlabsicht für die SPD korreliert.*

Diese Hypothese beziehen sich auf das Verhältnis der in diesem Unterkapitel beschriebenen Variablen zum Wahlverhalten. Da sie verglichen mit der PI häufigeren Wandeln beim Wähler unterliegen, lässt sich durch sie konzeptionell besser erklären, wieso sich Wahlergebnisse auch vor dem Hintergrund relativ stabiler Parteibindungen von Wahl zu Wahl deutlich unterscheiden können: Ist etwa ein Kandidat wesentlich populärer als der letzte, den eine Partei aufstellte, lässt sich so auch ein größerer Stimmengewinn erklären. Parteien verbleiben normalerweise sehr lange in politischen Systemen, ihr Personal und ihre politische Agenda – und ihre wahrgenommene Performanz – sind dagegen wesentlich wechselhafter. Diese Auswirkungen der kurzfristig wandelbaren Einstellungen sind Teil des Kerns des sozialpsychologischen Wahlmodells. Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby (2008: 63–64) beschreiben dazu in einer modernen Auflage des *American Voter* einen nahezu monotonen Zusammenhang zwischen Wahlwahrscheinlichkeit und Bewertung von Kandidaten – ob das auch für den hier untersuchten Fall gilt, wäre demnach zu überprüfen, auch aufgrund der institutionellen und kontextuellen Unterschiede. Wichtig ist außerdem, dass auch dem Modell zufolge kein Determinismus zwischen Bewertungen in einzelnen kurzfristigen Faktoren und der Wahlentscheidung besteht, weil eben noch andere Faktoren an der Entscheidung beteiligt sind.

Die Hypothesen mögen aus heutiger Sicht banal wirken. Ihre Überprüfung ist allerdings gut geeignet, nicht nur die Zusammenhänge zwischen den genannten Variablen aufzuzeigen, sondern auch Entwicklungen innerhalb der Variablen nachzuvollziehen. Nicht zuletzt zeigen sich möglicherweise Veränderungen innerhalb dieser Zusammenhänge entlang des Zeitverlaufs im Beobachtungszeitraum, etwa aufgrund von sich wandelnder Kampagnenlogik oder einer Veränderung in den Entscheidungsprozessen von Wählern.

### **5.1.2. Operationalisierung für die langfristige Betrachtung politischer Themenbewertungen und Kompetenzeinschätzungen**

*Datensatz: Das Politbarometer*

Der Fokus dieses Kapitels liegt auf der Entwicklung politischer Einstellungen in Zusammenhang mit Wahlverhalten. Damit unterscheidet es sich von der Herangehensweise im

vorangegangenen Kapitel 4, das soziostrukturelle Eigenschaften in den Vordergrund stellte. Einstellungen zu Parteien, Themen und Kandidaten sind die entscheidenden Variablen für die folgende Analyse. Das zuvor verwendete *SOEP* ist daher als Datengrundlage nicht optimal geeignet, denn es enthält nur wenige Items zu diesen Themen und orientiert sich eher an der objektiven Lebenssituation der Befragten. Aus diesem Grund müssen weitere Datensätze hinzugezogen werden. Hierbei ist das *Politbarometer* (Forschungsgruppe Wahlen 2019) eine gute Möglichkeit, langfristige Entwicklungen in den genannten Einstellungen aufzuzeigen. Das Ziel dieser seit 1977 laufenden Studie ist es „Meinungen und Einstellungen der wahlberechtigten Bevölkerung zu aktuellen Ereignissen, zu Parteien und Politikern, aber auch zu allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen“ abzubilden (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2019: 2). Dabei ist wichtig zu betonen, dass die Verwendung einer anderen Datengrundlage die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der Kapitel 4 und 5 einschränkt: Die Auswahl der Befragten erfolgt unterschiedlich, zum Teil werden Items anders formuliert<sup>89</sup> und insbesondere handelt es sich beim *Politbarometer* nicht um eine Panel-Studie, sondern eine fortlaufende Querschnittsbefragung. Das bedeutet, dass bei jeder Befragung eine neue Stichprobe gezogen wird. Wiederholungsbefragungen sind deshalb nur zufällig möglich, nicht erkennbar und sehr unwahrscheinlich. Da also in jeder Befragungswelle neue Teilnehmer die alten ersetzen, sind Veränderungen auf der individuellen Ebene aus methodischen Gründen nicht feststellbar, von retrospektiven Fragen abgesehen. Auf der Aggregatebene sind aber selbstverständlich trotzdem Entwicklungen messbar, da sich der Querschnitt stets auf eine Stichprobe derselben Grundgesamtheit bezieht<sup>90</sup>.

Der Vorteil gegenüber anderen Studien der deutschen Wahl- und Einstellungsforschung, beispielsweise der „German Longitudinal Election Study“ (GLES 2019), liegt in der langen Laufzeit des *Politbarometers*, welches damit einen noch größeren Zeitraum als das *SOEP* überspannt. Die Befragungsintervalle sind dabei mindestens monatlich, in besonderen Situationen werden auch engere Intervalle angesetzt. Sie sind in einer Gesamtkumulation zusammengefasst<sup>91</sup>. Die Studie ermöglicht damit zumindest für einige Variablen einen langfristigen, kontinuierlichen Blick auf die Entwicklung. Die erste Welle wurde im März 1977 durchgeführt, der letzte Messpunkt im verwendeten Datensatz ist die Befragung im September

---

<sup>89</sup> Das gilt nicht für das Item zur Messung von Parteiidentifikation.

<sup>90</sup> Die Ausnahme ist auch hier wieder die hinzugekommene Bevölkerung der neuen Bundesländer, welche eine im Aggregat eigenständige Betrachtung erfordert. Andernfalls wären unter Umständen scharfe Brüche in den Mittelwerten zu erwarten, denn verschiedene politische Einstellungen unterscheiden sich in Ost und West systematisch und signifikant.

<sup>91</sup> GESIS Studiennummer ZA5100

2017. Das Sampling unterscheidet sich dabei zum Teil: So wurden Ost- und Westdeutschland von 1990 bis 1995 sowie von 1998 bis 2011 getrennt gesampled, in den Zwischenjahren sowie seit 2012 finden gemeinsame Erhebungen statt. Auch die Grundgesamtheit ist nicht vollständig einheitlich. Bis 1988 wurde darunter die zur Bundestagswahl wahlberechtigte Bevölkerung verstanden, ab August 1988 nur noch solche Wahlberechtigte, die in einem Haushalt mit Telefonanschluss leben (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2019: 5). In der Stichprobe sind allerdings auch Mobilfunkanschlüsse enthalten, wobei Festnetz- und Mobilfunkbefragungen jeweils als Teilstichproben genommen werden. Eine Gewichtung erfolgt auf Basis der Sollverteilungen für Geschlecht, Alter und Bildung gemäß Mikrozensus und repräsentativer Wahlstatistik. Das bedeutet, dass in einer Stichprobe, in der beispielsweise ein höherer Männeranteil enthalten ist als in der Gesamtbevölkerung, die Antworten der Männer mit geringerem Gewicht behandelt werden. Dementsprechend müssen für die folgenden Datenanalysen ebenfalls Gewichte angelegt werden. Somit liegen zwei Gewichtungsmöglichkeiten vor. Das sogenannte Repräsentativgewicht ist für die getrennte Betrachtung von Ost- und Westdeutschland geeignet und stellt für die jeweiligen Teilstichproben die Sollverteilungen her. Das Gesamtgewicht muss dagegen benutzt werden, um gesamtdeutsche Aggregate zu berechnen, da es zusätzlich die Überquotierung der ostdeutschen Bevölkerung berücksichtigt.

Die Fallzahl des Politbarometers unterscheidet sich bei jeder Befragung etwas und ist im Erhebungszeitraum tendenziell eher größer geworden. In den ersten Jahren lag die Stichprobengröße in der Regel zwischen 900 und 1.100 Befragten. Nach der Wiedervereinigung wurden, entsprechend des getrennten Samplings, bis 1995 rund 2.000 Bürger befragt, was für eine Rückkehr zur Repräsentativität entsprechend eine Heruntergewichtung von Befragten aus den neuen Ländern erfordert. Gleiches gilt für die zweite Phase des getrennten Samplings bis 2011. Die Fallzahl ist auch in neueren Erhebungen ab 2011 höher geblieben und liegt nun bei etwa 1.700 Befragten pro Welle. Insgesamt wurden damit von 1977 bis 2017 913.526 Menschen befragt.

#### *Datensatz: Bundestagswahlstudien und GLES*

Idealerweise läge bei den über einen langen Zeitraum erhobenen Daten des Politbarometer eine Konsistenz in der Variablenauswahl vor, also die wiederholte Erhebung derselben Items,

wenigstens im Vorfeld von Bundestagswahlen. Dies ist, wie sich in den folgenden Abschnitten zeigen wird, allerdings längst nicht durchgehend der Fall, so dass für einige Variablen des sozialpsychologischen Modells Lücken vorliegen oder forschungspraktische Kompromisse in der Auswahl eingegangen werden müssten. Das gilt insbesondere für die Bewertung von Kandidateneigenschaften und die Problemlösungsfähigkeit von Parteien. Diese wurden im Politbarometer hauptsächlich vor Bundestagswahlen erhoben. Die Datenauswahl für dieses Kapitel wird daher um einige Bundestagswahlstudien ergänzt, die das Kriterium der Konsistenz besser erfüllen und einige aus theoretischer Sicht der sozialpsychologischen Wahlforschung wichtige Items enthalten. Sie sind dabei längst nicht so eng getaktet wie das Politbarometer: Die Befragungen wurden einmalig oder als Vor- und Nachwahlbefragung im Umfeld der Bundestagswahlen durchgeführt. Sie lassen sich in drei Erhebungsphasen aufteilen:

- Der Beginn dieser Studienreihe ist die Wahl 1994, als das DFG-Projekt mit dem Titel „*Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland*“ begonnen wurde, welches anschließend die Bundestagswahlen von 1994 bis 2002 begleitete (Falter et al. 2015).
- Für die Bundestagswahl 2005 liegt die Studie „*Bürger und Parteien in einer veränderten Welt*“ (Kühnel/Niedermayer/Westle 2012) vor, die sämtliche für diese Untersuchung zentralen Variablen der Vorgängerstudien aufgreift und mit ähnlichen oder identischen Items abfragt.
- Für die Wahlen ab 2009 wurde schließlich mit der „German Longitudinal Election Study“ (Rattinger et al. 2019) eine zentrale Datenquelle geschaffen, die aus einer Hand Studien zu Bundestagswahlen mit weitgehend kontinuierlichen Items durchführt und ihrerseits die Variablen aus den Studien ab 1994 weiter erhebt.

In jedem Fall werden für diese Analyse die Vorwahlbefragungen verwendet. Die Ausnahme ist die Befragung von 2005, die nur als Nachwahlstudie vorliegt. Vorwahlbefragungen haben den Vorteil, dass Beeinflussungen durch das Wahlergebnis ausgeschlossen werden können, beispielsweise *bandwagoning*-Effekte, in denen sich Befragte lieber zu den Wahlsiegern bekennen und ihre Einstellungen zu Kandidaten und Parteien nachträglich anpassen (Schmitt-Beck 2015). Einzelne Methodeneffekte, etwa durch leicht variierende Itemformulierungen oder Anordnungen der Items in den Fragebögen, sind trotz der generellen Konsistenz der Variablenerhebung nicht auszuschließen.

Die Wahlstudien sind in ihrer Rohform wie das Politbarometer keine gesamtdeutsche Zufallsstichprobe. Um das Forschungsinteresse, Ost- und Westdeutsche vergleichen zu können, bedienen zu können, wurden jeweils Ostdeutsche in den Befragungen weit überrepräsentiert. Soll jedoch, wie das in dieser Untersuchung der Fall ist, Gesamtdeutschland in den Blick genommen werden, ohne zunächst nähere regionale Differenzierungen vorzunehmen, müssen auch hier Gewichte an die Daten angelegt werden. Diese Designgewichte liegen innerhalb der Datenstruktur bereits vor, Berliner sind dabei nicht weiter differenziert und werden als Ostdeutsche behandelt. Darüber hinaus besteht die Option, Anpassungsgewichte anzulegen: Dabei werden einige soziodemografische Merkmale, also etwa Bildung, Bevölkerungsdichte, Alter und Geschlecht als Gewichtsgrundlage verwendet, um die Randverteilungen dieser Variablen an den amtlichen Bundesdurchschnitt anzupassen. Über die genauen soziostrukturellen Faktoren gibt es nicht in jedem Falle präzise Angaben, von einer weitgehend ähnlichen Vorgehensweise kann aber anhand der Datenbeschreibung ausgegangen werden. Darüber hinaus wird durch die Gewichtung zum Teil die Methode ausgeglichen, nach der pro Haushalt nur eine Person befragt wird, was die Auswahlwahrscheinlichkeit bei größeren Haushalten verringert (Falter et al. 2015: 212). Dennoch sollte bei der Betrachtung der Ergebnisse berücksichtigt werden, dass eventuelle Methodeneffekte durch leicht unterschiedliche Gewichtungsmethoden zwischen den einzelnen Studien nicht ausgeschlossen werden können<sup>92</sup>. Das liegt in der Natur der Vorgehensweise, Daten von unterschiedlichen Quellen zu nutzen.

**Tabelle 5.1.2.1: Datensatzübersicht Wahlstudien 1994-2017**

Jahr	ZA-Nr. <sup>93</sup>	n
1994	ZA3065	4111*
1998	ZA3066	3337*
2002	ZA3861	3263*
2005	ZA4332	2540^
2009	ZA5300	2173
2013	ZA5700	2003
2017	ZA6800	2179

\* Vor- und Nachwahlbefragung in einem Datensatz

^ Nachwahlbefragung

<sup>92</sup> Die Methodiken der GLES-Befragungen sowie der Studien von Falter et al. (2015) sind allerdings kohärent.

<sup>93</sup> GESIS-Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung

### *Abhängige Variablen im Michigan-Modell: Wahlabsicht, Kandidaten- und Issueorientierungen*

Das Michigan-Modell wurde entwickelt, um die Hintergründe der individuellen Entscheidung für einen republikanischen oder demokratischen Präsidentschaftsbewerber erklären zu können. Allerdings waren schon die Autoren des „American Voter“ bald bemüht, ihr Modell auch in andere politische Systeme zu übertragen (Schoen/Weins 2014: 255), wo dann entsprechend bei Verhältniswahlssystemen Parteien anstelle der Kandidaten zur Wahl stehen. Dementsprechend ist das Wahlverhalten die „finale“ abhängige Variable des Modells. Bekanntermaßen herrscht sowohl in den USA als auch in Deutschland ein Wahlrecht, das eine geheime Wahl vorsieht – Wahlforscher müssen sich also auf die Angaben ihrer Befragten verlassen. Das gilt auch für das Politbarometer. Dabei wird eine etwas modifizierte Form der sogenannten „Sonntagsfrage“ benutzt. Auf die Frage *„Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie dann zur Wahl gehen?“* folgt die Anschlussfrage *„...und welche Partei würden Sie dann wählen?“*<sup>94</sup> Streng genommen wird also nicht die Parteipräferenz bei der nächsten Wahl abgefragt, sondern die hypothetische Parteiwahl, falls am nächsten Sonntag gewählt werden würde. Ein Sonderfall ist hier die Vorfrage nach der voraussichtlichen Wahlteilnahme, die nicht typischer Teil der „Sonntagsfrage“ ist. Die Frage nach der Parteiwahl wird dann nur gestellt, wenn die Befragten die Teilnahme nicht ausschließen (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2019: 24).

Über die letzten Jahrzehnte stand eine Vielzahl von Parteien bei Bundestagswahlen zur Wahl. Das Politbarometer ermöglichte dabei nahezu jede Antwort, von SPD und Union über die Schill-Partei bis hin zur Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands. Für dieses Kapitel ist eine Differenzierung von letztlich ganzen 51 Parteien nicht praktikabel. Deshalb wurde diese Variable so codiert, dass nur Parteien enthalten sind, die im Zeitraum von 1977 bis 2017 im Deutschen Bundestag repräsentiert waren: CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke<sup>95</sup> und AfD. Alle anderen Parteien werden als „Sonstige“ behandelt.

Die Wahlabsicht ist im Politbarometer, abgesehen von soziodemografischen Items, eine der wenigen Variablen, die seit Beginn der Studie 1977 durchgehend erhoben wurde<sup>96</sup>. Da die Sonntagsfrage als Proxy für die aktuelle Parteipräferenz behandelt wird, lässt sich mit ihr also eine durchgehende Trendlinie der Parteipopularität in den vergangenen vierzig Jahren

---

<sup>94</sup> Die verkürzte Version wäre es, die erste Teilfrage wegzulassen, so dass lediglich gefragt wird *„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“* Ein Beispiel für diese Version ist etwa die Sonntagsfrage von infratest dimap (2020).

<sup>95</sup> Und ihre Vorgängerparteien.

<sup>96</sup> Es gab zwei frühe Ausnahmen, im Januar und Februar 1983.

herstellen. Um die Wahl einzelner Parteien darüber hinaus zu analysieren (insbesondere die Wahl der SPD und der Union), werden aus dieser Variable heraus Dummies gebildet, also dichotome Variablen, die nur Wahl oder Nichtwahl einer bestimmten Partei anzeigen.

Das Vorgehen in der Codierung der Bundestagswahlstudien erfolgte analog zu der beim Politbarometer. Auch hier wurden nur die Parteien berücksichtigt, denen im Beobachtungszeitraum der Einzug in den Bundestag gelungen ist. Allerdings werden leicht variierende Fragestellungen verwendet, beispielsweise *„Bei der Bundestagswahl können Sie ja zwei Stimmen vergeben. Die Erststimme ist für einen Kandidaten aus Ihrem Wahlkreis und die Zweitstimme für eine Partei. Hier ist ein Musterstimmzettel, ähnlich wie Sie ihn bei der Bundestagswahl erhalten. Was werden Sie auf Ihrem Stimmzettel ankreuzen? Bitte nennen Sie mir jeweils die Kennziffer für Ihre Erst- und Zweitstimme.“* (Rattinger et al. 2019: 17). Diese Formulierung liegt in der thematischen Bindung an eine bevorstehende Bundestagswahl begründet. Durch die zum Teil unterschiedlichen Forschungshintergründe der verwendeten Studien existieren mehrere Formulierungen, die sich allerdings nicht wesentlich unterscheiden. Im Vergleich zu den Daten des Politbarometer ist es jedoch denkbar, dass die real anstehende Wahl eine etwas andere Entscheidung produziert als eine hypothetische Wahl.

Im Michigan-Modell sind die kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens gleichzeitig abhängige und unabhängige Variablen. Sie sind einerseits von der Parteiidentifikation und gegebenenfalls anderen Einflüssen im „funnel of causality“ (Campbell et al. 1960: 24) abhängig. Andererseits dienen sie in Modellen, die die Wahlentscheidung erklären, als unabhängige Variablen. Zusammengefasst kann man sagen, sie sind eine Art Vermittler zwischen den Parteibindungen, durch welche sie geprägt (aber nicht determiniert) werden, und der letztlichen Wahlentscheidung. Durch diese Doppelrolle werden sie hier als „vermittelnde“ Variablen beschrieben. In diesem Abschnitt ist ihre Funktion die von unabhängigen Variablen, in den darauffolgenden Kapiteln 5.3. und 5.4. zum Teil auch die von abhängigen Variablen. Ihre Operationalisierung wird in den folgenden Abschnitten beschrieben.

#### *Vermittelnde Variablen: Kandidatenbewertungen*

Die Bewertung der Spitzenkandidaten für Bundestagswahlen ist, im Vergleich zur Wahlabsicht, eine komplexere Variable. Im Abschnitt 5.1.1 wurde bereits beschrieben, dass die Einstellungen

zu Kandidaten durchaus mehrdimensional gesehen werden können. Eine eindimensionale Bewertung etwa mit einer Likert-Skala – also einer Zahlenskala mit definierten Extrempunkten – wurde in den Bundestagswahlstudien für die Spitzenpolitiker aller im Bundestag vertretenen Parteien vorgenommen. Zwei verschiedene Methoden der Erfassung von Kandidatenhaltungen haben darüber hinaus in den Datensätzen Anwendung gefunden: Zum einen wurden den Befragten die jeweiligen Kanzlerkandidaten von SPD und Union vorgelegt, worauf diese ihre Präferenz für einen (oder keinen) der beiden äußern konnten<sup>97</sup>. Zum anderen wurden persönliche Eigenschaften der Kandidaten zur Bewertung vorgegeben. Dies umfasst sowohl eher charakterliche Züge wie Ehrlichkeit und Durchsetzungsfähigkeit als auch fachlich-inhaltliche Kompetenzen, also etwa zur Regierungsführung oder zur Lösung wirtschaftlicher Probleme. Allerdings sind diese Variablen insbesondere beim Politbarometer nur ein unregelmäßiger Teil der Umfrage gewesen. Sie wurden hauptsächlich im Vorfeld von Bundestagswahlen erhoben, was nachvollziehbar ist, denn außerhalb dieses Kontextes sind zumindest auf Seiten der Opposition in der Regel auch keine Kanzlerkandidaten benannt worden und die Items allenfalls hypothetisch formuliert. Auch ist bei jeder Bundestagswahl nur eine Auswahl der persönlichen Eigenschaften Teil der Befragung, was auch mit der Aktualität von Themen zu tun hat. So war die Kompetenz zur Schaffung von Arbeitsplätzen erst seit den frühen 2000ern anscheinend ein selbstverständlicher Teil des Kompetenzportfolios von Kandidaten – vor diesem Zeitpunkt wurde das Item noch nicht benutzt.

Tabelle 5.1.2.1 zeigt am Beispiel des Politbarometers deutlich, wieso die differenzierte Betrachtung von Kandidaten- und Parteienbewertungen über einen längeren Zeitraum nicht leicht zu bewerkstelligen ist<sup>98</sup>. In der Tabelle sind die Jahre, in denen die jeweilige Bewertung im Politbarometer abgefragt wurde, mit einem X gekennzeichnet. Wurde ein Item nicht erhoben, bleibt die Tabellenzelle leer. Das Politbarometer existiert in seiner institutionellen Form seit 1977, jedoch wurden Einschätzungen zu den Eigenschaften von Kandidaten und den Issue-Kompetenzen von Parteien erst 1980 das erste Mal erhoben – und anschließend erst 1991 wieder<sup>99</sup>. Das macht deutlich, dass eine detaillierte Betrachtung von Kandidatenbewertungen, die über die reine Präferenz herausgeht, vor 1991 unmöglich ist. Die Analyse der Bewertung von Kandidaten und Themen ist folglich immer limitiert durch die Datenbasis. Das ist zwar im

---

<sup>97</sup> In einem Fall, 2002, wurde auch Guido Westerwelle als Kanzlerkandidat für die FDP aufgenommen.

<sup>98</sup> Nicht alle Einstellungen zu Kandidaten und Parteien sind hier aufgeführt, da einige der Items nur sehr vereinzelt oder nur über einen engen Zeitraum benutzt wurden, beispielsweise die Kompetenz im Umgang mit der Euro-Krise.

<sup>99</sup> Die einzige Ausnahme bildet die Frage nach dem kompetentesten Umgang mit der UdSSR, welche auch 1985 ein Mal erhoben wurde.

Hinblick auf die angestrebte, langfristige Perspektive bedauerlich, weil nicht derselbe Zeitraum wie in Kapitel vier überblickt werden kann. Die Analyse lässt sich aber im Lichte der Datenbasis nicht anders gestalten.

Informationen über die charakterlichen Eigenschaften überwiegen im Politbarometer: Glaubwürdigkeit und Sympathie wurden als einzige Variablen sechsmal oder öfter erhoben, die Schaffung von Arbeitsplätzen oder die „Lösung zukünftiger Probleme“ dagegen nur viermal und zum Teil eher mit Lücken in der Zeitreihe. Das bedeutet, die Variablen zur Messung der fachlichen Kompetenz sind nicht ausreichend regelmäßig in den Surveys enthalten gewesen, um sie für eine langfristige Betrachtung mit einzubeziehen. Sie werden daher nicht für die Kandidatenbewertung verwendet, stattdessen werden Daten aus den seit 1994 laufenden Bundestagswahlstudien herangezogen.

Ähnlich wie im Politbarometer enthalten auch die vorgestellten Bundestagswahlstudien sowohl eine einfache Variable zur Messung der Kanzlerpräferenz als auch mit Ausnahme der ersten Studie 1994 spezifische Eigenschaften der Kandidaten, die sowohl auf Fachkompetenz als auch auf die Persönlichkeit abzielen. Die Kanzlerpräferenz ist identisch vercodet wie im Politbarometer: Befragte können den SPD-Kandidaten, den Kandidaten oder die Kandidatin der Union oder keinen von beiden als Präferenz angeben. Für die Betrachtung der SPD-Wahl ist es dabei unerheblich, ob jemand den Kandidaten der Union oder *nicht* den Kandidaten der SPD unterstützt, daher ist auch hier für spätere Analysen, in denen die SPD-Wahl erklärt werden soll, eine Recodierung zu einer binären Variablen sinnvoll. Für die deskriptive Analyse wird eine Unterscheidung von Unions- und SPD-Kandidaten vorgenommen, andere Angaben bleiben zur besseren Übersichtlichkeit außen vor.

Die persönlichen Eigenschaften der Kandidaten sind in den Wahlstudien als nach Partei getrennte Variablen aufgebaut – es werden also persönliche Eigenschaften vorgegeben und die Befragten gebeten, auf einer fünfstufigen Skala ihre Zustimmung oder Ablehnung zu den Aussagen zu geben. Somit sind für SPD- wie Unionskandidaten differenzierte Darstellungen des Bildes möglich, das die Befragten von ihnen hatten. Durchgehend erhoben wurden dabei Durchsetzungsvermögen<sup>100</sup>, Sympathie und die Fähigkeit, die Wirtschaft anzukurbeln. Mit Ausnahme der Erhebung von 2005 ist auch Vertrauenswürdigkeit Bestandteil der Befragungen.

---

<sup>100</sup> 1998 und 2002 wird dies als „Tatkraft“ bezeichnet, 2005 als „starke Führungsperson“.

**Tabelle 5.1.2.2: Verfügbarkeit von kurzfristigen Einstellungsvariablen im Politbarometer, 1980-2017**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<i>Kanzler...</i>																						
zuk. Probleme																		X	X			
wirtsch. Probl.															X							
Arbeitsplätze																						
Reg. Führen												X			X							
dt. Interessen												X			X							
glaubwürdig												X			X			X	X			
tatkräftig												X			X			X	X			
Siegertyp															X			X	X			
sympathisch																		X	X			
durchsetzungsf.												X										
verantwort.b.												X			X			X	X			
<i>Partei...</i>																						
Bildung	X																					
Arbeitsplätze	X																				X	X
Renten	X																			X	X	X
Kriminalität																						
Gesundheit																						X
Ausländer																			X	X	X	X
Familie																						
Umwelt	X																				X	
Finanzen																				X	X	
Soz. Sicherung																						
Wirtschaft																				X	X	X
Steuern	X																	X		X	X	
zukünft. Probl.																						
Soz. Gerechtigk.																				X	X	

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
<i>Kanzler...</i>																
zuk. Probleme	X			X								X				
wirtsch. Probl.	X							X								
Arbeitsplätze	X			X				X				X				
Reg. Führen	X			X							X					
dt. Interessen	X															
glaubwürdig	X			X				X			X	X				X
tatkräftig	X			X												
Siegertyp	X			X												
sympathisch	X			X				X			X	X				X
durchsetzungsf.				X				X				X				
verantwort.b.																
<i>Partei...</i>																
Bildung	X	X	X	X	X	X	X									
Arbeitsplätze	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Renten	X	X		X	X		X				X	X			X	X
Kriminalität	X			X											X	X
Gesundheit	X	X	X	X	X	X		X	X							
Ausländer	X		X	X	X				X					X	X	X
Familie	X		X	X	X	X					X	X				X
Umwelt	X			X						X						
Finanzen	X	X	X				X									
Soz. Sicherung		X	X					X	X	X	X	X	X	X	X	X
Wirtschaft	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Steuern			X	X	X		X	X	X	X		X			X	X
zukünft. Probl.	X	X		X								X				
Soz. Gerechtigg.												X	X	X	X	X

Grau hinterlegt: Jahre mit Bundestagswahl. Die hinter diesen Kurzbeschreibungen stehenden Items sind im Anhang (A5-1) nachzulesen.

Damit sind sowohl eine charakterliche als auch eine fachliche Dimension Teil der Erhebung, was dem theoretischen Hintergrund und der bisherigen Forschung zu Kandidateneffekten entspricht. Für die 2005er Studie sei noch angemerkt, dass sie statt der sonst verwendeten fünfstufigen Skala sieben Abstufungen hat. Die Ausprägungen der Variablen in diesem Jahr wurden daher umgerechnet, um denselben Wertebereich als Berechnungsgrundlage zu erhalten. Da die Frage nach der Kandidatenbewertung lange Zeit vor allem auf die Kandidaten von Union und SPD konzentriert war, werden die Ergebnisse als Differenz der mittleren Bewertungen der jeweiligen Kandidaten dargestellt. So lässt sich mit einer Zahl der relative Vor- oder Nachteil der Kandidaten in einzelnen Kompetenzfeldern zeigen. Dabei wird die Einschätzung des SPD-Kandidaten von der des Unionskandidaten abgezogen. Positive Werte bedeuten also ein Vorsprung in einer Bewertung für die Unionskandidaten.

Darüber hinaus wurde in den Bundestagswahlstudien eine eindimensionale Skalometer-Frage über die jeweiligen Spitzenkandidaten der Parteien im Bundestag gestellt. Dort ist die Frage allgemein, „was Sie von einigen führenden Politikern halten“ (Roßteutscher et al.: 33). Es geht also nicht in erster Linie um evaluative Einstellungen zu den „führenden Politikern“, sondern um eine eher affektive und spontane Haltung. Unter diesen Gesichtspunkten ist die einfache Skalometer-Bewertung ebenfalls eine brauchbare Variable zur Messung von Einstellungen zu den Kandidaten, die zudem einen zusammenfassenden Charakter der mehrdimensionalen Kandidatenbewertungen hat.

Die Variablen zur Präferenz und zur Bewertung von Kandidaten werden jeweils unter Einschluss der Kandidaten von SPD und Union untersucht. Auch wenn sich diese Arbeit auf die Rolle der SPD fokussiert, ist es sinnvoll sich auch die Rolle der Unionskandidaten vor Augen zu führen. Der Grund ist leicht nachvollziehbar: Ein schlecht bewerteter Kandidat ist beispielsweise wesentlich problematischer für eine Partei, wenn der Gegenkandidat sehr gut bewertet wird. Gleichzeitig können etwa 40 Prozent Präferenzen für einen Kandidaten gut sein, wenn den Gegenkandidaten nur 20 Prozent präferieren (und weitere 40 Prozent keine Präferenz haben) – wird der Gegenkandidat von 60 Prozent der Bürger präferiert, sind 40 Prozent dagegen keine gute Ausgangslage.

### *Vermittelnde Variablen: Themenbewertungen*

Themenbewertungen werden in den hier verwendeten Studien als Kompetenzen von Parteien verstanden. Dahinter stehen Fragen, die nicht völlig einheitlich gestellt sind, sondern sowohl den Charakter von Positions- als auch Valenzissues aufweisen. Dies hängt von der Art des politischen Themas ab: Kriminalität ist beispielsweise als Valenzissue zu begreifen, da ein klares Ziel erreicht werden kann: in diesem Fall die Verringerung oder Aufklärung von Kriminalität. Dagegen wird bei Bildungspolitik nach der „am nächsten stehenden“ Partei gefragt, sie wird also eher wie ein Positionsisue gesehen. Das ergibt im Hinblick auf die einzelnen Themen Sinn, da manche von ihnen inhärent eher Valenz-, andere eher Positionsisues sind. Für die Interpretation aus sozialpsychologischer Sicht ist eine „klare Linie“ an dieser Stelle auch nicht von entscheidender Bedeutung. Ob sich jemand einer Partei bei einem Thema inhaltlich nahe sieht oder ob sie schlicht als kompetent gesehen wird – unabhängig von der Position – wird im *American Voter* und einigen Nachfolgewerken nicht ausdifferenziert betrachtet. Die genaue Natur der betrachteten Issues wird womöglich mit Rücksicht auf die individuell unterschiedlich gesehene Wichtigkeit von Themen nicht weiter diskutiert.

Die Codierung der Issuebewertungen erfolgt analog zu der *Wahlpräferenz* der Parteien und Kandidaten. Auch hier wird im Hinblick auf die Hypothesen die Präferenz für die jeweilige Partei mit „1“ codiert, die Präferenz für andere (oder keine) Parteien und ihre Kandidaten mit „0“. Die Aufteilung erfolgt dabei zwischen Union, SPD und zusammenfassend den weiteren im Untersuchungszeitraum im Bundestag vertretenen Parteien, also FDP, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und AfD. Dieser Schritt dient ausschließlich der Übersichtlichkeit, da für diese Parteien größtenteils nur jeweils kleine Präferenzausprägungen vorliegen. Da nicht erhoben wird, *wie* kompetent die Befragten die einzelnen Parteien finden, sondern lediglich *welche* Partei für sie am kompetentesten ist – ist im Hinblick auf die Varianz in der unabhängigen Variable nur eine binäre Codierung zulässig. Eine Betrachtung von Parteikompetenzen vor der Bundestagswahl 1998 ist, wie bereits erwähnt, aufgrund der Datenlage nicht wirklich möglich – tatsächlich beginnen erst mit der Jahrtausendwende Datenreihen, die eine gewisse Konsistenz aufweisen. Dabei sind vier Themen besonders geeignet für eine längere Betrachtung: die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der Renten, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und die Steuerpolitik. Diese Issues sind ab 2000 in den meisten Wahljahren (und darüber hinaus) wenigstens einmal abgefragt worden, mit einzelnen Ausnahmen. Sie sind auch bezüglich ihrer hohen Salienz beständig. Dies gilt

insbesondere für die Arbeitsmarktpolitik, welche für viele Jahre als wichtigstes Thema schlechthin gesehen wurde und erst in den 2010ern durch wechselnde Themen „abgelöst“ wurde, wie sich auch in der Auswertung zeigen wird. Aber auch die anderen Felder erreichen regelmäßig hohe Nennungsraten in der Frage nach dem wichtigsten politischen Sachthema (Plischke 2014: 255–56; Rudi 2011: 181). Die Auswahl der Themen erfolgt also explizit nicht nur – aber auch – auf der Basis von Salienz, sondern auch aus forschungspraktischen Gründen, die in der Datenverfügbarkeit liegen. Die Präferenz für eine Partei in bestimmten Politikfeldern wird sowohl grafisch als auch in statistischem Zusammenhang mit der Sonntagsfrage dargestellt.

Genau wie bei den Kandidatenitems im Politbarometer ist auch hier die Datenverfügbarkeit nicht optimal. Zwar sind 1980 zur Bundestagswahl einige Parteikompetenzen abgefragt worden, eine sinnvolle Zeitreihe lässt sich aber mit einer so großen Lücke nicht durchführen. Lediglich die Parteien-Skalometer liegen durchgehend vor: Sie sind aber für eine issuegeleitete Bewertung von Parteien bestenfalls eine gewisse Annäherung, denn ob die Bewertung der Parteien tatsächlich aus der Bewertung von Themenkompetenzen und nicht einem sympathischen Kandidaten oder Parteiidentifikation beruht ist nicht ersichtlich. Die Analyse der Bewertung von Parteien in oben genannten Politikbereichen beginnt folglich erst ab 1998, wenn die Datenreihen konsistent sind.

Anders als bei den Kandidatenbewertungen wird die Themenbewertung in den Bundestagswahlstudien in einem zweistufigen Verfahren ermittelt. Hierfür geben die Befragten zunächst das für sie persönlich wichtigste politische Problem mithilfe einer offenen Frage an. Darauf werden sie gefragt, welche Partei sie am ehesten fähig sehen, dieses Problem zu lösen. Es wird also auch hier die Lösungskompetenz als der entscheidende Faktor bei Themenbewertungen gesehen. Die Möglichkeit, ähnlich wie im Politbarometer die Kompetenz der Parteien in verschiedenen Politikfeldern zu bewerten, besteht dagegen nicht. Trotzdem ist die Lösung, die in den Wahlstudien zur Issue-Bewertung der Parteien gewählt wurde, durchaus nützlich: Geht man davon aus, dass jeder Befragte eine eigene Haltung dazu hat, was das wichtigste Thema ist, wäre es nicht so wichtig, was genau das Thema ist. Denn dieser Logik folgend ist entscheidend, welche Partei das Individuum für am geeignetsten hält, ebenjenes individuell gesehen wichtigste Problem zu lösen. Das Vorgehen hat also den Vorteil, Issue-Präferenzen direkt zu den Parteien weiterzugeben und somit eine Variable zu erhalten, die potenziell große Erklärungskraft für das Wahlverhalten besitzt. Der Nachteil ist, dass unklar bleibt, *worin* eigentlich die genauen Kompetenzen der Parteien lagen.

Um die Beschreibung dieser Variable überschaubar zu halten, wird sie in der deskriptiven Auswertung auf die Aufteilung in Kompetenzzuschreibung für die Union, die SPD und zusammenfassend alle weiteren Bundestagsparteien als dritter Kategorie reduziert. Der Einbezug der „anderen“ Parteien ist hier sinnvoll, da sich in den Verteilungen ein erheblicher Anteil von Präferenzen für diese Parteien zeigt. In Kapitel 1.2.2. wurde darüber hinaus deutlich, dass für die Wahl dieser Parteien inhaltliche Orientierungen eine wichtigere Rolle spielen können als für Union und SPD, auch weil die Wahl aufgrund von Parteiidentifikationen dort seltener stattfindet.

### *Überprüfung der Hypothesen*

Im vorigen Abschnitt wurde gezeigt, welche Variablen für die Überprüfung der in Kapitel 5.1.1. aufgestellten Hypothesen herangezogen werden können. Dabei beziehen sich die Hypothesen auf die deskriptive Entwicklung der Kandidaten- und Themenbewertungen<sup>101</sup> sowie deren Zusammenhänge mit der Wahlabsicht<sup>102</sup>. Während sich die Verteilung der Wahlabsichten mithilfe des Politbarometers in monatlichem Rhythmus nachvollziehen lässt, ist dies bei den kurzfristigen Faktoren nicht im gleichen Maße möglich. Wie bereits dargestellt wurde, wurden diese Variablen im Politbarometer nur im Vorfeld von Wahlen erhoben; die Bundestagswahlstudien wiederum wurden ohnehin nur zu diesem Anlass durchgeführt.

Der erste Schritt zur Überprüfung der Hypothese ist eine deskriptive Beschreibung der drei Variablen, also der Wahlabsicht, der Kandidaten- und der Themenorientierungen. Dazu werden die Daten verwendet, die gemäß der vorangegangenen Darstellung verfügbar sind: Die Bewertung der Kandidaten und ihrer Eigenschaften und individuell wahrgenommene Parteikompetenz aus den Wahlstudien, sowie die spezifischen Parteikompetenzen aus den Politbarometer-Befragungen. Der untersuchte Zeitraum erstreckt sich von 1994 bis 2007 und damit über insgesamt sieben Bundestagswahlen. Diese hatten sehr unterschiedliche Ergebnisse und Ausgangslagen, so dass trotz der im Vergleich zum Vorkapitel kürzeren Zeitspanne eine akzeptable Varianz vorliegt. Die deskriptiven Beschreibungen erfolgen teilweise in tabellarischer Form und, um besonders zentrale Variablen besser nachvollziehen zu können, mithilfe von grafischen Verlaufsdarstellungen analog zu Kapitel 4. Die Berechnung einfacher,

---

<sup>101</sup> Beziehungsweise, gemäß der hier verwendeten Operationalisierung, Kompetenzbewertungen

<sup>102</sup> Im Politbarometer wird die Wahlabsicht üblicherweise in Form der „Sonntagsfrage“ formuliert.

bivariater Zusammenhänge und Logit-Modelle trägt darüber hinaus dazu bei, die deskriptiven Eindrücke in statistischen Maßzahlen und Wahrscheinlichkeiten ausdrücken zu können.

## **5.2. Ergebnisse: Entwicklung kurzfristig wirksamer Determinanten der SPD-Wahl**

Der Zeitraum von der Bundestagswahl 1994 bis zu der im Jahr 2017 war von erheblichen Veränderungen im deutschen Parteiensystem geprägt. Am Anfang dieser Entwicklung stand ein relativ festes Vierparteiensystem, das sich in zwei Lager aufteilte: Das bürgerlich-liberale Lager bestand aus den Unionsparteien und der FDP, das linke Lager aus SPD und Grünen. Die PDS existierte weitgehend außerhalb dieses Systems und hatte in Gesamtdeutschland keine große elektorale Bedeutung. Diese Konstellation hat sich bis 2017 hin zu einem Sechsparteiensystem entwickelt, in dem klare Lagerzuordnungen zunehmend schwieriger werden. Koalitionsmodelle werden durch die kleineren Stimmenanteile insbesondere bei der SPD, aber in jüngerer Zeit auch bei den Unionsparteien immer „bunter“, zudem haben mit der Linken und der AfD neue Parteien den Sprung ins Parlament geschafft, die bisher noch keine bundesweite Regierungsbeteiligung erreichen konnten (Deutscher Bundestag 2017).

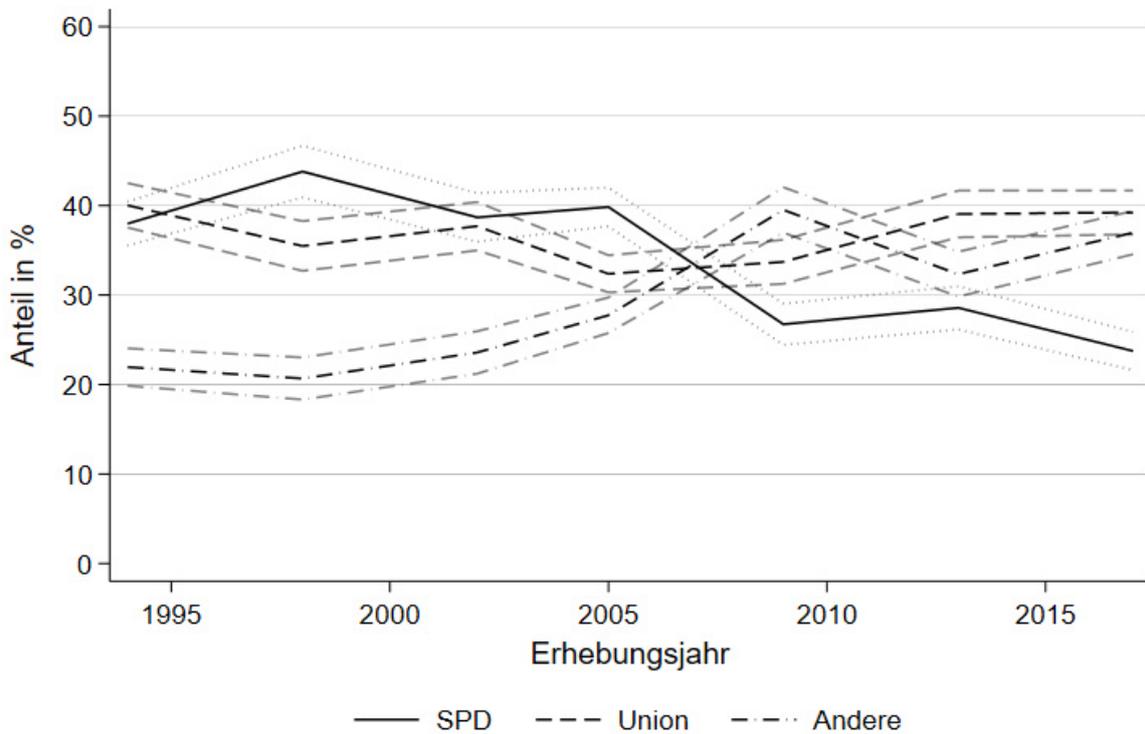
### *Entwicklung der Wahlabsicht für Union und SPD*

Die bereits in den vorangegangenen Kapiteln thematisierte Entwicklung der Wahlergebnisse (Abb. 5.2.1) insbesondere der SPD lässt sich auch in der erklärten Wahlabsicht von Befragten kurz vor der jeweiligen Bundestagswahl<sup>103</sup> nachvollziehen. Die deutlichen Verluste der SPD vor allem nach 2005 fallen dabei besonders auf. Es zeigt sich auch, dass der Partei vor 2005 noch weitgehend stabil gute Wahlergebnisse gelangen. Bei der Union gab es eine vergleichbare Entwicklung nicht, vielmehr konnten die Schwesterparteien sogar zeitweise ihre Ergebnisse in diesem Zeitraum verbessern: Die reine Vergrößerung des Parteiensystems führt also nicht zwangsläufig immer zu niedrigeren Wahlergebnissen für alle großen Parteien. Dass kleinere Parteien in diesem Zeitraum erhebliche Zugewinne hatten, lässt sich trotzdem gut erkennen: Bereits 2009 und erneut 2017 äußerten mehr Menschen eine Wahlabsicht für eine kleinere Partei als jeweils für Union oder SPD.

---

<sup>103</sup> Für 2005: nach der Bundestagswahl

**Abb. 5.2.1: Entwicklung der Wahlabsicht für CDU/CSU, SPD und andere Parteien, 1994-2017**



Datengrundlage: Bundestagswahlstudien 1994-2017. Mittelwerte mit 95-Prozent-Konfidenzintervallen.

**Tabelle 5.2.1: Wahlabsicht<sup>104</sup> für andere Parteien im Bundestagswahljahr in %**

Jahr	FDP	Bündnis90/Die Grünen	PDS/Die Linke	AfD
1994	4,13	12,86	4,97	n/a
1998	5,47	10,67	4,55	n/a
2002	8,56	9,31	5,73	n/a
2005	9,94	9,11	8,71	n/a
2009	11,83	14,77	12,92	n/a
2013	5,48	15,20	9,36	2,31
2017	9,85	11,04	8,85	7,25

Datengrundlage: Bundestagswahlstudien 1994-2017

<sup>104</sup> Für 2005: Nachwahlbefragung Zweitstimme bei Bundestagswahl

Teilweise zeigen sich auch merkliche Unterschiede zwischen den tatsächlichen Wahlergebnissen und der „Prognose“ der Wahlabsicht in den Bundestagswahlstudien. Besonders deutlich ist dies bei der Befragung zur Wahl 2005, welche im Gegensatz zu den anderen Studien nach der Wahl stattfand. Hier liegt etwa das wirkliche SPD-Ergebnis außerhalb des 95 Prozent-Konfidenzintervalls. Generell ist der Anteil (vorgeblicher) SPD- und Grünenwähler in der Befragung oft höher als es bei den jeweiligen Wahlen der Fall war. Das kann daran liegen, dass die Studien nicht als zentrale Aufgabe haben, ein Wahlergebnis vorherzusehen und dementsprechend möglicherweise nicht so kleinteilig gewichten wie etwa Meinungsforschungsinstitute<sup>105</sup>. Der Fokus liegt hier eher darauf, Zusammenhänge rund um das Wahlverhalten und die Einstellungen zur Politik aufzuzeigen. Außerdem ist der Erhebungszeitraum wesentlich länger – und damit bei einigen Befragten der zeitliche Abstand größer – als es bei ebenjenen Instituten der Fall ist. Die GLES-Studie zur Bundestagswahl 2017 lief beispielsweise über einen Zeitraum von acht Wochen bis zum Samstag vor der Wahl (Roßteutscher et al.: 2).

### **5.2.1. Die Bewertung von Kanzlerkandidaten von 1994 bis 2017**

Betrachtet man die reine Kanzlerpräferenz – also die Frage, ob sich jemand eher den SPD- oder den Unionskandidaten als Kanzler wünscht<sup>106</sup>, wirkt die Entwicklung auf den ersten Blick nahezu parallel zu den Wahlabsichten der Befragten. Mit (knapper) Ausnahme der Wahl 2005 konnte auch jeweils diejenige Partei den größeren Stimmenanteil erringen, die den beliebteren Kandidaten stellte. Im Hinblick auf die hier abgefragte Wahlabsicht herrscht sogar völlige Konsistenz. Allerdings gehen eine größere Kandidatenpräferenz und ein höherer Anteil in den Wahlabsichten nicht grundsätzlich einher. Aus Sicht der SPD fällt auf, dass Gerhard Schröder der einzige Kandidat der Partei war, der von mehr Befragten präferiert wurde als seine Gegenkandidaten (Abb. 5.2.1.1). Das ist insbesondere für die Bundestagswahl 1998 bemerkenswert, als er nicht als Amtsinhaber auftreten konnte. Diese Rolle gibt Kandidaten in der Regel einen Vorteil im Wahlkampf, etwa durch die größere Bekanntheit und Gestaltungsmöglichkeiten<sup>107</sup>. Die folgenden SPD-Kandidaten bevorzugten nur noch etwa

---

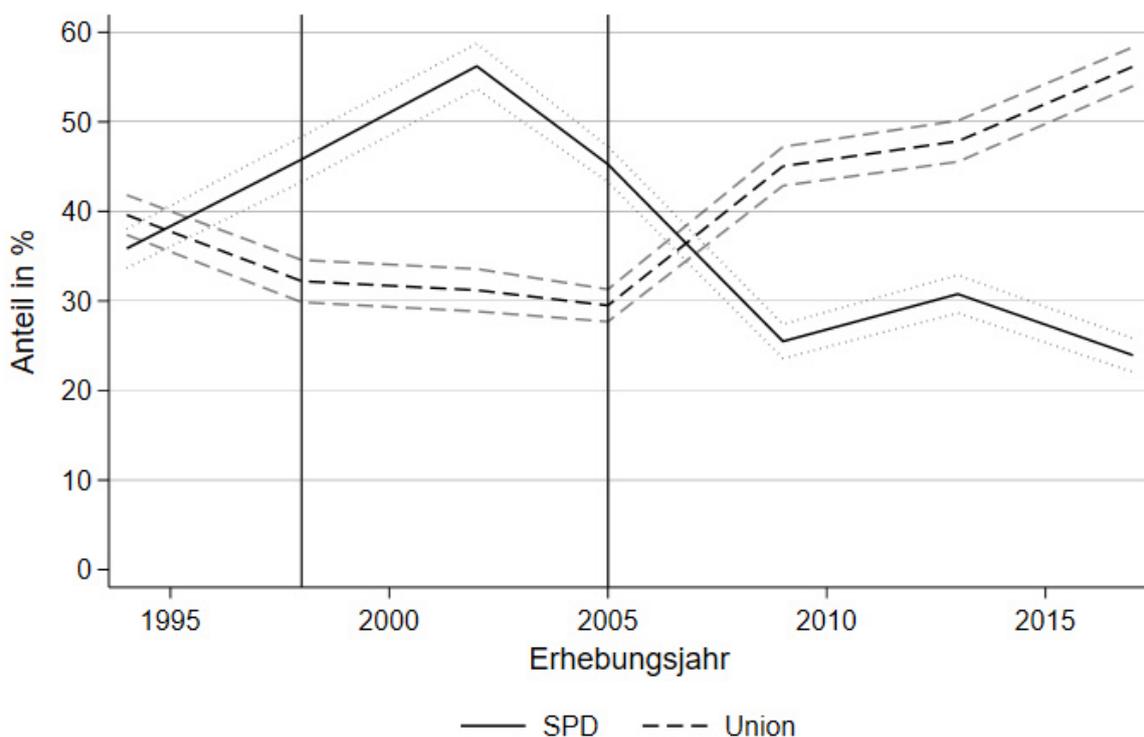
<sup>105</sup> Wobei auch diese zum Teil in ihren letzten Umfragen vor Wahlen deutlich vom Ergebnis entfernt liegen.

<sup>106</sup> Die Präferenz für *keinen* Kandidaten wird hier ausgelassen.

<sup>107</sup> Was den „Amtsbonus“ genau ausmacht und wie groß er ausfällt, ist Gegenstand der Forschung. So argumentieren Carson/Engstrom/Roberts (2007), dass hauptsächlich Kandidatenqualität Politiker ins Amt bringt – und anschließend darin hält. Das Amt selber bringe demnach nur einen geringen Bonus.

zwischen 20 und 30 Prozent der Befragten, wogegen Angela Merkel mit jeder Wahl höhere Präferenzwerte erreichte. Im Sinne des Michigan-Modells kann dies einen Teil der schwächeren Wahlergebnisse für die SPD erklären. Kandidatenbewertungen sind zwar nicht unabhängig von anderen Faktoren des Modells, wie insbesondere der Parteiidentifikation. Diese hat auch einen starken eigenen Einfluss auf die Wahlentscheidung und unterlag, wie in Kapitel 4 deutlich wurde, gerade in den 2000ern starken Veränderungen. Die Rolle von Kandidaten kann auch in parlamentarischen Mehrparteiensystemen nicht die gleiche sein wie bei einer Präsidentschaftswahl. Dennoch sind Kandidaten empirisch gesehen auch in Deutschland in der Lage, Wahlentscheidungen zu beeinflussen und entsprechend die Ergebnisse zu verändern, was sich auch in den folgenden Analysen zeigt (Helms 2007: 226; Hill 2017: 133; Mader 2014: 355).

**Abb. 5.2.1.1: Entwicklung der Kanzlerpräferenzen nach Partei, 1994-2017**



Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017. Rest zu 100 Prozent: Kein Kandidat. Vertikale Linien markieren Wechsel der Amtsinhaber.

Dieses Ergebnis ist nicht damit gleichzusetzen, dass die Bürger die Kandidaten der SPD mit der Zeit immer schlechter fanden. Betrachtet man die Bewertungen der Kanzlerkandidaten für sich (Abb. 5.2.1.2), zeigt sich zwar bei den Kandidaten der Union ein sehr ähnliches Bild wie in der Betrachtung der Kanzlerpräferenz. Dagegen wurde Martin Schulz, der SPD-Kandidat bei

der Bundestagswahl 2017, im Mittel etwa genauso gut bewertet wie Gerhard Schröder 2005 – allerdings lag die durchschnittliche Bewertung von Angela Merkel in diesem Jahr weitaus höher als zwölf Jahre zuvor, so dass seine geringe Kanzlerpräferenz eben auf einen „stärkeren Gegner“ zurückgeführt werden kann.

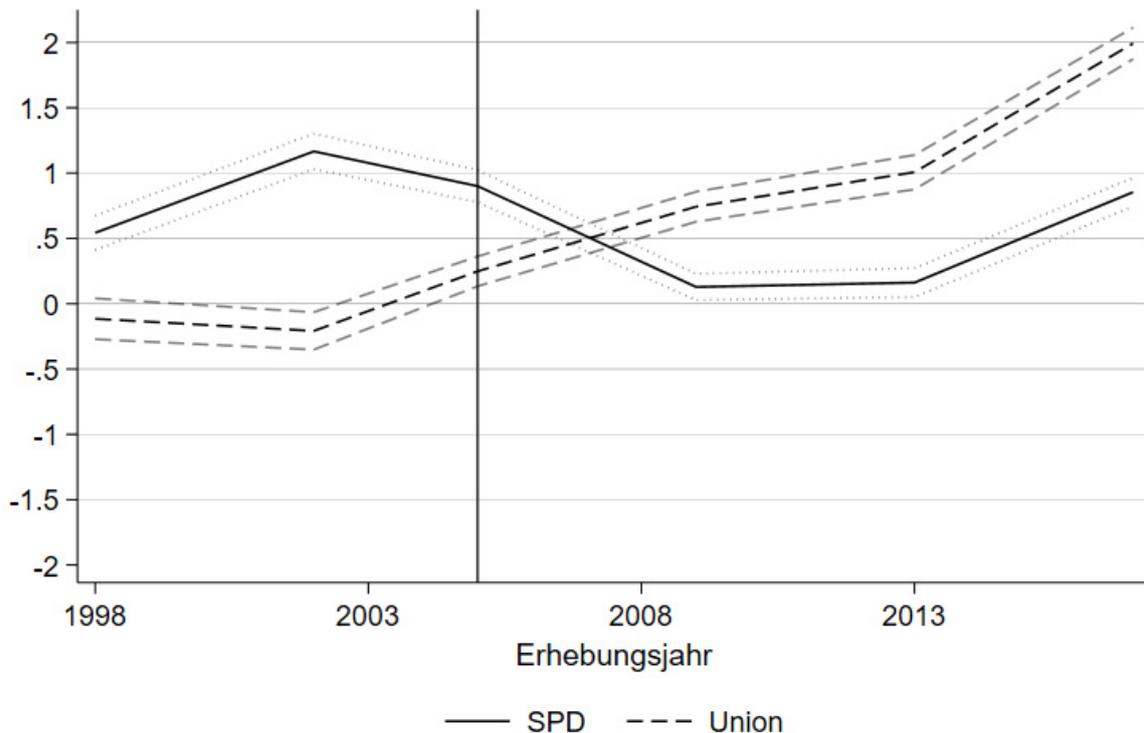
Es ist darüber hinaus deutlich sichtbar, weshalb Kandidatenpräferenzen und -bewertungen, anders als die PI, als kurzfristig wandelbar konzeptualisiert sind. Zwar hat es auch bei der SPD-PI über die Jahrzehnte deutliche Verschiebungen gegeben. Ähnlich schnelle Verschiebungen wie bei den Kandidatenpräferenzen von Wahl zu Wahl, auch in verschiedene Richtungen, sind dort aber ausgeblieben. Die Entwicklung der Kandidaten*bewertungen* zeigt sich bei der SPD in einem engeren Intervall, aber auch hier fallen die häufigen Wechsel der Trendrichtung auf. Auch für die Unionskandidaten ist ein deutlicher Wandel sichtbar, von neutraler Bewertung zu Beginn der 2000er zu einem deutlich positiven Bild.

Die Unterschiede zwischen den Kandidaten waren sowohl in der Präferenz als auch in der Bewertung bei den Bundestagswahlen 2002 und 2017 besonders ausgeprägt. Zeigt sich das auch, wenn über die eindimensionale, affektive Bewertung der Kandidaten hinaus einzelne Eigenschaften der Kandidaten bewertet wurden? Hier ist das Bild differenzierter (Tabelle 5.2.2): So wird einerseits auch hier deutlich, dass Angela Merkels Vorsprung in allen hier untersuchten Kandidateneigenschaften bei der Wahl 2017 am größten war. Auf der anderen Seite sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Kandidaten teilweise auch gegen einen Gesamttrend ausgerichtet. Gut deutlich wird das beim Vergleich der Bundestagswahlen 1998 und 2002: In letzterer Wahl war die Gesamtbewertung von Gerhard Schröder wesentlich besser als bei seiner ersten Wahl zum Kanzler, zudem präferierte ihn 2002 eine Mehrheit der Bevölkerung. Allerdings führte die neue Konstellation nicht ausschließlich zu besseren Bewertungen gegenüber Edmund Stoiber. Im Gegensatz zu Helmut Kohl 1998 wurde Stoiber für wirtschaftlich kompetenter als Schröder gehalten, er fiel auch in der Durchsetzungsfähigkeit nicht so weit ab. Lediglich die Bewertung der Vertrauenswürdigkeit und der Sympathie fiel für Schröder relativ gesehen besser aus als 1998. Insgesamt bewegen sich die Teildimensionen der Kandidatenbewertung also getrennt voneinander, wobei sie von der eindimensionalen Gesamtbewertung sicherlich nicht völlig unabhängig sind.

Dass Schröder 2002 eindimensional deutlich besser bewertet wurde als 1998 – und als Stoiber bei seiner Kandidatur 2002 – und ihn zudem weit mehr Menschen als Kanzler präferierten, könnte also entweder daran liegen, dass Vertrauen und Sympathie in diesem Jahr die

wichtigeren Eigenschaften eines Kanzlers waren, an hier nicht untersuchten Eigenschaften und Kompetenzen oder am „Amtsbonus“, der bei der vorhergegangenen Wahl bei Helmut Kohl lag.

**Abb. 5.2.1.2: Entwicklung der Bewertung von Kanzlerkandidaten, 1998-2017**



Daten: Bundestagswahlstudien 1998-2017. Vertikale Linie zeigt Wechsel des Amtsinhabers.

Wie von der bisherigen Empirie und in den Hypothesen erwartet wurde, besteht ein starker Zusammenhang zwischen präferiertem Kanzler und der Parteiwahl. In einem einfachen bivariaten Modell mit Wahlentscheidung und Kanzlerpräferenz als binäre Variablen besteht für die Wahl der SPD ein Zusammenhang von  $r = 0,62$ , für die Union sogar von  $r = 0,69$  über den gesamten Untersuchungszeitraum. Die Wahrscheinlichkeit für die individuelle Wahl der SPD lag bei 69 Prozent, wenn der Befragte den SPD-Kandidaten als Kanzler präferierte, gegenüber lediglich 10 Prozent bei Präferenz für andere Kanzlerkandidaten. Bei der Union lag die Wahrscheinlichkeit dann sogar etwa bei 73 Prozent, verglichen mit 7 Prozent, wenn die Wähler andere Kandidaten bevorzugten.

Betrachtet man den Zusammenhang bei den einzelnen Wahlen, ergeben sich deutliche Unterschiede sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen den Jahren. Auf Seiten der SPD lag der Zusammenhang zwischen Kandidatenpräferenz und Wahlverhalten in den Jahren, in denen Gerhard Schröder antrat, merklich höher als in den anderen Jahren zuvor und danach.

Von 1998 bis 2005 bewegte sich der Zusammenhang um  $r=0,64$ , außerhalb dieses Zeitraums zwischen  $r=0,53$  und  $r=0,6$ . Für die Union ist der Verlauf weniger klar zu beschreiben. Am stärksten war der Zusammenhang am Anfang der Untersuchungsreihe, 1994, als es mit  $r=0,82$  einen sehr starken Zusammenhang zwischen Präferenz für Helmut Kohl und der CDU-Wahlabsicht gab. Anschließend bewegte sich der Zusammenhang recht stark schwankend zwischen  $r=0,63$  (2005) und  $r=0,77$  (1998). Auffällig ist aber der vergleichsweise niedrige Zusammenhang bei der Wahl 2017, als er nur noch bei  $r=0,55$  lag. Bei dieser Bundestagswahl schnitten die großen Parteien allerdings auch historisch schwach ab, so dass die jeweils schwächsten Zusammenhänge zwischen Kandidatenpräferenz und Wahl aus einer ex post facto-Perspektive nicht überraschend sind. Die schwachen Zusammenhänge liegen also möglicherweise darin begründet, dass die Kandidatenpräferenz nach wie vor nur Vertreter von zwei Parteien zulässt, aber eben andere Parteien höhere Stimmenanteile als sonst erreichten.

**Tabelle 5.2.1.1: Differenz in der Bewertung von Kandidateneigenschaften, 1998-2017**

	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Durchsetzungsfähigkeit	-0,070	-0,027	-0,188	+0,086	+0,079	+0,200
Vertrauenswürdigkeit	+0,004	-0,061	n/a	+0,054	+0,069	+0,148
Sympathie	-0,109	-0,256	-0,101	+0,046	+0,084	+0,130
Wirtschaftliche Kompetenz	-0,071	+0,035	+0,015	+0,017	-0,013	+0,102

Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017.

Differenz = Bewertung CDU-Kandidat – Bewertung SPD-Kandidat

Wertebereich: 0-1

## 5.2.2. Die Bewertung der Sachfragenkompetenzen von Parteien

Neben ein- oder mehrdimensionalen Bewertungen von Kanzlerkandidaten spielen auch, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind<sup>108</sup> (Schoen/Weins 2014: 287–91), politische Sachfragen eine Rolle als kurzfristig wirksamer Einflussfaktor der Wahlentscheidung. Um eine Verbindung zwischen den Einstellungen von Bürgern zu Sachfragen und den zur Wahl stehenden Parteien zu erhalten, wird in dieser Untersuchung die *empfundene Kompetenz* von Parteien in Sachfragen als Messinstrument für den Einfluss von Sachfragen verwendet. In den Bundestagswahlstudien wurde die Themenkompetenz der Parteien erhoben, indem die

<sup>108</sup> Siehe Kapitel 5.1.1

Befragtenangaben, welche Partei sie für am kompetentesten im *für den jeweiligen Befragten* wichtigsten Thema hielten. Kompetenzvorsprünge von Parteien in einzelnen Politikfeldern sind in dieser Befragungsreihe nicht messbar; hierfür werden in der Folge Daten des Politbarometer verwendet.

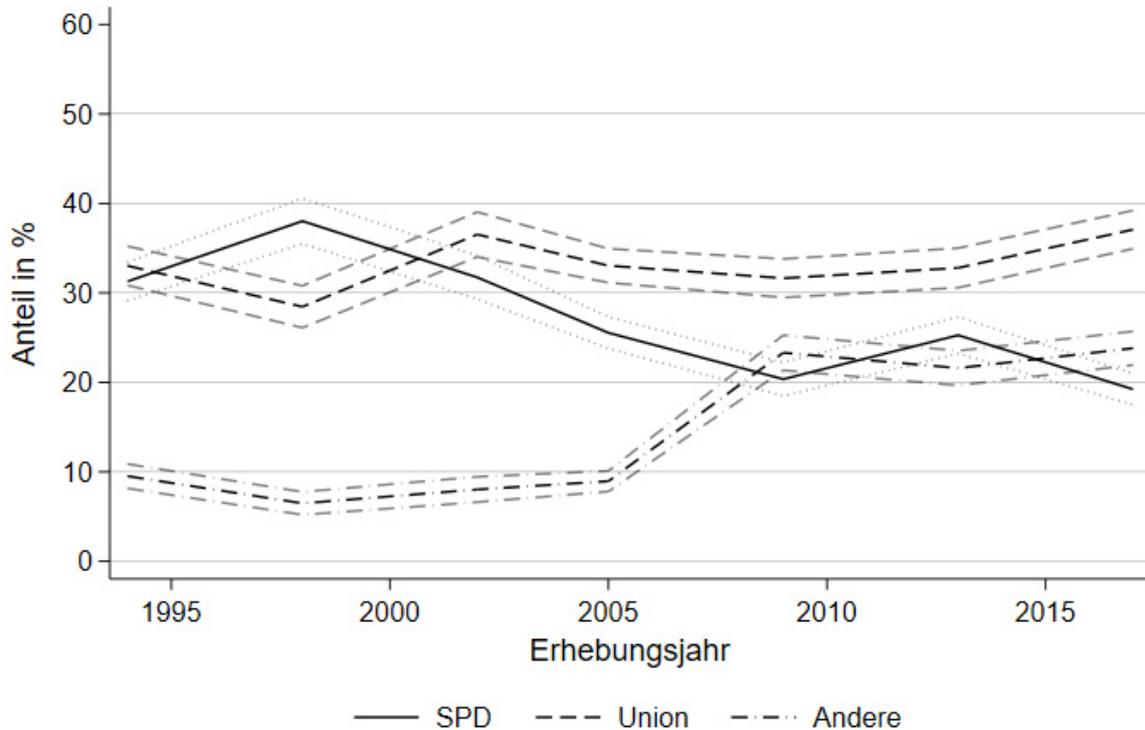
Für die SPD hat die Bewertung ihrer Problemlösungskompetenz im Beobachtungszeitraum ihren Höhepunkt bei der Bundestagswahl 1998 gefunden, bei der Wahl 2017 war sie am niedrigsten. Generell folgt der Trend auffallend deutlich dem Muster der Wahlergebnisse: Auch hier gab es 2013 eine leichte Verbesserung, darüber hinaus aber einen deutlichen Abwärtstrend. Eine ähnliche Parallelität zeigt sich bei der Union nicht in dieser Deutlichkeit: Beispielsweise gaben 2017 mehr Menschen als je zuvor im Rest der Befragungsreihe an, die Union sei die kompetenteste Partei im für sie wichtigsten Politikfeld. Im Vergleich dazu verlor sie aber Stimmenanteile bei der Wahlabsicht, und noch deutlicher bei der Wahl selbst.

Anders als bei der Kandidatenpräferenz und -bewertung ist bei der Themenkompetenz auch eine Betrachtung der kleineren Parteien sinnvoll. Diese stellen zwar in der Regel keine Kanzlerkandidaten auf, können aber natürlich von Befragten als kompetenteste Partei für ihre als wichtig wahrgenommenen Themenbereiche angegeben werden. Der Anteil an Befragten, die kleinere Parteien dabei präferierten, ist 2009 sprunghaft gestiegen und hat sich dabei im Vergleich zu den vorherigen Wahlen verdoppelt. Im Verlauf entsteht dabei der Eindruck, dass dies vor allem auf Kosten der SPD passierte. Der Trend bei dieser Frage folgt, ähnlich wie bei der SPD, weitgehend den Wahlergebnissen. Damit zeigt sich auch hier eine wesentlich höhere Volatilität als bei den Parteibindungen (siehe Kapitel 4). Zum Vergleich: Während die Kompetenzzuschreibung für die SPD zwischen 1998 und 2017 um etwa 20 Prozentpunkte sank, gingen die Parteibindungen „nur“ um etwa acht Punkte zurück. Ähnlich starke Veränderungen gab es für die kleineren Parteien. Die Kompetenzzuschreibungen bei der Union waren jedoch wesentlich stabiler.

Der Zusammenhang zwischen der individuellen Kompetenzzuschreibung und der Antwort auf die Sonntagsfrage ist erwartbar robust. Er liegt bei der Union über den gesamten Zeitverlauf bei  $r=0,65$ , wobei die Wahrscheinlichkeit für die Wahlpräferenz für die Unionsparteien bei entsprechender Kompetenzzuschreibung bei 78 Prozent liegt. Im Vergleich dazu beträgt sie bei Menschen, die die Union *nicht* für die individuell kompetenteste Partei halten, nur 12 Prozent. Für die SPD beträgt der Zusammenhang  $r=0,6$ , hier liegt die Wahrscheinlichkeit für die SPD-Wahlpräferenz bei vorliegender Kompetenzzuschreibung bei 78 Prozent gegenüber 15 Prozent,

wenn sie nicht vorliegt. Die Stärke der Zusammenhänge ist also ähnlich wie im Falle der Kandidatenpräferenz und fällt bei beiden Parteien nur marginal niedriger aus.

**Abb. 5.2.2.1: Entwicklung der Bewertung von Themenkompetenzen, 1994-2017**



Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017.

Ähnlich wie für die Bewertung der Kanzlerkandidaten ist es auch für die Themenkompetenzen der Parteien möglich, eine differenziertere Darstellung zu erhalten. Hierfür wird auf Items aus dem Politbarometer zurückgegriffen. Wie im Abschnitt 5.1.2. bereits beschrieben, eignen sich dafür insbesondere die Politikfelder Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Rente und Steuern. Diese Auswahl deckt relativ konstant saliente Themen ab, liegt aber auch in der Datenlage begründet, denn diese Issues wurden ab dem Jahr 2000 in einigermaßen enger Taktung abgefragt.

Auffällig ist dabei, dass die SPD ganz zu Beginn dieser Datenreihen (Abb. 5.2.2.2) in allen vier Politikfeldern von der Mehrheit der Befragten als kompetenteste Partei wahrgenommen wurde. Dabei gaben jeweils über die Hälfte der Menschen an, die SPD sei die kompetenteste Partei im jeweiligen Politikbereich. Das deckt sich mit der generalisierten Issue-Kompetenz, die in Abb. 5.2.2.1 dargestellt ist. Dies änderte sich in den Folgejahren sehr deutlich, insbesondere in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik: Schon 2003 vertrauten der Partei in diesen Feldern nur noch gut 20 Prozent am stärksten. In der Arbeitsmarktpolitik wurde die SPD im Rest der

Beobachtungsreihe bei einigen Schwankungen wieder etwas positiver gesehen, so dass sie 2017 wieder von über 30 Prozent als kompetenteste Partei wahrgenommen wurde. In der Wirtschaftspolitik gelang ihr dagegen kein Aufschwung.

Gleichzeitig haben die Unionsparteien in diesen Politikfeldern entgegengesetzt zur SPD einen erheblichen Vorsprung in der Kompetenzeinschätzung erlangt. Insbesondere in der Wirtschaftspolitik fällt dieser Vorsprung sehr groß aus, dort hielten 2017 noch über 60 Prozent der Menschen die Union für die kompetenteste Partei, selbst unter Einbeziehung aller kleineren Parteien. In der Arbeitsmarktpolitik halten gut 50 Prozent die Union 2017 noch für am kompetentesten, was zwar deutlich unter den 70 Prozent im Jahr 2002 ist, aber ab 2010 relativ stabil blieb.

Differenzierter ist das Bild in der Renten- und Steuerpolitik. Anfang der 2010er Jahre wurde die SPD hier für eine kurze Phase wieder von der Mehrheit als kompetenteste Partei gesehen, 2017 waren immerhin noch etwa 30 Prozent dieser Meinung. Für den Rest der Zeit war dies, allerdings mit wesentlich kleinerem Abstand als etwa bei der Wirtschaftspolitik, die Union, sie wird am Ende der Datenreihe von gut 40 Prozent der Menschen als am fähigsten in diesem Feld gesehen.

Die kleineren Parteien haben in allen vier Politikfeldern über den Gesamtzeitraum gesehen in ihrer kumulierten Bewertung hinzugewonnen, und zwar etwa um fünf bis fünfzehn Punkte. Dabei gab es jeweils, mit Ausnahme der Rentenpolitik, einen ersten Höhepunkt im Bundestagswahljahr 2009 und einen zweiten im Jahr 2016. Besonders prägnant ist der „Aufstieg“ der kleineren Parteien in der Steuerpolitik: Hier wurden sie 2009 zusammengenommen häufiger als kompetenteste Parteien genannt als die SPD und liegen auch sonst seit Beginn der 2000er nahe an den großen Parteien. Das liegt in dem Falle nahezu ausschließlich an der Bewertung der FDP, die in jenem Jahr gut 24 Prozent der Menschen als kompetenteste Partei in der Steuerpolitik sahen – ein Wert, der nur im vorherigen und nachfolgenden Jahr ähnlich hoch war und sich sonst eher zwischen sechs und elf Prozent bewegte.

Ähnlich wie bei den Unterdimensionen der Kandidatenbewertung fällt auch bei den Bewertungen der Parteien in einzelnen Themen auf, dass es eine deutliche Korrelation zwischen den Issues zu geben scheint. Die Verläufe sind auffallend ähnlich. Allerdings unterscheiden sich die Niveaus, auf denen die Graphen verlaufen, sehr deutlich zwischen den Politikfeldern.

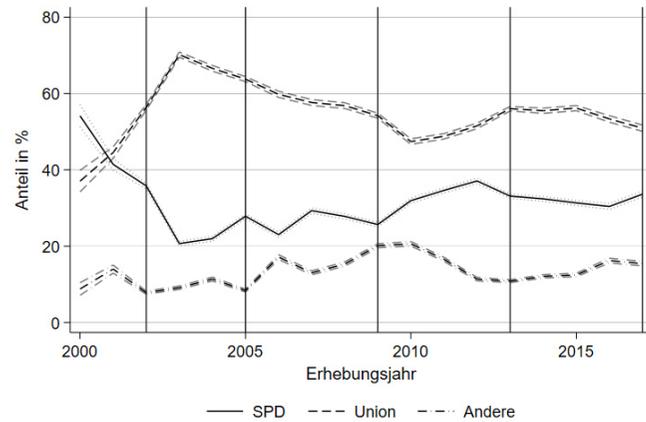
In allen einzelnen hier untersuchten Politikfeldern, auch am Ende des Beobachtungszeitraums, wurde die SPD am zweithäufigsten als kompetenteste Partei angegeben, zum Teil deutlich vor den anderen Parteien. Das mag verwundern, denn in Abb. 5.2.2.1 wurde sichtbar, dass die SPD in der Frage nach der kompetentesten Partei im *individuell* wichtigsten Thema ab 2009 in etwa gleichauf mit den kombinierten kleineren Parteien lag. Das kann zum einen daran liegen, dass den Daten eine andere Befragungsreihe zugrunde liegt: Das eine Item ist den Bundestagswahlstudien entnommen, die anderen dem Politbarometer. Der Befund wäre aber auch dann plausibel, wenn die hier aufgeschlüsselten vier Themenbereiche in den späteren Jahren der untersuchten Zeitspanne nicht mehr dieselbe Salienz haben wie etwa um das Jahr 2000, wo ihr genereller Verlauf noch sehr gut zur „Gesamt“-Kompetenzeinschätzung passte. Tatsächlich gaben beispielsweise 2017 über 37 Prozent der Menschen an, dass der Themenbereich „Ausländer“ für sie am wichtigsten ist, 2016 sind es sogar über 60 Prozent. Arbeitslosigkeit, im Jahr 2000 noch von 51 Prozent als wichtigstes Thema genannt, hielten dagegen nur noch drei bis vier Prozent für das drängendste Problem. Mit Ausnahme des Jahres 2012 war Arbeitslosigkeit dabei vor 2016 stets das wichtigste Problem und wurde dabei teilweise von über 70 Prozent der Befragten genannt.

Dass Arbeitslosigkeit lange mit Abstand als wichtigstes politisches Problem gesehen wurde, führte allerdings nicht zu einem besonders ausgeprägten Zusammenhang zwischen der Wahlentscheidung und der Bewertung der Parteien in diesem Feld. So lag etwa der Zusammenhang zwischen der Wahl der SPD und ihrer Bewertung als kompetenteste Partei in ebenjenem Politikfeld zwischen 2000 und 2017 in den meisten Jahren rund um  $r=0,5$ . Lediglich vor 2005 war der Zusammenhang stärker und lag hier bei über  $r=0,6$ . Beides gilt aber generell auch für die anderen Politikfelder. Bei der Union sieht das Bild ähnlich aus. Auch hier ist der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Kompetenz im Bereich der Arbeitslosigkeit und der Wahlpräferenz für die Union nicht merklich höher als bei anderen Politikfeldern. Ähnlich wie bei der SPD ist zudem die Abschwächung der Zusammenhänge: Diese lagen Anfang der 2000er noch bei etwa  $r=0,7$  und bewegen sich seitdem in etwa zwischen  $r=0,5$  und  $r=0,6$ .

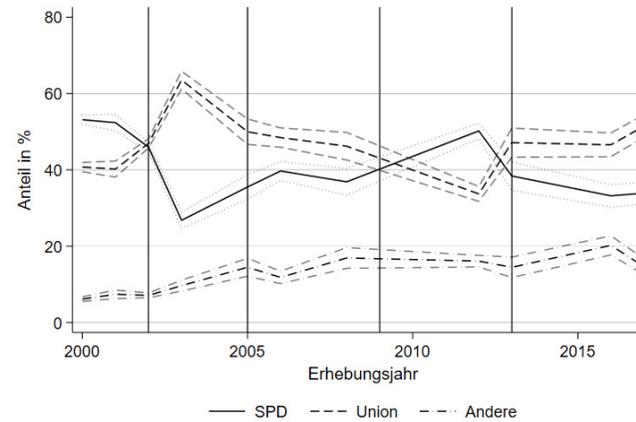
Auch wenn in die Zusammenhänge zwischen den Parteipräferenzen in einzelnen Politikfeldern nicht mehr auf demselben Niveau sind wie in der Regierungszeit von Gerhard Schröder: Es gibt zumindest für die SPD nach wie vor einen relativ starken Zusammenhang zwischen der Kompetenzbewertung sowohl in einzelnen Themen als auch generalisiert und der Parteipräferenz.

**Abb. 5.2.2.2: Kompetenzeinschätzung von SPD, Union und anderen Parteien in verschiedenen Politikfeldern**

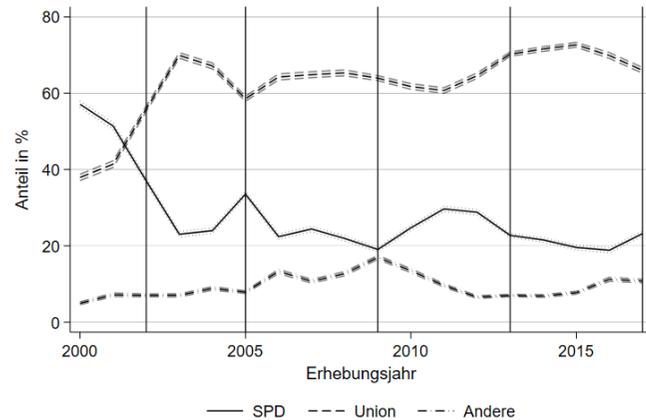
*Arbeitsmarktpolitik*



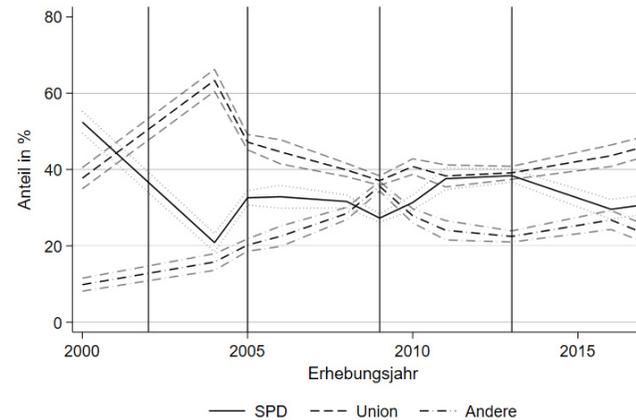
*Rentenpolitik*



*Wirtschaftspolitik*



*Steuerpolitik*



Daten: Politbarometer Gesamtkumulation. Graue Begrenzungen zeigen 95%-Konfidenzintervall, vertikale Linien Bundestagwahljahre.

## *Schlussfolgerung*

Die Analyse der kurzfristig wandelbaren Variablen im Michigan-Modell für die SPD ist geleitet von der Annahme, dass sowohl die Kanzlerpräferenz als auch die Einschätzung von thematischer Sachkompetenz deutlich volatiler sind als die in Kapitel 4 behandelte Parteiidentifikation (H1), ihre Teildimensionen klare Unterschiede aufweisen (H2) und die beiden Determinanten positiv mit der Wahrscheinlichkeit für die Wahl der SPD oder Union wirken (H3). Beides zeigt sich in den bivariaten Untersuchungen deutlich.

Die ersten beiden Hypothesen sind Teil der deskriptiven Analyse in der Entwicklung kurzfristig wandelbarer Determinanten des Wahlverhaltens. Diese zeigen sich in fast allen Fällen – also über Determinanten und Parteien hinweg – wesentlich volatiler als die Parteibindungen im selben Zeitraum. Die relativen Veränderungen sind generell größer, auch finden häufig deutliche Richtungswechsel in Themen- und Kandidatenpräferenzen statt.

Die Teildimensionen von Kandidatenorientierungen sind nicht völlig unabhängig von der Gesamtbewertung und der Verteilung der Präferenzen. Dennoch zeigen sich deutliche Abweichungen, es ist also durchaus sinnvoll sie gesondert zu betrachten. So zeigt sich beispielsweise für 2013 ein Zugewinn an Kompetenzbewertungen für den SPD-Kandidaten in Wirtschaftsfragen, dennoch wuchs der Abstand zur Unionskandidatin in der Gesamtbewertung an. Das Abweichen einzelner Dimensionen vom Gesamttrend ist also möglich und kann mehrfach beobachtet werden.

Die dritte Hypothese greift den Zusammenhang zum Wahlverhalten auf. Hier sind die Ergebnisse eindeutig: Die Präferenz für einen der Kandidaten erhöht die Wahrscheinlichkeit für die Wahl seiner Partei um das Siebenfache (SPD) beziehungsweise um das Zehnfache (Union). Dabei gibt es allerdings recht deutlich Unterschiede zwischen einzelnen Wahlen. Für die SPD war der Zusammenhang zwischen Kandidatenpräferenz und Wahlabsicht vor allem bei Gerhard Schröders Kandidaturen hoch. Bei der Union ist er insgesamt stärker, erreicht aber heute auch nicht mehr das Niveau der 1990er<sup>109</sup>. Dabei scheint es keine einzelne Kandidateneigenschaft zu geben, die einem Kandidaten den entscheidenden Vorteil geben kann.

---

<sup>109</sup> Aus methodologischen Gründen fällt der Zusammenhang zudem stärker aus, wenn die Anteile der Wahlabsichten für Union und SPD hoch sind.

Auch für die Themen- beziehungsweise Problemlösungskompetenz lässt sich ein robuster Zusammenhang mit der Wahlabsicht erkennen. Die Einschätzung von Union oder SPD als Partei mit der größten Kompetenz erhöht die Wahrscheinlichkeit für eine entsprechende Wahlabsicht um das Sechs- bis Siebenfache. Insgesamt sind die Zusammenhänge hier etwas schwächer als bei der Kandidatenkompetenz, aber trotzdem deutlich ausgeprägt. Kompetenzzuschreibungen in einzelnen Politikfeldern weisen ebenfalls mittelstarke Korrelationen zur Wahlabsicht auf, die etwas unter der generalisierten Lösungskompetenz liegen. Hier fällt allerdings auf, dass die hier untersuchten „klassischen“ Themenfelder Arbeit, Rente, Wirtschaft und Steuerpolitik im Zeitverlauf immer stärker vom eindimensionalen Kompetenzmaß abweichen.

### **5.3. Der Zusammenhang von Parteiidentifikation, kurzfristigen Einstellungen und Wahlentscheidung**

Die Parteiidentifikation (kurz: *PI*) ist einer der wichtigsten, vielleicht sogar die zentrale Komponente des Michigan-Modells. Bisher wurde sie in diesem Kapitel ausgeklammert, da die *PI* bereits das Untersuchungsobjekt in Kapitel 4 war und die anderen, kurzfristig wandelbaren und wirksamen Bestandteile des Modells zunächst im Vordergrund stehen sollten. In diesem Kapitel soll der isolierte Blick auf jene kurzfristig wandelbaren Variablen – Kandidatenpräferenz und Themenbewertungen – um die Parteiidentifikation erweitert werden.

Im ersten Schritt soll dafür die theoretische Wirkung beschrieben werden, die von der *PI* ausgeht. Der Konzeption folgend prägt sie nicht nur auf direktem Weg das Wahlverhalten, sondern beeinflusst auch die Haltung zu den Kandidaten und inhaltlichen Fragen. Auch wenn, wie bereits in Kapitel 4 deutlich wurde, die *PI* in Deutschland aus empirischer Sicht nicht so stabil bei einer Partei liegt wie theoretisch angenommen, ist ihr Einfluss zumindest konzeptionell dauerhafter Natur. Das verleiht ihr große Bedeutung in der langfristigen Betrachtung des Wahlverhaltens (Miller/Shanks 1996). Die *PI* wirkt demnach wie eine „gefärbte Brille“ in dem Sinne, dass das politische Geschehen zunächst aus der Bewertungsperspektive der eigenen Partei wahrgenommen wird. Das führt folglich zu einer positiveren Bewertung der eigenen Kandidaten und inhaltlichen Positionen ähnlich denen der Partei.

Der zweite Abschnitt zeigt auf, welche Erwartungen unter Kontrolle der Parteiidentifikation an den eigenständigen Einfluss der kurzfristig wandelbaren Faktoren des Michigan-Modells gestellt werden können. Dabei ist es aus theoretischer Sicht plausibel, dass ihr Einfluss größer ist, wenn *keine* *PI* vorliegt. Im vorherigen Kapitel 5.2. hat sich gezeigt, dass in bivariaten Modellen ein moderater bis starker Zusammenhang zwischen den kurzfristig wandelbaren Variablen und der Wahlabsicht besteht. Die Frage ist nun, wie sich diese Zusammenhänge verändern, wenn für das Vorhandensein (oder die Abwesenheit) von Parteibindungen kontrolliert wird. Von diesen theoretischen Überlegungen zum Einfluss der *PI* auf die kurzfristig wandelbaren Variablen im Michigan-Modell und zum gemeinsamen Einfluss mit der *PI* auf das Wahlverhalten werden schließlich Hypothesen abgeleitet, welche mithilfe der vorliegenden Datensätze insbesondere im Hinblick auf die Wahl der SPD zu überprüfen sind.

Den Abschluss dieses Teilkapitels bildet die Operationalisierung für den Zusammenhang von Parteiidentifikationen, Wahlverhalten und den bereits beschriebenen kurzfristig wandelbaren Variablen. Hierfür wird auf dieselben Datensätze zurückgegriffen, die auch in Kapitel 5.2. verwendet wurden, was im Sinne der Vergleichbarkeit der Ergebnisse ist. Besonders interessant wird dabei zu untersuchen, ob sich die Einflussstärke der einzelnen Komponenten des Michigan-Modells im Laufe der Zeit verändert haben. Im Lichte niedrigerer PI-Niveaus ist gerade der Einfluss von Parteibindungen im Vergleich mit dem der kurzfristig wandelbaren Faktoren aufschlussreich.

### **5.3.1. Wirkung von Parteiidentifikationen auf kurzfristige Einstellungsmuster: Die „gefärbte Brille“**

Die psychologische Bindung an eine politische Partei, kurz „Parteiidentifikation“ genannt, ist einer der zentralen Befunde der beiden Michigan-Panelstudien der US-Präsidentschaftswahlkämpfe 1956-60 und 1972-76 (Miller/Shanks 1996). Die darin postulierten Wirkungen der PI räumen ihr eine zentrale Rolle in der politischen Einstellungsforschung ein:

*„Party identification is an unending source of fascination for researchers who study how voters think, feel, and formulate decisions.“* (Green/Palmquist/Schickler 2002: 204)

Ihre formativen Hintergründe wurden in dieser Arbeit bereits besprochen, daher soll in diesem Abschnitt ihre theoretische Bedeutung für die Wahlentscheidung im Vordergrund stehen. Diese liegt zum einen darin, dass sie direkten Einfluss darauf hat, welcher Partei Wähler ihre Stimme geben. Spielen andere politische Faktoren keine weitere Rolle<sup>110</sup>, spricht man in diesem Fall auch von einer „Normalwahl“ (Falter/Rattinger 1986: 291), wobei damit sowohl die individuelle Entscheidung als auch das gesamte Wahlergebnis beschrieben werden kann, wenn letzteres sich nah an den Verteilungen der Parteiidentifikationen bewegt. Für viele Menschen ist die Parteibindung stark genug, um bereits mit einer „standing decision“ an Wahlen heranzugehen, ohne weitere Informationen wirklich zu benötigen (Arzheimer/Schoen 2005:

---

<sup>110</sup> Unpolitische Faktoren wie das gerne als Beispiel genannte Wetter am Wahltag sind davon ausgenommen. Es kann auch sein, dass die PI die kurzfristigen Faktoren im Michigan-Modell so stark beeinflusst, dass ihre Ausprägungen kaum von der PI zu unterscheiden sind.

630). Der Einfluss von Parteiidentifikationen auf die Wahlentscheidung ist so groß, dass selbst eine zwanzig Jahre vor einer Wahl gemessene PI ein besserer Indikator für die Vorhersage der Parteiwahl ist als beispielsweise alle aktuellen soziodemografischen Faktoren. Dies galt zumindest im 20. Jahrhundert und in den USA heute womöglich stärker denn je (Green/Palmquist/Schickler 2002: 2; Schoen/Weins 2014: 275). Der Grund hierfür liegt vor allem am identitätsstiftenden Charakter von Parteibindungen. Parteien werden, so Green/Palmquist/Schickler (2002: 8–10, 22), aus sozialen Gruppen gebildet, oder genauer gesagt: Menschen schreiben Parteien bestimmte soziale Gruppen als stereotypisch zu und erkennen, wie sie zu den verschiedenen Gruppen stehen – also zum Beispiel ethnische Gruppen, Erwerbsklassen oder Gewerkschaftsmitglieder. Die Parteibindung fällt folglich an die Partei, deren konstituierenden Gruppen sich das Individuum am nächsten sieht. Mit diesem Bild lässt sich auch die postulierte Stabilität von PI gut erklären, denn die Wahrnehmung solcher Parteigruppen ist nicht so volatil wie kurzfristige Bewertungsmaßstäbe. Neue Gruppenzuordnungen sind jedenfalls nur recht langsam möglich: Ein typisches Beispiel hierfür ist der Wandel des US-amerikanischen Südens, welcher sich über Jahrzehnte hinzog. In diesem wandten sich vor allem weiße Menschen in einem langen Prozess der republikanischen Partei zu, während die schwarze Minderheit stärker zu den Demokraten neigte. Der „solid south“, der Anfang des 20. Jahrhunderts fest in demokratischer Hand war, wurde damit am Ende des Jahrhunderts zur republikanischen Hochburg (Green/Palmquist/Schickler 2002: 13; Miller/Shanks 1996). Die Parteibindung wird durch den Gruppencharakter oft mit anderen identitätsstiftenden Eigenschaften verglichen, etwa mit Religion (Schultze 2012: 271–72) oder, was vielleicht noch anschaulicher ist, mit Sport. Folgt man letzterem, sind Menschen mit PI wie die Fans eines Teams. Siege des Teams werden wie ein eigener Sieg empfunden, die Fans verfolgen Nachrichten über den Sport und in den meisten Situationen ist klar, für welches „Team“ man ist. Wie Spiele, oder eben Wahlen, Policy-Entscheidungen oder ähnliches ausgehen, ist den Parteianhängern wichtig. Menschen ohne PI sind dagegen, um im Bild zu bleiben, eher wie diejenigen, die zwar schon einmal eine Sportveranstaltung schauen, aber kein Team unterstützen – diese Indifferenz prägt ihren Blick auf das Spiel: Auch wenn sie sich vielleicht durch ihre Wahrnehmung des Spiels mehr für eine Seite begeistern, gehen sie zunächst neutral heran (Green/Palmquist/Schickler 2002: 219).

Praktisch ist eine reine Normalwahl, in der nur die PI über das Wahlergebnis entscheidet, nie der Fall: Es gibt immer Menschen, die sich gegen die Partei entscheiden, mit welcher sie sich identifizieren. Da die Parteibindung allein also nicht ausreicht, um Wahlentscheidungen

hinreichend zu erklären, ist die Möglichkeit, eine von der Parteibindung abweichende Wahl erklären zu können, eine wichtige Anforderung für Erklärungsmodelle. Dem Michigan-Modell folgend müssen weitere, kurzfristig wirksame Faktoren eine Rolle spielen, die dabei aber nicht automatisch die PI ändern (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 582). Dabei muss nicht jeder Mensch zu allen politischen Objekten, die das Modell beinhaltet, eine starke Einstellung haben. Es ist aber plausibel, dass viele Menschen zumindest zu einigen dieser Objekte – also Kandidaten, Parteien und Sachfragen – eine Haltung haben. Wie stark genau der eigenständige Einfluss dieser Einstellungen auf die Wahlentscheidung ist, lässt sich allerdings nicht so einfach bemessen. Das liegt auch an einer theoretischen Überlegung, die bereits infolge der ursprünglichen Michigan-Studien aufgestellt wurde und die das Verständnis des Modells entscheidend mitprägt: dem Einfluss der PI auf die kurzfristigen Einstellungsfaktoren. Mehrere Faktoren arbeiten darauf hin, den eigenständigen Effekt von etwa Themen- und Kandidatenbewertungen einzuschränken. Der Prominenteste davon ist die „gefärbte Brille“ (Green/Palmquist/Schickler 2002: 7): Diesem sprachlichen Bild folgend neigen Parteianhänger dazu, Informationen abzuwehren oder zu ignorieren, die nicht in ihr von der Partei vordefiniertes Bild der politischen Wirklichkeit passen. Da Parteien häufig rasch eine eigene und für sich selbst positive Sicht auf politische Sachfragen, Skandale oder Entscheidungen liefern, können die Menschen, die sich mit ihnen identifizieren, leicht diese Sicht übernehmen und so ihr Bild der politischen Realität weiter verstärken. Das gilt gerade auch für Kandidaten, welche in aller Regel vorher schon Figuren ihrer jeweiligen Parteien waren und deren Image anfangs eng mit dem ihrer Partei verbunden ist (Dalton 2016: 7; Schoen 2007: 325). Darüber hinaus bekommen viele Menschen einen großen Teil der aktuellen politischen Entwicklungen mangels Aufmerksamkeit nicht mit und haben folglich wenig neuere Informationen, um Einstellungen etwa zu Sachfragen zu entwickeln. Selbst wenn die Menschen generell politische und wirtschaftliche Entwicklungen verfolgen, ändern die vielleicht veränderten Eindrücke der Parteien in der Regel nicht ihre Parteipräferenz. Die politisch gut informierten und interessierten Menschen sind auf der anderen Seite zu großen Teilen eben jene, die eine Parteiidentifikation aufweisen und weniger dazu neigen, neue Informationen in ihre politischen Bewertungsmaßstäbe einzubeziehen. Beides schwächt auf der Aggregatebene den eigenständigen Effekt von Sachfragen- und Kandidatenbewertungen ab (Green/Palmquist/Schickler 2002: 7).

Der theoretische Hintergrund für den Einfluss von PI auf andere Einstellungen liegt im Referenzgruppenkonzept. Demnach entwickeln Individuen psychologische Bindungen an

bestimmte Gruppen, zum Beispiel Parteien und ihre Anhänger. Diese geben ihnen Hinweise, wie man sich zu den Themen, die die Gruppe berühren, stellen sollte, so dass Menschen schließlich die gruppenkonforme Position in Sachfragen einnehmen. Die Parteilinie ist also eine Art Anleitung für politische Sachfragenorientierungen und erleichtert Parteianhängern damit die Strukturierung der politischen Welt erheblich: Dabei gilt, wie zahlreiche Studien zeigen, dass stärkere Parteibindungen auch die Korrelation zwischen PI und *Issue*-Haltungen erhöhen. Jacoby (1988: 646) betont dabei, dass die PI nicht direkt politische Einstellungen beeinflusst, sondern vor allem die Quellen, aus denen man sie bezieht. Entsprechend der Argumentation des Michigan-Modells ist die tatsächliche Position einer Partei auch nicht die entscheidende Größe, die die Haltung von Individuen mit PI beeinflusst, sondern die individuell wahrgenommene Parteilinie (Jacoby 1988: 655). Der einseitig gerichtete Einfluss der PI auf die hier „kurzfristig“ genannten Variablen ist allerdings nicht unumstritten, wie an anderer Stelle bereits diskutiert wurde. Die Kritik, basierend auf Fiorina (1981), stellt insbesondere die Natur der PI infrage: Sie wird dort eher als stetig angepasstes Produkt von politischen Erfahrungen verstanden. Dieser Forschungskonflikt, in dem die Kausalrichtung in der Beziehung zwischen PI und Sachfragen-Orientierungen sowie Kandidatenbewertungen angezweifelt wird, kann in dieser Argumentation zum Verhältnis von PI und kurzfristigen Einstellungen nur schwer aufgelöst werden. Es handelt sich also letztlich um ein theoretisches Argument, ob Parteibindungen als „running tally“ oder als Wurzel kurzfristiger Haltungen verstanden werden (Green/Palmquist/Schickler 2002: 208; Jacoby 1988: 643–45).

Ein Beispiel für die Wirkung von Parteiidentifikationen auf die kurzfristig wandelbaren Einstellungsmuster ist der Effekt auf die Kandidatenbewertung: Verfügen Menschen über eine Parteibindung, sind sie zum größten Teil einverstanden mit dem Kandidaten, den „ihre“ Partei zu Wahlen aufstellt und bewerten diesen entsprechend positiver als andere Kandidaten (und positiver, als dies Anhänger anderer Parteien tun). Während parteilich ungebundene Wähler sich erst ein Bild von den Kandidaten machen müssen, um gegebenenfalls zu einem Urteil und einer kandidatenbasierten Entscheidung zu kommen, verfügen diejenigen mit PI über eine Heuristik für die Kandidatenbewertung. Diese führt aus theoretischer Sicht dazu, dass PI und Kandidatenpräferenz sich bei den meisten Wählern nicht unterscheidet. Entsprechend sollte der messbare Einfluss von Kandidatenhaltungen bei ungebundenen Wählern – deren Anteil in Deutschland verglichen mit den 1980ern gewachsen ist – größer sein (Gabriel/Keil/Thaidigsmann 2009: 268–70).

Diese Mechanismen zeigen, dass bestehende Parteiidentifikationen großen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben, und zwar einerseits als direkte Heuristik und andererseits vermittelt über ihren Einfluss auf die kurzfristig wirksamen Faktoren. Die recht starken Korrelationen, die zwischen den kurzfristig wandelbaren Faktoren und der Wahlentscheidung in Abschnitt 5.2. sichtbar wurden, können vermutlich zu einem gewissen Teil durch dahinter liegende Parteibindungen erklärt werden. Dennoch gelten gerade diese Faktoren oft als *wahlentscheidend*, denn wie bereits beschrieben wurde, ändern sich die Verteilungen der PI im Aggregat nur langsam, jedenfalls langsamer als die Veränderung von Wahlergebnissen. Die Autoren des Michigan-Modells konnten diesen eigenständigen Einfluss bereits selbst beobachten, denn entgegen der Verteilung von Parteibindungen in den USA (die sich damals eher in den Kongresswahlergebnissen zeigten) wurde der republikanische Kandidat Eisenhower 1952 und 1956 mit einigermaßen deutlicher Mehrheit gewählt, was vor allem an seiner persönlichen Popularität lag (Weisberg/McAdams 2009: 536–37).

Es gibt also die grundlegenden Beobachtungen, dass Parteiidentifikationen einen sehr starken Einfluss sowohl auf die Wahlentscheidung als auch auf kurzfristig wandelbare Determinanten der Wahlentscheidung haben, letztere dabei aber *auch* von der PI abweichendes Wahlverhalten auslösen können. Über diese Beobachtungen hinaus haben viele Autoren mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Untersuchungsländern den Effekt, den PI auf die kurzfristig wandelbaren Faktoren ausübt, empirisch untermauert. In einem frühen, etwas anekdotischen Umfrageergebnis zeigt beispielsweise Key ([1961] 1964: 246), dass bereits 1936 ganze 83 Prozent der Republikaner in den USA überzeugt waren, Roosevelts politische Maßnahmen würden das Land auf den Weg in die Diktatur führen. Diese Haltung teilten nur 9 Prozent der Demokraten. Das frühe Beispiel soll zeigen, wie stark politische Bewertungen mit der Parteibindung korrelieren können. Etwas abstrakter gesprochen suggerieren die Ergebnisse von Lachat (2015), dass eine vorhandene PI die Auswirkung von Distanz zur eigenen Partei im Issue-Raum auf die Wahlwahrscheinlichkeit abschwächt, mit anderen Worten: Über eine inhaltliche Abweichung der eigenen Haltung von einer Partei wird eher hinweggesehen, wenn sich Menschen mit dieser identifizieren. Umgekehrt heißt das auch, dass dieser Untersuchung zufolge Menschen ohne Parteibindung eher zugänglich zu inhaltlichen Argumenten sind. Ähnliches zeigen auch Weisberg/McAdams (2009: 538), die für die US-Präsidentenwahlen 2000 und 2004 einen stärkeren Einfluss von kurzfristigen Einflussfaktoren bei unabhängigen Wählern feststellen. Dabei wurde aber auch deutlich, wie die Effektstärke von beispielsweise Einstellungen zur Außenpolitik erheblich von der

politischen Agenda abhängt und einzelne Themen, wie etwa der Irakkrieg, hier zu Ausreißern führen können (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 35–36).

Das Vorhandensein von Parteibindungen hat also eine Vielzahl von Wirkungen. Es prägt die initialen Einstellungen von Individuen gegenüber politischen Sachfragen und Kandidaten im Sinne der Partei und stabilisiert damit andere politische Orientierungen, das Wahlverhalten und daraus folgend auch das Parteiensystem (Arzheimer/Schoen 2005: 630; Green/Palmquist/Schickler 2002: 222). Damit sind die Einstellungen von Individuen mit PI zum politischen Tagesgeschehen zwar gut vorhersehbar, aber nicht in Stein gemeißelt. Intensive abweichende Orientierungen, etwa gegenüber einem missliebigen Kandidaten, können die PI abschwächen und im Extremfall auch deren Richtung ändern. Dies ist allerdings gerade bei lang bestehenden Bindungen ein relativ seltenes Phänomen und oft nicht dauerhaft. Ein größeres Potenzial für dauerhaftes *realignment* bietet dagegen ein Wandel des sozialen Milieus, beziehungsweise eine kollektive Neuorientierung der eigenen sozialen (Wähler-)Gruppe, etwa wenn sich deren „Zugehörigkeit“ zu einer Partei im geistigen Stereotyp von Wählern zu einer anderen Partei bewegt (Arzheimer/Schoen 2005: 630–32; Green/Palmquist/Schickler 2002: 10; Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 583). Darüber hinaus ist die Parteiidentifikation positiv mit politischem Interesse korreliert, was wiederum einen höheren Nachrichtenkonsum und eine bessere Informationsgrundlage für die parteilichen Haltungen zufolge hat (Arzheimer/Schoen 2005: 631; Mayer 2017: 237).

### **5.3.2. Kanzlerwahl und Issue-Wählen nur für Ungebundene? Das Zusammenwirken von Parteiidentifikation und kurzfristigen Einstellungsmustern**

Aus theoretischer Sicht ist es nachvollziehbar anzunehmen, dass sich die Einflussstärke der unterschiedlichen Komponenten im Michigan-Modell im Zeitverlauf und zwischen Individuen unterscheidet. Besonders das Vorhandensein und die Stärke von Parteibindungen sollte, so die Vermutung, einen erheblichen Einfluss auf den eigenständigen Effekt von kurzfristig wandelbaren Faktoren haben. In diesem Abschnitt wird der Blick der Forschung auf das Zusammenwirken von Kurzfristfaktoren und Parteiidentifikation sowie die empirische Entwicklung allgemein und besonders in Deutschland überblicksweise gezeigt.

Um die Frage, ob der Einfluss von kurzfristigen Faktoren, insbesondere dem der Kandidaten, wächst oder zumindest größer ist als in der Mitte des 20. Jahrhunderts, hat sich eine

langanhaltende Debatte entsponnen. Die Beobachtung, dass in vielen westlichen Ländern wie den USA oder Deutschland der Anteil an Menschen mit Parteiidentifikation über einige Jahrzehnte mehr oder weniger stark zurückgegangen ist, lässt sich dabei nicht von der Hand weisen. Dieser Prozess begann etwa in den 1980ern. Eine frühe Schlussfolgerung darauf liefert Dalton (1984): Gemeinsam mit der größer werdenden Gruppe Hochgebildeter führe der PI-Rückgang zu einem inhaltlichen Bedeutungsverlust von Parteibindungen, deren Angebot einer „Informationsabkürzung“ von immer weniger Menschen benötigt und beansprucht werde. Bleibt man der Argumentation des Michigan-Modells treu, müssen folglich flexiblere Bewertungsmaßstäbe, also etwa an Kandidaten oder die Kompetenz von Parteien, für diese neue Gruppe der „neuen Unabhängigen“ bei der Wahlentscheidung an Bedeutung gewinnen (Dalton 2016: 13; Schultze 2012: 278).

Die Dominanz von Parteiidentifikation in den Determinanten des Wahlverhaltens ist nicht absolut. Die PI mag konzeptionell Teil der Identität sein, das ist aber nicht dasselbe wie eine Meinung (Green/Palmquist/Schickler 2002: 205). Zwar wählt in der Regel ein Großteil der Parteigebundenen ihrer PI entsprechend, aber eben nicht alle. So können beispielsweise Enttäuschung über den eigenen Kandidaten oder starke Policy-Tendenzen zu abweichendem Wahlverhalten führen, also etwa zur Nichtwahl oder der Stimme für eine andere als die eigene Partei: „[...] sets of ‚defectors‘ can respond to the idiosyncratic forces of one election and yet revert to traditional or established party loyalties once those short-term, election-specific forces change.“ (Miller/Shanks 1996). Aus einem möglichen *dealignment* lässt sich allerdings nicht unmittelbar ableiten, dass der Effekt solcher „idiosyncratic forces“ auf individueller Ebene steigt und der von Parteibindungen kleiner wird. Dagegen sollte auf der Makroebene der Einfluss dieser Faktoren tatsächlich zunehmen, unter der Voraussetzung einer geringeren Verbreitung von Parteibindungen innerhalb der Wählerschaft. Das führt nicht nur zu fluideren Wahlergebnissen, sondern erleichtert auch den Zugang zum Parteiensystem, etwa für neue Parteien wie beispielsweise die Grünen in den 1980ern sowie neurechte Parteien in mehreren Ländern in den 2010ern. Prinzipiell ist es auch möglich, dass kein solcher Effekt auf das Parteiensystem feststellbar ist, wenn die größere Gruppe der Unabhängigen zu großen Teilen zur Wahlenthaltung neigt (Arzheimer/Schoen 2005: 630; Dalton 2016: 7, 14; Rattinger 1994).

Einige der postulierten Effekte einer niedrigeren PI-Verbreitung ließen sich in Deutschland seit den 1980ern gut beobachten. Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems von drei hin zu sechs Parteien ist hierfür das vielleicht sichtbarste Beispiel. Dies ging mit einer stark erhöhten Volatilität von Wahlergebnissen einher, bei der Parteien von einer Bundestagswahl zur

nächsten leicht fünf oder mehr Prozentpunkte gewonnen oder verloren haben, bei zuletzt zwar wieder ansteigender, aber im Vergleich zu den 1970ern gesunkener Wahlbeteiligung (Blumenstiel 2014: 116). Einen eindeutigen Trend hin zu Wahlen, die hauptsächlich durch Kandidaten oder Sachfragenkompetenzen gewonnen werden, kann man allerdings nicht finden. So waren beispielsweise die Bundestagswahlen 1983 und 1987 stark von den dominierenden Mustern in der PI-Verteilung geprägt und weniger von etwa einem Vorsprung eines Kandidaten. Einzig für die noch junge Partei „Die Grünen“ wurden starke Kurzfristeffekte festgestellt (Falter/Rattinger 1986: 303, 331). Obwohl anschließend einige Wahlen entweder von inhaltlichen Fragen (etwa die Bundestagswahl 1994) oder von Kanzlerpräferenzen (wie 2002) dominiert wurden, war bei der Wahl 2013, immerhin dreißig Jahre später, wieder die PI und die Mobilisierung der eigenen Anhänger der wichtigste Faktor bei der Entscheidung des Wahlausgangs (Huber 2014: 322; Roller 1998: 214; Schoen 2004: 46–47; Wagner 2014b: 275, 278). Letztlich sind es immer auch die situativen Umstände, die die Effektstärken bei einzelnen Wahlen determinieren. Gibt es beispielsweise polarisierende Kandidaten, ist dieser Faktor möglicherweise bei einer Wahl besonders wichtig. Sind die Kandidaten dagegen eher farblos oder nicht auf Konfrontationen aus, können Sachfragen der wichtigere Faktor sein. Ein Beispiel hierfür ist die Bundestagswahl 2009 (Rudi 2011: 179f., 189), die theoretisch eine gute Konstellation für Issue-Wahlen geboten hätte. Die Tatsache, dass vorher überparteiliche Maßnahmen gegen die Finanzkrise ergriffen wurden, schwächte dieses Potenzial jedoch wieder etwas ab (Weßels/Schoen/Gabriel 2013).

In den USA, wo das sozialpsychologische Modell seine Ursprünge hat, lässt sich sogar eher eine Entwicklung hin zu stärkeren PI-Einflüssen nachverfolgen. So haben Weisberg/McAdams (2009: 536–37) noch für die Wahlen in den 1950ern, auf denen das Modell basiert, nachgewiesen, dass die Kandidaten und die Einstellungen ihnen gegenüber das Wahlergebnis um vier (Eisenhower) respektive einen (Stevenson) Prozentpunkt bewegen konnten. Schon 2000 waren die sozialen Gruppen – ein oft nicht wirklich einbezogener Faktor – der einzige kurzfristige Einfluss, der das Ergebnis um mehr als einen einzigen Punkt gegenüber der PI verändert hat. Das schließt nicht aus, dass kurzfristige Einflüsse bereits die PI bewegt haben, deutet aber dennoch auf die in diesem Jahr bereits bemerkenswerte Polarisierung des amerikanischen Parteiensystems hin. Diese Polarisierung ist im Sinne von starken Parteibindungen zu verstehen, die wenig Raum für andere Einflussfaktoren lassen.

Wie stark sind aber die Effekte genau, die Parteibindungen und kurzfristig wandelbare Variablen erzielen? Wie groß ist der „Anteil“ am Wahlergebnis, den sie erzielen? Modelle, die

sowohl kurzfristige Faktoren als auch die Parteibindung für die Vorhersage von Wahlverhalten heranziehen, erreichen bisweilen sehr hohe Anteile von korrekten Vorhersagen. Dies zeigen etwa Green/Palmquist/Schickler (2002: 212) recht anschaulich: Am Beispiel der US-Präsidentenwahl 2000 können sie die Wahlentscheidung von 91 Prozent der Wähler richtig bestimmen, wenn neben der PI auch die Bewertung von Amtsvorgänger Bill Clinton, die Haltung zu politischen Sachfragen und demografische Faktoren als unabhängige Variablen verwendet werden. Wie stark sind die einzelnen Determinanten in einem solchen Modell? Um dies herauszufinden, rechneten die Autoren eine Reihe von logistischen Modellen und verglichen die korrekten Wahlvorhersagen (für die Wahlentscheidung für Bush) miteinander. Werden beispielsweise nur die PI und demografische Kontrollvariablen als erklärende Faktoren einbezogen, können bereits 82 Prozent der Wahlentscheidungen korrekt geschätzt werden. Geht man von einer kausalen Beziehung von PI und Kurzfristfaktoren aus, ist dies die „Obergrenze“ des PI-Effekts, in dem dann auch Effekte etwa zwischen Kandidatenorientierungen, PI und Wahlentscheidung enthalten sind. Die erwähnten 91 Prozent korrekte Vorhersage in einem umfassenden Modell enthalten dagegen die Untergrenze des PI-Effekts als Koeffizient der Parteibindung. Dabei verbleiben 70 Prozent der Effektstärke der PI aus dem Modell nur mit Kontrollvariablen. Im Effekt der PI „steckt“ also in einem solchen Modell vermutlich zum Teil die Einstellung von Wählern etwa zu Sachfragen. Verglichen damit ist die Vorhersage bei einer reinen Betrachtung des Achsenabschnitts in 53 Prozent der Fälle korrekt, was einfach dem Anteil von Bush-Wählern in der Stichprobe entspricht. Das heißt: Bereits ein reines PI-Modell erzielt sehr gute Vorhersagen, die Effektstärke könnte aber durch implizite Effekte kurzfristig wandelbarer Faktoren überschätzt werden. In dem Zusammenhang ist allerdings der relativ geringe Zusammenhang zwischen PI und Issue-Positionen erwähnenswert: Nur etwa die Hälfte der Variation in Sachfragenhaltungen kann so erklärt werden. Das kann allerdings auch an der größeren Heterogenität von Menschen mit Parteibindungen in den USA liegen, wo Parteien stärker als etwa in Deutschland einen catch-all-Charakter haben, also eine Vielzahl sozialer und interessengeleiteter Gruppen unter sich vereinen. (Green/Palmquist/Schickler 2002: 213–15).

Mit den Effekten der PI auf die vermittelnden, kurzfristig wandelbaren Variablen sowie mit dem Einfluss dieser Variablen auf die *Wahlentscheidung* ist das Michigan-Modell, wie es in dieser Arbeit rezipiert wird, ausformuliert. Die in Kapitel 5.1.1. formulierten Hypothesen behandelten bereits die möglichen direkten Effekte der kurzfristig wandelbaren Variablen auf die Wahlentscheidung, ließen aber die Rolle der PI zunächst außen vor. Daher werden an dieser

Stelle weitere Hypothesen als Untersuchungsgrundlage für die empirische Analyse der SPD-Wahl von den 1990ern bis zur bislang jüngsten Bundestagswahl 2017 formuliert:

*H1: Die Parteiidentifikation korreliert stark mit kurzfristig wandelbaren Einflussfaktoren für die Wahlentscheidung.*

Diese Annahme schließt direkt an das Kapitel 5.2. an. Dort hat sich ein signifikanter, aber nicht konstanter Zusammenhang von Wahlabsichten und kurzfristig wandelbaren Einstellungsvariablen gezeigt. Die bisherige Forschung deutet auf einen starken Zusammenhang zwischen Parteibindungen und kurzfristig wandelbaren Faktoren hin, unabhängig von der Debatte um die Einflussrichtung.

*H2: Die Parteiidentifikation ist unter Kontrolle von demografischen Faktoren ein geeigneter Prädiktor für die Wahl der SPD.*

Empirische Ergebnisse ebenso wie die theoretische Formulierung von Parteiidentifikation lassen vermuten, dass diese auch ohne das Hinzuziehen von Faktoren wie Issue-Positionen und Kandidatenpräferenzen die Wahlabsicht gut voraussagt. Neben der Überprüfung der Modellgüte steht auch die Betrachtung möglicher Änderungen in der Effektstärke über die Beobachtungszeit im Fokus, sowohl auf der Mikroebene bei der Koeffizientenstärke als auch in der Aufklärung der Variation im Wahlverhalten.

*H3: Ein Modell mit Parteiidentifikation, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen verbessert die Wahlvorhersage für die SPD im Vergleich zu einem Modell ohne kurzfristig wandelbare Faktoren.*

Diese Hypothese ist aus statistischer Sicht problemlos zu klären – jede zusätzliche Variable erhöht die Variationsaufklärung eines Modells. Gemessen an den Erwartungen des Michigan-Modells wäre allerdings eine deutliche Zunahme der korrekt vorhergesagten Wahlabsichten im Vergleich zu einem Modell nur mit PI und Kontrollvariablen zu erwarten, ähnlich wie dies in den Ergebnissen von Green/Palmquist/Schickler (2002) erkennbar wurde.

*H4: Die Effektstärke der unabhängigen Variablen variiert zwischen einzelnen Bundestagswahlen.*

Die Annahme schließt sich an die schon bei H2 formulierte Erwartung an, dass die PI über mehrere Wahlen hinweg unterschiedlich stark auf die Wahlentscheidung wirkt. Gleiches ist

auch für die kurzfristig wirksamen Faktoren zu erwarten: Einige Bundestagswahlen sind stärker vom Kandidatenwettbewerb bestimmt, bei anderen sind die Bedingungen für einen inhaltlichen Wahlkampf besser. Dies sollte Einfluss auf die Effektstärke der entsprechenden Einstellungen haben.

*H5: Für Menschen ohne Parteiidentifikation haben kurzfristig wandelbare Faktoren einen stärkeren Einfluss.*

Auch diese Hypothese stützt sich sowohl auf theoretische Erwartungen als auch empirische Ergebnisse. Liegt eine PI vor, fängt sie einen Teil der Erklärungskraft von kurzfristig wandelbaren Variablen ab. Ohne das Vorhandensein von PI fällt der WahrnehmungsfILTER weg, der sonst zu einem für die eine oder andere Partei vorteilhaften Rezipieren von politischen Nachrichten und Informationen führt (Weisberg/McAdams 2009: 538). So ist es möglich – aber nicht sicher – dass Informationen über die Kandidaten und inhaltlichen Positionen der Parteien das Wahlverhalten stärker steuern. Da bei solchen Menschen zumindest tendenziell aber auch eine schwächere Neigung zur politischen Informationssuche vorliegt, ist auch denkbar, dass ihr Wahlverhalten schlicht schwerer vorherzusehen ist und kein Faktor besonders dominant erscheint.

*H6: Die Variation der Wahlabsichten für die SPD werden über die Zeit gesehen langfristig vor allem von abnehmender Parteiidentifikation geprägt.*

In der Analyse aus Kapitel 4 wurde deutlich, dass die Parteibindungen an die SPD gerade in Westdeutschland und unter Niedriggebildeten sowie „unteren“ Berufsklassen<sup>111</sup> seit den 1980ern spürbar zurückgegangen sind. Dieser Prozess ging mit ebenfalls niedrigeren Wahlergebnissen einher. Den Annahmen des Michigan-Modells entsprechend sollten solche langfristigen Änderungen in den Präferenzen des Elektors vor allem durch einen Wandel in der PI-Verteilung zu erklären sein. Die kurzfristig wandelbaren Faktoren können bei jeder Wahl besser oder schlechter für eine Partei ausfallen, sollten aber konzeptionell keinem größeren Trend folgen (Green/Palmquist/Schickler 2002: 222).

---

<sup>111</sup> Wobei hier eine erhebliche Überschneidung wahrscheinlich ist.

### **5.3.3. Operationalisierung für den Zusammenhang von Parteiidentifikation, kurzfristigen Einstellungsvariablen und Wahlverhalten**

In diesem Abschnitt wird die Operationalisierung für die in 5.3.2. genannten Hypothesen beschrieben. Dazu gehört zum einen die Beschreibung der modellierten Variablen als auch die Methodik. Die Beschreibung des Datensatzes, der sich aus den Bundestagswahlstudien zusammensetzt, wurde bereits in Abschnitt 5.2. vorgenommen.

#### *Abhängige Variable: Wahlabsicht*

Die Wahlabsicht ist im Michigan-Modell die zu erklärende, also abhängige Variable. Ursprünglich war damit die Wahlentscheidung für einen Präsidentschaftskandidaten gemeint, denn diese stehen in den USA direkt zur Wahl. Da bei deutschen Bundestagswahlen Parteien gewählt werden, ist die Entscheidung für die Wahl einer Partei mit der Zweitstimme in diesem Modell die entsprechende Variable. Als Item in Umfragen wird dabei die *Wahlabsicht* verwendet, das tatsächliche Wahlverhalten ist natürlich nicht individuell messbar. Genau wie die Datensätze wurde auch diese Variable bereits in Abschnitt 5.1.2. beschrieben, weshalb sich eine detaillierte Darstellung erübrigt. Sie wird hier entsprechend der Thematik der Arbeit vor allem im Sinne der Wahlabsicht für die SPD verstanden. Als Vergleich wird zudem die Wahlabsicht für die Union herangezogen.

#### *Unabhängige Variablen*

Das sozialpsychologische Modell des Wahlverhaltens sieht sechs unmittelbare Einflussfaktoren auf die individuelle Wahlentscheidung vor: Parteiidentifikation, Kandidatenorientierungen, Einstellungen zu Innen- und Außenpolitik, Einstellungen zu Parteien in Regierungsverantwortung sowie gruppenorientierte Einstellungen. Diese Liste muss im Lichte der Datenbasis etwas eingeschränkt betrachtet werden. So liegt beispielsweise kein Item vor, das die Beziehung von sozialen Gruppen zu politischen Parteien herstellt. In gewissem Sinne können die Kontrollvariablen (s.u.) dies auffangen. In diesen ist jedoch keine politische Komponente vorhanden, vielmehr sind dort lediglich soziostrukturelle Merkmale enthalten. Gleiches gilt für die Einstellung zu Parteien in Regierungsverantwortung: Zwar könnte man

argumentieren, dass die Bewertung von generalisierten Parteikompetenzen dieser Komponente ähnelt, explizit wird die Variable hier jedoch nicht verwendet.

Die Haltungen zu Kandidaten und politischen Sachfragen werden zum einen exakt so operationalisiert wie in Abschnitt 5.1.2. aufgezeigt wurde: Die Kandidatenhaltung wird als Kanzlerpräferenz operationalisiert, die Sachfragenbewertung als Kompetenzzuschreibung im individuell am wichtigsten gesehenen Politikfeld. So wird die Konsistenz in der Untersuchung über das gesamte Kapitel 5 aufrechterhalten und die Bewertung der Ergebnisse erleichtert. Die Bewertung von Kandidateneigenschaften wird dagegen als Index in das Modell aufgenommen. Dabei muss „Vertrauen“ ausgenommen werden, weil es 2005 nicht mit abgefragt wurde<sup>112</sup>. Diese Indexvariablen korrelieren stark miteinander (in jeder Kombination mindestens  $r > 0,5$ , häufig weit höher) und die interne Konsistenz des Index liegt bei der SPD bei  $\alpha = 0,79$ , für die Union bei  $\alpha = 0,81$ . Insofern wäre eine einzelne Aufnahme der den Index bildenden Variablen in ein Regressionsmodell möglicherweise auch mit Problemen hinsichtlich Multikollinearität verbunden. Um den Variableneinfluss anschaulich zu halten und um die für das Jahr 2005 abweichende Skalierung dieser Bewertungen aufzuheben, wurde der Index auf den Wertebereich  $[0,1]$  codiert, wobei höhere Ausprägungen für eine bessere Bewertung stehen. Der Regressionskoeffizient für diese Variable bezieht sich also auf die Differenz zwischen der Minimal- und der Maximalausprägung.

Eine detaillierte Einbeziehung von *Parteikompetenzen*, ähnlich wie die Indexierung der Kandidateneigenschaften, ist nicht möglich. Diese Daten sind im Abschnitt 5.2. aus dem Politbarometer entnommen. Da dort die deskriptiven Untersuchungen technisch unabhängig voneinander vorgenommen wurden, war die Verwendung mehrerer Datensätze ohne weiteres möglich. In diesem Abschnitt soll allerdings ein einheitliches Modell entwickelt werden, was es zwingend nötig macht, dass alle Variablen für alle Fälle vorliegen. Auch im Hinblick auf das Ergebnis, dass die Korrelation zwischen den Issue-gebundenen Parteikompetenzen und der Bewertung der Parteikompetenz im individuell wichtigsten Bereich über den Beobachtungszeitraum hinweg abnahm, scheint es vertretbar, sich auf die in den Wahlstudien verwendete Messung der Parteikompetenz zu beschränken. Die Bewertung der Parteien in einzelnen Politikfeldern fällt folglich aus der Analyse heraus.

---

<sup>112</sup> Ein Modellvergleich mit und ohne „Vertrauen“ zeigt auch, dass die erzielten Koeffizienten für den Kandidatenindex sich nicht in Richtung und Signifikanz unterscheiden und nur wenig in der Effektstärke.

## *Kontrollvariablen*

Ein Modell, das nur die Kernvariablen des Michigan-Modells enthält, würde möglicherweise bereits eine hohe Varianzaufklärung für die Wahl einzelner Parteien erzielen. Um das Risiko für einen Omitted Variable Bias<sup>113</sup> zu verringern, der zu einer Überschätzung von Regressionskoeffizienten führt, ist es allerdings angebracht, eine Reihe von Kontrollvariablen mit aufzunehmen. Diese sind hauptsächlich sozialstruktureller Natur und aus konzeptioneller Sicht im Modell den unabhängigen Variablen vorgelagert – ihr genauer Einfluss ist dabei nicht scharf spezifiziert. Die Kontrollvariablen wurden in Anlehnung an die Arbeit von Green/Palmquist/Schickler (2002: 217) ausgewählt, welche auf diesem Wege die Aufklärung von Varianz in verschiedenen Modellen aufzeigen: Die Autoren verwenden die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, Geschlecht, Jahre im Bildungssystem, Haushaltseinkommen und den Wohnort in den US-Südstaaten als Demografika sowie Variablen zur Ethnizität, zur Religion und zum Alter. Viele dieser Variablen, auf Deutschland übertragen, können in ähnlicher Form aus den Daten gewonnen werden. Dies sind hier der Wohnort in Ostdeutschland, Geschlecht, das Haushaltseinkommen, Abitur sowie die Häufigkeit des Kirchgangs. Während die ersten zwei Variablen keiner weiteren Erklärung bedürfen, soll die Codierung der Weiteren kurz beschrieben werden.

Alle dieser Variablen liegen in jedem Datensatz der verwendeten Wahlstudien vor. Das Haushaltseinkommen wurde dabei in den meisten Fällen als gestufte Skala definiert, das heißt die Befragten mussten sich in verschieden große Intervalle einsortieren – je höher das Einkommen, desto größer wurden die Intervalle. In den Datensätzen liegen also ordinalskalierte Variablen vor. Dazu kommt, dass die Intervallgrößen zwischen den Datensätzen variieren und durch die Währungsumstellung 2002 eine gewisse Unschärfe durch die Umrechnung in die Daten kommt. Aus diesen Gründen wurde eine simple dichotome Variable konstruiert, die misst, ob das Haushaltseinkommen über oder unter 2.000 Euro liegt. Dies geschieht in dem Bewusstsein, dass Inflation und Lohnentwicklung eine Vergleichbarkeit von Einkommen etwa zwischen 1994 und 2017 problematisch macht und die Haushaltsgröße in dieser Variable ebenfalls nicht enthalten ist – es handelt sich also um eine wesentlich weniger aussagekräftige Variable als etwa ein Nettoäquivalenzeinkommen, welches nach Haushaltsgröße und Alter der Bewohner gewichtet wäre. Es muss auch klar sein, dass innerhalb der beiden Gruppen in dieser Variable erhebliche Differenzen bestehen: Durch die Recodierung sind Menschen mit

---

<sup>113</sup> Beim Omitted Variable Bias fallen Regressionskoeffizienten zu hoch aus, weil nicht im Modell enthaltene Variablen mit ihnen korrelieren und kausal mit der abhängigen Variable zusammenhängen.

beispielsweise 2.100 Euro Haushaltseinkommen in derselben Gruppe wie solche mit 10.000 Euro, aber in einer anderen als die mit 1.900 Euro. Da die Untersuchungen auch nach Bundestagswahlen getrennt durchgeführt werden, ist allerdings immerhin das Problem von Inflation und Lohnentwicklung bei diesem Vorgehen nicht so gravierend, da ein Vergleich der Effektstärken und -richtungen nach Jahren möglich ist. Die Entwicklung in den Einkommen wird auch bei einer einfachen Variable wie dieser gut sichtbar: 1994 lag das Haushaltseinkommen noch bei nur 33 Prozent über 2.000 Euro<sup>114</sup>, 2017 war dies bei 67 Prozent der Fall. Die Entscheidung, 2.000 Euro als Trennmarke zu nutzen, wurde getroffen, weil erstens über die sieben Datensätze nicht viele gemeinsame Trennpunkte verfügbar waren und zweitens, weil so durchweg zwei Gruppen mit relevanter Größe entstehen.

Die Bildungsvariable wurde auf die Frage reduziert, ob jemand Abitur hat oder nicht. Bei Menschen mit Universitätsabschluss wird dies als vorausgesetzt betrachtet. Die FH-Reife wurde ebenfalls als Abitur codiert, weil in einigen Datensätzen beides in eine Kategorie fällt. Schüler und sonstige Abschlüsse wurden dagegen als nicht-Abiturienten codiert, da nicht klar ist, ob die von ihnen angestrebten oder absolvierten Abschlüsse Abitur-Niveau haben. Die Kirchengangshäufigkeit ist dagegen keine dichotome Variable: Sie basiert auf einer sechsstufigen Skala, die von „nie“ bis „mehrmals pro Woche“ reicht.

### *Überprüfung der Hypothesen*

Nachdem nun die Variablen, die an der Modellierung der Hypothesen beteiligt sind, beschrieben wurden, soll noch kurz auf die statistische Methodik eingegangen werden. Für die *H1* ist dies unkompliziert. Die postulierte Korrelation zwischen der Parteibindung an SPD und Union und die jeweiligen kurzfristig wandelbaren Faktoren bezieht sich auf dichotome Variablen oder solche, die sich auf Likert-Skalen stützen, sodass *Pearsons r* hier sinnvoll berechnet werden kann. Um das Ergebnis anschaulicher zu machen, wird außerdem eine bivariate logistische Regression mit der PI als unabhängiger Variable sowie der Kanzlerpräferenz, dem Kandidatenindex und der Parteikompetenz als abhängige Variable gerechnet. Auf dieser Basis lassen sich die Wahrscheinlichkeiten zeigen, mit denen Menschen mit bestimmten Parteibindungen auch dazu passende kurzfristige Determinanten der Wahlentscheidung aufweisen. Das zeigt freilich keine Kausalität, die Zuschreibung von

---

<sup>114</sup> Also 4000 DM.

Exogenität und Endogenität der Variablen ist hier vollkommen theoretischer Natur. Der Zusammenhang wird dabei über den Gesamtzeitraum wie getrennt nach einzelnen Wahljahren betrachtet.

*H2* bezieht sich auf den Zusammenhang von PI und Wahlverhalten. Um ihn unter Kontrolle der genannten soziodemografischen Variablen zu testen, wird ein logistisches Regressionsmodell aufgestellt, in dem die Wahl von SPD und Union als abhängige Variablen verwendet werden. Die Parteibindung ist die unabhängige Variable, zusätzlich fließen ein Ost-West-Dummy, das Geschlecht, Kirchgangshäufigkeit, Abitur und das ebenfalls dichotom umgesetzte Haushaltseinkommen ein. Mit der *predictive margins*-Methode können im Anschluss die Wahrscheinlichkeiten für die Wahlabsicht für SPD und Union gezeigt werden, basierend auf einer (nicht-)Parteibindung für diese Parteien. Zudem kann auf Basis des Modells gezeigt werden, wie hoch der Anteil der korrekt vorhergesagten Wahlabsichten ist.

Im Vergleich zu einem Modell, dass nur die Parteiidentifikation als unabhängige Variable verwendet, sollte die Vorhersagekraft in einem komplexeren Logit-Modell mit Kanzlerpräferenz, Kandidatenbewertungen und Parteibewertungen wesentlich besser sein (*H3*). Auch hier kann im Anschluss eine Wahrscheinlichkeitsmatrix zeigen, wie sicher sich eine Parteiwahl unter verschiedenen Einstellungskombinationen vorhersagen lässt: So könnte man etwa vermuten, dass Menschen mit gleichgerichteter PI und kurzfristig wandelbaren Faktoren mit höherer Wahrscheinlichkeit die entsprechende Partei wählen möchten als Menschen, die zwar eine PI aufweisen, aber andere Kandidaten bevorzugen. Dasselbe Modell wird auch verwendet, um den Wandel der Effektstärken im Zeitverlauf verfolgen zu können (*H4*).

Um die Hypothese, dass diejenigen ohne Parteibindung einen stärkeren Einfluss von Kanzlerpräferenz, Kandidatenbewertung und Parteibewertung auf die Wahlentscheidung aufweisen als Menschen mit PI (*H5*), muss das Modell leicht angepasst werden. Die PI für eine bestimmte Partei wird nicht mehr in das Modell aufgenommen, denn die Annahme bezieht sich auf die PI *allgemein*, nicht eine spezielle für eine Partei. Dafür wird entsprechend eine Variable eingefügt, die nur misst, ob jemand generell eine PI aufweist oder nicht. Daran anschließend wird mithilfe von *marginal effects* gezeigt, wie sich die Effektstärke der kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens unterscheidet, je nachdem ob eine PI vorliegt oder nicht. Auch hier wird es interessant sein zu sehen, ob sich die Koeffizienten immer ähnlich stark unterscheiden oder ob kontextspezifisch die Differenzen größer und kleiner werden, je nach Wahljahr.

Die Hypothesen *H2* bis *H5* werden methodisch identisch bearbeitet. Zunächst werden mithilfe von Logit-Modellen die Effektstärken der jeweils unabhängigen Variablen über alle Wahljahre der Beobachtungsreihe ermittelt. Da Logit-Koeffizienten nicht sehr intuitiv interpretierbar sind, werden aus ihnen Wahrscheinlichkeiten für eine Veränderung der SPD-Wahlabsicht (von 0 auf 1) ermittelt. Dabei gilt, dass die ermittelten Effektstärken unter gegenseitiger Konstanzhaltung der unabhängigen Variablen sind. Aus den Logit-Modellen können schließlich die *Average Marginal Effects* der einzelnen unabhängigen Variablen über die Zeit berechnet werden. Dies macht deutlich, welche Effektstärken die unabhängigen Variablen auf die SPD-Wahlabsicht in den verschiedenen Wahljahren aufwiesen. Am übersichtlichsten lässt sich dies grafisch zeigen. Der Wertebereich der Grafiken wird dabei an die Effektstärken angepasst, beginnt aber stets bei null.

Die abschließende Frage nach der treibenden Kraft hinter der elektoralen Entwicklung (*H6*) spielt sich, im Gegensatz zu den anderen Hypothesen, zusätzlich auf der Aggregatebene ab. Mit individuellen Analysen lässt sich zwar zeigen, *wer* (wahrscheinlich) SPD wählt, aber nicht unbedingt *wie viele*. Wenn beispielsweise deutlich wird, dass Menschen mit einer Parteibindung an die SPD in einem Jahr mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit auch die SPD wählen werden, hängt das Wahlergebnis davon ab, wie groß der Anteil an Menschen mit einer solchen PI ist. Um ein klareres Bild darüber zu bekommen, was die Wahl der Sozialdemokraten in Deutschland über die Zeit bestimmt hat, müssen die aggregierten Einstellungen zur Partei und ihren Kandidaten betrachtet werden (siehe dazu auch Kapitel 5.2.) und mit der aus den anderen Untersuchungen ermittelten Einflüssen dieser Einstellungen in Beziehung gesetzt werden (Benedetto/Hix/Mastorocco 2020: 19–20).

Um die Fragestellung zu beantworten, werden die unabhängigen Variablen des Michigan-Modells aggregiert *und* in ihrer Effektstärke betrachtet, was bereits in vorangegangenen Abschnitten erfolgte. Sie sollten zusammen ein Bild ergeben, das Rückschlüsse auf mögliche dominante Variablen bei der Erklärung der SPD-Wahlabsicht über den beobachteten Zeitabschnitt ermöglicht. Dabei darf nicht vergessen werden, dass diese unabhängigen Variablen sehr wahrscheinlich hoch miteinander korrelieren und aus theoretischer Sicht kausal nicht unabhängig sind.

## 5.4. Ergebnisse: Zusammenspiel und Wandel von Parteiidentifikation und kurzfristigen Determinanten des Wahlverhaltens

In diesem abschließenden Ergebnisteil wird das Michigan-Modell auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag von 1994 bis 2017 angewendet. Der Fokus liegt hierbei auf der Wahlentscheidung für die SPD<sup>115</sup>. Dabei werden die zuvor beschriebenen Aspekte des Modells berücksichtigt: Wie gestaltet sich die Wirkung der Parteibindung sowohl auf andere, kurzfristig wandelbare Einstellungsmerkmale als auch direkt auf die Wahlentscheidung? Wie wirken sich die Bewertungen von Kandidaten und Sachfragen auf die Wahlabsicht aus? Welche Rolle spielt der Kontext der Wahl auf die Effektstärken bei verschiedenen Wahlen? Diese Fragen – und einige weitere – sollen in diesem Teilkapitel behandelt werden. Dabei bildet der Untersuchungszeitraum, obwohl kürzer als in Kapitel 4, sieben Bundestagswahlen mit durchaus unterschiedlichen Ausgängen und Vorzeichen ab.

### *Korrelation von Parteiidentifikation mit Kanzlerpräferenz, Kandidatenbewertung und Parteienkompetenzbewertung*

Der erste Schritt der Analyse ist es, den bivariaten Zusammenhang von Parteiidentifikation mit kurzfristig wandelbaren Faktoren zu untersuchen. Unter der Annahme, dass die PI den Blick des Individuums auf die politische Welt strukturiert, wird hier ein deutlicher, positiver Zusammenhang angenommen (*H1*). Dass die PI dabei die anderen Variablen beeinflusst und nicht so sehr umgekehrt (Fiorina 1981) ist dabei zunächst eine theoretische Entscheidung – die folgenden Statistiken wären prinzipiell auch andersherum zu rechnen und zu interpretieren, mit ähnlichen Ergebnissen.

Der Blick in die Daten (Tabelle 5.4.1) zeigt, dass die Zusammenhänge zwischen der Parteiidentifikation und den kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens weitgehend stabil sind. Den stärksten Zusammenhang gibt es bei der Frage, welche Partei man für am kompetentesten hält, das persönlich wichtigste Problem zu lösen. Das kann auch daran liegen, dass dies die einzige dieser Fragen ist, in der einfach mit einem Parteinamen geantwortet wird – genau wie beim Item der PI. Der schwächste Zusammenhang besteht meistens bei der Einschätzung der Kandidateneigenschaften, wo recht differenzierte Angaben möglich sind.

---

<sup>115</sup> Und, in einigen der Modelle zum Vergleich, für die Union.

Im Gesamtbild liegen die gemessenen Zusammenhänge aber alle in einem ähnlichen Bereich zwischen 0,4 und 0,6 und sind damit relativ moderat. Dieses Ergebnis konnte auch erwartet werden, denn ein sehr starker Zusammenhang hätte womöglich dafür gesprochen, dass sich PI und kurzfristige Determinanten der Wahlentscheidung konzeptionell nicht wirklich unterscheiden. Ein signifikanter, moderat positiver Zusammenhang war dennoch absehbar. Dabei ist kein deutlicher Trend über die Wahlen hinweg erkennbar. Lediglich einzelne Ausreißer fallen auf, etwa der starke Zusammenhang zwischen SPD-PI und Parteienkompetenz 2009 und der vergleichsweise schwache zwischen Kanzlerpräferenz und PI bei der Wahl 2017. Gerade letzteres ließe sich vielleicht mit der hohen Popularität von Angela Merkel bei dieser Wahl erklären, was in Kapitel 5.2. sichtbar wurde.

**Tabelle 5.4.1: Korrelation von PI mit Kanzlerpräferenz, Bewertung der Kandidateneigenschaften, Parteienkompetenzeinschätzung für die SPD, 1994-2017**

PI für die SPD und...	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Kanzlerpräferenz	0,55	0,54	0,55	0,59	0,55	0,52	0,47
Index Kandidaten	*	0,40	0,45	0,53	0,41	0,39	0,39
Bewertung komp. Partei	0,57	0,55	0,58	0,50	0,67	0,56	0,47

\*: In dieser Studie fehlen Teile des Index.

Alle Zusammenhänge sind statistisch signifikant bei  $p < 0,01$ .

Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017

Berechnet man die Wahrscheinlichkeiten beziehungsweise Vorhersagen für die Ausprägung der kurzfristig wandelbaren Faktoren, wird deutlich, welche Bedeutung die PI für diese Variablen hat. So liegt, über den ganzen Beobachtungszeitraum gesehen, die Wahrscheinlichkeit, dass jemand den Kanzlerkandidaten der SPD präferiert, bei etwa 22 Prozent für Menschen ohne eine Parteibindung an die SPD. Liegt dagegen eine solche PI vor, steigt die Wahrscheinlichkeit auf 81 Prozent. Ähnlich deutlich sind die Unterschiede bei der Einstufung als kompetenteste Partei: Hier beträgt die Wahrscheinlichkeit nur 12 Prozent, dass Menschen ohne SPD-Bindung die Partei für am besten geeignet halten, das für sie wichtigste Problem zu lösen. Diese Wahrscheinlichkeit steigt auf 68 Prozent, wenn eine SPD-PI besteht. In der Index-Skala für die Kandidateneigenschaften erzielen SPD-Kandidaten im Durchschnitt 0,51 Punkte, wenn keine SPD-PI vorhanden ist – im anderen Falle sind es 0,75 Punkte. Die empirische Untersuchung spricht also mit großer Sicherheit für einen positiven Zusammenhang zwischen PI und kurzfristig wandelbaren Faktoren (*H1*).

Der Vergleich mit der Union bietet ein ähnliches Bild. Unzweifelhaft ist, dass auch dort stark signifikante Zusammenhänge zwischen PI und Kanzler- und Kompetenzbewertung vorliegen. Die Zusammenhänge sind in der Gesamtschau etwas stärker als bei der SPD. Das kann zwei Gründe haben: Entweder der Union gelingt es stärker als der SPD, ihre eigenen Anhänger auch von den eigenen Kandidaten und Inhalten zu überzeugen – oder Anhänger anderer Parteien (oder keiner Partei) lehnen sie stärker ab. In den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten sind die Unterschiede zur SPD vor allem in der Zustimmung zur Partei bei vorliegender PI zu finden, was für erstere Variante spricht.

Schließlich fällt auf, dass bei beiden Parteien die Zusammenhänge zwischen PI und kurzfristig wandelbaren Variablen bei der Wahl 2017, die für beide Parteien auch historisch niedrige Ergebnisse erbrachte, merklich schwächer sind als im Rest der Beobachtungszeit. Das zeigt sich auch in den Wahrscheinlichkeiten: So liegt etwa die Wahrscheinlichkeit für ein Präferenz für den SPD-Kandidaten bei entsprechender PI in diesem Jahr nur bei 62 Prozent, im Vergleich zu 83 Prozent im restlichen Zeitraum; ohne SPD-PI liegt sie bei 14 Prozent (Vergleich: 23 Prozent). Hier zeigt sich also eine gewisse Mobilisierungslücke, selbst Parteianhänger konnten nicht im üblichen Maß für das eigene Personal begeistert werden. Für die Union sind zumindest die eher schwachen Zusammenhänge mit den Kandidatenbewertungen wohl damit zu erklären, dass ihre Kandidatin bei dieser Wahl auch bei Anhängern anderer Parteien populär war und das Potenzial für Unterschiede zu Menschen mit Parteibindungen damit geringer.

### *Direkter Einfluss der Parteiidentifikation auf die Wahlabsicht*

Dass ein deutlicher Zusammenhang zwischen Parteibindung und der Haltung zu Kandidaten und Parteien besteht, ist den bisherigen Ergebnissen zufolge sehr wahrscheinlich. Dabei wurde zunächst keine direkte Verbindung zur Wahlabsicht hergestellt. Dies geschieht nun in zwei Schritten. Als erstes wird die Wahlabsicht *nur* mit der Parteibindung erklärt<sup>116</sup> (H2). Damit lässt sich feststellen, was der maximal mögliche Einfluss von PI auf die Wahlabsicht ist. Es ist anzunehmen, dass der Einfluss von PI hier überschätzt wird: Weitere Einflussfaktoren, die mit der PI korrelieren, haben gegebenenfalls einen von ihr unabhängigen Einfluss, der in dieser Modellierung in den Koeffizienten für die PI „enthalten“ ist („omitted variable bias“). Trotzdem ist das Ergebnis interessant, denn es zeigt, was der höchste denkbare Einfluss von PI ist unter

---

<sup>116</sup> Und unter Kontrolle verschiedener soziodemografischer Variablen.

der Annahme, dass die anderen Variablen des Michigan-Modells keinen eigenständigen Einfluss haben.

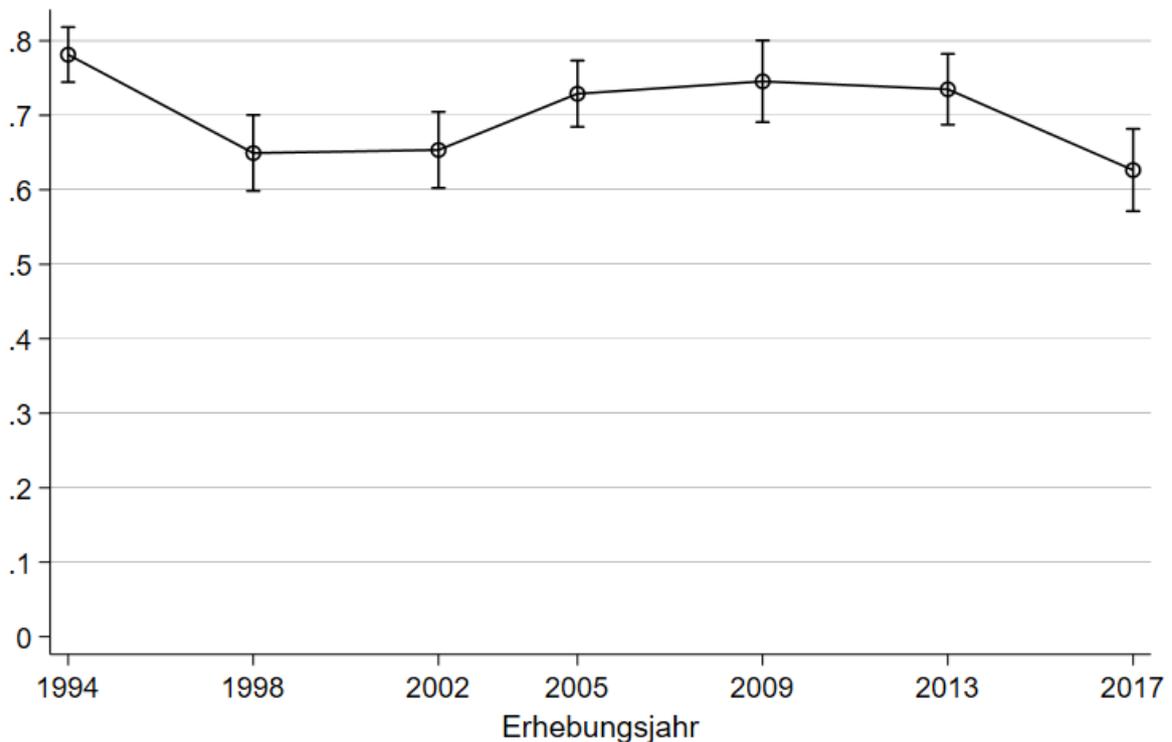
Abbildung 5.4.1 zeigt die durchschnittlichen marginalen Effekte der PI auf die Wahlabsicht für die SPD über den Beobachtungszeitraum. Dies geschieht unter Kontrolle für Ost-West, Geschlecht, Kirchengangshäufigkeit, Bildung und Haushaltseinkommen. Dabei wird deutlich, dass der Einfluss der Parteibindung über die Wahlen hinweg stark bleibt, aber deutlichen Schwankungen unterliegt. Liegt eine PI für die SPD vor, erhöht dies die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit auf eine Wahlabsicht für die SPD um 63 bis 78 Prozentpunkte. Ein klarer Trend ist allerdings nicht auszumachen, wenngleich für dieses Modell der Anfang der Datenreihe den maximalen Einfluss der PI in diesem Zeitraum markiert und das Ende den minimalen. Die Ergebnisse sind dabei auch im Lichte der jeweiligen Wahlergebnisse zu interpretieren: Ein niedrigerer Einfluss der PI auf die Wahlabsicht kann bedeuten, dass die Partei ihre Anhänger nicht gut mobilisieren konnte oder dass deren PI schwächer ausgeprägt war. Der Grund kann aber auch beispielsweise in einem beliebten Kandidaten liegen, der auch viele Menschen ohne entsprechende PI für die Partei begeistert. Das dürfte auch tatsächlich hier der Fall sein: 1998 und 2002, zwei recht erfolgreiche Jahre für die SPD, zeigen einen eher geringen Einfluss der PI. Möglicherweise ist es in diesen Situationen also die Popularität von Gerhard Schröder – oder eine inhaltliche Anziehungskraft – gewesen, die auch viele nicht-Anhänger der SPD zur Wahl bewegt hat. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit der SPD-Präferenz ist grundsätzlich bereits höher – der Effekt der PI kann also gar nicht mehr so stark ausfallen. In anderen Jahren war die Partei entsprechend stärker auf ihre Kernwähler angewiesen. Was passiert, wenn weder ein populärer Kandidat noch eine gute Mobilisierung der Parteianhänger gelingt, wäre dieser Logik zufolge 2017 zu sehen, wo der eher niedrige Einfluss der PI auf die SPD-Wahl auch mit einem für die SPD schlechten Ergebnis einherging.

Verglichen damit ist der Einfluss der PI bei der Union (siehe Anhang A5-2) über die Jahre generell etwas stärker, aber anders als bei der SPD auf einem fast monoton absteigenden Trend. Ähnlich wie bei der SPD ist auch hier das Jahr 2017 der Datenpunkt mit dem geringsten Einfluss der PI, während 1994 der stärkste Einfluss gemessen wurde. Auch für die Union stellte das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 einen Misserfolg dar, was in Anbetracht des PI-Einfluss bedeuten könnte, dass die Mobilisierung ihrer Anhänger nicht gelang.

Die Einflüsse der Kontrollvariablen (Tabelle 5.4.2) zeigen für die SPD keine besonderen Auffälligkeiten. Die Koeffizienten sind in der Regel negativ, aber häufig statistisch nicht

signifikant von null verschieden. Die Ausnahme ist die Kirchgangshäufigkeit. Das ist nicht überraschend, denn Menschen mit höherer Kirchgangsfrequenz neigen auch unter Kontrolle der PI eher den Unionsparteien zu (siehe Anhang A5-3).

**Abb. 5.4.1: Einfluss von SPD-Parteiidentifikation auf die Wahlabsicht, Average Marginal Effects, 1994-2017**



Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017, Konfidenzintervalle:  $p < 0,05$ .

Dieses Modell hat bereits eine ausgesprochen gute Erklärungskraft für das Wahlverhalten, obwohl die Einschätzungen der Kandidaten und die Sachkompetenz der Parteien darin noch keine unabhängige Rolle spielen. Für die SPD können damit zwischen 82 Prozent (1998) und 89 Prozent (2009) der (nicht-)Wahlabsichten korrekt vorhergesagt werden. Das heißt, 2009 wurde bei fast neun von zehn Menschen korrekt vorhergesagt, ob sie für die SPD oder für eine andere Partei stimmen möchten<sup>117</sup>. Für die Unionsparteien liegt die korrekte Vorhersage generell noch etwas höher, zwischen 85 Prozent (2017) und 91 Prozent (2009). Diese Anteile

<sup>117</sup> Eine korrekte Vorhersage ist definiert als Fall, in den die Wahlabsicht für die SPD vorliegt und die dafür vorhergesagte Wahrscheinlichkeit auf Basis des Logit-Modells  $\text{Pr}(\text{Wahlabsicht SPD}) \geq 0,5$  ist *oder* keine Wahlabsicht für die SPD bei einer Wahrscheinlichkeit von  $\text{Pr}(\text{Wahlabsicht SPD}) < 0,5$ .

korrekt vorhergesagter Wahlabsichten für die zwei Parteien sind wesentlich höher, als wenn man nur die Soziodemografika als Vorhersagegrundlage nutzt. Diese können zwischen 59 Prozent und 76 Prozent (SPD, siehe Tabelle 5.4.3.) beziehungsweise zwischen 65 Prozent und 67 Prozent (Union) erklären<sup>118</sup>. Auch die Gütemaße der Regressionsanalysen sind im PI-Modell wesentlich besser. Das spricht für die Hypothese, nach der ein Modell nur mit PI und Kontrollvariablen eine deutlich genauere Vorhersage gegenüber einem Nullmodell ermöglicht (H2).

**Tabelle 5.4.2: Einflussrichtung der Kontrollvariablen in einem reinen PI-Modell (SPD)**

	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Ost		-					
Männlich							
Kirchgang	-	-	-	-			-
Abitur		-			-		
HH-Einkommen > 2.000€		-				-	

Nur Einflüsse mit statistischer Signifikanz bei  $p < 0,05$  angegeben. +/-: Positiver/negativer Einfluss

Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017

#### *Modell mit Parteibindung und kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens*

Nachdem nun gezeigt wurde, wie gut Modelle mit der Parteiidentifikation als einziger unabhängiger Variable – unter Kontrolle von soziodemografischen Faktoren – die Wahlabsicht für die SPD und die Union aufklären können, wird das Modell nun um die in Kapitel 5.3.3. beschriebenen kurzfristig wandelbaren Variablen erweitert. Dies sind die Kanzlerpräferenz, die Einschätzung als kompetenteste Partei im individuell wichtigsten Politikfeld und der Index von positiven Kandidateneigenschaften. Diese Erweiterung sollte die Vorhersagekraft aus theoretischer Sicht spürbar verbessern (H3).

Betrachtet man nur den Anteil korrekt vorhergesagter Wahlabsichten für oder gegen die SPD, erscheint die Erweiterung des Modells nicht besonders fruchtbar (Tabelle 5.4.3). Er steigt nur

<sup>118</sup> Durch die Berechnungsmethode korrekter Vorhersagen kann immer 1-(Anteil der Wahlabsichten für Partei) als Mindestanteil korrekter Vorhersagen gesehen werden. Dieser wird erreicht, wenn für keinen Fall  $\Pr(\text{Wahlabsicht}) \geq 0,5$  vorhergesagt wird.

für die Beobachtungsjahr 1998 und 2009 um etwas mehr als 2 Prozentpunkte und liegt 2013 sogar unter dem einfacheren Modell. Das liegt auch daran, dass nur mit dem PI-Modell bereits eine sehr starke Erklärungskraft erzielt werden konnte, die sich nicht mehr ohne weiteres weiter steigern lässt. Darüber hinaus korrelieren PI und kurzfristig wandelbare Variablen relativ stark positiv, sind also in vielen Fällen gleichgerichtet. Es ist zu erwarten, dass vor allem für die Menschen ohne PI mit diesem Modell bessere Prognosen getroffen werden können.

Anders gestaltet sich das Bild, wenn man die Gütemaße der Regressionsanalysen anschaut. Dies muss unter der Einschränkung, dass hier Modelle mit unterschiedlichen Fallzahlen und mit nicht analog zur linearen Regression interpretierbaren Maßzahlen verglichen werden. Das Gütemaß *McFadden's pseudo-R<sup>2</sup>* etwa verbessert sich im Modell mit kurzfristig wandelbaren Variablen im Vergleich zu einem reinen PI-Modell erheblich<sup>119</sup>. Stellt man beispielsweise die zwei Modelle auf, in denen die Effekte der unabhängigen Variablen jahresweise getrennt sind, beträgt für ein PI-Modell das  $\text{pseudo-R}^2=0,41$  und für das Modell mit zusätzlichen Einstellungen zu Kandidaten und Parteikompetenzen das  $\text{pseudo-R}^2=0,52$ . Das ist nicht wie eine Aufklärung von Variation zu verstehen, was bei logistischen Modellen problematisch wäre. Die Steigerung des Gütemaßes ist aber dennoch recht deutlich. Sie zeigt sich auch in anderen Maßen wie AIC oder BIC<sup>120</sup>. Eine Auffälligkeit zeigt sich für das Wahljahr 2017: Hier gibt es zwar praktisch keinen Unterschied in der Anzahl korrekter Vorhersagen, aber eine im Vergleich zu anderen Wahlen deutlich schwächere Modellgüte, und zwar sowohl bei der SPD als auch bei den Unionsparteien. Möglicherweise liegt das daran, dass die Modelle spezifisch die Wahl dieser Parteien erklären und 2017 für beide keine erfolgreiche Wahl darstellte, im Gegensatz zu den im Modell nicht weiter beachteten kleineren Parteien. Einige der erklärenden Variablen sind hierbei nur auf die Präferenz der großen Parteien ausgelegt. Das war allerdings auch bereits 2009 der Fall, wo sich dieses Phänomen nicht zeigt.

Die Annahme, dass das Hinzufügen von kurzfristig wandelbaren Variablen mehr korrekte Vorhersagen ermöglicht, trifft also nur in geringem Maße zu. Die Vorhersage wird aber dennoch verbessert, was sich an der Modellgüte zeigt (*H3*). Möglicherweise ist die Ursache für diese Diskrepanz in der Sicherheit der Vorhersagen zu finden – gerade etwa aus demografischer

---

<sup>119</sup> *McFadden's pseudo-R<sup>2</sup>* ist definiert als  $1 - L_1/L_0$ , wobei 1 ein perfektes Modell wäre,  $L_1$  die Log Likelihood des Modells ist und  $L_0$  die Log Likelihood des Intercept-Modells. Andere *pseudo-R<sup>2</sup>*-Ansätze erreichen generell höhere Werte im Wertebereich  $[0,1]$ .

<sup>120</sup> Das Akaike information criterion (AIC) und das Bayesian information criterion (BIC) sind so definiert, dass Modelle mit niedrigen AIC und BIC zu bevorzugen sind. Sie enthalten die Anpassungsgüte, die Anzahl verwendeter Parameter und für das BIC die Fallzahl, wobei letztere im Sinne der Modellgüte nicht zu groß werden sollten.

Sicht eher unwahrscheinliche Wahlabsichten lassen sich mit größerer Sicherheit als solche identifizieren (für die Union: siehe Anhang A5-4).

**Tabelle 5.4.3: Anteil korrekt vorhergesagter Wahlabsichten (SPD), nach Modellvarianten**

Jahr	Nur Soziodemografika		PI und Soziodemogr.		Komplettes Modell	
1998	.60	(.06)	.82	(.34)	.86	(.52)
2002	.59	(.02)	.85	(.34)	.86	(.52)
2005	.61	(.02)	.87	(.44)	.87	(.56)
2009	.71*	(.04)	.89	(.45)	.92	(.62)
2013	.71*	(.02)	.88	(.44)	.87	(.56)
2017	.76*	(.02)	.87	(.31)	.87	(.38)

Korrekt vorhergesagte Wahlabsicht: Wahlabsicht für die SPD und vorhergesagte Wahrscheinlichkeit  $\geq 0,5$  oder keine Wahlabsicht für die SPD und vorhergesagte Wahrscheinlichkeit  $< 0,5$

In Klammern: McFadden's Pseudo-R<sup>2</sup>

\* Wahrscheinlichkeit für SPD-Wahlabsicht in diesen Modellen bei keinem Fall  $\geq 0,5$

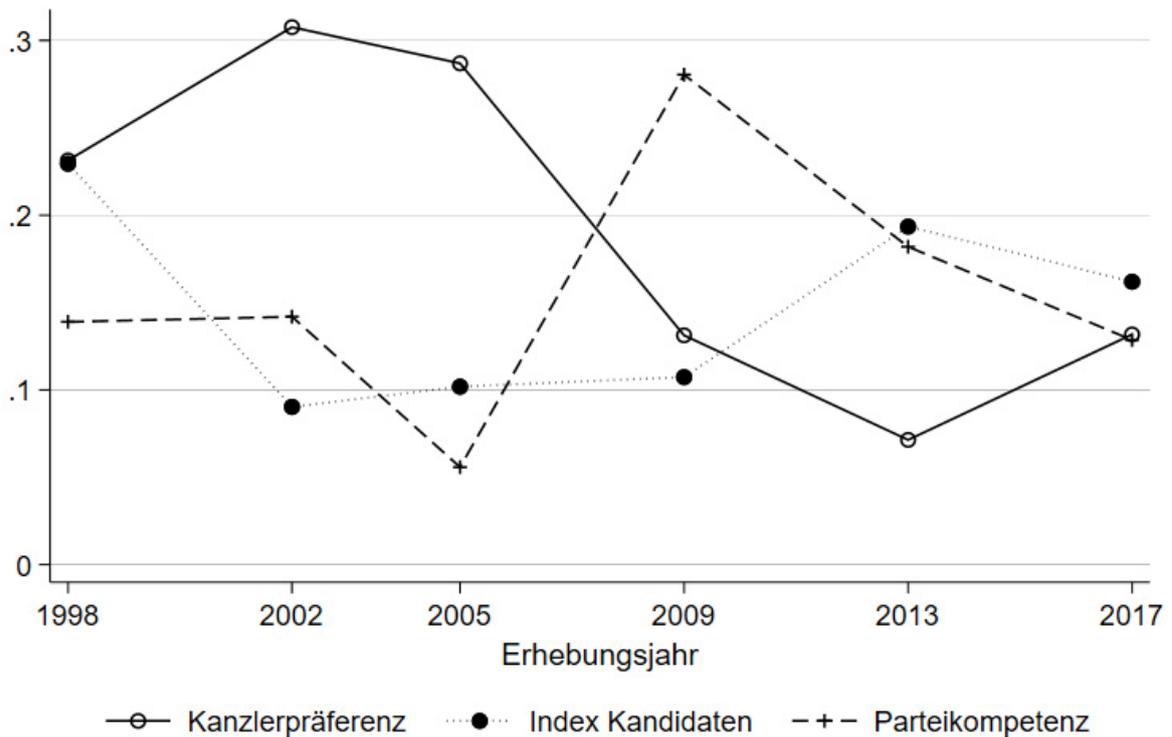
Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017

Der nächste Schritt ist, die genaue Effektstärke der kurzfristigen Determinanten des Wahlverhaltens im Zeitverlauf zu untersuchen. Dies zeigt, ob der Effekt beispielsweise von Kandidatenpräferenz auf die Wahlabsicht auf individueller Ebene bei einzelnen Wahlen höher oder niedriger ausfällt.

Für die SPD lassen sich dabei erhebliche Wandel feststellen. Besonders deutlich sind die Unterschiede beim Einfluss der Kanzlerpräferenz: In den Beobachtungsjahren 1998-2005 war der positive Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahlabsicht besonders groß (Abb. 5.4.2), 2002 sogar unter gegenseitiger Kontrolle größer als die PI. Die SPD profitierte hier also doppelt vom Kanzlereffekt: Zum einen war ihr Kandidat bei diesen Wahlen (siehe Abb. 5.2.1.1) beliebter als die Gegenkandidaten der Union. Gleichzeitig hatte eine Präferenz für den SPD-Kandidaten in diesen Jahren einen besonders starken Effekt auf die Wahlabsicht für die SPD. Präferierten Menschen Gerhard Schröder, erhöhte dies die Wahrscheinlichkeit für eine entsprechende Wahlabsicht in dieser Zeit zwischen 23 und 31 Prozentpunkten, unter Kontrolle von PI, Kompetenzbewertung, dem Eigenschaftensindex und soziodemografischen Merkmalen. Ab 2009 verringerten sich diese Effekte, die Wahrscheinlichkeit stieg dann nur noch um 7 bis

13 Prozentpunkte. Gleichzeitig präferierten in dieser Zeit weniger Menschen die SPD-Kandidaten, so dass der Kandidatenbonus der vorigen Jahre erheblich geringer ausgefallen sein dürfte.

**Abb. 5.4.2: Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf SPD-Wahlabsicht, Average Marginal Effects, 1998-2017<sup>121</sup>**



Parteiidentifikation als Kontrollvariable. Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017

Die Effekte von Kandidateneigenschaften und zugeschriebenen Parteikompetenzen zeigen eher vereinzelte Ausschläge. Die Zuschreibung von positiven Eigenschaften, also Wirtschaftskompetenz, Sympathie und Durchsetzungsfähigkeit, hatte vor allem 1998 einen erheblichen Effekt und erhöhte als Differenz zwischen Minimal- und Maximalbewertung<sup>122</sup> die Wahrscheinlichkeit für eine SPD-Wahlabsicht um 23 Prozentpunkte. 2013 (19 Prozentpunkte) und 2017 (16 Prozentpunkte) war der Effekt jeweils der stärkste in dieser Trias, aber nicht mehr so ausgeprägt. Möglicherweise spielen die konkreten charakterlichen und inhaltlichen Vorzüge

<sup>121</sup> Auf Konfidenzintervalle wurde bei Grafiken mit mehr als zwei Linien verzichtet, um eine Überfrachtung der Grafik zu vermeiden.

<sup>122</sup> Zur Erinnerung: Der Wertebereich des Index ist [0,1], der marginale Effekt damit die Differenz zwischen Minimum und Maximum der möglichen Ausprägungen.

von Personen eher bei neuen Kandidaten eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, auch wenn 2009 nicht in dieses Muster passt.

Die Einschätzung als kompetenteste Partei im individuell so gesehenen wichtigsten Politikfeld hat vor allem bei der ansonsten wenig erfolgreichen Bundestagswahl 2009 eine sehr wichtige Rolle für die SPD gespielt. Eine Präferenz für die SPD in dieser Frage erhöhte die Wahrscheinlichkeit für eine entsprechende Wahlabsicht unter sonst gleichen Bedingungen um 28 Prozentpunkte, was diesen Faktor bei dieser Wahl zum mit Abstand wichtigsten für die Partei macht. Eine mögliche Erklärung dafür könnte in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 liegen, die zwar zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2009 selbst keine so übergeordnete Rolle mehr spielte, aber trotzdem Sachfragen bei dieser Wahl noch eine vergleichsweise starke Position einnehmen ließ (Rudi 2011: 189; Weßels/Schoen/Gabriel 2013: 18–19). Bei individuell hoher Effektstärke hielten allerdings nur etwa 20 Prozent der Menschen die SPD für am kompetentesten in ihrem individuell wichtigsten Themenbereich<sup>123</sup>. Ein im Aggregat großer Effekt wie beim Kandidatenfaktor in früheren Wahlen war entsprechend so nicht zu erzielen (siehe Abb. 5.4.2). Der Faktor war auch bei der Union in keinem Jahr so stark wie 2009, allerdings nicht mit so deutlichem Abstand (siehe Anhang A5-5).

Die Bundestagswahl 2017 am Ende der Beobachtungsreihe ist vor allem durch die durchgehend geringen marginalen Effekte interessant. Es zeigt sich, dass die drei kurzfristig wandelbaren Variablen bei dieser Wahl keinen besonders starken Einfluss auf die Wahlabsicht für die SPD hatten. All das zusammengenommen dürfte auch erklären, wieso das Modell für diese Wahl eine auffällig niedrige Erklärungskraft hat, verglichen mit früheren Wahlen. Man kann also festhalten, dass die in Kapitel 4 deutlich gewordene, gesunkene PI-Verbreitung bei dieser Wahl nicht von anderen Faktoren „aufgefangen“ wurde. Was eigentlich die (Nicht-)Wahlabsicht für die SPD bei dieser Wahl im Vergleich zu früheren Wahlen determiniert hat, lässt sich auf Basis dieser Untersuchungen nicht sagen. Ob dies ein Ausreißer oder die neue Regel ist, können erst zukünftige Wahlen zeigen.

Im Vergleich dazu waren die Effekte der kurzfristig wandelbaren Faktoren bei der Union wesentlich stabiler. Die einzige wirkliche Auffälligkeit ist hier die Bundestagswahl 2013, die für die Union sehr stark von der Präferenz für Angela Merkel als Kanzlerin geprägt war: Lag diese vor, erhöhte dies die Wahrscheinlichkeit für eine Unionswahl um 36 Prozentpunkte,

---

<sup>123</sup> Das muss nicht unbedingt die Finanzkrise oder ein wirtschaftliches Themenfeld sein.

verglichen zu sonst rund 20 Prozentpunkten bei dieser Variablen. Ansonsten bewegen sich alle marginalen Effekte mit wenigen leichten Ausreißern zwischen 8 und 20 Prozentpunkten höherer Wahrscheinlichkeit für eine Union-Wahlabsicht. Diese geringeren Einflüsse von kurzfristigen Einflüssen bei der Union könnten damit zusammenhängen, dass die PI für die Wahl der Union noch einen stärkeren Effekt hat und die Parteibindungen auch intensiver sind. Für die reine größere Verbreitung von PI wird im Modell kontrolliert, dies sollte also nicht die Ursache sein (siehe Anhang A5-5).

Alles in allem kann die Annahme, dass die Effektstärke der kurzfristig wandelbaren Variablen zwischen den Wahlen erheblich variiert, generell angenommen werden (*H4*). Natürlich gibt es je nach Partei und einzelner Variable auch Stabilität, trotzdem lässt sich klar erkennen, dass die Wahl etwa der SPD in manchen Jahren klar von der Kandidatenpräferenz, von Themenkompetenz oder auch mal von nichts von alledem bestimmt wird. Auch für die Union gilt dies, wenn auch etwas eingeschränkter. Dies wird hier nicht näher thematisiert, doch wäre es sicherlich auch interessant zu sehen, wie sich die Effektstärken dieser Faktoren für die kleineren Parteien in Deutschland entwickeln und ob beispielsweise Kompetenzfragen in Abwesenheit von sehr präsenten Kanzlerkandidaten für sie eine größere Rolle spielen.

#### *Kurzfristige Einstellungseffekte mit und ohne Parteiidentifikation*

Während die PI immer noch meistens den größten Einfluss auf die individuelle Wahlabsicht hat (siehe Abb. 5.4.1), ist in Kapitel 4 deutlich geworden, dass sie auch in Westdeutschland nicht mehr so verbreitet ist wie etwa in den 1980ern. Daraus könnte man eine Zunahme des Einflusses von kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens ableiten – immerhin fehlt bei der größer gewordenen Gruppe der Ungebundenen der sonst stärkste Einflussfaktor bei der Erklärung von Wahlverhalten. Entsprechend lautet die Hypothese *H6*, dass bei Wählern<sup>124</sup> ohne jede Parteiidentifikation der Einfluss von Kandidatenbewertungen, Kanzlerpräferenzen und Kompetenzeinschätzungen größer ausfällt. Das wird wie zuvor mithilfe der durchschnittlichen marginalen Effekte festgestellt, also der Veränderung von Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahlabsicht. Letztlich wird also eine Interaktion zwischen PI und kurzfristig wandelbaren Variablen angenommen.

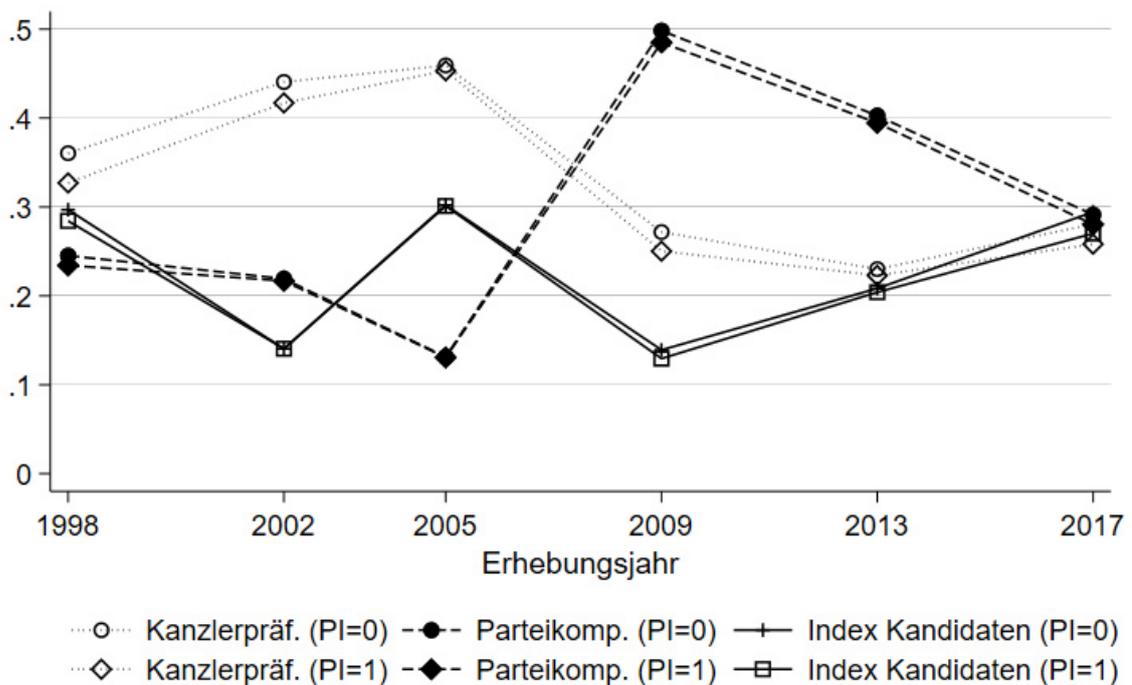
---

<sup>124</sup> Ob Menschen wirklich wählen gegangen sind, lässt sich auf Basis der hauptsächlich verwendeten Vorwahlenanalysen nicht sagen.

Aus Sicht der Daten der Bundestagswahlstudien von 1998 bis 2017 spricht wenig für diese Hypothese (Abb. 5.4.3). Die Effekte der Kandidateneigenschaften, Kompetenzbewertungen und Kanzlerpräferenz sind kaum zwischen den beiden Gruppen – Menschen mit und ohne PI – zu unterscheiden. Zwar liegt die Effektstärke bei der Gruppe ohne Parteibindungen durchgehend ein wenig höher, der Unterschied ist aber stets im Bereich zwischen 0,1 und 3,3 Prozentpunkten Veränderung der Wahrscheinlichkeit für eine SPD-Wahlabsicht.

Das Ergebnis fällt etwas anders aus, wenn die Parteiidentifikation als Unterscheidung von SPD-PI und keine-SPD-PI im Modell behandelt wird. Dann ist der Effekt der kurzfristig wandelbaren Variablen stets höher in der Gruppe *mit* SPD-Parteibindung. Das ergibt aus theoretischer Sicht auch Sinn, da in dieser Operationalisierung viele Menschen mit einer Bindung an eine andere Partei in der Gruppe ohne SPD-PI existieren. Diese haben vermutlich trotz einer Neigung etwa zum SPD-Kandidaten eine eher geringe Wahrscheinlichkeit zur entsprechenden Wahlabsicht, weil ihre Parteibindung sie zu anderen Parteien „hinzieht“.

**Abb. 5.4.3: Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf SPD-Wahlabsicht in zwei Gruppen: Menschen mit/ohne Parteiidentifikation, Average Marginal Effects, 1998-2017**



Daten: Bundestagswahlstudien 1994-2017

Für die Union ist das Ergebnis im Hinblick auf die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Parteibindung sehr ähnlich (siehe Anhang A5-6). Bei ihr gab es in der Menge an Datenpunkten, die von den drei Einstellungen und Wahljahren gebildet werden, nur zwei kleinere Gruppenunterschiede: 2013 war der Kandidateneffekt etwas größer in der Gruppe ohne PI, 2017 war er etwas kleiner. Daraus lässt sich folglich ebenfalls keine Evidenz für die Hypothese ableiten, dass diese kurzfristigen Effekte bei parteilich ungebundenen Personen größer ausfallen. Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen den zwei Gruppen fast schon auffällig gering. Stärkere Unterschiede im Gruppenvergleich zwischen Menschen mit PI für die Union und solchen ohne (also auch mit PI für andere Parteien) zeigen sich analog zur SPD auch hier in dem Sinne, dass die Effekte der Kurzfristvariablen stärker ausfallen, wenn eine entsprechende PI vorliegt.

Der Grund dafür, dass kein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein einer PI und der Effektstärke der kurzfristig wandelbaren Variablen erkennbar ist, könnte möglicherweise im politischen Interesse liegen: Dieses ist positiv mit Parteibindungen korreliert und dürfte auch zu einem stärkeren Konsum politischer Informationen führen (Arzheimer/Schoen 2005: 631). Auch in den Daten der Bundestagswahlstudien zeigt sich dieser positive Zusammenhang. Das heißt, dass Menschen ohne Parteiidentifikation weniger über das politische Geschehen erfahren und folglich auch weniger von den Sachfragen oder Kandidatenimages geleitet werden können.

#### *Effekt von Parteiidentifikation und kurzfristigen Einstellungsvariablen auf das Wahlergebnis*

Der Versuch, nicht individuelles Wahlverhalten, sondern das aggregierte Wahlergebnis durch die Variablen im Michigan-Modell zu erklären, bleibt nicht ohne methodische Probleme: Wahlergebnisse sind nur jeweils ein einzelner Datenpunkt, die Zahl der untersuchten Fälle ist entsprechend sehr gering – hier genau sieben. Damit lässt sich beispielsweise eine lineare Regressionsanalyse nicht sinnvoll durchführen, weil ihre Grundannahmen, etwa die Normalverteilung des Fehlerterms, verletzt sind und nicht durch höhere Fallzahlen ausgeglichen werden können. Daher kann vor allem betrachtet werden, wie die vier hier herangezogenen unabhängigen Variablen im Aggregat neben der Wahlabsicht verlaufen und diese Sicht durch die Kenntnis der Effektstärken in den jeweiligen Wahljahren ergänzt werden.

Die Annahme hier ist, dass vor allem der Verlauf der aggregierten Parteibindungen die Wahlerfolge und -misserfolge einer Partei auf lange Sicht bestimmen.

Abbildung 5.4.4 zeigt zwei Graphen: Die oberen Kurven bilden den Verlauf verschiedener Einstellungen zur SPD ab, wobei die Wahlabsicht hervorgehoben ist. In den unteren Kurven<sup>125</sup> werden die jeweiligen durchschnittlichen, marginalen Effekte dieser Einstellungen auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlabsicht für die SPD gezeigt. Im oberen Abschnitt lassen sich zwei Phasen ausmachen: Eine mit vergleichsweise hohem Anteil von Wahlabsichten bis 2005 und eine mit niedrigerem ab 2009. Diese Phasen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Variablen „Wahlabsicht“. Tatsächlich verlaufen auch sämtliche hier gemessenen Einstellungsvariablen ab 2009 generell auf einem niedrigeren Niveau. Das macht es schwer, direkt eine einzelne Variable herauszugreifen, anhand der man die schwächeren Wahlergebnisse (die sich an den Wahlabsichten weitgehend abbilden) erklären kann.

Einige Erkenntnisse lassen sich aus dem Zusammenspiel dieser zwei Graphen dennoch ziehen. Es zeigt sich, dass der Anteil an Parteiidentifikationen für die SPD in sechs von sieben Jahren niedriger ist als der Anteil an Präferenzen für die SPD in Sachkompetenz und Kandidaten. Er ist ebenfalls stets niedriger als die Wahlabsicht, wobei sich die Differenz von Wahl zu Wahl unterscheidet. Gleichzeitig ist die PI in der Regel innerhalb dieser Variablen der stärkste Einflussfaktor auf die Wahlabsicht. Man kann also ableiten, dass Menschen mit einer SPD-PI wahrscheinlich recht sicher auch eine Wahlabsicht für die Partei aufweisen, ebenso wie eine Präferenz für die SPD in den anderen Variablen.

Der Verlauf der Einstellungen und Wahlabsichten sowie der marginalen Effekte entspricht den theoretischen Erwartungen, denen zufolge die PI eine starke Wirkung sowohl auf die Wahlabsicht als auch auf die kurzfristig wandelbaren Variablen haben sollte<sup>126</sup>. Sie formt damit eine Art „Basis“ für die Wahlabsicht. Darauf aufbauend können die kurzfristig wandelbaren Variablen bei entsprechend hohen Präferenzen für die SPD oder guten Bewertungen für ihre Spitzenkandidaten mehr Menschen zu einer SPD-Wahlabsicht bringen. Dass der Anteil von Parteibindungen an die SPD von 2005 bis 2017 um 43 Prozent gesunken ist<sup>127</sup>, macht also einen großen Teil des elektoralen Problems für die Partei aus: Nur noch gut halb so viele Menschen

---

<sup>125</sup> Diese beginnen erst ab 1998, weil der Index der Kandidateneigenschaften erst ab 1998 verfügbar ist und das Modell entsprechend erst dann in dieser Form berechnet werden kann.

<sup>126</sup> Die Effekte der PI unterscheiden sich von denen in Abbildung 5.4.1., weil dort nicht für die kurzfristig wandelbaren Variablen kontrolliert wurde.

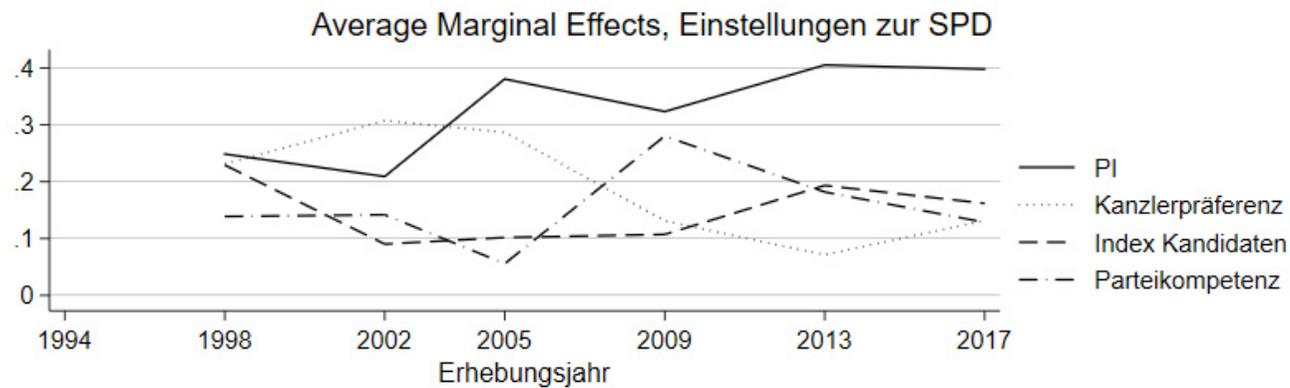
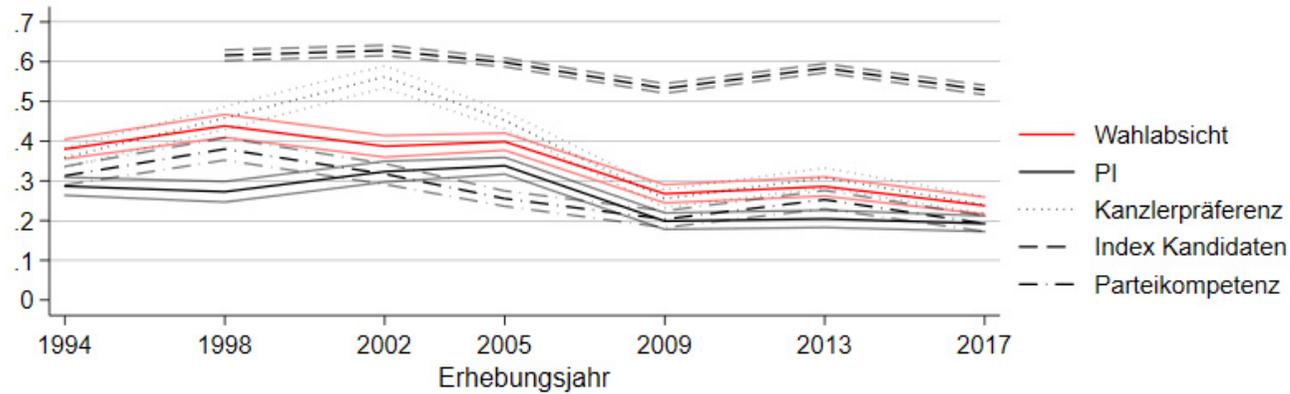
<sup>127</sup> Von 33,8 Prozent auf 19,2 Prozent.

haben eine psychologische Bindung an die Partei. Um ähnliche Ergebnisse wie um 2000 zu erzielen, müssten also die kurzfristig wandelbaren Faktoren viel stärker über die PI-Verteilung hinausgehen.

Beispiele für solche Situationen finden sich 1998 und 2002. Hier lag der Anteil an SPD-Parteibindungen – trotz letztlich besserer Wahlergebnisse – etwas niedriger als 2005. Die kurzfristig wandelbaren Faktoren fielen für die Partei aber wesentlich positiver aus als dies ab 2009 der Fall war. In beiden Wahljahren, vor allem 2002, lag die Kandidatenpräferenz für Gerhard Schröder weit über dem PI-Anteil und auch die Effektstärke war wesentlich höher als in späteren Jahren. 1998 fiel auch die Kompetenzeinschätzung relativ hoch aus, ebenso wie ihr marginaler Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahlabsicht. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass kurzfristig wandelbare Variablen einzelne Wahlen für eine Partei erfolgreich ausfallen lassen können, auch wenn sich nicht überragend viele Menschen an sie gebunden fühlen. Sie zeigen auch, dass „nur“ ein starker Effekt einer Variable auf individueller Ebene nicht ausreicht, um Erfolg für eine Partei zu erzeugen. Es müssen auch viele Menschen in dieser Variable die Partei präferieren. So war der durchschnittliche marginale Effekt der Kompetenzeinschätzung für die SPD im Jahr 2009 sehr stark – allerdings wurde die Partei hier nicht besonders häufig genannt (siehe auch Kapitel 5.2.).

Letztlich lässt sich die Frage, welche der Variablen die Wahlergebnisse der SPD besonders prägte, aus empirischer Sicht nicht mit Sicherheit klären. Zieht man die theoretische Perspektive des Michigan-Modells hinzu, spricht das eher für die Vermutung, dass die zurückgegangene PI den langfristigen Trend erklären kann (*H6*). Demzufolge hat vor allem die Kandidatenfrage für einige Wahlperioden gute Ergebnisse für die SPD zur Folge gehabt, obwohl sich bereits nur noch eine eher kleine Gruppe an die Partei gebunden fühlte – verglichen mit früheren Jahrzehnten (siehe auch Kapitel 4). Als die Effektstärke des Kandidateneffekts gleichzeitig mit der Präferenz für SPD-Kandidaten zurück ging und parallel die Gruppe der SPD-Identifizierer weiter schrumpfte, hatte das den bemerkenswerten Rückgang von Stimmenanteilen zur Folge, der 2009 zu beobachten war. In einer Situation wie 2017, als weder der Kandidat besonders viele Wähler anzog noch die Partei als besonders fähig in der Problemlösung wahrgenommen wurde, sich wenig Menschen mit ihr identifizierten *und* die kurzfristigen Effekte für die SPD-Wahl ohnehin keine große Rolle spielten, ist ein schwaches Ergebnis dann folgerichtig.

**Abb. 5.4.4: Wahlabsicht und Einstellungen zur SPD, Average Marginal Effects 1994-2017**



Datengrundlage: Bundestagswahlstudien 1994-2017. Konfidenzintervalle:  $p < 0.05$ .<sup>128</sup>

<sup>128</sup> Die Variable „Index Kandidaten“ ist ein Index aus mehreren Likert-Skalen. Die anderen Variablen sind Entscheidungen für oder gegen die SPD und ihre Ausprägungen daher niedriger.

## *Schlussfolgerung*

Die Analyse der Bundestagswahlstudien von 1994 bis 2017 aus der Perspektive des Michigan-Modells zur Erklärung von Wahlverhalten ermöglicht die Überprüfung einer Reihe von Annahmen, die sich aus dem Modell ableiten. Zunächst kann festgehalten werden, dass die Ergebnisse die meisten Hypothesen aus dem Modell unterstützen. Die Parteiidentifikation (PI) ist demzufolge als langfristig konstante und wirksame Variable der Ausgangspunkt des Wahlverhaltens bei jeder einzelnen Wahl. Sie zeigte in den Daten für die SPD einen moderaten bis starken Zusammenhang mit den kurzfristig wandelbaren Einstellungen zu Sachfragen und Spitzenkandidaten. Zudem konnte unter Kontrolle von soziodemografischen Variablen ein hoch signifikanter Effekt auf die Wahrscheinlichkeit, die SPD zu wählen – also auf das Wahlverhalten – festgestellt werden. Allein die Information über eine Parteibindung ermöglicht es bereits, für sechs von sieben Menschen eine korrekte Vorhersage über die SPD-Wahlabsicht zu treffen.

Diese Vorhersage verbessert sich noch marginal weiter, wenn zusätzlich die kurzfristig wandelbaren Variablen in das Modell aufgenommen werden. Vor allem jedoch werden dadurch die Vorhersagen *sicherer* – die Gütemaße der logistischen Regressionsanalyse können so erheblich verbessert werden. Dagegen steigt der Anteil korrekter Vorhersagen für die Wahl der SPD wenn überhaupt nur noch minimal. Dabei zeigt sich auch, dass die Effektstärken dieser Variablen von Wahl zu Wahl zum Teil erheblich verschieden sind. Dies ist eine der Implikationen des Michigan-Modells: Zwar ist es der Grundgedanke des Modells, dass die unabhängigen Variablen bei jeder Wahl eine generalisierte Rolle spielen. Dass aber beispielsweise einzelne Sachfragen – etwa zu Krieg und Frieden – lange Zeit ein Nischenthema sind und erst bei einzelnen Wahlen zu dominanten *Issues* werden, hilft dabei, die zum Teil erheblichen Veränderungen im Wahlverhalten eines Elektorats erklären zu können (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 35–36). So lässt sich am Beispiel der SPD zeigen, dass die Kandidatenfrage bei den Wahlen von 1998 bis 2005 für ihre Wähler eine große Rolle spielte, wohingegen etwa 2009 eher die Sachkompetenz wichtig war.

Eine weitere Annahme war, dass Menschen ohne Parteiidentifikation bei ihrer Wahlentscheidung stärker von den kurzfristig wandelbaren Variablen geleitet werden. Da die PI aus konzeptioneller Sicht die politische Wahrnehmung filtern und prägen sollte, wäre es denkbar, dass dies für ungebundene Wähler eine größere Beeinflussung von Kandidatenimages

und -präferenzen bedeutet. Das ließ sich anhand der ausgewählten Daten allerdings nicht zeigen. Tatsächlich scheint das (Nicht-)Vorhandensein einer Parteibindung nahezu keinen Effekt auf die Einflussstärke dieser Variablen zu haben, und zwar weder für die Wahl der SPD noch für die der Union. Möglicherweise hat dies mit der positiven Korrelation von PI und politischem Interesse zu tun, die sich auch in den Bundestagswahlstudien nachweisen lässt: Menschen ohne eine Parteibindung zeigen weniger Interesse und dürften daher auch weniger über die Themen und Kandidaten einer Wahl erfahren, was den Einfluss dieser Variablen hemmen könnte. Gleichzeitig dürfte es für Menschen ohne PI vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse schwieriger sein, eine Prognose für ihre Wahlentscheidung zu treffen.

Zum Abschluss wurden diese Ergebnisse mit den aggregierten Einstellungsmerkmalen zur SPD mit dem Ziel zusammengeführt, entscheidende Faktoren für die generelle elektorale Entwicklung der SPD bei Bundestagswahlen zu identifizieren. Dazu gibt es zwei wesentliche Erkenntnisse: Erstens ist es schwierig, eine einzelne Variable zu identifizieren, weil die Einstellungen zur SPD – sei es gegenüber der Partei oder ihren Kandidaten – allesamt deutlich mit dem Anteil der Wahlabsichten korrelieren. Daher lässt sich nicht feststellen, ob eine der Variablen einen dominanten Effekt ausübt. Zweitens ist die Parteiidentifikation für die SPD stets die Einstellung mit der geringsten Verbreitung in der Bevölkerung, verglichen mit den kurzfristig wandelbaren Variablen. Sie liegt im hier beobachteten Zeitraum auch in allen Fällen unterhalb des Anteils der Wahlabsichten. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass sie die Basis für die Wahlabsichten bildet und zusätzlich Stimmen gegebenenfalls von positiven Wahrnehmungen der Kandidaten oder der Kompetenz zu Sachfragen gewonnen werden können. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn, wie zuvor beschrieben, diese bei einzelnen Wahlen einen starken Effekt auf die Wahrscheinlichkeit einer SPD-Wahlabsicht hatten. Diese Interpretation ergibt sich allerdings eher aus der Theorie des Michigan-Modells und ist nicht statistisch belegt. Demnach liegt bei der Parteiidentifikation am ehesten ein langfristiger Einfluss auf den Trend von Wahlergebnissen – kurzfristig wandelbare Variablen können zwar in einzelnen Wahlen große Abweichungen von der PI-Verteilung erzeugen, von konsistenten Einflüssen ist aber nicht auszugehen.

## 5.5. Zusammenfassung

Dieses Kapitel zeigt die historische Entwicklung der SPD bei Bundestagswahlen seit 1994 aus der Perspektive des Michigan-Modells. In diesem Modell stehen, anders als im makrosoziologischen Modell, auch die Determinanten des Wahlverhaltens im Vordergrund, welche den Parteienwettbewerb im Wahlkampf abbilden. In den Ergebnissen wurden nicht nur die Verläufe bestimmter Einstellungsmuster verfolgt, sondern auch die Zusammenhänge verschiedener Einstellungen unter sich und mit dem Wahlverhalten untersucht. Diese Zusammenhänge ergeben sich als Hypothesen aus der sozialpsychologischen Wahlforschungstradition. Die Grundannahme lautet dabei, dass Einstellungen zu politischen Objekten in letzter Konsequenz bestimmen, wie sich Menschen bei der Wahl entscheiden. Parteien, Kandidaten und Sachfragen sind dabei die entscheidenden Objekte und stehen am Ende eines „funnel of causality“, in dem als politisch empfundene Lebenserfahrungen den eigenen Blick auf die politische Welt prägen und so zur Wahlentscheidung führen (Lewis-Beck/Norpoth/Jacoby 2008: 22–23). Nachdem zuvor mit dem makrosoziologischen Modell eher langfristig stabile Variablen im Fokus standen, werden hier zusätzlich zur Parteiidentifikation mit den Kandidaten- und Sachfragenorientierungen auch schneller wandelbare Einstellungen untersucht.

Da die Parteiidentifikation als zentraler Bestandteil des Modells bereits in Kapitel 4 umfangreich thematisiert wurde, stehen in diesem Kapitel zunächst die kurzfristig wandelbaren Variablen des Michigan-Modells im Fokus, also die Einstellungen zu Kandidaten und zu politischen Sachfragen<sup>129</sup>. Beide Variablen können sowohl eindimensional operationalisiert werden – als Präferenz für einen von zwei Kandidaten oder als generelle Kompetenzzuschreibung – als auch in mehrdimensionaler Form. Letzteres beinhaltet eine Ausdifferenzierung, im Kandidatenfall der Eigenschaften und Kompetenzen von Kandidaten, bei Sachfragen von einzelnen Politikfeldern.

Der positive Zusammenhang, der zwischen den Einstellungen zur Sachkompetenz einer Partei und ihrem Kandidaten auf der einen und der Wahl jener Partei auf der anderen Seite vom Modell prognostiziert wird, ist auch hier deutlich erkennbar gewesen. Für die SPD zeigte sich der Kandidateneffekt vor allem bei den drei Kandidaturen von Gerhard Schröder, wobei der Effekt hier stets positiv für die Partei ausfiel. Spätere Kandidaten schnitten in der

---

<sup>129</sup> Die weiteren kurzfristig wandelbaren Variablen des klassischen Modells, nämlich Einstellungen zu Parteien in Regierungsverantwortung und gruppenbezogene Einstellungen, wurden aufgrund der Datenlage nicht berücksichtigt.

Kanzlerpräferenz wesentlich schlechter ab, wenn auch die Bewertung ihrer Eigenschaften teilweise ähnlich oder sogar besser ausfiel. Für die Unionsparteien war der Kandidateneffekt im Beobachtungszeitraum sogar noch stärker und ist nicht systematisch an einen Kandidaten oder eine Kandidatin gebunden. Bei der Bewertung bestimmter Kandidateneigenschaften zeigt sich hierbei kein Muster, das eine Dominanz einer Eigenschaft für die Gesamtbewertung spricht. Die Kompetenzbewertungen von Parteien sind marginal schwächer mit der Wahlabsicht korreliert, eine Parteipräferenz hier hat dennoch einen deutlich positiven Einfluss auf die passende Wahlabsicht. Die SPD hat hier bereits zu Beginn der 2000er erheblich an Boden verloren und wurde in den Folgejahren in den meisten Feldern bestenfalls als zweitkompetenteste Partei gesehen. Auffällig war hierbei, dass klassische Sachthemen wie Arbeitsmarktpolitik oder Sozialpolitik zumindest im grafischen Verlauf immer weniger mit der generalisierten Kompetenzzuschreibung verbunden sind, möglicherweise wird diese inzwischen eher von „neuen“ Themenfeldern geprägt.

Bereits diese erste Analyse lässt im Lichte der Ergebnisse aus Kapitel 4 einige Rückschlüsse auf die Ursachen der SPD-Entwicklung seit den 1990ern zu. Wie erwartet besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen den kurzfristig wandelbaren Variablen und der Wahlabsicht. Entsprechend sorgt ein Rückgang in der Kompetenzbewertung und die wachsende Präferenz für Unionskandidaten dafür, dass weniger Menschen eine Wahlabsicht für die SPD äußern. Diese Erkenntnis mag banal klingen. Betrachtet man aber beispielsweise die Entwicklung von PI-Anteilen, sieht man, dass auch dann Wahlerfolge möglich waren, als bereits wesentlich weniger Menschen an die SPD gebunden waren als in den 1980ern. Die Ergebnisse suggerieren, dass diese Erfolge wenigstens teilweise von starken Kurzfristfaktoren getragen waren.

Im nächsten Schritt wurde überprüft, wie stark die Korrelation zwischen den kurzfristig wandelbaren Variablen und der Parteiidentifikation ist. Dabei leitet sich aus dem Michigan-Modell die Hypothese ab, dass die PI wie ein Wahrnehmungsfiler wirkt und daher die Positionen und Kandidaten der einem nahestehenden Partei positiver gesehen werden, folglich eine stark positive Korrelation vorliegen sollte. Die untersuchten Daten unterstützen diese Annahme: Die Zusammenhänge zwischen einer SPD-PI und der inhaltlichen wie personellen Präferenz für die Partei sind relativ konstant<sup>130</sup> und positiv. Dieses Ergebnis erfüllt eine

---

<sup>130</sup> Das Wahljahr 2017 bildet hierzu eine auffällige Ausnahme, denn die Zusammenhänge fallen hier schwächer aus.

notwendige Bedingung für die beschriebene Annahme, die Parteiidentifikation sei kausal den kurzfristig wandelbaren Variablen vorgeordnet.

Nachdem bereits die positive Korrelation von kurzfristig wandelbaren Variablen und Wahlabsicht festgestellt werden konnte, wurde auch der direkte Einfluss der PI untersucht. Dieser sollte neben dem Einfluss auf die Kurzfristfaktoren ebenfalls bestehen und für viele Menschen mit PI eine Art „standing decision“ bilden, die die Wahlentscheidung erheblich vorprägt (Arzheimer/Schoen 2005: 630). Diese Perspektive bietet eine wichtige Erweiterung zu Kapitel 4, wo die Parteiidentifikation als abhängige Variable betrachtet wurde, welche die gesellschaftliche Verankerung einer Partei abbildet. Die Ergebnisse zeigen, wie sich Veränderungen in der Verteilung von Parteibindungen auf Wahlergebnisse auswirken. In der Analyse zeigt sich der Einfluss der PI auf die Wahlentscheidung sehr deutlich: Unter Einbeziehung demografischer Kontrollvariablen können stets über 80 Prozent aller Wahlabsichten pro oder contra SPD korrekt identifiziert werden, teilweise auch erheblich mehr. Es wird dabei aber auch deutlich, dass es stärker PI-dominierte Wahlen gibt und andere Szenarien, in denen der Einfluss auf die Wahlentscheidung kleiner ausfällt. Das kann etwa der Fall sein, wenn kurzfristig wandelbare Faktoren für viele Menschen die Entscheidung prägen, weshalb die Erweiterung um solche Variablen in folgenden Modellen vorgenommen wurde.

In einem finalen Modell wurden schließlich alle Kernvariablen des Michigan-Modells mit einbezogen, um Wahlverhalten zu erklären. Die dahinterliegende Hypothese ist, dass sich Wahlverhalten mit einem solchen Modell, das sowohl langfristige Bindungen als auch kurzfristige Einflüsse vorsieht, die Wahlabsicht (für die SPD) am genauesten erklären und prognostizieren lässt. Daher wurde das Michigan-Modell entsprechend der Datenlage möglichst präzise abgebildet. Die Annahme, ein im Vergleich zu den vorherigen Modellen verbessertes Vorhersagemodell für das Wahlverhalten zu erhalten, konnte weitgehend bestätigt werden: Die Gütemaße der Regressionsmodelle sind im Vergleich zum PI-Modell deutlich besser, was für eine größere Sicherheit in den Vorhersagen der SPD-Wahl spricht. Dabei gibt es einige Varianz hinsichtlich der Effektstärke der unabhängigen Variablen: Einige Wahlen sind, wie oben beschrieben, von der PI dominiert, in anderen treffen Wähler ihre Entscheidung stärker auf der Basis beispielsweise von Sachfragenpräferenzen.

Das Zusammenspiel von Effektstärken und der Verteilung von Parteibindungen, Kandidaten- und Sachfragenorientierungen zeichnet ein differenziertes, aber relativ eindeutiges Bild davon, wie die Entwicklung der SPD-Wahlergebnisse aus Sicht des Michigan-Modells zu bewerten

ist. Die Rolle der PI als dominante Komponente des Modells wird auch in den vorliegenden Daten sichtbar: Der Anteil von Wahlabsichten für die SPD folgt trendmäßig dem Anteil von Parteibindungen, wobei dieser Zusammenhang mit fortschreitender Zeit sogar noch stärker zu werden scheint – dieses wird auch durch die marginalen Effektstärken untermauert<sup>131</sup>. Langfristig macht sich bemerkbar, dass sich weit weniger Menschen als in früheren Jahrzehnten an die Partei gebunden fühlen. *Nur* die Entwicklung der PI-Verteilung zu betrachten wäre jedoch zu kurz gegriffen. Gerade die Bundestagswahl 2009 war für die SPD davon bestimmt, dass zusätzlich zu einem Verlust an PI-Anteilen auch der zuvor deutlich für die Partei wirkende Kandidatenfaktor wegfiel. Diese Situation ist bis zum Ende der Beobachtungsreihe 2017 weitgehend stabil geblieben. Die im Vergleich schwächeren Wahlergebnisse lassen sich demzufolge nicht an einer einzelnen Variablen festmachen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Michigan-Modell ausgesprochen erfolgreich für die Erklärung der SPD-Wahl im Beobachtungszeitraum eingesetzt werden kann. Mithilfe seiner Kernvariablen lässt sich die große Mehrzahl der SPD-Wähler identifizieren. Entsprechend spiegeln die deskriptiven Verläufe der SPD-Bindungen, der Popularität ihrer Kandidaten und der Kompetenzzuschreibungen zusammengenommen die Wahlergebnisse recht genau wider.

---

<sup>131</sup> Der Befund passt zu den Ergebnissen von Kern (2017), die eine stärkere PI bei abnehmender Gruppengröße festgestellt hat.

## 6. Diskussion der Ergebnisse und Ausblick

Die Gründe für das Abschneiden einer Partei bei einer Wahl zu untersuchen, ist ein aufwändiges Unterfangen. Es gilt, die Beliebtheit ihres Spitzenpersonals zu berücksichtigen, welche Gruppen die Partei besonders aktivieren kann, mit welchen inhaltlichen Vorschlägen sie punktet und wie die politische Landschaft gestaltet ist. Diese Liste lässt sich noch um einige Punkte erweitern. Entsprechend vielschichtig sollte auch ein Erklärungsmuster aussehen, das die Ergebnisse einer Partei über einen langen Zeitraum – in diesem Fall mit über 30 Jahren mehrere Jahrzehnte – erklären kann. Ein solches vielschichtiges Erklärungsmodell aufzustellen, ist der Ansatz dieser Arbeit: Um besser verstehen zu können, wieso sich die Wahlergebnisse der SPD seit den 1980ern so entwickelt haben, wie es der Fall ist, wurde die Perspektive zweier Denkschulen der Wahlforschung eingenommen. Dabei ist die Grundidee, dass der makrosoziologische Ansatz (Lipset/Rokkan 1967b) sich gut eignet, um langfristige Trends zu analysieren. Es erklärt Wahlverhalten, kurz zusammengefasst, durch die Mitgliedschaft in sozialen Gruppen und deren Bindung an eine politische Partei, welche ihre Interessen vertritt. Die sozialen Gruppen basieren dabei auf historischen, gesellschaftlichen Konfliktlinien, die dieser auch *Cleavage*-Modell genannten Theorie ihren Namen geben. Die Kernvariablen des Modells – soziostrukturelle Merkmale – sind im Wesentlichen relativ stabil und nur langsamen Wandeln unterworfen<sup>132</sup>, weshalb die Erklärung langfristig verlaufender Entwicklungen durch das Modell naheliegt. Das sozialpsychologische Modell (Campbell et al. 1960; Campbell/Gurin/Miller [1954] 1971) eignet sich dagegen besser, um die Unterschiede von Ergebnissen von Wahl zu Wahl zu erklären. In diesem werden Einstellungen zu politischen Objekten, also Parteien, Kandidaten und politischen Inhalten, als finale Entscheidungsgrundlage bei der Wahl herangezogen. Es geht also um die Frage, welche langfristigen Tendenzen in der Bindung von sozialen Gruppen an die Partei zu beobachten sind und welche Rolle kurzfristige Verschiebungen im Parteienwettbewerb spielen. Das Ziel war zu sehen, welche Erkenntnisse durch die Einnahme beider Perspektiven zur Entwicklung der SPD gewonnen werden können.

Ein zentraler Erklärungsfaktor in beiden Modellen ist die PI. Als verbindendes Element zwischen beiden Ansätzen steht sie daher in dieser Arbeit besonders im Fokus. In der empirischen Analyse auf Basis des makrosoziologischen Ansatzes dient sie als abhängige Variable, welche die Bindung verschiedener sozialer Gruppen an Parteien misst. Im

---

<sup>132</sup> Gleichwohl können auf der Makroebene langfristig merkliche Veränderungen auftreten, etwa durch Bildungsexpansionen oder Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt.

sozialpsychologischen Ansatz ist sie einer der stärksten Erklärungsfaktoren und ist kausal und zeitlich als vorgelagerte Variable in einer zentralen Position.

Den langfristigen Verlauf von SPD-Bindungen auf der Makroebene und ihre Stabilität in verschiedenen sozialen Gruppen zu untersuchen bildet den Kern der Ergebnisse im vierten Kapitel. Dabei wurde zwischen der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland unterschieden. Die wichtigsten Annahmen waren hierbei, dass die Verteilung der SPD-PI einem langsamen Wandel unterworfen ist und dass es im Zeitverlauf erkennbare Unterschiede hinsichtlich der PI-Entwicklung zwischen den sozialen Gruppen gab.

Für die Anwendung des makrosoziologischen Modells wurden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verwendet. Die Ergebnisse zeigen, dass die soziostrukturelle Prägung der SPD-Anhängerschaft durch formal Niedriggebildete und Arbeiter über den Beobachtungszeitraum praktisch vollständig aufgelöst wurde. Die Einstufung in diese Kategorien war Mitte der 1980er Jahre in Westdeutschland ein guter Indikator für eine SPD-Identifikation. Niedriggebildete waren noch bis in die 2000er zu deutlich höheren Teilen an die SPD gebunden und stellten den größten Teil der Parteiidentifikationen. In abgemilderter Form gilt das auch für die Gruppe der Arbeiter. Heute existieren im Hinblick auf die PI nahezu keine Unterschiede mehr zwischen den untersuchten sozialen Gruppen. Eine wichtige Einschränkung fällt allerdings auf: Schon am Beginn der Beobachtungsreihe im Jahr 1984 hatte die SPD bestenfalls eine Pluralität dieser Gruppen hinter sich. Sowohl Arbeiter als auch Niedriggebildete wiesen „nur“ eine Identifikationsrate von etwa 30 Prozent und auf individueller Ebene eine hohe Volatilität darin auf. Der strukturelle Wandel des Arbeitsmarktes war zu diesem Zeitpunkt bereits so weit fortgeschritten, dass Arbeiter nur etwa 25 Prozent aller SPD-Anhänger ausmachten. Das ist neben dem Anteil von Parteibindungen innerhalb der Arbeiterschaft auch auf den gesunkenen Anteil an Arbeitern in der Bevölkerung insgesamt zurückzuführen. Die weitverbreitete Annahme, die Partei habe den Status als Repräsentant ihrer traditionellen Stammwähler etwa mit den Hartz-Reformen verloren (Elsässer 2018: 155–56), ist unter diesen Gesichtspunkten fraglich. Inwieweit die Annahme für weiter zurückliegende Zeiträume zutrifft, lässt sich aber anhand der hier verwendeten Daten nicht nachvollziehen. Dennoch wird deutlich, dass Arbeiter sich nach den 1980er Jahren noch weiter von der Partei abwandten, und zwar in höherem Maße als andere Gruppen. Die hohe Volatilität von PI bei den Arbeitern deutet ebenfalls in diese Richtung.

Zu den formal Niedriggebildeten bleibt noch anzumerken, dass hier wohl nicht nur der Rückgang bei den SPD-Bindungen dazu führt, dass Mittel- und Hochgebildete inzwischen die größeren Gruppen innerhalb der Anhängerschaft der SPD bilden. Dies dürfte mindestens genauso stark mit der voranschreitenden Bildungsexpansion und Akademisierung der Bevölkerung zusammenhängen. Anders als bei den Arbeitern waren Niedriggebildete in den 1980ern tatsächlich die dominierende Gruppe innerhalb der SPD-Anhänger, obwohl wie beschrieben nur ein Drittel von ihnen an die SPD gebunden war. 2017 hat noch etwa ein Sechstel der Niedriggebildeten eine SPD-Bindung. Durch die relative Verkleinerung dieser Gruppe im Vergleich zu formal höhergebildeten Gruppen sind das allerdings nur fünf Prozent der Bevölkerung.

Es sind diese Verluste der SPD an Parteibindungen zwischen 1998 und 2009 in großen Bevölkerungsschichten, die Erfolge für die Partei nachhaltig erschweren. Sie haben dazu geführt, dass es keine erkennbare soziale Basis gibt – also eine oder mehrere Gruppen, in denen sie deutlich überrepräsentiert ist. Generell gilt dabei: Je niedriger der sozioökonomische Status einer Gruppe war, desto stärker fielen die Verluste an SPD-Identifikationen aus. Insofern stellt sich im Anschluss an diese Phase die Frage, ob der Wahlerfolg der SPD noch auf einem bestimmten Cleavage im Sinne Lipset und Rokkans (1967b) basiert, welche den theoretischen Rahmen für diese sozialstrukturelle Analyse vorgeben. Die Erkenntnis von Elff/Roßteutscher (2016), dass die Klassenlage nicht mehr gut als Prädiktor für die Parteiwahl geeignet ist, lässt sich für die SPD also auch bei Betrachtung von Parteiidentifikationen nachweisen. Dabei schreiben die Autoren die Verantwortung für diesen Zustand vor allem der Partei selbst zu, was auch Elff (2009) bereits annimmt. Dagegen rücken etwa Schwander/Manow (2016) stärker die Effekte der Agenda-Politik, welche diesen Zeitraum prägte, auf das Parteiensystem in den Fokus. Aus welchen Gründen die Mitglieder bestimmter soziostruktureller Gruppen zu höheren Anteilen ihre Parteibindungen ablegen, wurde in dieser Arbeit nicht untersucht; die Daten des SOEP sind nur sehr begrenzt auf politische Einstellungen ausgerichtet. Auf Basis der Untersuchungen in dieser Arbeit kann aber festgehalten werden: Einerseits bauten die meisten Menschen, die etwa um die Jahrtausendwende ihre SPD-PI ablegten, nicht unmittelbar eine Bindung zu einer neuen Partei auf. Andererseits weisen Menschen ohne Parteibindung, insbesondere für die Zeit nach 2005, eine weit niedrigere Wahrscheinlichkeit für eine SPD-Wahl auf. Damit könnten beide Perspektiven also ihre Berechtigung haben und schließen sich nicht unbedingt aus.

Die Entwicklung der Verbindung von sozialen Gruppen zur SPD verlief in den neuen Bundesländern von Beginn an anders als im Westen. Hier beginnt die Datenreihe des SOEP 1992. Die von anderen Autoren gemachte Beobachtung, dass Parteiidentifikationen dort zunächst stark nachließen, lässt sich womöglich durch diesen verspäteten Start der Datenreihe nicht reproduzieren. Vielmehr zeigt sich für Parteibindungen insgesamt eher eine trendlose Stagnation und für die SPD ein langsamer Rückgang. Zudem waren Menschen mit SPD-Identifikation hier schon 1992 nicht mehrheitlich von einer bestimmten Klasse oder Berufsgruppe geprägt. Die dennoch feststellbaren Verluste bei Arbeitern und Niedriggebildeten haben dazu geführt, dass gesellschaftliche Eliten heute die große Mehrheit der SPD-Anhänger in den neuen Ländern bilden.

Abschließend wurde untersucht, wie stabil SPD-Parteibindungen im Zeitverlauf und wie groß die Wahrscheinlichkeiten waren, dass Menschen eine neue Bindung zur Partei aufbauen. Die Ergebnisse reflektieren dabei, was bereits in der vorherigen Analyse der sozialen Gruppen deutlich wird. Vor allem Anfang der 1990er sowie Mitte der 2000er gaben besonders viele Menschen ihre PI auf, zum großen Teil ohne sich einer anderen Partei anzunähern. Besonders Bildung, aber auch hohe berufliche Stellung wirkte dabei stabilisierend, was sich gerade nach 1998 zeigt. Eine interessante Erkenntnis ist darüber hinaus, dass bereits in den 1980ern Arbeiter die Gruppe mit der vergleichsweise instabilsten SPD-PI waren. Sie nahmen zu dieser Zeit aber auch am ehesten noch eine neue SPD-Bindung an: Eine ausgleichende Wirkung, die in späteren Jahrzehnten immer stärker abnahm. Darüber hinaus fiel auf, dass Parteiidentifikationen in Deutschland nicht so stabil sind, wie die theoretische Konzeption es vorsieht. So wurde im Beobachtungszeitraum pro Jahr im Durchschnitt etwa jede fünfte (in den neuen Ländern: jede vierte) SPD-PI abgelegt, wobei selten sofort eine neue PI angenommen wurde. Dieses Ergebnis entspricht dabei den Ergebnissen früherer empirischer Studien zur PI-Stabilität (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 598). Dagegen wird eine andere konzeptionelle Annahme zur PI in den neuen Bundesländern erfüllt: Hier zeigen sich die Parteibindungen weniger stabil als in den alten Ländern. Parteibindungen stabilisieren sich mit zunehmender Dauer und die Bürger der ehemaligen DDR kamen erst mit der Wiedervereinigung in direkten Kontakt mit den westdeutschen Parteien. Der regionale Einfluss auf die PI-Stabilität nahm im Beobachtungszeitraum ab, was für eine Angleichung des Verhältnisses zur (westdeutschen) SPD spricht. Unverändert blieb dagegen die Beobachtung, dass in Westdeutschland wahrscheinlicher neue SPD-Parteibindungen angenommen werden als in den neuen Ländern.

Über die Ursachen für die beschriebene Entwicklung von SPD-Parteiidentifikationen geben die Daten im SOEP keinen unmittelbaren Aufschluss. Die Literatur (siehe Kapitel 1.2.1.) argumentiert hauptsächlich, dass das Verhalten der Partei selbst für die Auflösung der Klassenstruktur in den Parteibindungen verantwortlich ist (Elff 2009; Evans/Graaf; Jung/Schroth/Wolf 2019; Schmidt/Evans 2012). Diesem Argument zufolge sind politische Entscheidungen wie die Annäherung an den „Third Way of Social Democracy“ (Arndt 2013) und die Neigung zu Großen Koalitionen dafür verantwortlich, dass sich die Kernwähler der SPD von ihr abwandten (Elff/Roßteutscher 2011). Das ist in den hier vorliegenden Analysen zumindest zeitlich nachvollziehbar: Mit der Jahrtausendwende begann (erneut) eine starke Absetzbewegung sozioökonomisch schwacher Gruppen von der SPD. Das unterstützt die beschriebene These, auch wenn Fragen über die Motivation der betroffenen Gruppen, sich von der Partei abzuwenden, nicht abschließend geklärt werden. Zusätzlich wird sichtbar, dass sich die meisten Menschen, die sich von der SPD abwenden, nicht unmittelbar mit einer anderen Partei identifizieren. Diese Demobilisierung der Arbeiter und Niedriggebildeten haben Elff/Roßteutscher (2016) bereits für die *Wahlbeteiligung* beschrieben.

Neben der Diskussion um die Verluste an Parteibindungen für die SPD ab 2000 zeigt sich, dass bereits um 1990 erhebliche Teile der Anhängerschaft verloren gingen. Im Gegensatz zu den späteren Einbußen ging diese Entwicklung allerdings mit einem generellen, deutlichen Rückgang von Parteibindungen in Westdeutschland einher. Es ist also möglich, dass hier weniger SPD-spezifische Entwicklungen vollzogen wurden, sondern eher ein gesellschaftliches Dealignment, also eine Auflösung von Parteibindungen, stattfand. Die Ergebnisse legen nahe, dass Arbeiter und Niedriggebildete hiervon besonders betroffen waren, ein überproportionaler Rückgang von SPD-Bindungen wird allerdings nicht deutlich.

Der zweite Ergebnisteil befasste sich mit der sozialpsychologischen Sicht auf die Entwicklung der SPD-Wahl. Hierfür wurden die Daten der Bundestagswahlstudien ab 1994 und des Politbarometers analysiert. Auch wenn die Stabilität der PI im vorherigen Kapitel nicht den theoretischen Erwartungen entspricht, so wird ihre Wirkung auf Wahlverhalten und andere politische Einstellungsmuster hier weitgehend bestätigt. Sie ist moderat positiv mit den korrespondierenden Einstellungen zu Kandidaten und Sachfragenkompetenz korreliert, was exakt das ist, was sie als Konzept sein sollte: Eine Variable, die die Sicht auf das politische Tagesgeschehen prägt und die Bewertung von Kandidaten und Sachfragen erleichtert. Sie sollte wie die oft zitierte „gefärbte Brille“ (Green/Palmquist/Schickler 2002: 7) wirken und die Sicht auf die eigene Partei und ihre Repräsentanten positiv beeinflussen. Eine nahezu perfekte

Korrelation hingegen würde die Einbeziehung dieser kurzfristig wandelbaren Variablen überflüssig machen; man könnte dann davon ausgehen, dass es keinen empirischen Unterschied gibt. Neben dem Einfluss auf die Einstellungen zu kurzfristig wandelbaren politischen Objekten wird auch der direkte Effekt auf die Wahlabsicht deutlich: Eine SPD-Bindung erhöht die Wahrscheinlichkeit einer entsprechenden Wahlabsicht – je nach Wahljahr – um rund 60 bis 80 Prozent. Für die Unionsparteien ist der Effekt noch stärker. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2002 war die PI stets die Variable mit dem stärksten Effekt auf die Wahlabsicht. Da die SPD am Ende der Beobachtungsreihe erheblich weniger Menschen an sich binden kann, wird ein Teil der elektoralen Verluste hierdurch erklärbar.

Auch die Einstellungen zu SPD-Kandidaten und Themenkompetenzen haben in der Analyse durchweg positive Effekte auf die Wahlabsicht für die Partei. Diese Effekte unterliegen unter gegenseitiger Kontrolle allerdings erheblichen Schwankungen: So lassen sich einige Wahlen eher als kandidatendominiert, andere als themendominiert kennzeichnen. Aus Sicht der SPD ist besonders interessant, dass ihre erfolgreichsten Wahlen im Untersuchungszeitraum – zwischen 1998 und 2005 – von starken Kandidateneffekten geprägt wurden. Selbst unter Kontrolle von PI und Themenbewertungen erhöhte die Präferenz für den SPD-Kandidaten die Wahrscheinlichkeit einer entsprechenden Wahl um 25 bis 30 Prozentpunkte. Weil mit Gerhard Schröder in dieser Zeit ein vergleichsweise beliebter Kandidat aufgestellt wurde, dürfte die SPD vom Kandidateneffekt bei den Wahlen in diesem Zeitraum profitiert haben. Bei späteren Wahlen bis 2017 fiel dieser „Bonus“ nahezu vollkommen weg: Der Kandidateneffekt war bei diesen Wahlen generell für die SPD geringer, ihre Kandidaten fielen außerdem im Vergleich zu Angela Merkel stark ab. Das lag vor allem an der steigenden Beliebtheit von Merkel: In der isolierten Bewertung der Kandidaten schnitt Martin Schulz 2017 ähnlich ab wie Gerhard Schröder 2005. Durch Merkels in der Zwischenzeit erheblich gestiegene Bewertung fiel die Kanzlerpräferenz aber bei der späteren Wahl deutlich zugunsten der Union aus.

Betrachtet man die Entwicklung der Kompetenzeinschätzungen – sowohl allgemein als auch in speziellen Feldern – zeigen sich bereits große Schwierigkeiten bei der SPD, inhaltlich zu überzeugen. Noch im Jahr 2000 wurde die SPD etwa in der Renten-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik als am kompetentesten wahrgenommen. Schon drei Jahre später hatte die Union sie in allen Feldern überholt. Bis 2017 gelang es der SPD nicht mehr, thematisch wirklich überzeugend zu sein. Inhaltliche Kompetenz spielte insbesondere bei der Bundestagswahl 2009 eine größere Rolle als üblich, genau in dem Jahr, in dem die SPD hier besonders schwach

bewertet wurde. Das dürfte der Partei in der Entstehung dieser historischen Wahlniederlage folglich nicht geholfen haben.

Über die Entwicklung der Themenbewertung bei der SPD hinaus fällt in der Datenanalyse auf, dass sich die generalisierte Bewertung der Parteien von der Bewertung der einzelnen Themenfelder Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Steuern und Rente im Zeitverlauf entkoppelt hat. Das könnte an einer Verschiebung bei den Themenprioritäten der Wähler liegen: Wenn etwa Migration oder Umweltschutz als Sachfragen an Salienz gewinnen, könnten diese Themen auch einen größeren Einfluss auf die Bewertung einer Partei im wichtigsten (aber zunächst undefinierten) Themenfeld haben. Beispielsweise nannten 2017 über 40 Prozent der Wähler laut der GLES-Studie die Migration als wichtigstes Thema (Kratz 2019: 230–31). Man kann vermuten, dass die Themenfelder, die für die Wähler bei einer individuellen Wahl am wichtigsten sind, auch den stärksten Einfluss auf die generalisierte Sachfragenkompetenz haben. Dies wurde in dieser Arbeit allerdings nicht gesondert überprüft.

Insgesamt ist das sozialpsychologische Modell äußerst erfolgreich darin, die Wahl der SPD zwischen 1998 und 2017 zu erklären<sup>133</sup>. Für frühere Wahlen konnte das verwendete statistische Modell in Ermangelung konsistenter Umfragedaten nicht verwendet werden. Legt man das Modell mit Parteibindungen und kurzfristig wandelbaren Determinanten als erklärende Variablen zugrunde, kann je nach Wahl in 86 bis 92 Prozent der Fälle die Entscheidung für oder gegen die SPD<sup>134</sup> korrekt vorhergesagt werden. Mithilfe der PI und der kurzfristig wandelbaren Variablen lässt sich gut nachvollziehen, wie es im Untersuchungszeitraum zunächst zu Erfolgen für die Partei kam und später zu Misserfolgen. Von einem Bedeutungswandel im Michigan-Modell, wie es in der Überschrift von Kapitel 5 theoretisiert wurde, hin zu kurzfristig wandelbaren Variablen kann in der Gesamtbilanz aber nicht die Rede sein. Zwar zeigte sich wie beschrieben die potenzielle Bedeutung von Kandidateneffekten bis 2005, anschließend gewann die Parteiidentifikation aber wieder an Bedeutung bei der Entscheidung für oder gegen die SPD-Wahl. Welche Determinanten des Wahlverhaltens einzelne Wahlen dominieren, scheint stark von den Umständen abzuhängen. Besonders kontroverse oder saliente Sachfragen können ebenso wie ein zugespitztes Kandidatenfeld die kurzfristig wandelbaren Determinanten des Wahlverhaltens dominant erscheinen lassen.

---

<sup>133</sup> Die Bundestagswahl 2017 ist dabei die Wahl, in der das Modell die deutlich schwächste Erklärungskraft aufweist. Das hat möglicherweise mit dem insgesamt schwachen Abschneiden von SPD und Union zu tun, um die einige der Kernvariablen konstruiert sind. Natürlich wäre es aber auch möglich, dass schlicht andere, nicht im Modell inbegriffene Faktoren stärkeren Einfluss auf die SPD-Wahlentscheidung hatten.

<sup>134</sup> Im Vergleich zu anderen Parteien. Die Nichtwahl ist davon ausgenommen.

Daraus leitet sich aber keine Garantie für zukünftige Wahlen ab. So wäre es etwa denkbar, dass im Kontext des Nichtantretens von Angela Merkel bei der hier noch nicht mit untersuchten Bundestagswahl 2021 die Kandidatenfrage für die SPD wieder an Bedeutung gewonnen hat. Während bis Ende der 2000er für die SPD kurzfristig wandelbare Faktoren von ähnlicher Bedeutung zu sein schienen wie die Parteiidentifikation, so waren die folgenden beiden Bundestagswahlen weit stärker von Parteibindungen geprägt. Hierbei muss aber betont werden, dass diese Erkenntnisse anhand der SPD-Wahl gewonnen wurden. Für andere Parteien sind auch völlig andere Konstellationen in der Bedeutung der Determinanten im sozialpsychologischen Modell denkbar.

Damit wird deutlich, was die Situation für die SPD nach 2009 so schwierig macht. Es gelang der Partei nicht mehr, Vorteile in den kurzfristig wandelbaren Variablen zu erzielen: Die Wahlergebnisse spiegeln nahezu den Anteil an Wählern, die eine PI für die Partei aufweisen<sup>135</sup>. Um darüber hinaus Stimmen zu gewinnen, wären dem Modell zufolge populäre Kandidaten oder wenigstens inhaltliche Überzeugungskraft nötig. Das gilt insbesondere in einer Zeit, in der weniger Menschen eine Parteibindung aufweisen und folglich nicht deren starkem Einfluss ausgesetzt sind<sup>136</sup>. Die Wahl 2013 zeigt beispielhaft, dass bereits ein geringer Aufschwung in der Kandidaten- und Themenwahrnehmung für ein marginal besseres Wahlergebnis bei der SPD sorgen kann, bei praktisch gleichbleibendem Anteil von PI-Gebundenen. Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass der SPD langfristig nur eine Ausweitung ihrer Parteibindungen helfen würde, um konstant höhere Wahlergebnisse zu erzielen. Erfolge über einzelne Wahlen hinweg könnten aber wohl prinzipiell mit den bereits erwähnten populären Kandidaten oder, in geringerem Ausmaß, mit inhaltlicher Überzeugungskraft erzielt werden. Da es der SPD seit den 1980ern nicht wirklich gelungen ist, in bestimmten sozialen Gruppen Parteibindungen hinzuzugewinnen, lässt sich aus den hier untersuchten Daten allerdings kaum ableiten, wie ein Ausbau von Parteiidentifikationen gelingen könnte. Die Wirksamkeit von gruppenspezifischen Angeboten auf das Wahlverhalten ist beispielsweise in anderen Studien bereits empirisch nachgewiesen worden (Elff 2004: 177–81). Derzeit ist kein ausgeprägtes Klassenprofil in der SPD-Anhängerschaft feststellbar. Das lässt auch fraglich erscheinen, ob eine Bindung bestimmter soziostruktureller Gruppen, ähnlich wie in der Entstehung der Partei, überhaupt ein realistisches Ziel ist oder ob eine gesellschaftliche Verankerung auf der Basis des Arbeit-Kapital-Cleavages noch von der SPD selbst gewünscht wäre. Nicht zuletzt wird beispielsweise

---

<sup>135</sup> Das heißt nicht, dass nahezu alle Wähler der SPD eine PI für die Partei aufweisen. Wie in Kapitel 1.2.2 deutlich wurde, gelang die Mobilisierung dieser Menschen längst nicht vollständig.

<sup>136</sup> Sie sind allerdings auch nicht empfänglicher für kurzfristig wandelbare Faktoren (siehe Abb. 5.4.3.).

von Kriesi (2010) die Entstehung neuer Cleavages thematisiert, die sich anstelle von soziostrukturellen Merkmalen auf Werte stützen. Die Diskussion um neue Cleavages ist nicht abgeschlossen, zeigt aber, dass zumindest theoretisch die klassischen Cleavages nicht zwingend ein vollständiges Bild stabiler gesellschaftlicher Konflikte zeichnen.

Durch die Vorgehensweise, das makrosoziologische und das sozialpsychologische Modell heranzuziehen, um die Entwicklung der SPD-Wahl von den 1980ern bis heute zu erklären, konnte ein sehr differenziertes Bild gezeichnet werden. Aus Sicht des Cleavage-Modells ist diese Zeit von der weitgehenden Auflösung des Klassenprofils in der SPD geprägt gewesen. In den neuen Ländern wurde eine Entwicklung vollzogen, an deren Ende vor allem Eliten die Anhängerschaft bilden. Dieser Trend – Menschen mit niedrigen sozioökonomischen Status wenden sich von der Partei ab – wurde vor allem zu Beginn der 1990er und in den 2000ern vollzogen. Allerdings waren schon in den 1980ern nur Minderheiten innerhalb dieser sozialen Gruppe an die SPD gebunden. Den Verlust ihrer dominanten Stellung in dieser Schicht konnte die Partei dabei kaum in anderen Bildungs- und Erwerbsgruppen kompensieren. Dass zum Beispiel 2017 etwas mehr Hochgebildete an die SPD gebunden waren als in den 1980ern liegt ausschließlich daran, dass diese Gruppe stark angewachsen ist. Insgesamt hat sich der Anteil an Menschen in Deutschland, die sich an die SPD gebunden fühlen, im Beobachtungszeitraum nahezu halbiert.

Diese Beobachtung wird auch im sozialpsychologischen Blickwinkel reflektiert. Da Parteiidentifikation der zentrale Bestandteil des Michigan-Modells ist, wird auch aus dieser Perspektive klar, wieso es für die SPD immer schwieriger geworden ist, Mehrheiten zu gewinnen. Zwar ist es möglich, wie 2002 und 2005 starke kurzfristige Effekte zu beobachten. Hier sorgte der Kandidat für viele Stimmen außerhalb der eigenen Kernanhängerschaft. Fehlen diese Effekte oder wirken für andere Parteien, fallen die Wahlergebnisse aber entsprechend sehr viel niedriger aus als in früheren Jahren, als mehr Menschen eine PI für die SPD aufwiesen. Positive Einstellungen zu Kandidaten und Inhalten sind darüber hinaus nicht mehr so leicht zu verwirklichen, weil eine PI den Blick auf diese kurzfristig wandelbaren Objekte positiv beeinflusst. So ist im Wesentlichen zu erklären, wieso sich die Stimmenanteile der SPD zwischen 1998 und 2017 etwa halbierten: In den ersten drei Wahlen wiesen noch vergleichsweise mehr Menschen eine SPD-Bindung auf, was durch kurzfristige Effekte in Richtung der Partei ergänzt wurde. Ab 2009 fehlte beides: Viele Menschen hatten ihre Bindung an die Partei abgelegt, die Kandidaten und das inhaltliche Angebot verloren an Attraktivität und auch an Einflusskraft. Die Folge war ein scheinbar plötzlicher Absturz, der bei genauerem

Hinsehen aber ohne gegenläufige Kurzfristeffekte schon bei vorherigen Wahlen hätte passieren können.

Die Integration der beiden verwendeten Theorien des Wahlverhaltens erfolgte hauptsächlich auf der argumentativen Ebene. Eine methodisch-statistische Verbindung wurde bewusst nicht vorgenommen, weil eine kausale Beziehung zwischen den soziostrukturellen Merkmalen, die im Kern des makrosoziologischen Modells stehen und den Einstellungen im sozialpsychologischen Modell angenommen wird. Es gibt in dieser Arbeit aber natürlich einige methodische Entscheidungen, die sich auch auf die Ergebnisse auswirken. Beispiele sind etwa die Codierung und die Auswahl der sozialen Gruppen, die Wahl von Einkommensgrenzen, der Fokus auf rein lineare Effekte und die fehlende Überprüfung von Interaktionseffekten. Die berechneten statistischen Modelle sollen nicht zuletzt möglichst einfach, mit Fokus auf die Kernvariablen und an den zugrundeliegenden Theorien orientiert sein. Das hat zur Folge, dass nicht unbedingt eine maximale Varianzaufklärung erreicht wird. Welche Variablen in ein Modell mit höherer Erklärungskraft einfließen müssten, bleibt an dieser Stelle offen.

Diese Arbeit konzentrierte sich fast ausschließlich auf die elektorale Entwicklung der SPD. Die Herangehensweise ließe sich auch für die meisten anderen Parteien in Deutschland anwenden. Die Entwicklung anderer traditioneller und möglicher neuer Cleavages wäre in diesem Zusammenhang interessant, beispielsweise des Kirche-Staat-Cleavages und seiner Rolle für die Unionsparteien oder eines möglichen wertebasierten Cleavages im Hinblick auf Bündnis90/Die Grünen. Dies gilt bei Vorliegen einer entsprechenden Datenlage auch für Parteien in anderen Staaten.

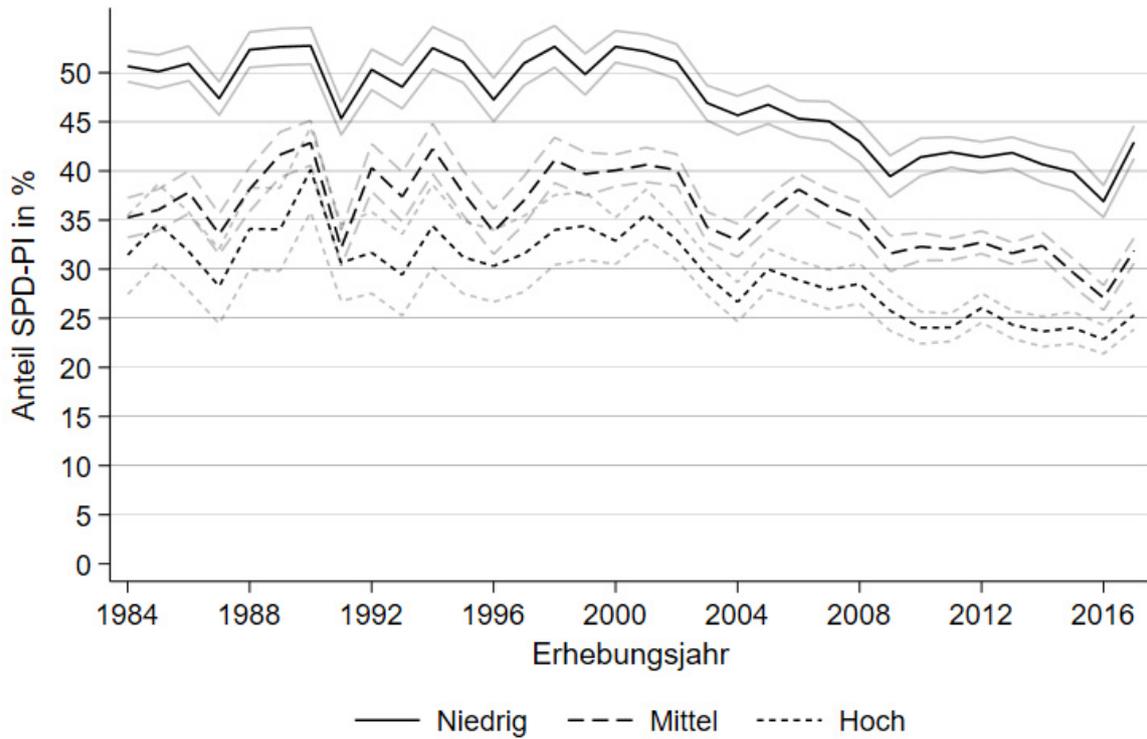
Da das Wahlverhalten und Parteibindungen äußerst umfangreiche Themengebiete darstellen, konnten nicht alle Aspekte dazu genauer betrachtet werden, ohne den Fokus der Arbeit zu verlassen. Interessante Punkte, bei denen eine genauere Analyse lohnend wäre, lassen sich entsprechend zahlreich finden. Beispielsweise wäre es spannend zu sehen, was langfristig mit den Menschen passiert, die eine (SPD-)Parteibindung ablegen. In dieser Arbeit wurde nur überprüft, ob sie sofort eine neue PI aufnehmen oder zunächst ungebunden bleiben. Bisherige Ergebnisse zeigen, dass Menschen eher zur bisherigen Partei zurückkehren als sich neu zu orientieren (Schmitt-Beck/Weick/Bernhard 2006: 585–87), dabei wird allerdings nicht im selben Maße wie in dieser Arbeit auf die Rolle sozialer Gruppen eingegangen. Ein weiteres Beispiel ist die Verwendung des sozialpsychologischen Modells: Hier wurde eine etwas vereinfachte Version angewendet, bei der es, anders als ursprünglich skizziert (Campbell et al.

1960), keine Unterscheidung zwischen innen- und außenpolitischen Sachfragen gibt und in der darüber hinaus gruppenspezifische Einstellungen und solche zu Parteien in Regierungsverantwortung nicht explizit operationalisiert wurden. Sofern die Datenlage es erlaubt, bietet sich eine Verwendung sämtlicher Variablen des Modells an.

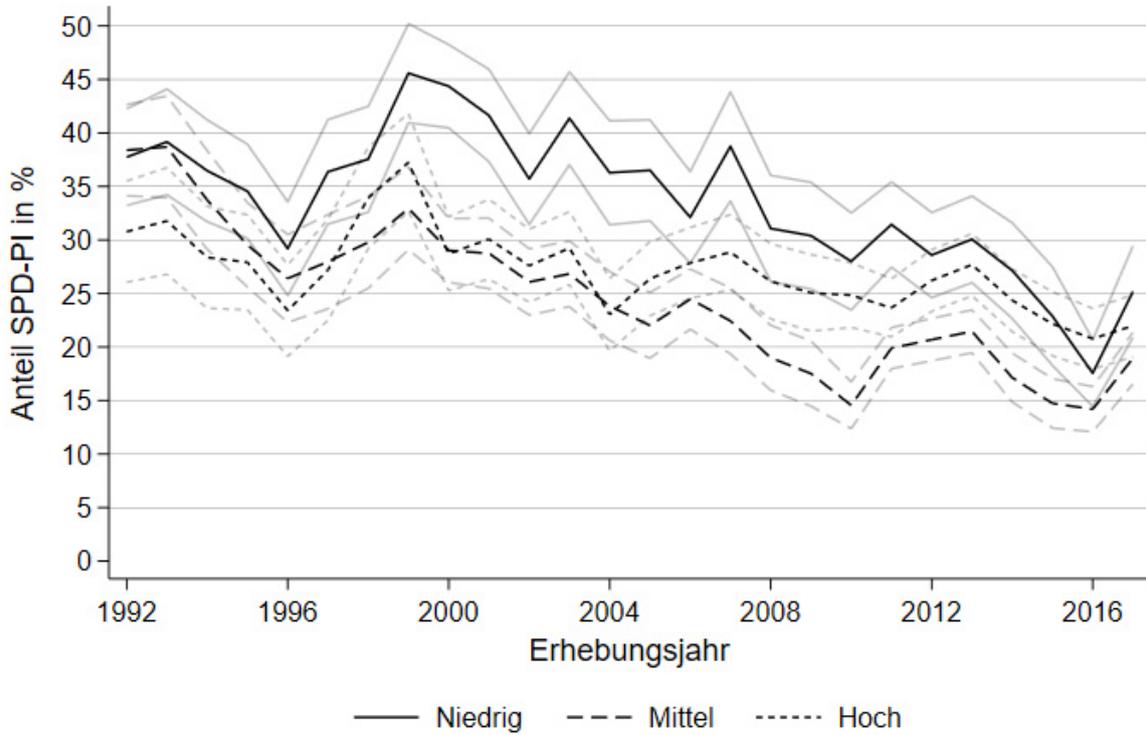
Das Vorgehen, methodisch konsistent drei, beziehungsweise vier Jahrzehnte laufende Datenreihen zu analysieren erweist sich als Ansatz, der mehrere Vorteile birgt. Zum einen kann so eine deskriptive Übersicht über die politischen Einstellungen zur SPD erstellt werden, mit den bereits genannten Ergebnissen. Diese ermöglicht es, die Entwicklung der Partei aus der Perspektive der Wahlforschung auf einen Blick nachzuvollziehen. Darüber hinaus können einige Hypothesen der Wahlforschung, etwa zur Personalisierung von Wahlen, Dealignment und der Entwicklung von Cleavages und Parteibindungen aus einer langfristigen Sicht überprüft werden. Da sich diese Prozesse über längere Zeiträume vollziehen, bietet sich eine Analyse, die einen großen Zeitraum umfasst, an. Insbesondere die Rolle der Parteiidentifikation wurde in dieser Arbeit hervorgehoben, da sie hier als eine der Kernvariablen sowohl im makrosoziologischen als auch im sozialpsychologischen Modell der Wahlforschung begriffen wird. Dabei konnten Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie sich die PI in einzelnen Gruppen entwickelt und wie sich ihre Stabilität und Neuausrichtung über die Jahrzehnte gestaltet. Außerdem ließ die langfristige Perspektive einen Blick auf die Entwicklung ihrer Auswirkungen sowohl auf die kurzfristig wandelbaren Determinanten der Wahlentscheidung als auch auf die Wahlentscheidung selbst zu. Die Datenreihen in dieser Arbeit enden im Jahr 2017, was aber selbstverständlich nicht heißt, dass eine Fortführung dieser Analyse nicht möglich oder nötig wäre. Ob und in welcher Form sich die festgestellten Trends für die SPD fortsetzen, lässt sich nur mit nachfolgenden Analysen herausfinden. So zeigt das Beispiel der Bundestagswahl 2021, dass Wahlerfolge für die Partei noch möglich sind, wenn auch auf niedrigerem Niveau als in früheren Jahrzehnten. Die Sozialdemokratie befindet sich international gesehen generell in einem facettenreichen Wandel, sowohl mit Blick auf ihre Ausrichtung als auch auf ihre Anhängerschaften. Es lohnt sich also, auch in Deutschland die Entwicklung der SPD aus unterschiedlichen Blickwinkeln weiter zu betrachten.

## Anhang

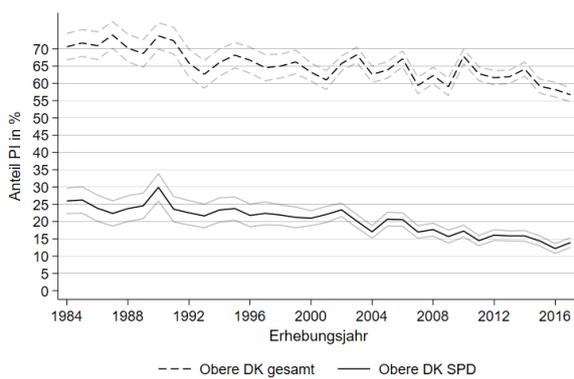
### A4-1: Verteilung von SPD-Parteibindungen nach Bildungsniveau bei Menschen mit Parteiidentifikation - Westdeutschland



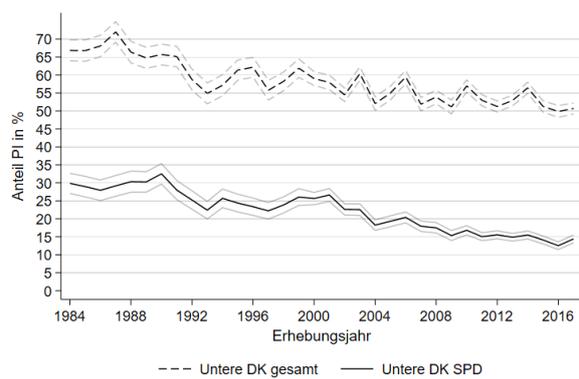
**A4-2: Verteilung von SPD-Parteibindungen nach Bildungsniveau bei Menschen mit Parteiidentifikation - Ostdeutschland**



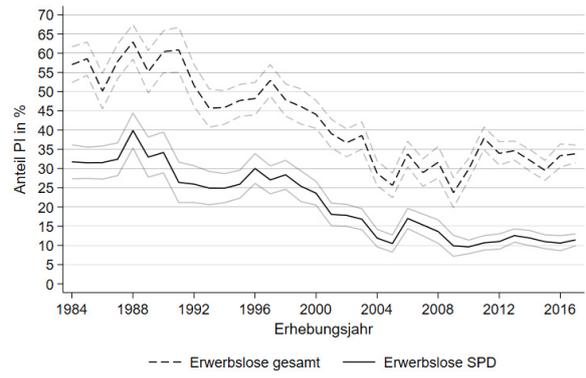
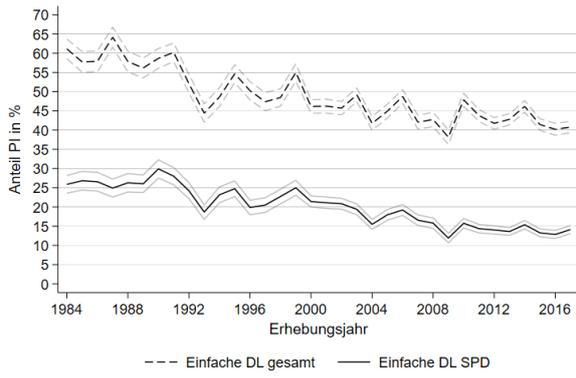
**A4-3: Anteil SPD-Parteiidentifikation in verschiedenen Berufsklassen, Westdeutschland**



Obere DK

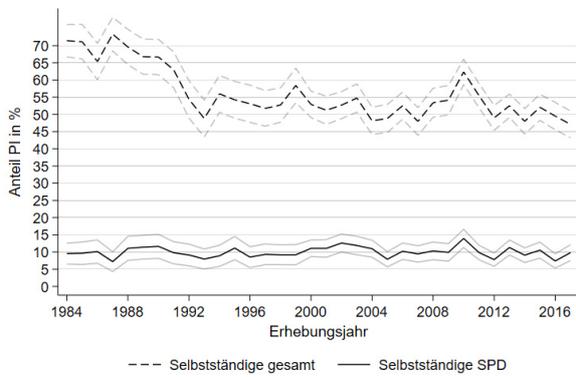


Untere DK



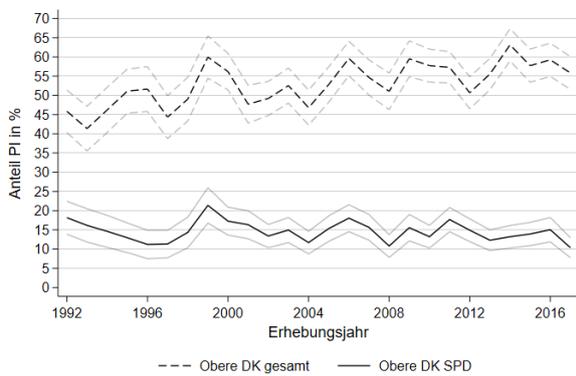
Einfache DL

Erwerbslose

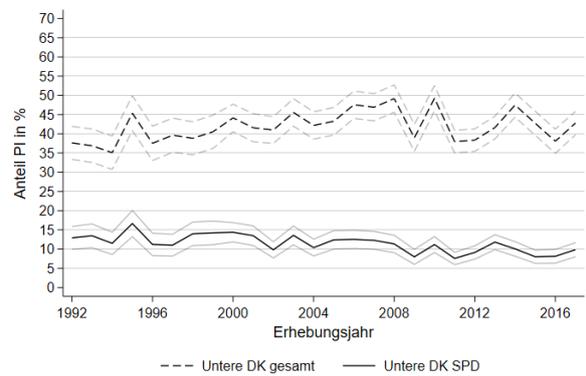


Selbstständige

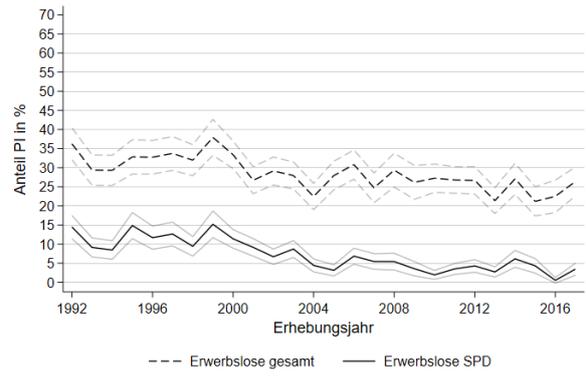
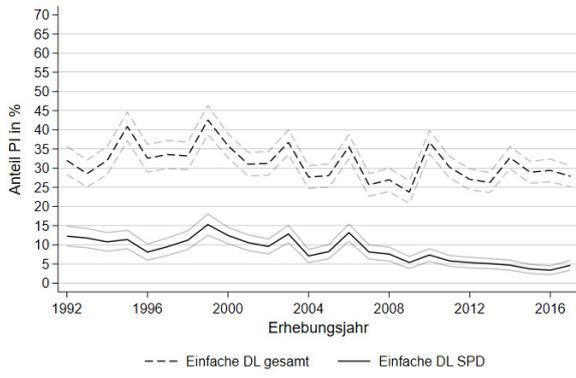
**A4-4: Anteil SPD-Parteiidentifikation in verschiedenen Berufsklassen, Ostdeutschland**



Obere DK

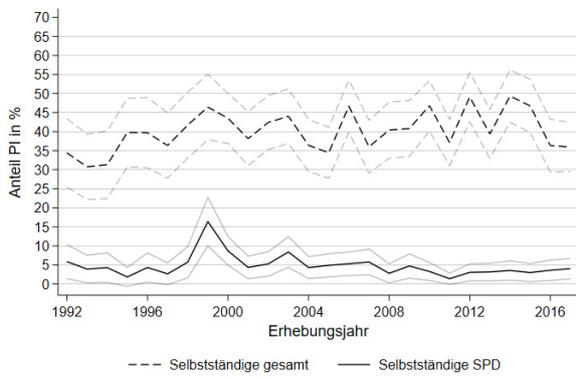


Untere DK



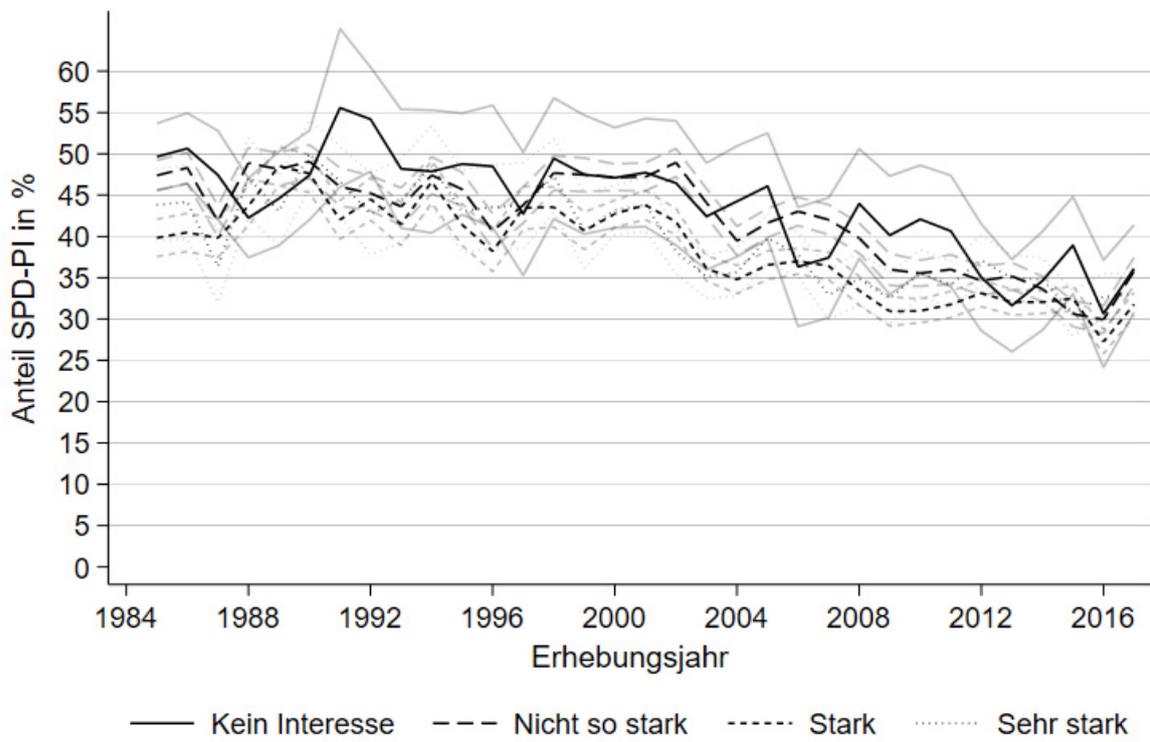
### Einfache DL

### Arbeitslose

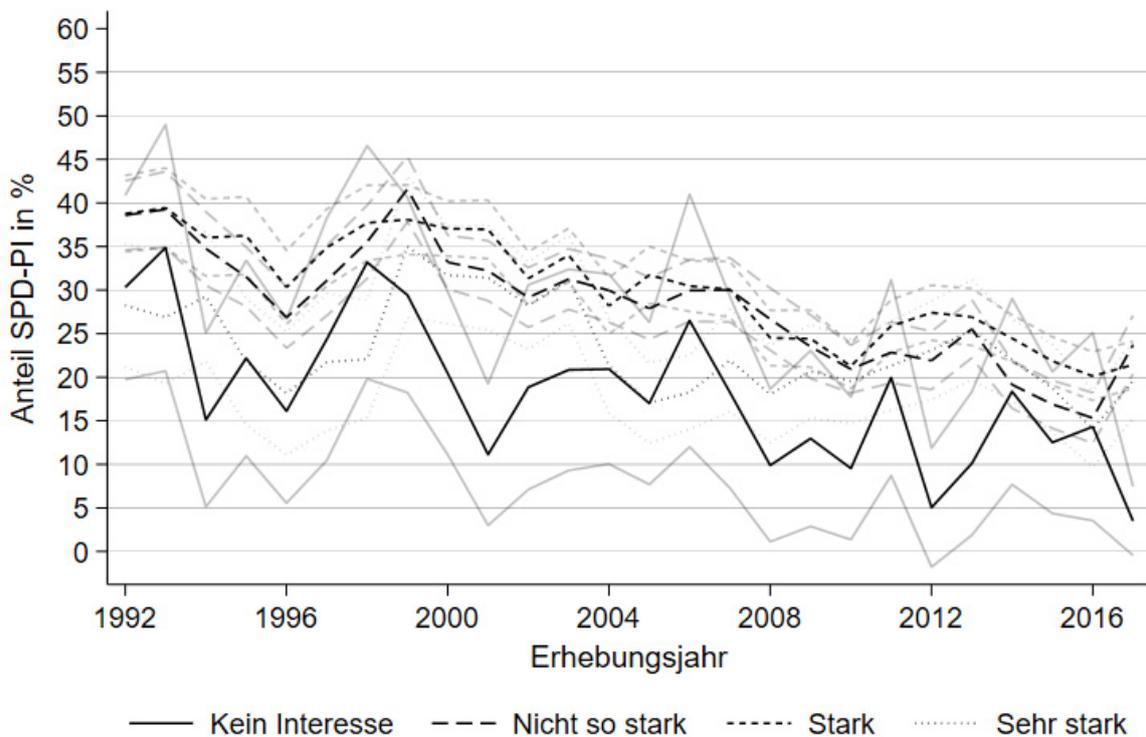


### Selbstständige

**A4-5: Anteile von SPD-Parteidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Westdeutschland unter Menschen mit Parteiidentifikation**



**A4-6: Anteile von SPD-Parteidentifikationen in vier Ausprägungen politischen Interesses in Ostdeutschland unter Menschen mit Parteidentifikation**



**A5-1: Items zu kurzfristigen Einstellungsvariablen im Politbarometer**

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (2019)

*Kanzler:*

zuk. Probleme: „Und wer kann am besten die zukünftigen Probleme Deutschlands lösen, ...“

wirtsch. Probleme: „Und wer kann am besten die wirtschaftlichen Probleme in Deutschland lösen, ...“

Arbeitsplätze: „Und wer kann am besten neue Arbeitsplätze schaffen, ...“

Reg. führen: „Und wer kann besser eine Regierung führen, ...“

dt. Interessen: „Und wer kann die Interessen Deutschlands gegenüber anderen Staaten besser durchsetzen, ...“

glaubwürdig: „Wenn Sie jetzt einmal an die Spitzenpolitiker der beiden großen Parteien denken. Wer ist Ihrer Meinung nach glaubwürdiger ...“

tatkräftig: „Und wer ist tatkräftiger, ...“

Siegertyp: „Und wer ist eher ein Siegertyp, ...“

sympathisch: „Und wer ist Ihrer Meinung nach sympathischer, ...“

durchsetzungs-f.: „Und wer ist durchsetzungsfähiger ...“

verantwort.b.: „Und wer ist verantwortungsbewusster?“

*Partei:*

Bildung: „Welche Partei kann am ehesten eine Bildungspolitik machen, die in Ihrem Sinn ist?“

Arbeitsplätze: „Welche Partei ist Ihrer Meinung nach am besten geeignet, neue Arbeitsplätze zu schaffen?“

Renten: „Und welche Partei kann Ihrer Meinung nach am besten für die Sicherung der Renten sorgen?“

Kriminalität: „Und welche Partei kann Ihrer Meinung nach am besten die Kriminalität bekämpfen?“

Gesundheit: „Und welche Partei kann am ehesten eine Gesundheitspolitik machen, die in Ihrem Sinn ist?“

Ausländer: „Und welche Partei kann am ehesten eine Ausländerpolitik machen, die in Ihrem Sinn ist?“

Familie: „Und welche Partei kann am ehesten eine Familienpolitik machen, die in Ihrem Sinn ist?“

Umwelt: „Welche Partei kann am ehesten eine Umweltpolitik machen, die in Ihrem Sinne ist?“

Finanzen: „Und welche Partei kann Ihrer Meinung nach am besten die Finanzprobleme Deutschlands lösen?“

Soz. Sicherung: „Und welche Partei kann am ehesten unsere sozialen Sicherungssysteme reformieren?“

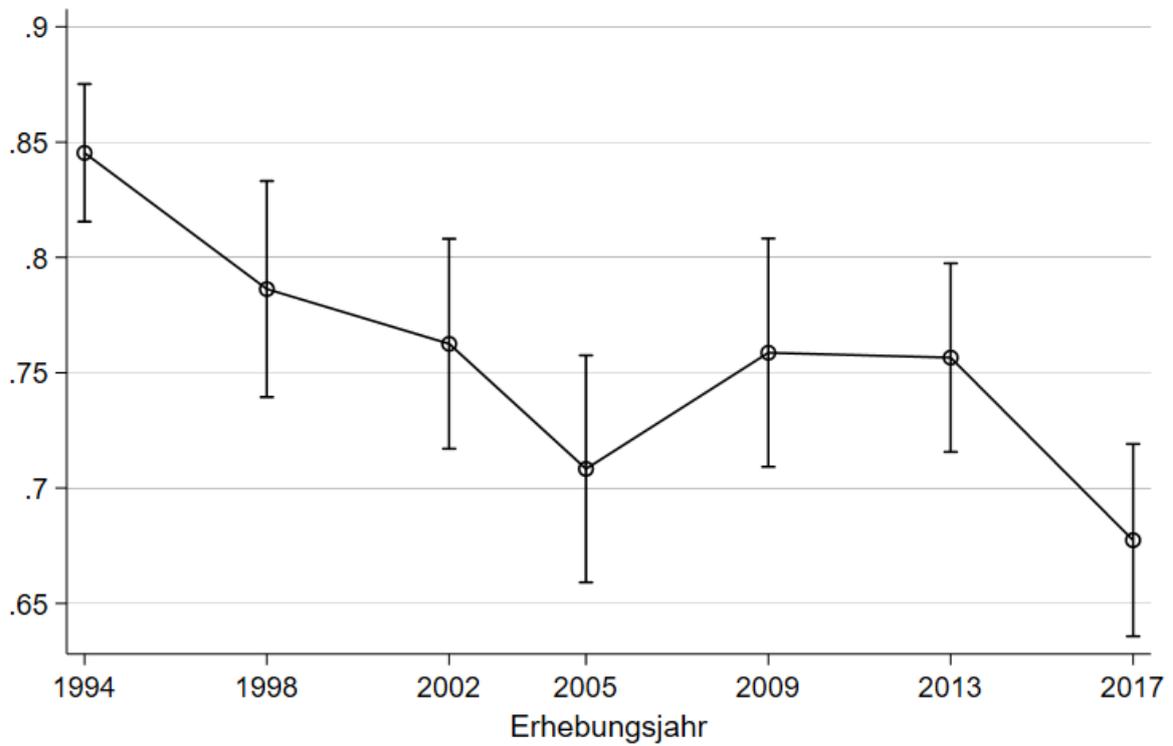
Wirtschaft: „Welche Partei kann Ihrer Meinung nach am besten die momentanen wirtschaftlichen Probleme in Deutschland lösen?“

Steuern: „Und welche Partei kann am ehesten eine Steuerpolitik machen, die in Ihrem Sinn ist?“

zukünft. Probl.: „Und welche Partei kann am besten die zukünftigen Probleme Deutschlands lösen?“

Soz. Gerechtigkeit.: „Und welche Partei kann Ihrer Meinung nach am besten für soziale Gerechtigkeit sorgen?“

**A5-2: Durchschnittliche marginale Effekte von Union-Parteidentifikation auf die Wahlabsicht für die Union**



**A5-3: Einflussrichtung der Kontrollvariablen in einem reinen PI-Modell (Union)**

	1994	1998	2002	2005	2009	2013	2017
Ost	+					+	
Männlich							
Kirchgang	+	+		+	+	+	+
Abitur	-	-					
HH-Einkommen > 2.000€							

Nur Einflüsse mit statistischer Signifikanz bei  $p < 0,05$  angegeben.

Datengrundlage: Bundestagswahlstudien 1994-2017

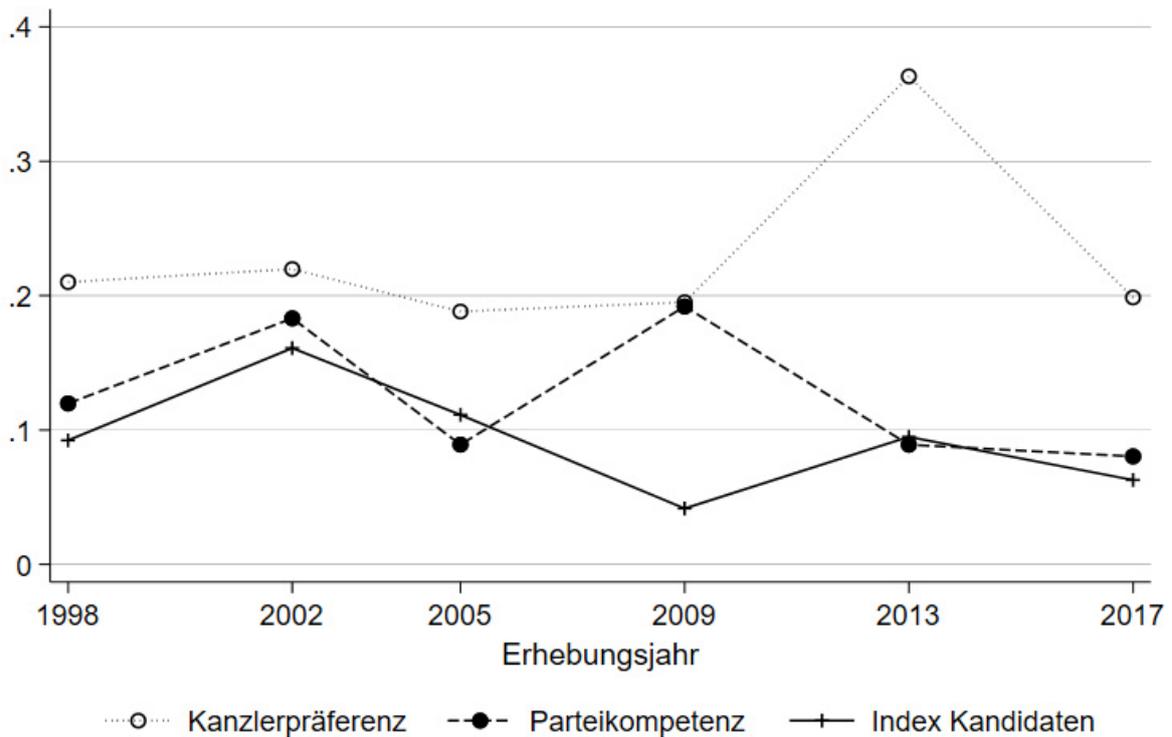
**A5-4: Anteil korrekt vorhergesagter Wahlabsichten (Union), nach Modellvariante**

Jahr	Nur Soziodemografika		PI und Soziodemogr.		Komplettes Modell	
1998	.67	(.09)	.91	(.54)	.93	(.69)
2002	.66	(.05)	.88	(.45)	.92	(.60)
2005	.66	(.04)	.87	(.43)	.87	(.51)
2009	.66	(.05)	.91	(.53)	.91	(.63)
2013	.66	(.07)	.90	(.51)	.90	(.66)
2017	.55	(.05)	.85	(.39)	.86	(.47)

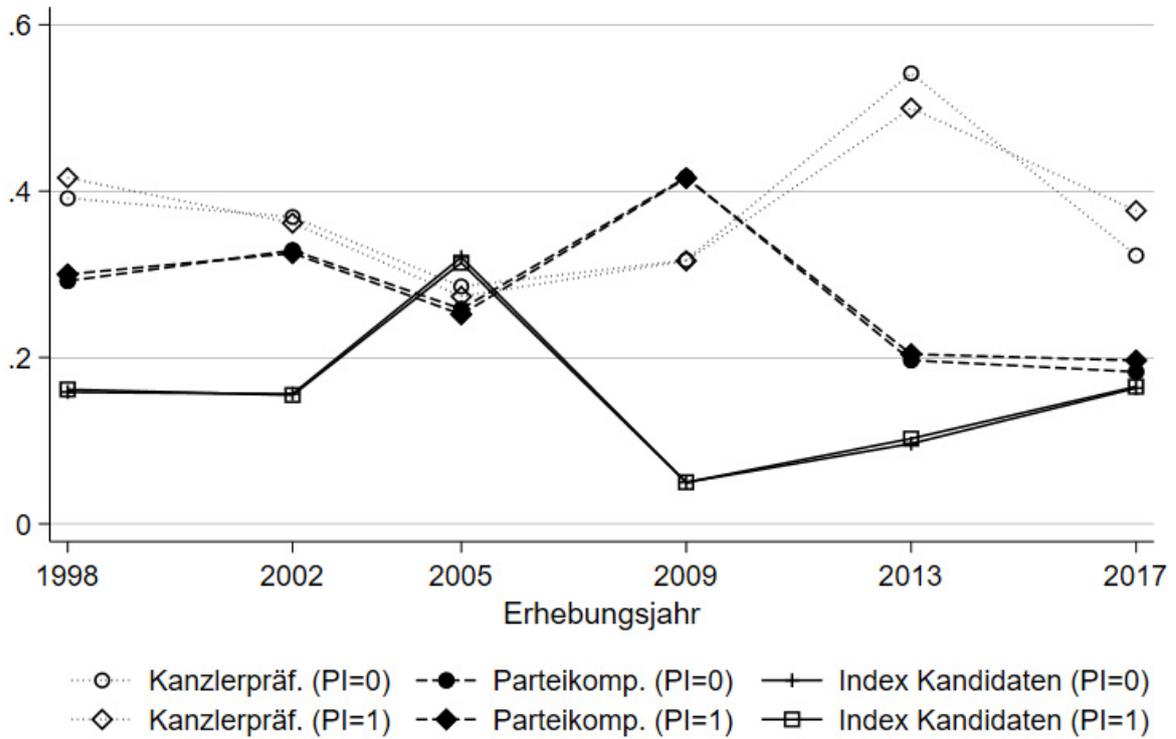
Korrekt vorhergesagte Wahlabsicht: Wahlabsicht für die SPD und vorhergesagte Wahrscheinlichkeit  $\geq 0,5$  oder keine Wahlabsicht für die SPD und vorhergesagte Wahrscheinlichkeit  $< 0,5$

In Klammern: McFadden's Pseudo-R<sup>2</sup>

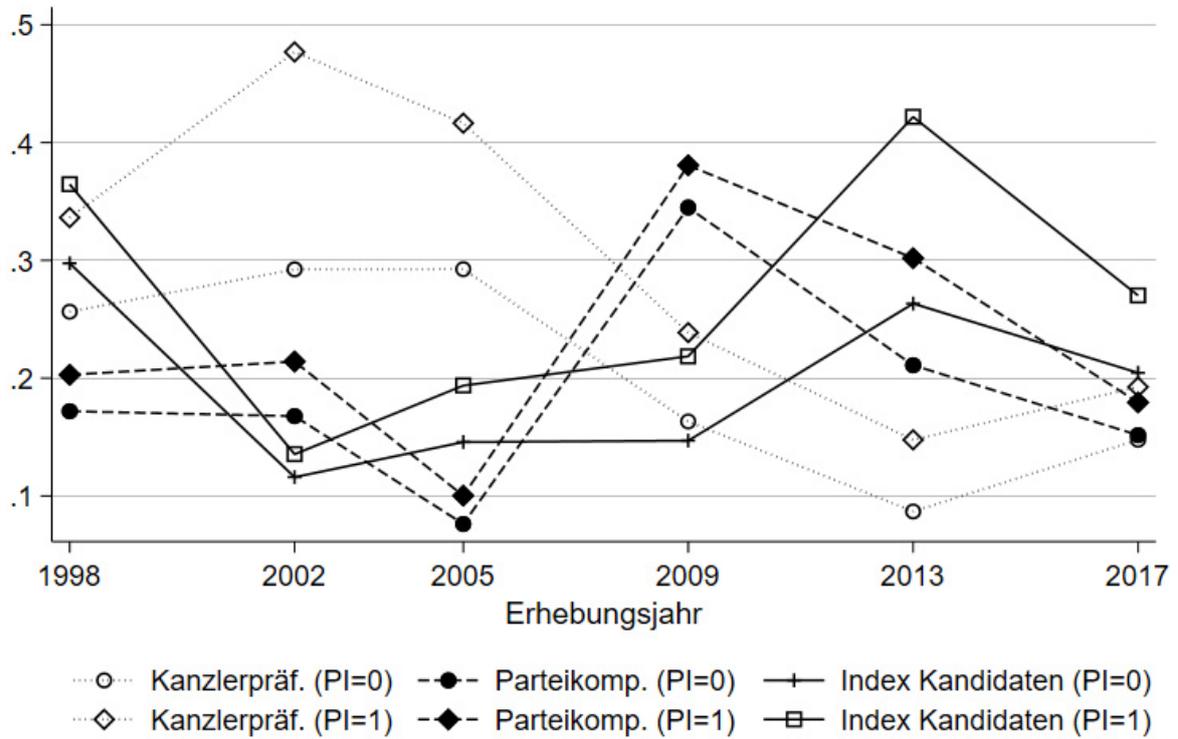
**A5-5: Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf Union-Wahlabsicht, Average Marginal Effects**



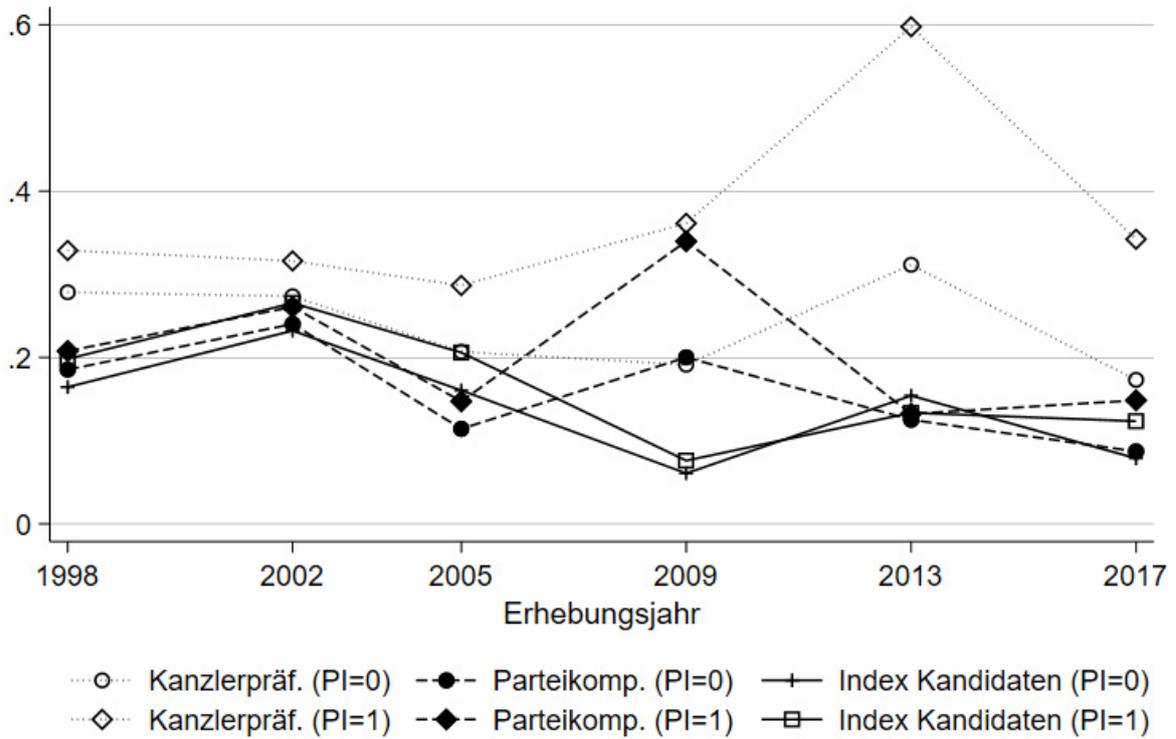
**A5-6: Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf Union-Wahlabsicht in zwei Gruppen: Menschen mit/ohne Parteiidentifikation, Average Marginal Effects**



**A5-7: Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf SPD-Wahlabsicht in zwei Gruppen: Menschen mit/ohne SPD-Parteiidentifikation, Average Marginal Effects**



**A5-8: Einfluss von kurzfristig wandelbaren Variablen auf Union-Wahlabsicht in zwei Gruppen: Menschen mit/ohne Union-Parteiidentifikation, Average Marginal Effects**



## Literaturverzeichnis

- Abou-Chadi, Tarik/Mitteregger, Reto/Mudde, Cas (2021). *Verlassen von der Arbeiterklasse? - Die elektorale Krise der Sozialdemokratie und der Aufstieg der radikalen Rechten*. Empirische Sozialforschung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. [library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18075.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18075.pdf) (12.10.2021).
- Ajzen, Icek (2005). *Attitudes, Personality and Behavior*. Berkshire: McGraw-Hill Education.
- Allen, Trevor J. (2017). *Exit to the right? - Comparing far right voters and abstainers in Western Europe*. In: *Electoral Studies* 50: 103–15.
- Anderson, Christopher (1995). *Party systems and the dynamics of government support - Britain and Germany, 1960-1990*. In: *European Journal of Political Research* 27 (1): 93–118.
- Angelova, Mariyana/König, Thomas/Proksch, Sven-Oliver (2016). *Responsibility attribution in coalition governments - Evidence from Germany*. In: *Electoral Studies* 43: 133–49.
- Arndt, Christoph (2013). *The Electoral Consequences of Third Way Welfare State Reforms: Social Democracy's Transformation and its Political Costs*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Arzheimer, Kai (2012). *Mikrodeterminanten des Wahlverhaltens: Parteiidentifikation*. In: Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (Hrsg.): *Wahlverhalten in der Demokratie: Eine Einführung*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 223–46.
- Arzheimer, Kai (2013). *Twenty Years After - Sozial- und wirtschaftspolitische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*. In: Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. I. (Hrsg.): *Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 299–336.
- Arzheimer, Kai (2016a). *Der Wettbewerb zwischen Parteien der Extremen Rechten und der linken Mitte*. In: Roßteutscher, Sigrid/Faas, Thorsten/Rosar, Ulrich (Hrsg.): *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit: 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 17–33.
- Arzheimer, Kai (2016b). *Wahlverhalten in Ost-West-Perspektive*. In: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 71–89.

- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald (2005). *Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteiidentifikation in Deutschland*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (4): 629–54.
- Benedetto, Giacomo/Hix, Simon/Mastorocco, Nicola (2020). *The Rise and Fall of Social Democracy, 1918-2017*. In: *American Political Science Review* 114 (3): 928–39.
- Bergmann, Knut/Diermeier, Matthias/Niehués, Judith (2018). *Ein Komplexes Gebilde. Eine Sozio-Ökonomische Analyse Des Ergebnisses Der AfD Bei Der Bundestagswahl 2017*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49 (2): 243–64 (Accessed April 13, 2022).
- Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid (2019). *Deutschland und die Welt in Aufruhr*. In: Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 15–32.
- Blumenstiel, Jan E. (2011). *Abstürze, Rekorde, Überhänge und andere Superlative: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2009*. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 59–76.
- Blumenstiel, Jan E. (2014). *Merkels Triumph und der Alptraum der FDP: Das Ergebnis der Bundestagswahl 2013*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Nomos.
- Brettschneider, Frank (2001). *Candidate Voting - Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960 bis 1998*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 351–400.
- Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (2004). *Die Bundestagswahl 2002 - Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9–23.
- Campbell, Angus, et al. (1960). *The American Voter*. New York, NY: Wiley.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. [1954] (1971). *The Voter Decides*. Westport, CT: Greenwood Press.
- Carson, Jamie L./Engstrom, Erik J./Roberts, Jason M. (2007). *Candidate Quality, the Personal Vote, and the Incumbency Advantage in Congress*. In: *American Political Science Review* 101 (2): 289–301.

- Clarke, Harold D./Goodwin, Matthew/Whiteley, Paul F. (2017). *Brexit: Why Britain voted to leave the European Union*. Cambridge, New York, NY, Melbourne, Delhi, Singapore: Cambridge University Press.
- Clarke, Harold D./Whitten, Guy D. (2013). *Hard choices in hard times - Valence voting in Germany (2009)*. In: *Electoral Studies* 32 (3): 445–51.
- Conradt, David/Kleinfeld, Gerald R./Søe, Christian (1999). *Power Shift in Germany: The 1998 Election and the End of the Kohl Era*. In: *Modern German Studies* (Nr. 5). New York, NY: Berghahn Books.
- Converse, Philip E. (1969). *Of Time and Partisan Stability*. In: *Comparative Political Studies* (2): 139–71.
- Dalton, Russel J. (1984). *Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies*. In: *The Journal of Politics* 46 (1): 264–84.
- Dalton, Russel J./Rohrschneider, Robert (1990). *Wählerwandel und die Abschwächung der Parteineigungen von 1972 bis 1987*. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH; Westdt. Verl., S. 297–324.
- Dalton, Russell J. (2016). *Party Identification and Its Implications*. In: Dalton, Russell J. (Hrsg.): *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford University Press.
- Debus, Marc (2012). *Sozialstrukturelle und einstellungsbasierte Determinanten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf - Westdeutschland 1976 bis 2009*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Wählen in Deutschland*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos; Nomos-Verl.-Ges.
- Debus, Marc/Müller, Jochen (2012). *Bewertung möglicher Regierungen oder Spiegel des politischen Wettbewerbs? - Determinanten der Koalitionspräferenzen der Wähler in den Bundesländern von 1990 bis 2009*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22 (2): 159–86.
- Dejaeghere, Yves/van Erkel, Patrick (2017). *The importance of issue-ownership and salience for voters' knowledge of parties' issue positions*. In: *Electoral Studies* 46: 15–25.
- Der Bundeswahlleiter (2017). *Wahlbeteiligung*. Oktober 23.  
<https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/w/wahlbeteiligung.html> (15.11.2018).
- DER SPIEGEL (2021). *Er oder er*, 2021, S. 8–19.
- Der Tagesspiegel (2020). *100 Tage neue SPD-Vorsitzende - Die Wahl von Esken und Walter-Borjans hatte die Partei erschüttert. Jetzt herrscht Stille*. März 15.

- <https://www.tagesspiegel.de/politik/100-tage-neue-spd-vorsitzende-die-wahl-von-esken-und-walter-borjans-hatte-die-partei-erschuettert-jetzt-herrscht-stille-/25646134.html>  
(05.06.2020).
- Deutscher Bundestag (2017). *Bundestagswahlergebnisse seit 1949 - Zweitstimmen*.  
[http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse\\_seit1949/244692](http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/ergebnisse_seit1949/244692) (25.01.2017).
- DIW Berlin (2018a). *Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten der Jahre 1984-2017: Version 34*. Kantar Deutschland GmbH.
- DIW Berlin (2018b). *THE SOEP Samples in Detail*. DIW Berlin. Januar 13.  
[companion.soep.de/Target Population and Samples/The SOEP Samples in Detail.html](http://companion.soep.de/Target Population and Samples/The SOEP Samples in Detail.html)  
(06.05.2020).
- Downs, Anthony [1957] (1986). *An economic theory of democracy*. New York, NY: Harper & Row.
- Dülmer, Hermann (2005). *Die politischen Probleme: Lösungskompetenzen von Parteien und Kandidaten*. In: Güllner, Manfred/Dülmer, Hermann/Klein, Markus/Ohr, Dieter/Quandt, Markus/Rosar, Ulrich/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2002: Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 85–102.
- Eckstein, Gabriele/Pappi, Franz U. (1994). *Die politischen Wahrnehmungen und die Präferenzen der Wählerschaft und Ost- und Westdeutschland: Ein Vergleich*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 397–421.
- Elff, Martin (2004). *Politische Ideologien, Sozialstruktur und Wahlverhalten: Die Bedeutung der politischen Angebote und Appelle von Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Ländern*. Mannheim.
- Elff, Martin (2009). *Social divisions, party positions, and electoral behaviour*. In: *Electoral Studies* 28 (2): 297–308.
- Elff, Martin (2013). *Social Divisions and Political Choices in Germany, 1980–2006*. In: Evans, Geoffrey/Graaf, Nan D. de (Hrsg.): *Political Choice Matters*. Oxford University Press, S. 277–308.
- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid (2011). *Stability or Decline? - Class, Religion and the Vote in Germany*. In: *German Politics* 20 (1): 107–27.

- Elff, Martin/Roßteutscher, Sigrid (2016). *Parteiwahl und Nichtwahl - Zur Rolle sozialer Konfliktlinien*. In: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 45–69.
- Elsässer, Lea (2018). *Wessen Stimme zählt?* In: *Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln* (Nr. 91). Frankfurt: Campus Verlag.
- Evans, Geoffrey (1999). *Class Cleavages in Party Preferences in Germany—Old and New*. In: Evans, Geoffrey (Hrsg.): *The End of Class Politics?* Oxford University Press, S. 137–80.
- Evans, Geoffrey/Graaf, Nan D. de *Explaining Cleavage Strength*. In: (Hrsg.): *Evans, de Graaf (Hg.) 2013 – Political Choice Matters*, S. 2–26.
- Evans, Geoffrey/Graaf, Nan D. de (2013). *The Importance of Political Choice and Other Lessons Learned*. In: Evans, Geoffrey/Graaf, Nan D. de (Hrsg.): *Political Choice Matters*. Oxford University Press, S. 390–406.
- Faas, Thorsten, et al. (2013). *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation: Die (un)gewöhnliche Bundestagswahl vom 27. September 2009*. In: Faas, Thorsten/Arzheimer, Kai/Roßteutscher, Sigrid (Hrsg.): *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation: Analysen zur Bundestagswahl 2009*, S. 7–16.
- Faas, Thorsten/Klingelhöfer, Tristan (2019). *The more things change, the more they stay the same? The German federal election of 2017 and its consequences*. In: *West European Politics* 42 (4): 914–26.
- Falter, Jürgen W., et al. (2015). *Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994*. Frankfurt BASIS Research.
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans (1986). *Die Bundestagswahl 1983: Eine Normalwahlanalyse*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und politischer Prozeß: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983*. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 289–337.
- Fiorina, Morris P. (1981). *Retrospective voting in American national elections*. New Haven: Yale University Press.
- FiveThirtyEight (2017). *The Comey Letter Probably Cost Clinton the Election - So why won't the media admit as much?* Mai 3. <https://fivethirtyeight.com/features/the-comey-letter-probably-cost-clinton-the-election/> (11.06.2020).
- Forschungsgruppe Wahlen *Politbarometer - Gesamtkumulation*.

- Forschungsgruppe Wahlen (1987). *Die Konsolidierung der Wende. Eine Analyse der Bundestagswahl 1987*. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (2): 253–84 (Accessed Januar 8, 2019).
- Forschungsgruppe Wahlen (1998). *Zwischen Konstanz und Wandel - die Bundestagswahl vom 16. Oktober 1994*. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 45–83.
- Forschungsgruppe Wahlen (2001). *Das Ende einer Ära - Die Bundestagswahl vom 27. September 1998*. In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH, S. 17–56.
- Forschungsgruppe Wahlen (2009). *Sowohl als auch: Die Bundestagswahl vom 18. September 2005*. In: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 40–77.
- Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim (2019). *Politbarometer - Gesamtkumulation 1977-2017*. Mannheim Forschungsgruppe Wahlen. Köln: GESIS Datenarchiv.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2020). *Immer verliert die SPD - Umfragewerte in Corona-Krise*. April 26. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-bleibt-in-corona-krise-im-umfragekeller-stecken-16741704.html> (05.06.2020).
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. I. (2009). *Kandidatenorientierungen und Wahlentscheid bei der Bundestagswahl 2005*. In: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 267–303.
- Gabriel, Oskar W./Vetter, Angelika (1998). *Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? - Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidungen im parteienstaatlichen Parlamentarismus*. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 505–36.
- García-Viñuela, Enrique/Jurado, Ignacio/Riera, Pedro (2018). *The effect of valence and ideology in campaign conversion - Panel evidence from three Spanish general elections*. In: *Public Choice* 175 (1-2): 155–79.

- GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2019). *Politbarometer Gesamtkumulation (1977-2017) Variable Report*. Köln.
- Giebler, Heiko, et al. (2015). *Niedergang oder Wandel? - Parteitypen und die Krise der repräsentativen Demokratie*. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Demokratie und Krise*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 181–219.
- GLES (2019). *Home*. <http://gles.eu/wordpress/> (10.10.2019).
- Glinitzer, Konstantin/Jungmann, Nils (2019). *Spitzenkandidaten*. In: Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 247–62.
- Green, Donald/Palmquist, Bradley/Schickler, Eric (2002). *Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters*. New Haven & London: Yale University Press.
- Gummer, Tobias/Stroppe, Anne-Kathrin (2019). *Regierungs- und Parteileistung*. In: Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 279–94.
- Helms, Ludger (2007). *The German Federal Election, September 2005*. In: *Electoral Studies* 26 (1): 223–27.
- Helms, Ludger (2010). *The German federal election, September 2009*. In: *Electoral Studies* 29 (2): 289–92.
- Hill, Seth J. (2017). *Changing votes or changing voters? - How candidates and election context swing voters and mobilize the base*. In: *Electoral Studies* 48: 131–48.
- Hobolt, Sara B./Hoerner, Julian M. (2020). *The mobilising effect of political choice*. In: *European Journal of Political Research* 59 (2): 229–47.
- Huber, Sascha (2014). *Wahlentscheidungen in der Gesamtschau*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Nomos, S. 313–24.
- infatest dimap (2020). *ARD-DeutschlandTREND Juli 2020 - Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der tagesthemen*. Berlin.  
<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2271.pdf> (20.07.2020).
- Jacoby, William G. (1988). *The Impact of Party Identification on Issue Attitudes*. In: *American Journal of Political Science* 32 (3): 643.

- Jessee, Stephen A. (2009). *Spatial Voting in the 2004 Presidential Election*. In: *American Political Science Review* 103 (1): 59–81.
- Jessee, Stephen A. (2010). *Voter Ideology and Candidate Positioning in the 2008 Presidential Election*. In: *American Politics Research* 38 (2): 195–210.
- Jun, Uwe (2018). *Die SPD nach der Bundestagswahl 2017: Raus aus der GroKo, rein in die GroKo*. In: *Das Ende der Stabilität? / Karsten Grabow und Viola Neu (Hrsg.) (Nr. 3)*. Sankt Augustin, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Jung, Matthias/Schroth, Yvonne/Wolf, Andrea (2019). *Bedingt regierungsbereit – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017*. In: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 23–45.
- Kaase, Max (1983). *The West German general election of 6 March 1983*. In: *Electoral Studies* 2 (2): 158–66.
- Kellermann, Charlotte/Rattinger, Hans (2007). *Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit und zugeschriebene Regierungsverantwortung als Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005*. In: Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2005: Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 369–93.
- Kern, Anna (2017). *Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit - Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteiidentifikation in Deutschland*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (1): 51–76.
- Key, V. O. [1961] (1964). *Public Opinion and American Democracy*. New York, NY: Alfred A. Knopf, Inc.
- Kitschelt, Herbert (2010). *The Comparative Analysis of Electoral and Partisan Politics - A Comment on a Special Issue of West European Politics*. In: *West European Politics* 33 (3): 659–72.
- Klein, Markus/Rosar, Ulrich (2016). *Problem-Peer und die (Über-)Mutter der Nation: Kanzlerkandidaten und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2013*. In: Schoen, Harald/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Wahlen und Wähler*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 91–110.
- Korte, Karl-Rudolf (2019). *Die Bundestagswahl 2017: Ein Plebiszit über die Flüchtlingspolitik*. In: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1–19.

- Kratz, Agatha (2019). *Politische Sachfragen*. In: Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 229–46.
- Krewel, Mona/Schmitt-Beck, Rüdiger/Wolsing, Ansgar (2011). *Geringe Polarisierung, unklare Mehrheiten und starke Personalisierung: Parteien und Wähler im Wahlkampf*. In: Rattinger, Hans/Robteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 33–58.
- Kriesi, Hanspeter (2010). *Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values*. In: *West European Politics* 33 (3): 673–85.
- Küchler, Manfred (1994). *Politische Streitfragen und Wahlentscheidung: Vereinigung als "neue" Frage?* In: Klingemann, Hans-Dieter/Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1990*. Wiesbaden: Westdt. Verl., S. 422–51.
- Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (2012). *Bundestagswahl 2005 - Bürger und Parteien in einer veränderten Welt*. Berlin Infratest dimap.
- Lachat, Romain (2007). *Measuring Cleavage Strength*. Annual Meeting of the American Political Science Association. Philadelphia. [www.romain-lachat.ch/papers/cleavages.pdf](http://www.romain-lachat.ch/papers/cleavages.pdf) (16.07.2021).
- Lachat, Romain (2015). *The Role of Party Identification in Spatial Models of Voting Choice*. In: *Political Science Research and Methods* 3 (03): 641–58.
- Laustsen, Lasse/Bor, Alexander (2017). *The relative weight of character traits in political candidate evaluations - Warmth is more important than competence, leadership and integrity*. In: *Electoral Studies* 49: 96–107.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernard R./Gaudet, Hazel [1944] (1968). *The People's Choice: How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign*. 3. Aufl. New York, NY: Columbia University Press.
- Lewis-Beck, Michael S./Norpoth, Helmut/Jacoby, William (2008). *American Voter Revisited*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967a). *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*. In: Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, London: Collier-Macmillan.

- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967b). *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York, London: Collier-Macmillan.
- Mader, Matthias (2014). *The German federal election, September 2013*. In: *Electoral Studies* 34: 353–56.
- Mayer, Sabrina J. (2017). *Die Parteiidentifikation: Eine Konstruktvalidierung neuer Maße auf Basis des Ansatzes sozialer Identität*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Mayer, Sabrina J./Schultze, Martin (2017). *Multiple Parteiidentifikation, politische Involvierung und Cross-Pressures*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (3): 367–91.
- Meffert, Michael F./Gschwend, Thomas (2011). *Polls, coalition signals and strategic voting - An experimental investigation of perceptions and effects*. In: *European Journal of Political Research* 50 (5): 636–67.
- Meyer, Thomas M./Wagner, Markus (2018). *Perceptions of parties' left-right positions: The impact of salience strategies*. In: *Party Politics* 55 (2).
- Miller, Warren E./Shanks, J. M. (1996). *The new American voter*. Cambridge, Mass.: Cambridge Univ. Press.
- Müller, Jochen/Debus, Marc (2016). *Koalitionsoptionen und Lagerdenken aus Wählerperspektive - Eine Analyse anhand der Parteiensympathien der Bundesbürger von 1977 bis 2011*. In: Roßteutscher, Sigrid/Faas, Thorsten/Rosar, Ulrich (Hrsg.): *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit: 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 119–48.
- Müller, Walter/Klein, Markus (2012). *Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers. Erosion oder Wandel?* In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Wählen in Deutschland*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos; Nomos-Verl.-Ges, S. 92–117.
- Niemi, Richard G./Jennings, M. K. (1991). *Issues and Inheritance in the Formation of Party Identification*. In: *American Journal of Political Science* 35 (4): 970–88.
- Oesch, Daniel/Rennwald, Line (2018). *Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right*. In: *European Journal of Political Research* 57 (4): 783–807.
- Ohr, Dieter/Quandt, Markus (2012). *Parteiidentifikation in Deutschland - Eine empirische Fundierung des Konzeptes auf Basis der Theorie Sozialer Identität*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Wählen in Deutschland*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos; Nomos-Verl.-Ges, S. 179–202.

- Pappi, Franz U./Shikano, Susumu (2002). *Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl*. In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54 (3): 444–75.
- Plischke, Thomas (2014). *Politische Sachfragen*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Nomos, S. 253–66.
- Preißinger, Maria/Schoen, Harald (2016). *It's not always the campaign – Explaining inter-election switching in Germany, 2009–2013*. In: *Electoral Studies* 44: 109–19.
- Pulzer, Peter (1987). *The west German federal election of 25 January 1987*. In: *Electoral Studies* 6 (2): 149–54.
- Pulzer, Peter (1991). *The German federal election of 1990*. In: *Electoral Studies* 10 (2): 145–54.
- Rattinger, Hans (1994). *Parteiidentifikation in Ost- und Westdeutschland*. In: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Leske + Budich.
- Rattinger, Hans, et al. (2019). *Vorwahl-Querschnitt (GLES 2009)*. Offenbach BIK MARPLAN.
- Raymond, Christopher (2011). *The continued salience of religious voting in the United States, Germany, and Great Britain*. In: *Electoral Studies* 30 (1): 125–35.
- Rohrschneider, Robert/Jung, Franziska (2012). *Germany's federal election in september 2009 - Elections in times of duress - Introduction*. In: *Electoral Studies* 31 (1): 1–4.
- Roller, Edeltraud (1998). *Positions- und performanzbasierte Sachfragenorientierungen: Eine theoretische und empirische Analyse aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 173–219.
- Rosar, Ulrich/Ohr, Dieter (2005). *Die Spitzenkandidaten: Image und Wirkung*. In: Güllner, Manfred/Dülmer, Hermann/Klein, Markus/Ohr, Dieter/Quandt, Markus/Rosar, Ulrich/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2002: Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, S. 103–21.
- Roßteutscher, Sigrid, et al. *Vorwahl-Querschnitt (GLES 2017)*. Kantar Public Germany.

- Roßteutscher, Sigrid, et al. (2016). *BürgerInnen und Wähler im Wandel der Zeit*. In: Roßteutscher, Sigrid/Faas, Thorsten/Rosar, Ulrich (Hrsg.): *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit: 25 Jahre Wahl- und Einstellungsforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Rudi, Tatjana (2011). *Sachthemen und politische Streitfragen*. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 179–90.
- Sartori, Giovanni (1969). *From the Sociology of Politics to Political Sociology*. In: Lipset, Seymour M. (Hrsg.): *Politics and the Social Sciences*. Oxford: Oxford University Press, S. 65–100.
- Schäfer, Anne/Schmitt-Beck, Rüdiger (2014). *Parteibindungen*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Nomos, S. 203–12.
- Schäfer, Anne/Staudt, Alexander (2019). *Parteibindungen*. In: Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 207–18.
- Schickler, Eric/Palmquist, Bradley/Green, Donald P. (2002). *Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters*. New Haven: Yale University Press.
- Schmidt, Ingo/Evans, Bryan (2012). *Social Democracy After the Cold War*. Athabasca University Press.
- Schmitt, Hermann (1998). *Issue-Kompetenz oder Policy-Distanz? - Zwei Modelle des Einflusses politischer Streitfragen auf das Wahlverhalten und die empirische Evidenz aus der drei Nachwahlumfragen zur Bundestagswahl 1994*. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 145–72.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2009). *Kampagnendynamik im Bundestagswahlkampf 2005*. In: Gabriel, Oscar W./Weßels, Bernhard/Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 146–76.

- Schmitt-Beck, Rüdiger (2011a). *Parteibindungen*. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 155–64.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2011b). *Spitzenkandidaten*. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stefan/Bernhard, Christoph (2006). *Shaky attachments: Individual-level stability and change of partisanship among West German Voters, 1984–2001*. In: *European Journal of Political Research* 45: 581–608.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2015). *Bandwagon Effect*. In: Mazzoleni, Gianpietro (Hrsg.): *The International Encyclopedia of Political Communication*. Wiley, S. 1–5.
- Schoen, Harald (2004). *Der Kanzler, zwei Sommerthemen und ein Foto-Finish - Priming-Effekte bei der Bundestagswahl 2002*. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2002: Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 23–50.
- Schoen, Harald (2007). *Campaigns, candidate evaluations, and vote choice - Evidence from German federal election campaigns, 1980–2002*. In: *Electoral Studies* 26 (2): 324–37.
- Schoen, Harald (2014). *Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung*. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 169–240.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia (2014). *Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten*. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 241–330.
- Schultze, Martin (2012). *Parteiidentifikation trotz kognitiver Mobilisierung*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22 (2): 271–86.
- Schwander, Hanna/Manow, Philip (2016). *'Modernize and Die'? German social democracy and the electoral consequences of the Agenda 2010*. In: *Socio-Economic Review* 6: mww011.
- Somer-Topcu, Zeynep (2015). *Everything to Everyone - The Electoral Consequences of the Broad-Appeal Strategy in Europe*. In: *American Journal of Political Science* 59 (4): 841–54.

- Statistisches Bundesamt (2018). *Arbeiterinnen und Arbeiter*.  
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/Begriffe/ArbeiterinnenArbeiter.html> (28.09.2018).
- Stokes, Donald E. (1963). *Spatial Models of Party Competition*. In: *American Political Science Review* 57 (02): 368–77.
- Süddeutsche Zeitung (2021). *Brüder, (zurück) zur Sonne*.  
<https://www.sueddeutsche.de/politik/spd-wiederaufstieg-olaf-scholz-wahlergebnis-1.5422034> (12.10.2021).
- Thaidigsmann, S. I. (2012). *Mikrodeterminanten des Wahlverhaltens: Kandidaten- und Themenorientierungen*. In: Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (Hrsg.): *Wahlverhalten in der Demokratie: Eine Einführung*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 247–73.
- van Elsas, Erika J. (2017). *Appealing to the 'losers'? - The electorates of left-wing and right-wing Eurosceptic parties compared, 1989–2014*. In: *Electoral Studies* 50: 68–79.
- Volken, Andrea/Merz, Nicolas (2015). *Verschwinden die programmatischen Alternativen? - Die Qualität von Wahlprogrammen in 21 OECD-Ländern seit 1950*. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Demokratie und Krise*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 95–126.
- Wagner, Aiko (2014a). *Leistungen von Regierung und Parteien*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Nomos, S. 239–52.
- Wagner, Aiko (2014b). *Spitzenkandidaten*. In: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013*. Nomos.
- Wagner, Aiko/Weßels, Bernhard (2011). *Regierungsleistung im Urteil der Wähler*. In: Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Schmitt-Beck, Rüdiger/Weßels, Bernhard (Hrsg.): *Zwischen Langeweile und Extremen: Die Bundestagswahl 2009*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 165–77.
- Wagner, Aiko/Weßels, Bernhard (2012). *Parties and their Leaders. Does it matter how they match? - The German General Elections 2009 in comparison*. In: *Electoral Studies* 31 (1): 72–82.
- Weinschenk, Aaron C. (2010). *Revisiting the Political Theory of Party Identification*. In: *Political Behavior* 32 (4): 473–94.

- Weisberg, Herbert F./McAdams, Erin S. (2009). *Change in the components of the electoral decision: The nature of short-term forces in elections*. In: *Electoral Studies* 28 (4): 533–39.
- Weßels, Bernhard (2019). *Wahlverhalten sozialer Gruppen*. In: Wolf, Christof (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 189–206.
- Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (2013). *Die Bundestagswahl 2009 - Rückschau und Vorschau*. In: Weßels, Bernhard/Schoen, Harald/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: Springer VS, S. 13–29.
- Williams, Laron K. (2015). *It's all relative - Spatial positioning of parties and ideological shifts*. In: *European Journal of Political Research* 54 (1): 141–59.
- Wuttke, Alexander/Schoen, Harald (2019). *Who were the Voters behind the Schulz Effect? An Analysis of Voter Trajectories in the Run-up to the 2017 German Federal Election*. In: Korte, Karl-Rudolf/Schoofs, Jan (Hrsg.): *Die Bundestagswahl 2017*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 47–62.

Hiermit erkläre ich, dass die vorliegende Dissertation selbstständig von mir verfasst und angefertigt wurde. Es wurden außerdem keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Geistiges Eigentum anderer Autoren wurde als entsprechend gekennzeichnet. Ebenso versichere ich, dass ich an keiner anderen Stelle ein Prüfungsverfahren beantragt bzw. die Dissertation in dieser oder anderer Form an keiner anderen Fakultät als Dissertation vorgelegt habe.